



Bericht

der Landesregierung

**Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2003/2004
(Ostseebericht 2004)**

Federführend ist die Ministerpräsidentin

Inhalt

1. Einleitung: Neue EU-Partner – neue Chancen	Seite 4
2. Zweite Phase der Ostseekooperation starten: Leitziele für die Ostseepolitik Schleswig-Holsteins	
2.1 Leitziele der Ostseepolitik Schleswig-Holsteins	Seite 6
2.2 Allianzen des Nordens	Seite 13
3. Aktuelle Entwicklungen der Ostseekooperation	
3.1 Ostseerat der Außenminister (CBSS), staatliche Ostseekooperation	Seite 19
3.2 Ostsee-Parlamentarierkonferenz (BSPC)	Seite 25
3.3 Konferenz der Subregionen (BSSSC)	Seite 27
3.4 EU-Ostseepolitik	Seite 30
3.5 Ostseeanrainerstaaten	Seite 37
4. Schwerpunkte schleswig-holsteinischer Ostseepolitik 2003/2004	
4.1 Partnerschaften Schleswig-Holsteins im Ostseeraum	Seite 45
4.2 Aktuelle Schwerpunkte der schleswig-holsteinischen Ostseepolitik	Seite 50
4.3 Norddeutsche Zusammenarbeit im Ostseeraum	Seite 76
4.4 Aktive Beiträge zum EU-Vorbeitrittsprozess	Seite 77
4.5 Ostseepolitische Aktivitäten und Initiativen schleswig-holsteinischer Nicht- Regierungsorganisationen (NGO's)	Seite 79
5. Ausblick: Die Ostseekooperation zu einer Kooperation des Nordens ausbauen?	Seite 81
Abkürzungsverzeichnis	Seite 84

Anlagen:

1. Übersicht über **Aktivitäten der Landesregierung** im Ostseeraum 2003/2004
2. Stand der interregionalen **Partnerschaften** im Ostseeraum 2004
3. Abschlusserklärung des **5. Gipfeltreffens der Regierungschefs der Ostseeanrainerstaaten** (Tallinn / Estland, 21.06.2004)
4. Abschlusserklärung der 12. Ministertagung des **Ostseerates der Außenminister**, CBSS (Pori / Finnland, 10./11.03.2003)
5. Resolution der 12. **Ostsee-Parlamentarierkonferenz** (Oulu / Finnland, 08./09.09.2003)
6. Resolution der 11. **BSSSC-Konferenz** (St. Petersburg / Russland, 23./25.10.2003)
7. Übersicht über **INTERREG III B-Projekte** mit schleswig-holsteinischer Beteiligung (Ostseeraum, Nordseeraum)
8. Übersicht über **Ostseeakteure in Schleswig-Holstein**

Vorbemerkung

Durch Beschluss vom 10. September 1992 - Drs. 13/306 - hat der Landtag die Landesregierung aufgefordert, sechs Wochen vor der jährlichen Ostseeparlamentarierkonferenz über die Zusammenarbeit im Ostseeraum einen **Bericht über ihre Ostseeaktivitäten** vorzulegen. Die diesjährige 13. Ostseeparlamentarierkonferenz findet am 29.-31. August 2004 in Bergen (Norwegen) statt.

Bisher hat die Landesregierung dem Landtag acht Berichte zugeleitet¹. In Abstimmung mit dem Landtag ist die Vorlage des „Ostseeberichtes“ seit dem Jahr 2001 auf einen Zweijahreszeitraum umgestellt worden.

Soweit in diesem Bericht Aktivitäten und Entwicklungen dargestellt sind, die nicht in den originären Zuständigkeitsbereich der Landesregierung fallen, wird der Kenntnisstand von Anfang Juni 2004 wiedergegeben. Einzelne Darstellungen aus den letztjährigen Ostseeberichten gelten unverändert fort. Insoweit wird auch auf die Darstellungen in den letztjährigen Ostseeberichten verwiesen.

¹ Drs'en 13/694, 13/2784, 14/132, 14/888, 14/1638, 14/2289, 15/204 und 15/2051

1. **Einleitung:** **Neue EU-Partner – neue Chancen**

In diesem Jahr wird mit der **Erweiterung der Europäischen Union** um acht mittel- osteuropäische Staaten sowie Malta und Zypern ein Prozess vollendet, der mit den vom EU-Gipfel in Kopenhagen 1993 festgelegten Beitrittskriterien begonnen und wie kaum ein anderer die Entwicklung der Ostseeregion geprägt hat. Bis auf Russland und das mit Rücksicht auf die nordische Zusammenarbeit auch als Ostseeanrainer angesehene Norwegen sind nunmehr alle Anrainerstaaten Mitglied der Europäischen Union. Die Ostsee ist mit rund 90 Prozent ihres Küstensaums zu einem „europäischen Binnenmeer“ geworden.

Damit hat die Ostseeregion, die als Folge des Zweiten Weltkrieges und des darauf folgenden „Kalten Krieges“ schier unüberwindliche Trennlinien erfahren hatte, ihre innere Teilung endgültig überwunden. Heute hat der Norden in Europa die Chance, innerhalb einer erheblich erweiterten Europäischen Union zu einer der **„Zukunftsregionen Europas“** zu werden. Die Voraussetzungen hierzu hat die Ostseeregion innerhalb der vergangenen rund 15 Jahre mit dem eigenständigen Aufbau eines Netzwerkes der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Zusammenarbeit und der zwischenmenschlichen Begegnung geschaffen.

Stärker noch als bisher steht die Ostseeregion vor der „außenpolitischen“ Herausforderung, einen eigenen Beitrag zur **Einbeziehung Russlands in die regionale Zusammenarbeit** in diesen Teil der erweiterten Europäischen Union beizutragen. Zugleich bleibt – auch über den Zeitpunkt der EU-Erweiterung hinaus – die Aufgabe bestehen, mit eigenen Anstrengungen die **nachholende Entwicklung in den neuen EU-Mitgliedstaaten** der Region zu unterstützen. Ziel der Ostseekooperation muss sein, die bestehenden ökonomischen, sozialen und ökologischen Schieflagen innerhalb der Ostseeregion zu überwinden. Eine Ostseeregion, die durch neue trennende Gräben geteilt wäre, würde ihre Zukunftschancen leichtfertig verspielen.

Damit ist die Region in eine **neue Phase der Ostseekooperation** eingetreten. Den neuen Herausforderungen entschlossen begegnen zu wollen, erfordert eine Neuorientierung der Schwerpunkte der Ostseekooperation:

- Stärker als bisher muss an die Stelle der bislang in weiten Teilen außenpolitisch legitimierten Zusammenarbeit über bisherige EU-Außengrenzen hinweg eine gestaltende Fachkooperation treten.
- Wirtschafts- und Bildungspotenziale der Region müssen gemeinsam ausgebaut, Umweltgefährdungen mit abgestimmten Maßnahmen verringert werden. Wo noch

vor zehn Jahren Grenzen trennten, muss ein gemeinsamer Raum geschaffen werden, der auch für die Bürgerinnen und Bürger spürbar und erlebbar ist.

- Gemeinsame Interessen müssen die Ostseeanrainer in enger Abstimmung künftig erheblich stärker als bisher auch gemeinsam z.B. in Brüssel vertreten.

Staatliche Zusammenarbeit auf der Ebene der Ostseeanrainerstaaten allein kann dies nicht schaffen. Stärker als bisher muss sich eine gezielte Entwicklung des Ostseeraums stützen auf die vielen bilateralen Projekte und Beiträge, in denen einzelne Regionen und Kommunen, Organisationen und Initiativen ihre Interessen und ihre Fähigkeit zur Zusammenarbeit quer über die Ostsee demonstrieren. Erforderlich ist eine koordinierte **Entwicklungsstrategie der Ostseeregion** unter dem Dach des Ostseerates (CBSS). Hier müssen die Kapazitäten des gesamten Netzwerks staatlicher, wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Kooperation im Ostseeraum einbezogen werden.

Die Gelegenheit dafür bietet die aktuell stattfindende Selbstüberprüfung zahlreicher Gremien und Organisationen der Ostseezusammenarbeit. Manche Arbeitsfelder und Foren der Zusammenarbeit werden mit der EU-Erweiterung überflüssig werden, andere neu hinzutreten. Notwendig erscheint eine Rückbesinnung auf die konstitutiven Ursprünge der Ostseekooperation: Die Herausbildung einer gemeinsamen Identität im politischen wie im kulturellen Sinne, sowie das Ziel einer handlungsfähigen Region, die im Wettbewerb der europäischen Großregionen erfolgreich bestehen kann.

2. Zweite Phase der Ostseekooperation starten: Leitziele für die Ostseepolitik Schleswig-Holsteins

Wirtschaftliche Prosperität, gesellschaftliche Sicherheit und ökologische Stabilität werden in einer erweiterten Europäischen Union nur durch gemeinsame Beiträge entwicklungsfähiger Regionen auf Dauer zu gewinnen und zu bewahren sein. Auf diese Ziele sollten sich - auch und gerade nach der EU-Erweiterung - die Foren und Netzwerke der Ostseekooperation verstärkt ausrichten.

Hier kommen die sozialen Traditionen der nordischen Staaten, die Modernisierungs- und Wachstumsperspektiven der neuen Mitgliedstaaten der Region und das erklärte gemeinsame Ziel, die Ostseeregion zu einem gemeinsamen Raum nachhaltiger Entwicklung zu gestalten, zusammen. Die Ostseeregion ist und bleibt daher das vorrangige regionale Bezugsfeld des internationalen Engagements der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung. Gemeinsam haben die Ostseeanrainer die Kraft, die Ostseeregion zu einer führenden europäischen Großregion zu entwickeln.

2.1 Leitziele der Ostseepolitik Schleswig-Holsteins:

Ziel ist die Ostsee zu einer Modellregion in einem sich wandelnden Europa zu machen. Ostseekooperation muss sich auf vorrangige Handlungsfelder konzentrieren und politische Deklarationen engagierter in praktische Projekte umsetzen. Schleswig-Holstein wird dafür auch weiterhin mit eigenen Initiativen und Beiträgen in vorrangigen Feldern zur Vertiefung der Integration in der Region beitragen.

Grundlage sind die von der Landesregierung im Februar 2001 beschlossenen Grundsätze der Ostseezusammenarbeit². Schwerpunkte der Ostseepolitik der Landesregierung sind dabei folgende Leitziele:

⇒ Kulturelle Begegnung und Zusammenarbeit im Ostseeraum ausbauen, Jugendbegegnung stärken

Kulturelle Begegnung und Zusammenarbeit sind ebenso wie die Jugendbegegnung seit Jahren fundamentale Elemente der Ostseekooperation. Sie stiften gemeinsame Identität, sie machen die Ostseeregion anfassbar und lebendig. Gleichzeitig schaffen sie über Begegnungen, Projekte und Festivals wichtige Voraussetzungen für zunehmende wirtschaftliche Verflechtungen, die auch auf

² ausführlich siehe: Ostseebericht 2002 (Drs. 15/2051), S. 5 ff.

interkulturelle Verständigung angewiesen sind.

Schleswig-Holstein zählt im Rahmen von „Ars Baltica“, aber auch über ostseeweit bedeutsame Veranstaltungen wie „Schleswig-Holstein Musik Festival“ oder „Jazz Baltica“ zu den aktiven Initiatoren in diesem Bereich. Stärker als bisher gilt es auch die ökonomischen Potenziale im Kulturbereich auszuschöpfen.

Aktuelles Ziel ist die Erschließung der kulturtouristischen Potenziale Schleswig-Holsteins, die im Rahmen einer Marketing-Offensive kulturelle Einrichtungen des Landes zusammenführt und gezielt auch im Ostseeraum vermarkten soll. Genutzt werden sollen hierfür „Ars Baltica“ (Vergabe seines labels für hochwertige Kulturprojekte) ebenso wie die kulturelle Zusammenarbeit mit Partnerregionen im Ostseeraum. Auch in diesem Kontext unterstützt Schleswig-Holstein die Initiative Lübecks, im Jahr 2010 „Kulturhauptstadt Europas“ zu werden – ein Projekt, das ganz bewusst an die kulturelle Identität der Ostseeregion anknüpft.

Im Bereich der Jugendbegegnung im Ostseeraum nimmt Schleswig-Holstein seit Jahren eine zentrale Rolle ein. Hierfür stehen die Arbeit des Ostseejugendbüros in Kiel und des hier angesiedelten „Ostseesekretariats für Jugendangelegenheiten“, die jährliche Ostseejugendkonferenz oder die führende Rolle des Landesjugendrings im Rahmen des „Ostsee-Jugendforums“. Weiter gestärkt werden kann diese zentrale Rolle mit der gemeinsamen Initiative des Landesjugendrings und des Schleswig-Holsteinischen Landtags für eine „Ostseejugendstiftung“.

⇒ **Die Hochschulkooperation zur „Wissensregion Ostsee“ ausbauen**

Die Verfügbarkeit von Wissen und seine laufende Aktualisierung sind ein wesentlicher Standortfaktor im globalen Wettbewerb. Schon seit mehreren Jahren listet der renommierte „Information Society Index“ die nordischen Staaten auf den führenden Plätzen im weltweiten Vergleich der „Top Ten“, zuletzt mit zunehmendem Abstand auf z.B. die USA.³ Die Wissensgesellschaft erfordert jedoch nicht allein die Verbreitung, Nutzung und Anwendung moderner Technologien. Entscheidend ist auch die Befähigung künftiger Generationen zu europäischer und internationaler Kooperation.

Ihr dichtes Netz von Universitäten, Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen bietet die Chance, die Ostseeregion europaweit als „Wissensregion“ zu profilie-

³ (Quelle: www.worldpaper.com/2003/oct02/isi1.html)

ren. Der europaweite „Bologna-Prozess“, dessen Ziel die Schaffung eines europäischen Hochschulraums bis 2010 ist, wirkt dabei als Motor der Hochschulkooperation im Ostseeraum. Gemeinsame (virtuelle) Studiengänge, mobile Studierende und Dozenten und ein wirtschaftsnahes Fortbildungsnetz sind Voraussetzungen auch für die Ansiedlung wissensbasierter Unternehmen. Die Umsetzung dieses Ziels ist auf die aktiven Beiträge von Hochschulen und der hinter ihnen stehenden nationalen und regionalen Träger angewiesen.

Mit dem Abschluss des Hochschulevertrages und der Zielvereinbarungen zwischen dem Bildungsministerium und den schleswig-holsteinischen Hochschulen ist ein wichtiger Schritt zur Umsetzung der Ziele des „Bologna-Prozesses“⁴ im Land getan worden. Mit ihrer verstärkten internationalen Zusammenarbeit in der Ostseeregion haben die schleswig-holsteinischen Hochschulen in den vergangenen Jahren eine wichtige Voraussetzung geschaffen. Ambitioniertestes Projekt ist darunter der „Baltic Sea Virtual Campus“, in dem 13 Hochschulen aus acht Ostseestaaten unter Federführung der Fachhochschule Lübeck gemeinsam online-Studiengänge für die berufsbegleitende Qualifizierung entwickeln, produzieren und vermarkten wollen.

⇒ **die Ostseeregion zu einer „Region ziviler Sicherheit“ machen**

Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und die enge Zusammenarbeit im Bereich ziviler und polizeilicher Sicherheit bleiben auch nach der EU-Erweiterung Aufgaben, die auf absehbare Zeit auf die enge Zusammenarbeit zwischen den Ostseeanrainern selbst angewiesen bleiben werden. Sie leistet damit zugleich einen notwendigen Beitrag zur Stabilität im „Wirtschaftsraum Ostsee“ ebenso wie zur Stärkung von Investitionssicherheit oder der Außenhandelsbedingungen in den neuen Mitgliedstaaten des Ostseeraums.

Neben der aktiven Mitarbeit in der „Task Force on Organized Crime“ des Ostseerates hat Schleswig-Holstein über bilaterale Vereinbarungen und praktische Maßnahmen ein beispielhaftes Netz der Sicherheitspartnerschaft im Ostseeraum geknüpft. Mit der Initiative für die erste „Ostseekonferenz zur Kriminalprävention“ (Lübeck, März 2003) hat Schleswig-Holstein ein weiteres notwendiges Handlungsfeld in die Weiterentwicklung der Ostseekooperation eingebracht.

Hierauf aufbauend muss das Netz der Sicherheitspartnerschaft ausgebaut und

⁴ siehe hierzu in Kapitel 4 dieses Berichts; vgl. Drs. 15/3357

an die veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden. Ziel ist, die Ostseeregion zu einer „Region ziviler Sicherheit“ zu machen. Enge Zusammenarbeit im Zivil- und Katastrophenschutz ist dort vonnöten, wo nationale Strukturen und Institutionen allein überfordert wären.

⇒ **die Ostseeregion als Modellregion nachhaltiger Entwicklung profilieren**

Die Ostseeregion ist nicht nur ein empfindliches maritimes Ökosystem; mit dem Norden Finnlands, Schwedens und Norwegens zählen auch ökologisch empfindliche arktische Gebiete dazu. Gleichzeitig hat sich die Ostseeregion mit ihrer „regionalen Agenda 21“ (Baltic 21) bereits 1998 das ehrgeizige Ziel gesetzt, als weltweit erste Großregion das Ziel nachhaltiger Entwicklung mit eigenen Anstrengungen umzusetzen. Im September 2003 hat sich die Mehrzahl der Ostseeanrainerstaaten in einem Abkommen zur regionalen Umsetzung der Mechanismen des Klimaschutzabkommens von Kyoto (1997) verpflichtet.

Mit der EU-Erweiterung hat die Ostseeregion die Chance, sich als Modellregion nachhaltiger Entwicklung zu profilieren. Die entsprechenden Beschlüsse der EU-Gipfel von Göteborg (2001) und Lissabon (2000) verpflichten nunmehr auch die neuen EU-Mitgliedstaaten. Es gilt, mit eigenen Beiträgen aus Schleswig-Holstein dem Ziel einer nachhaltigen, umweltverträglichen Entwicklung im Ostseeraum näher zu kommen.

Aktuelle Beispiele sind die Stärkung der Schiffssicherheit, die Verringerung der Nährstoffeinträge in die Ostsee oder der Aufbau einer effizienten und umweltverträglichen Energieproduktion und –versorgung in den neuen Mitgliedstaaten. Mit eigenen Anstrengungen und Initiativen will Schleswig-Holstein auch künftig einer der Vorreiter dieser Entwicklung sein. Dazu zählt auch die aktive Rolle Schleswig-Holsteins in Kooperationen wie Baltic 21 oder der Helsinki-Kommission (HELCOM). Dieses politische Engagement und die Kompetenzen in Bereichen wie Umweltwirtschaft oder nachhaltiger Landwirtschaft sichern zugleich Zugangschancen für Schleswig-Holsteins Wirtschaft auf den Märkten vor allem der neuen Mitgliedstaaten, in denen entsprechende Entwicklungen erst noch anstehen.

⇒ **die Ostsee zu einem der weltweit sichersten Seeverkehrsgebiete machen**

Die Ostsee ist bereits heute eines der meistbefahrenen Seeverkehrsgebiete der

Welt. Bereits im Vorgriff auf die EU-Erweiterung hat der Verkehr über die Ostsee bemerkenswerte Wachstumsraten zu verzeichnen und wird weiter wachsen. Die Ölexporte, die Russland als mittlerweile weltweit größter Ölproduzent vorwiegend per Schiff über die Ostsee abwickelt, werden sich voraussichtlich alle 3-5 Jahre verdoppeln. Zunehmend dichtere Verkehre bergen ein hohes Gefährdungspotenzial für das empfindliche Ökosystem Ostsee und für die Sicherheit in navigativ schwierigen Fahrwassern (z.B. Kadetrinne).

Im Rahmen der Internationalen Weltschiffahrtsorganisation (IMO), von HELCOM sowie innerhalb der EU sind in den vergangenen Jahren als Antwort auf tatsächliche oder Beinahe-Katastrophen eine Reihe von Regelungen erlassen oder Empfehlungen ausgesprochen worden. Hier ist aktuell die von der IMO Anfang April beschlossene Ausweisung der Ostsee (mit Ausnahme der russischen Gewässer) als „besonders empfindliches Meeresgebiet“ (PSSA). International unzureichend geblieben sind hingegen Ratifizierung und praktische Umsetzung zahlreicher Maßnahmen und Regelungen.

Die EU-Erweiterung bietet die Chance, Regelungen und Maßnahmen für die Ostseeregion rascher und effizienter umzusetzen. Notwendig sind u.a. die Ausweisung von Tiefwasserrouten für Tanker und andere Gefahrgutschiffe, die Einführung einer Lotsenpflicht in schwierigen Fahrwassern, die frühzeitige Ausmusterung von Einhüllentankern, aber auch praktische Formen effizienter Zusammenarbeit zwischen den Anrainerstaaten im Katastrophenfall. Ziel ist, die Ostseeregion binnen weniger Jahre zu einem der weltweit sichersten Seeverkehrsgebiete zu machen.

⇒ ***Wirtschaftliche Chancen im Ostseeraum gezielt nutzen***

Die nachholende Entwicklung sorgt für wirtschaftliche Dynamik und zukunfts-trächtige Märkte in den neuen Mitgliedstaaten. Notwendige Investitionen in Infrastrukturen, Produktionsanlagen und Versorgungseinrichtungen dort sind auch eine Chance für Unternehmen hier. Die anhaltende politische und ökonomische Stabilität in Russland eröffnet zusätzliche Chancen.

Gerade für den Ostseeraum gilt: Zunehmender Handel und wirtschaftliche Verflechtungen sind zugleich ein Beitrag zur Stabilisierung der gesamten Region wie der zu ihr zählenden Staaten. Experten halten bei anhaltenden Rahmenbedingungen sogar eine Verdreifachung des gesamten Handelsvolumens innerhalb

von zehn Jahren für möglich.

Die hieraus resultierenden Chancen für die schleswig-holsteinische Wirtschaft gilt es zu nutzen. Schwerpunkt ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteins, vor allem in der Südwestlichen Ostseeregion. Gezielte Außenwirtschaftsstrategien und Delegationsreisen in einzelne Staaten des Ostseeraums leisten aktive Markteintrittshilfen. Stärker als bisher ist das Gewicht auf zukunftsfähige Branchen und Technologien zu legen, die sich in regionalen Clustern herausbilden. In Schleswig-Holstein gilt dies z.B. für die Gesundheitswirtschaft, die maritime Wirtschaft, regenerative Energien, Medizintechnik (Life Sciences) oder die Informations- und Mikrosystemtechnik.⁵ Die Wahrnehmung und Förderung eigener Interessen darf nicht an Landesgrenzen halt machen: Natürliche Partner in vielen Feldern sind Hamburg, Norddeutschland und die Südwestliche Ostseeregion.

⇒ ***Zukunft Meer: die maritime Wirtschaft ausbauen – Schleswig-Holstein zur europäischen Modellregion machen***

Eines der zukunftssträchtigen Felder der Wirtschaft Schleswig-Holsteins wie Europas ist die maritime Wirtschaft. Schon heute wird der Weltmarktumsatz der maritimen Branchen auf 1.200 Milliarden € geschätzt. 92 Prozent aller weltweit gehandelten Güter werden über den Seeweg transportiert. Schutz wie Nutzung der Meere erfordern zunehmend innovative Technologien und bilden damit ein anspruchsvolles Feld für Forschung und Entwicklung.

Als „Land zwischen den Meeren“ verfügt Schleswig-Holstein über ein exzellentes know-how und zukunftsfähige Strukturen im maritimen Bereich. Schiffbau, Schifffahrt und maritime Technologien, maritime Forschung, marine Aquakultur, maritimer Tourismus und Sicherheit sind Felder, in denen Schleswig-Holstein als Standort seine Zukunft sichern kann.

Im Herbst 2003 hat die Ministerpräsidentin die Initiative „Zukunft Meer“ gestartet. Ziel ist, Schleswig-Holstein zu einer maritimen europäischen Modellregion zu entwickeln. Auf der Grundlage einer Studie wurden im Juni 2004 bei einem Kongress strategische Empfehlungen mit Akteuren aus Schleswig-Holstein diskutiert. Anfang Juli wird die Landesregierung erste konkrete Projekte zum Thema „Zukunft Meer“ beschließen. Einer der wesentlichen Zielmärkte für die maritime Wirt-

⁵ siehe ausführlicher: *Wirtschaftsbericht 2004 (Drs. 15/3451)*

Wirtschaft Schleswig-Holsteins ist die Ostseeregion.

Als Flankierung fehlt bislang eine konzeptionelle Strategie der Europäischen Union für den maritimen Sektor; Teil des Projekts sind daher auch Initiativen für eine koordinierte und strategisch ausgelegte maritime Politik der EU. Mit einem „Grünbuch Meer“ könnten maritime Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung den notwendigen Rückenwind aus Brüssel erhalten.

⇒ ***Gesundheitswirtschaft und –dienstleistungen im Ostseeraum stärken***

Bereits seit 2001 läuft die „Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein“. Sie zielt darauf, die Gesundheitswirtschaft als einen zentralen Kompetenzbereich des Standorts Schleswig-Holstein zu stärken. Mit der EU-Erweiterung bieten sich neue Chancen für Schleswig-Holstein im Ostseeraum:

- Der Aufbau eines modernen Gesundheitswesens in den Beitrittsländern erfordert umfangreiches know-how und Investitionen in moderne Strukturen und Dienstleistungen.
- Noch immer bestehende Versorgungsengpässe für Patienten vor allem im operativen Bereich bewegen unsere nordischen Nachbarstaaten zunehmend, auch Behandlungen im Ausland zu finanzieren.

Vor diesem Hintergrund ist die Ausweitung der Zusammenarbeit im Ostseeraum einer der aktuellen Schwerpunkte der Gesundheitsinitiative. Dieser ruht auf zwei Säulen: Entwicklung von Angeboten zur grenzüberschreitenden medizinischen Versorgung sowie exportwirtschaftliche Unterstützung der Kompetenzen der schleswig-holsteinischen Gesundheitswirtschaft. Die Resonanz, die die Delegationsreise der Ministerpräsidentin in die baltischen Staaten Anfang Juni gefunden hat, unterstreicht die Perspektiven dieser Initiative.

Ein wichtiger Erfolg ist die „Patientenbrücke Norwegen“. Ziel weiterer Bemühungen auch in Kooperation mit den Partnerregionen Schleswig-Holsteins ist, mit Projekten im Gesundheitswesen, in Wissenschaft und Gesundheitswirtschaft einen Beitrag zur Umsetzung des Ziels „Gesundheit für alle“ der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für die Ostseeregion zu leisten.

⇒ ***Schleswig-Holstein als starke Transportdrehscheibe im Ostseeraum***

Die anhaltende Zunahme von Handelsströmen von und nach Nord- und Nordost-

europa macht die Ostsee zu einer der bedeutsamsten Transportregionen Europas. Prognosen zufolge könnte bis 2010 das Transportaufkommen auf der Ostsee um bis zu 60 Prozent steigen. Auf Grund der besonderen Wachstumsdynamik in Nord- und Nordosteuropa wird der grenzüberschreitende Güterverkehr einer der bedeutsamsten Wachstumsträger sein.

Als Transportdrehscheibe zwischen den Märkten Mittel- und Westeuropas und der Ostseeregion haben die norddeutschen Küstenländer einschließlich Hamburgs zentrale Funktionen und Standortvorteile. Durch den raschen Ausbau von Infrastrukturen und deren enge Verknüpfung mit den Transportwegen im Ostseeraum sind diese gezielt zu nutzen und auszubauen. Zusätzliche Chancen erwachsen für Schleswig-Holstein im Logistik-Sektor, der über den Ausbau der Handelstransporte zusätzliches regionales Profil gewinnen kann.

Schlüsselprojekte sind die feste Fehmarnbeltquerung, Ausbau und Beschleunigung überregional bedeutsamer Schienenverbindungen, die Ostsee-Autobahn (A 20) einschließlich Elb-Querung westlich von Hamburg sowie der leistungsfähige Ausbau der Nord-Süd-Achsen A 7 und A 21. Schnelle und leistungsfähige Verkehrsverbindungen z.B. nach Stockholm sind ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Position Schleswig-Holsteins. Zugleich sind sie für Dänemark, Schweden und Polen von besonderer Bedeutung. Parallel gilt es, die Leistungsfähigkeit der Seeverkehrsverbindungen („nasse Autobahn Ostsee“, Nord-Ostsee-Kanal) und der Hafen-Hinterland-Anbindungen an die Anforderungen wachsender Transportströme anzupassen.

Mit der Aufnahme der Fehmarnbeltquerung einschließlich der landseitigen Schienenanbindungen, des Nord-Ostsee-Kanals und des Elbe-Lübeck-Kanals in die Neufassung der „Transeuropäischen Netze Verkehr (TEN)“ sind wichtige Erfolge für Schleswig-Holstein und den Ostseeraum erzielt worden. Dies gilt auch für die neue Zielsetzung der TEN, neue Hochgeschwindigkeitsseewege quer über die Ostsee zu schaffen („Baltic Sea Motorways“).

2.2. Allianzen des Nordens

Zur Umsetzung dieser Ziele strebt die Landesregierung „**Allianzen des Nordens**“ an:

⇒ **Strategische Allianzen und Partnerschaften im Ostseeraum**

Die in den vergangenen Jahren entwickelte Zusammenarbeit mit **Hamburg** und in **Norddeutschland** ist weiter zu vertiefen. Über die Vertretung gemeinsamer Interessen hinaus sind gemeinsame Anstrengungen zur Stärkung des Standortes in den Feldern erforderlich, die vor allem mit Blick auf den Ostseeraum Synergieeffekte versprechen. Gemeinsam müssen die norddeutschen Länder auch künftig gegenüber der Bundesregierung für eine verstärkte deutsche Beteiligung in der Ostseekooperation auf staatlicher Ebene eintreten.

Über den „Nordverbund“ hinaus kommt der Zusammenarbeit mit den regionalen Nachbarn in der **Südwestlichen Ostseeregion** hohe Bedeutung zu: Aufbauend auf den Erfolg der bislang zwei STRING-Projektphasen streben die Partner in Norddeutschland, Süd-Dänemark und Süd-Schweden eine strategische Zusammenarbeit zunächst in den Feldern Wirtschaft, Umwelt, Kultur und Wissensgesellschaft an. Hinzu kommt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den dänischen Nachbarregionen.

Über die in den letzten zehn Jahren aufgebauten Partnerschaften im Ostseeraum müssen verstärkt **Allianzen** in strategisch bedeutsamen Feldern und Leitprojekten gesucht werden, in denen Schleswig-Holstein und einzelne oder mehrere Partnerregionen gemeinsame Interessen teilen. Projektkooperationen müssen verstärkt daraufhin geprüft werden, ob hier über den engeren Rahmen eines einzelnen Projekts hinaus zusätzliche Partner für die Verfolgung strategischer Interessen gewonnen werden können.

⇒ **Gemeinsame Interessenvertretung in Brüssel**
- das Konzept „Nördliche Dimension“ als Rahmen nutzen

Mit der EU-Erweiterung wächst das Gewicht des Nordens in der EU. Diesem Gewicht entsprechend muss die Ostseeregion eine eigene Stimme in Brüssel entwickeln, um die eigenen Interessen wirkungsvoll vertreten zu können. Aktuelle Beispiele sind die „Transeuropäischen Netze“, das Thema Schiffssicherheit oder die Fortführung des Programms INTERREG III B. Der Schlüssel für diese Interessenvertretung liegt unverändert bei den nationalen Regierungen bzw. beim Ostseerat (CBSS). Die Landesregierung tritt daher dafür ein, dass die Mitglieder des Ostseerates zu grundlegenden Fragen für den Ostseeraum eine abgestimmte politische Position auch gegenüber der EU erarbeiten und vertreten.

Die Landesregierung wird auch weiterhin eigene Anstöße zur Weiterentwicklung der Ostseekooperation geben und ostseepolitische Interessen im direkten Gespräch mit der Europäischen Kommission vertreten. Hier bewährt sich, dass sich das Hanse-Office in Brüssel erfolgreich als Anlauf- und Kontaktstelle für ostseepolitische Fragen auch gegenüber der Kommission etabliert hat. Als weiteres Lobby-Instrument steht die Mitgliedschaft im Vorstand der „Konferenz der Subregionen des Ostseeraumes“ BSSSC zur Verfügung.

⇒ ***Brücken nach Nordwest-Russland schlagen***

Bei allen Anstrengungen, die Ostseeregion zu einer handlungs- und zukunftsfähigen Region innerhalb der Europäischen Union zu machen, darf Russland nicht ausgeklammert werden. Ökonomische Prosperität, gesellschaftliche Sicherheit und ökologische Stabilität in der Ostseeregion bedürfen der aktiven Einbeziehung Russlands. Nötig ist eine neue Nachbarschaftsstrategie:

- Die EU muss die strategische Partnerschaft mit Russland ausbauen und fördern;
- die Ostseeregion muss die ostsee-nahen Regionen Nordwest-Russlands in ihre weitere Entwicklung aktiv einbeziehen;
- die norddeutschen Länder müssen ihre Kooperation mit Nordwest-Russland ausbauen.

Dabei stehen für Schleswig-Holstein zwei völlig unterschiedliche Herausforderungen an: In der Region rund um St. Petersburg geht es vorrangig um die Öffnung von Zugängen zu den Märkten Nordwest-Russlands. Neben ersten Erfolgen haben bisherige Anstrengungen vor allem unterstrichen, dass diese Region für die mittelständische Wirtschaft nur unter erschwerten Bedingungen erschlossen werden kann. Für Kaliningrad steht hingegen im Vordergrund, die Partnerregion bei der Bewältigung der dringendsten sozialen und ökologischen Probleme sowie bei der Entwicklung einer tragfähigen ökonomischen Zukunftsperspektive zu unterstützen.

Eine enge und faire Einbindung Russlands ist daneben auch in allen Fragen des Meeresschutzes und dabei insbesondere bei der Verbesserung der Schiffssicherheit unabdingbar. Nur wenn es gelingt, die Russische Föderation vertrauensvoll an allen weiteren Schritten zu beteiligen, können die Bemühungen in diesen Feldern wirksamen Erfolg haben. Ohne Unterstützung oder zumindest Dul-

derung durch Russland wird auch die jüngst beschlossene PSSA-Ausweisung der Ostsee eine leere Hülle bleiben.

⇒ **Transnationale Projekte – EU-Fördermöglichkeiten im Ostseeraum nutzen**

Die Beteiligung an EU-geförderten Projekten im Rahmen von INTERREG III B oder „PHARE Twinning“ ist eine notwendige strategische Aufgabe: Hier können Partner für künftige Allianzen oder gemeinsame Initiativen gewonnen werden; hier können Kontakte für nachfolgende wirtschaftliche Interessen geknüpft werden. Zugleich tragen diese Projekte, in die – auch ohne unmittelbare Verbindung zur Ostseepolitik – die unmittelbaren Interessen der beteiligten Partner einfließen, wesentlich zur weiteren Integration der Ostseeregion bei.⁶

Neben der notwendigen Lobby-Arbeit für die **Fortsetzung von INTERREG III B** über 2006 hinaus ist vor allem die Beteiligung an Projekten im Rahmen neuer EU-Förderprogramme notwendig. Dies gilt u.a. für die neue „**Transition Facility**“ zum Aufbau von Verwaltungskapazitäten in den neuen Mitgliedstaaten, die TACIS-Programme für die Regionen **Nordwest-Russlands** oder das künftige „**Europäische Nachbarschaftsinstrument**“ (ab 2007). Darüber hinaus ist eine stärkere Verzahnung von Projekten im Rahmen von INTERREG III B und INTERREG III A anzustreben.

Unabhängig von diesen strategischen Partnerschaften und Allianzen gilt es, kontinuierlich die politische **Präsenz Schleswig-Holsteins im Ostseeraum** zu sichern. Hier leisten die Schleswig-Holstein-Büros im Ostseeraum mit ihrer oft unauffälligen täglichen Arbeit einen unverzichtbaren Beitrag. Hinzukommen müssen regelmäßige Reisen von Vertretern der Landesregierung, des Landtages oder anderer Institutionen in Länder des Ostseeraumes, die kontinuierliche Mitwirkung in zugänglichen Gremien der Ostseekooperation sowie die aktive Teilnahme an bedeutenderen internationalen Konferenzen und Veranstaltungen zur Ostseekooperation.⁷

Darüber hinaus ist es originäre Aufgabe der Landesregierung wie anderer Ostseeakteure in Schleswig-Holstein, mit eigenen Veranstaltungen oder Initiativen die **Wahrnehmung der Ostseekooperation in Berlin und Brüssel zu stärken**: Ohne aktives Engagement der Europäischen Union wird die Ostseeregion ihre Chancen in einem erweiterten Europa kaum dauerhaft sichern können; ohne aktives Engage-

⁶ zur Beteiligung schleswig-holsteinischer Partner an Projekten im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG III B siehe ausführlicher Anlage 7 dieses Berichts

⁷ zu den Besuchsreisen von Mitgliedern der Landesregierung siehe Kapitel 4 dieses Berichts

ment der Bundesregierung würde die Vertretung norddeutscher Interessen im Rahmen der Ostseekooperation erheblich erschwert werden.

Aufgabe ist daher, die Bedeutung der Ostseezusammenarbeit ebenso zu unterstreichen wie die Kompetenz Schleswig-Holsteins herauszustellen. Der Arbeit des Hanse-Office in Brüssel sowie der Landesvertretung in Berlin kommt dabei eine besondere Aufgabe zu. Veranstaltungen wie die Schiffssicherheitskonferenz im Mai 2004 in Kiel oder die Präsentation der „Europäischen Zukunftsregion Ostsee“ im September 2003 in Berlin fanden reges Interesse; sie sind eine Ermunterung, auch künftig mit öffentlichkeitswirksamen Vorhaben das Interesse in Berlin und in Brüssel wachzuhalten.

3. **Aktuelle Entwicklungen der Ostseekooperation**

Mit dem **EU-Beitritt von acht Staaten Mittelost-Europas sowie von Malta und Zypern** ist im Mai 2004 ein Prozess beendet worden, der mit der Festlegung der Beitrittskriterien durch den EU-Gipfel von Kopenhagen (1993) begonnen hatte. Nach dem Abschluss der Beitrittsverhandlungen wurden die Beitrittsverträge im April 2003 von den Staats- und Regierungschefs aller Mitglieds- und Beitrittsstaaten unterzeichnet. Dem Auftrag des Europäischen Rates entsprechend legte die Europäische Kommission im November 2003 ihren „Umfassenden Monitoring-Bericht über den Stand der Beitrittsvorbereitungen“ vor, der neben den bislang erzielten Fortschritten auch die Bereiche auflistet, in denen die Beitrittsländer auch über den Zeitpunkt des EU-Beitritts hinaus weiterhin verstärkte Anstrengungen unternehmen müssen.⁸ Damit hat die Europäische Kommission auch aufgezeigt, dass der Prozess der vollständigen Übernahme und Umsetzung des „acquis communautaire“ in den neuen Mitgliedstaaten mit dem Zeitpunkt des EU-Beitritts noch nicht abgeschlossen ist.

In den Blickpunkt der EU-Politik im Ostseeraum rückt damit die **regionale Einbeziehung Russlands** „unterhalb“ der Ebene der politischen EU-Russland-Beziehungen. Ein wesentliches Fenster bildet dafür das politische Konzept der „Nördlichen Dimension“, das mit der Annahme eines zweiten Aktionsplans durch den Europäischen Rat (Oktober 2003) bis 2006 verlängert wurde. Mit Blick auf die Neuausrichtung der EU-Finanzinstrumente nach 2006 sowie auf die Notwendigkeit, eine kohärente Politik der EU gegenüber allen Nachbarstaaten der erweiterten Union zu entwickeln, werden seit Frühjahr 2003 unter dem Stichwort „Größeres Europa (Wider Europe)“ die Grundzüge einer neuen Europäischen Nachbarschaftspolitik diskutiert. Zu dessen Umsetzung soll ein „Europäisches Nachbarschaftsinstrument“ geschaffen werden, das sich in einer ersten Phase (bis 2006) auf die stärkere Annäherung bestehender Förderinstrumente beschränkt (im Ostseeraum u.a. INTERREG III B und Tacis).

Politisch besondere Bedeutung kommt dabei unverändert der Entwicklung des **Gebiets Kaliningrad** zu, das mit der Erweiterung zu einer russischen Exklave innerhalb der EU geworden ist. Als einen ersten Schritt haben die EU und Russland im Rahmen des aktuellen TACIS-Indikativprogramms für Russland (2004-2006) erstmals eine gesonderte Tranche für das Gebiet Kaliningrad reserviert. Auf mittlere Sicht aber besteht die Notwendigkeit fort, in einer gemeinsamen Anstrengung Russlands, der EU und – soweit möglich – der Ostseekooperation eine abgestimmte Ent-

⁸ Internet: http://europa.eu.int/comm/enlargement/report_2003/pdf/summary_paper2003_full_de.pdf

wicklungsstrategie für Kaliningrad zu formulieren, die geeignet ist, die Entwicklungsperspektiven dieses Gebiets nachhaltig zu unterstützen.

Nach dem Abschluss des Vor-Beitrittsprozesses steht die Ostseeregion vor der Herausforderung, diese Prozesse mit eigenen Anstrengungen zu unterstützen. Zugleich bietet sich ihr vor allem die Chance, sich als eine der wenigen eigenständig entwickelten Großregionen innerhalb einer erweiterten EU als **transnational organisierte, leistungsfähige Zukunftsregion in Europa** zu präsentieren. Neben der Notwendigkeit einer besseren Koordinierung zwischen den zahlreichen Foren und Gremien der Ostseekooperation erfordert dies auch eine stärkere Abstimmung der Ostseeanrainer bei der Weiterentwicklung ostseeraum-relevanter Politiken der EU. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die Fortschreibung der „Transeuropäischen Netze Verkehr“: Die Einbeziehung der neuen Mitgliedstaaten bietet die Chance, im Rahmen dieser Politik die Kapazitäten der Ostseeregion als „Transportachse“ zwischen dem Nordosten Europas und den Märkten West- und Mitteleuropas zu stärken.

Der Berichtszeitraum wurde vor allem von folgenden Ereignissen geprägt:

3.1 Ostseerat der Außenminister (CBSS), staatliche Ostseekooperation (www.cbss.st)

Geprägt war die Arbeit des Ostseerates im Berichtszeitraum von der Umsetzung und Weiterentwicklung der „Nördlichen Dimension“ sowie **der Überprüfung der seit 1992 entwickelten Formen der Zusammenarbeit**. Neben dem Auftrag des 3. Ostseegipfels (Kolding/Dänemark, 2000), die gesamte Bandbreite der staatliche Zusammenarbeit im Ostseeraum verstärkt zu koordinieren, zählen hierzu die reguläre „5-Jahres-Überprüfung“ des CBSS-Sekretariats (2004) und die Überführung bzw. Beendigung einzelner CBSS-Gremien (Kommissarin für demokratische Entwicklung, Ostsee-Zollkonferenz / BSCC, Ostseerats-AG Transport).

Gleichzeitig stellt sich die Frage, ob und inwieweit die Fortsetzung selbst geschaffener Fachgremien des Ostseerates nach der EU-Erweiterung verzichtbare Doppelarbeit darstellt. Die Überlegungen der „Task Force on Communicable Diseases Control (TF CDC)“, ihre Arbeit in die noch aufzubauende „Northern Dimension Partnership Public Health and Social Well-being (NDSP)“ zu überführen, weisen zudem eine Richtung zur verstärkten Koordinierung zwischen CBSS und Gremien der

„Nördlichen Dimension“ hin. Dieser Gesamtprozess ist noch nicht abgeschlossen, sondern wird bis zum CBSS-Ministertreffen 2004 (Polen) anhalten.

Beim **12. CBSS-Ministertreffen** (Juni 2003, Pori/Finnland) wurde beschlossen, künftig im jährlichen Wechsel das Gipfeltreffen der Regierungschefs und das Ministertreffen einzuberufen. Nachdem zuletzt im Frühjahr/Sommer 2002 unter russischem Vorsitz kaum ein funktionaler Unterschied mehr zwischen dem Gipfel- und dem Ministertreffen erkennbar war, soll eine deutlichere Abgrenzung zwischen den Grundsatz-Orientierungen des Gipfeltreffens und der Koordinierungsaufgabe des nunmehr zweijährlich stattfindenden Ministertreffens erzielt werden.⁹

Auch auf Grund der zeitgleich stattfindenden Auseinandersetzungen zwischen Russland und der EU u.a. in der Frage des Kaliningrad-Transits konnten beim Ministertreffen 2003 kaum wesentliche Fortschritte erzielt werden. Dennoch hat sich das Ministertreffen erneut als Forum für bilaterale Gespräche insbesondere mit der russischen Delegation bewährt. Einigung konnte zudem über das zuvor im Rahmen der Energie-Kooperation (BASREC) erarbeitete Abkommen zur regionalen Umsetzung der Mechanismen des Klimaschutzabkommens von Kyoto (1997) erzielt werden. Das Abkommen wurde Ende September 2003 in Göteborg zunächst von Dänemark, Deutschland, Finnland, Island, Litauen, Norwegen und Schweden unterzeichnet.¹⁰

Für die norddeutschen Länder hat der stellvertretende Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommerns, Umweltminister Prof. Dr. Methling, teilgenommen.

Das **5. Ostsee-Gipfeltreffen der Regierungschefs** (21. Juni 2004, Laulasmaa/ Estland) unterstrich die Notwendigkeit, die Ostseekooperation auch über die EU-Erweiterung hinaus fortzusetzen. Als eine der dynamischsten Regionen des Kontinents könne der Ostseeraum „als Modell wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung dienen“. Regionale politische Initiativen der Ostseestaaten seien ein notwendiger Beitrag zur Unterstützung der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Russland. Zugleich unterstrichen die Regierungschefs, dass die Ostseeregion ihre „komparativen Vorteile“ zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit stärker nutzen müsse und beauftragten den Ostseerat, einen Bericht mit Empfehlungen für eine stärkere wirtschaftliche Integration der Region vorzulegen. Beim Thema Schiffssicherheit wurde der Dissens mit Russland über die Ausweisung der Ostsee als emp-

⁹ Dokumente sind auf der Internet-Seite des Ostseerates (CBSS) unter der finnischen Präsidentschaft verfügbar: www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/11finnish

¹⁰ Internet: www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/12estonian/tgakyoto
(siehe auch: www.cbss.st/basrec)

findliches Seegebiet (PSSA) in einer überaus schwachen Formulierung im Abschlusskommuniqué deutlich; immerhin aber begrüßten die Regierungschefs einvernehmlich das Verbot von Schweröltransporten in Ein-Hüllen-Tankern für alle Ostseehäfen ab April 2005. Der nächste Ostseegipfel der Regierungschefs wird 2006 in Island stattfinden.¹¹

Das Treffen der Stellvertreter der Außenminister nahm am selben Tag an Stelle des bislang jährlichen Außenministertreffens die internen Aufgaben von CBSS wahr: Einvernehmlich angenommen wurde eine aktualisierte Fassung der „CBSS Terms of Reference“¹², mit der die seit Gründung des CBSS stattgefundenen Änderungen berücksichtigt werden (u.a. Einrichtung des CBSS-Sekretariats in 1998).

Der **finnische Vorsitz im Ostseerat**¹³ (Juli 2002 bis Juni 2003) war etwas überraschend eher von Kontinuität denn von eigenen politischen Initiativen geprägt. Auch in der Diskussion um Implementierung und Fortschreibung der „Nördlichen Dimension“ gingen vom finnischen Vorsitz nur geringe Initiativen aus, obwohl dieses Konzept auf finnische Initiative (1997) zustande gekommen war. Der nachfolgende **estnische Vorsitz**¹⁴ (Juli 2003 bis Juni 2004) konzentrierte sich demgegenüber ebenfalls auf die kontinuierliche Fortsetzung begonnener Aktivitäten. Gemessen an der Anforderung, den EU-Beitritt erfolgreich bewältigen zu müssen, ist das ausdrückliche Bekenntnis der estnischen Regierung zur Ostseekooperation jedoch bemerkenswert. Bis Juni 2005 übernimmt **Polen** den Vorsitz im Ostseerat.

Breiten Raum nahm die Umsetzung und Fortschreibung des Konzepts der **„Nördlichen Dimension“**¹⁵ ein. Hier hat sich der Ostseerat als regionales Koordinierungsgremium der Ostseekooperation und unmittelbarer Kooperationspartner der Europäischen Kommission bewährt. So legte der Ostseerat im Februar 2003 einen umfangreichen Bericht zur Umsetzung des 1. Aktionsplans „Nördliche Dimension“ in der Ostseeregion¹⁶ vor sowie im Juni 2003 eine Zusammenstellung von Vorschlägen zur Erstellung des 2. Aktionsplans „Nördliche Dimension“ (2004-2006)¹⁷. An deren Erstellung hatten zahlreiche Organisationen des Ostseeraums mitgewirkt.

¹¹ Das Kommuniqué des Gipfeltreffens lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor; weitere Informationen im Internet unter: www.cbss.st/summits/laulasmaa2004

¹² Internet: www.cbss.st

¹³ Internet: <http://formin.finland.fi/cbss> (oder: www.cbss.st/ocuments/cbsspresidencies/11finnish)

¹⁴ Internet: www.vm.ee/eng/kat_454 (oder: www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/12estonian)

¹⁵ siehe hierzu ausführlicher: Kapitel 3.4 des Berichts

¹⁶ ... „CBSS Progress Report of the 1st ND Action Plan 2000-03“,

Internet: www.cbss.st/documents/euand_baltic_region/eund/dbaFile1725.html

¹⁷ „Contributions towards a ND AP 2004-2006“

Internet: www.cbss.st/documents/euand_baltic_region/eund/contributionsfinal.pdf

Im Ergebnis ist es gelungen, zahlreiche Aktivitäten der Ostseekooperation in die Konzeptionen der „Nördlichen Dimension“ einzubringen. Damit konnte erreicht werden, dass die von Seiten der Europäischen Kommission zuletzt auf grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Russland ausgerichtete Konzeption auf die gesamte Bandbreite der Ostseekooperation ausgeweitet bleibt. Dies stellt auch die Europäische Kommission in ihrem im Januar 2004 vorgelegten Jahresbericht zur Umsetzung der „Nördlichen Dimension“ heraus.¹⁸ Wichtige Herausforderung für den Ostseerat bleibt, eine zentrale Koordinierungsrolle auch im Rahmen des vom Europäischen Rat in Auftrag gegebenen Überwachungs- und Überprüfungsprozesses einzunehmen. Dieser Prozess soll über Tagungen auf Ministerebene bzw. auf der Ebene Hoher Beamter auch die Vorbereitungen für die Konzipierung der Nördlichen Dimension über 2006 hinaus leisten.

Darüber hinaus war die Arbeit des Ostseerates von Kontinuität ebenso wie von neuen Initiativen geprägt, die vorwiegend von einzelnen Mitgliedstaaten ausgingen:

- Mit den **NGO-Foren** in Turku/Finnland (Mai 2003) und in Pärnu/Estland (April 2004) wurde der im Jahr 2001 vom damaligen deutschen Ostseeratsvorsitz in Zusammenarbeit begonnene Dialog mit den Nicht-Regierungsorganisationen des Ostseeraums fortgesetzt.¹⁹
- Das Thema **Kaliningrad** stand kontinuierlich auf der Tagesordnung des Ostseerates: So konnte die Fortsetzung der vom Ostseerat initiierten „Euro-Fakultät Kaliningrad“ gesichert werden, während die vor allem von Schweden verfolgte Idee eines „Business Support Centre“ in Kaliningrad mangels konsistenter Zielstellungen bislang nicht weiter entwickelt werden konnte. Hingegen gewinnen Vorschläge, eine „Euro-Fakultät Pskov“ einzurichten, zusehends Konturen.
- Vor allem auf schwedische Initiative wurden im Rahmen der CBSS-Mitglieder – wenngleich unter Ausschluss der von Beginn an ablehrenden Russischen Föderation – die wesentlichen Vorarbeiten für den mittlerweile erfolgreichen **PSSA-Antrag** an die IMO zum Schutz der Ostsee vor schweren Schiffsunfällen geleistet.
- Gemeinsam mit Polen hat Schweden die Führung im INTERREG-Projekt „Euro-Baltic“, das auf die Stärkung der **zivilen Sicherheit im Ostseeraum** zielt.
- Schweden, Finnland und Norwegen, die schon die Vorarbeiten zur „Northern Dimension on Public Health and Social Well-being“ geleistet haben, forcieren zur

¹⁸ Internet: http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/doc/sec03_1483.pdf

¹⁹ Abschlusserklärung des NGO-Forums 2004 (Pärnu) im Internet: www.ngonet.ee/forum, des NGO-Forums 2003 im Internet: www.cbss-ngo-fin.org

Zeit ihre Bemühungen, die **Bekämpfung von Menschenhandel** (einschl. Kinderhandel) zum Thema des Ostseerates zu machen.

Intensiviert werden soll die **Zusammenarbeit zwischen Ostseerat und Nordischem Ministerrat**. Über die mittlerweile regelmäßigen Kontakte auf der Ebene der Vorsitzenden der Lenkungsgruppen und der Sekretariate hinaus streben beide Institutionen die Auflage eines gemeinsamen Programms an, das mit praktischen Trainingseminaren die Kapazitäten vor allem auf lokaler und regionaler Ebene zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit über die neue EU-Außengrenze hinweg (insbesondere mit benachbarten russischen Regionen und Städten) stärken soll.

Die Notwendigkeit engerer Zusammenarbeit zur Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung des Ostseeraums unterstreichen die wirtschaftsnahen Ostsee-Organisationen. So trat das vom ehemaligen dänischen Außenminister Ellemann-Jensen geleitete **“Baltic Development Forum” (BDF)**²⁰ bei seiner Jahreskonferenz in Riga (Oktober 2003) für eine stärkere weltweite Präsentation der Wirtschaftsregion Ostsee ein und kündigte für 2004 einen Bericht “State of the Region” an, der auch als “road map” weitere Schritte zur Entwicklung der Ostseeregion nach der EU-Erweiterung enthalten wird.

Die Ostseekooperation der Handelskammern (**“Baltic Sea Chambers of Commerce Association”, BCCA**)²¹ legte Ende 2003 ein Konzept zur Verdreifachung des Ostsee-Binnenhandels bis 2010 vor (“T3 – Triple Trade in Ten Years”). Der vom Ostseegipfel 1996 (Visby/Schweden) eingesetzte **“Business Advisory Council” (BAC)**²² weist auf weiterhin bestehende Hemmnisse für Handel und Investitionen hin und tritt für die Schaffung eines “Joint Investment Area” im Ostseeraum ein.

Im Berichtszeitraum fanden mehrere **Ostsee-Fachministerkonferenzen** statt:

- Im November 2002 (Vilnius) verständigten sich die **Energieminister** im Rahmen von BASREC²³ auf Empfehlungen zum Aufbau integrierter Strom- und Gas-Versorgungsmärkte, zur effizienten Energieversorgung und zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen sowie zur regionalen Umsetzung des Kyoto-Protokolls.

²⁰ Internet: www.bdforum.org

²¹ Internet: www.bcca.ws

²² Internet: www.tt.fi/bac

²³ BASREC = Baltic Sea Region Energy Cooperation, Internet: www.cbss.st/basrec

- Im Juni 2003 (Bremen) berieten die **Umweltminister** im Rahmen von **HELCOM und OSPAR**²⁴ Initiativen zur Schiffssicherheit in Nord- und Ostsee und nahmen einen Bericht über die Umsetzung der unter dem Eindruck der „Prestige“-Katastrophe vom HELCOM-Ministertreffen in Kopenhagen (September 2002) beschlossenen Maßnahmen entgegen.²⁵
- Im August 2003 (Lulea/Schweden) berieten die **Umweltminister** Fragen des Meeres- und Klimaschutzes, der nachhaltigen Entwicklung sowie Möglichkeiten zur Verringerung landwirtschaftlicher Nährstoffeinträge.²⁶ Die vereinbarten Schritte sollen bei einem erneuten Ministertreffen 2006 überprüft werden.
- Zum Ende des Jubiläumsjahrs der Stadt St. Petersburg trafen im Dezember 2003 dort die **Kulturminister**²⁷ zusammen und erörterten die Vertiefung der vor allem von Ars Baltica getragenen kulturellen Zusammenarbeit der Ostseeanrainer.
- Im April 2004 (Tallinn) bekräftigten die **Wirtschafts- und Handelsminister** die Notwendigkeit enger regionaler Zusammenarbeit auch über die EU-Erweiterung hinaus. In Fortführung des in Moskau 2002 vereinbarten Aktionsplans sollen die Grenzbarrieren für den Warenaustausch weiter abgebaut, die Bekämpfung von Korruption fortgesetzt und die Investitionsbedingungen im Ostseeraum verbessert werden; mit Blick auf die europaweit bedeutsame Rolle als Wachstumsmotor sollen künftig Interessen der Ostseeregion gemeinsam gegenüber Politiken der EU vorgetragen werden.²⁸

Das zur Unterstützung des Ostseerates und als zentraler Informationspunkt 1998 in Stockholm eingerichtete **CBSS-Sekretariat**²⁹ ist in der Zwischenzeit um weitere Einheiten gewachsen, die unter seinem Dach eigenverantwortlich arbeiten: Sekretariate von Baltic 21 und BASREC sowie die „Childrens‘ Unit“ zur Unterstützung der CBSS-Arbeitsgruppe „bedrohte Kinder“ („Working Group for Cooperation on Children at Risk“)³⁰. Die bereits bei Einrichtung des Sekretariats vereinbarte „5-Jahres-Überprüfung“ wurde 2004 abgeschlossen. In deren Auswertung legte der Ostseerat fest, dass das permanente Sekretariat auf die Arbeit des Ostseerates begrenzt bleibt; angeschlossene Strukturen dagegen müssten weiterhin aus ihren jeweiligen Arbeitsbereichen heraus legitimiert werden. Damit hat der Ostseerat einer weiterrei-

²⁴ HELCOM = Helsinki Commission (Baltic Marine Environment Protection Commission; Internet: www.helcom.fi), OSPAR = „OSPAR Commission“ for the Protection of the Marine Environment of the North-East Atlantic (benannt nach den Orten der Unterzeichnung der OSPAR-Konvention – Oslo und Paris - ; Internet: www.ospar.org)

²⁵ Internet: www.helcom.fi/helcom24/supp-CphDcl.pdf

²⁶ Internet: www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/12estonian/lule/

²⁷ Internet: www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/12estonian/dbaFile_3268.html

²⁸ Internet: www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/12estonian/economisterial

²⁹ Internet: www.cbss.st/about/organisation/secretariat

³⁰ Internet: www.cbss.st/childcentre

weiterreichenden Institutionalisierung über seinen ursprünglichen Wirkungsbereich hinaus einen Riegel vorgeschoben. Mit der Einrichtung eines „**Baltic Sea Portals**“ hat der Ostseerat im April 2004 erstmals eine zentrale Informationsplattform im Internet für verschiedenste Organisationen der Ostseekooperation geschaffen.³¹

Das Mandat der **CBSS-Kommissarin für Demokratische Entwicklung** wurde – auch mit Blick auf die anstehende EU-Erweiterung – auf Beschluss der Außenminister nicht erneut verlängert und lief zum Jahresende 2003 aus. Die im Abschlussbericht der Kommissarin für notwendig erklärten Fortsetzungsarbeiten wurden der CBSS-Arbeitsgruppe Demokratische Institutionen (WGDI) übertragen.

Die Arbeit der „**Task Force on Organized Crime**“³², in der das Landeskriminalamt Schleswig-Holstein seit 1999 aktiv mitwirkt, wird auch nach der EU-Erweiterung fortgesetzt; unter neuem Vorsitz (Finnland) sollen die Schwerpunkte auf die Bekämpfung von Drogenhandel, Schmuggel, Menschenhandel und Umweltkriminalität gelegt werden. Die „**Task Force on communicable diseases control**“³³ zur Bekämpfung verbreiteter Krankheiten im Ostseeraum soll hingegen auf Beschluss des Ostseegipfels in der künftigen „Norhern Dimension Partnership on Public Health and Social Well-being“ aufgehen.

Das im Jahr 2001 in enger Zusammenarbeit u.a. mit den Kammern eingerichtete Internet-Portal „**Baltic Market**“³⁴ ist nach einer Startphase 2004 aus norwegischer Betreuung in deutsche Trägerschaft (BMWA) übergegangen. Mit gezielten Informationen und Hilfestellungen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bietet diese Internet-Plattform praktische Unterstützung für die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Ostseeraum.

3.2. Ostsee-Parlamentarierkonferenz (BSPC) (www.bspc.net)

Die **12. Ostseeparlamentarierkonferenz** in Oulu (Finnland) am 8./9. September 2003 hat sich mit den Schwerpunkten „Wissensgesellschaft im Ostseeraum“, „Schiffssicherheit“ und „Ostseekooperation“ befasst. Damit die Ostseeregion Schritt halten kann angesichts der sich dynamisch entwickelnden Wissensgesellschaft, trat

³¹ Internet: www.balticsea.net

³² Internet: www.balticseatactforce.dk

³³ Internet: www.baltichealth.org

³⁴ Internet: www.balticmarket.org

die Konferenz u.a. für die Förderung von Mobilität durch Stipendien, Harmonisierung der Austauschbedingungen, Vereinfachung des Visaregimes und die Harmonisierung der Studienbedingungen ein; zugleich sollten die Förderung gemeinsamer Forschungsvorhaben, die Sprachausbildung oder die virtuelle Mobilität vorangetrieben werden. Erneut trat die Konferenz für die Ausweisung der Ostseeregion als besonders sensibles Seegebiet entsprechend den Regeln der MARPOL-Konvention ein („Particularly Sensitive Sea Area“ – PSSA³⁵) und gab damit entscheidenden Anstoß für den mittlerweile erzielten Durchbruch.

BSPC als parlamentarische Dimension des CBSS: Die parlamentarische Zusammenarbeit im Ostseeraum basiert auf der Leitidee, der Regierungsarbeit eine zusätzliche politische Unterstützung und demokratische Legitimation zu verleihen. Die Ostseepolitik verlangt nach einer parlamentarischen Dimension auf der nationalen und der regionalen Ebene, um die Sach- und Bürgernähe zu gewährleisten.

Die Zusammenarbeit der regionalen und nationalen Parlamente in Gestalt der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) und der Regierungen durch den Ostseerat (CBSS) fand in der Vergangenheit sichtbaren Ausdruck in der Berichterstattung des jeweils amtierenden Ostseerats-Vorsitzes an die Teilnehmer der BSPC-Jahreskonferenzen. Für die Zukunft werden weitere Maßnahmen erwogen, um die BSPC als parlamentarische Dimension des CBSS zu stärken. Das Standing Committee der BSPC diskutiert zurzeit Vorschläge, wie dieser Prozess vorangebracht und optimiert werden kann. Erste Tendenzen zeichnen sich ab:

- Durch eine Benennung ständiger Delegationen der entsendenden Parlamente für die Dauer ihrer jeweiligen Wahlperioden könnte die Arbeit der BSPC zusehends professionalisiert werden.
- Mit der Aufnahme eines Repräsentanten des Europäischen Parlamentes in das Standing Committee der BSPC könnten die Fachkompetenz vergrößert und die Verbindungen nach Straßburg und Brüssel intensiviert werden.
- Ansätze zur engeren Zusammenarbeit von BSPC und CBSS – vom Informationsaustausch über die wechselseitige Teilnahme an Sitzungen bis hin zu gemeinsamen Vorhaben – sollen weiterentwickelt werden. Überlegungen, wie die Umsetzung der BSPC-Resolutionen verbessert werden kann, stehen im Mittelpunkt.
- Die BSPC hat auf ihrer letzten Jahrestagung in Oulu/Finnland großes Interesse an der Weiterführung der Arbeit des CBSS Commissioner on Democratic Development artikuliert. Das BSPC Standing Committee wird Kontakt mit der CBSS

³⁵ vgl. im Internet: www.imo.org/Environment/mainframe.asp?topic_id=760

Working Group on Democratic Institutions aufnehmen und die Bereitschaft der Parlamentarier zu einer engen Zusammenarbeit mit dem CBSS signalisieren.

Mit diesen Vorschlägen steht auch die BSPC vor einer Weiterentwicklung und Neuausrichtung ihrer Arbeit. Dieser Prozess, der in enger Zusammenarbeit mit dem Ostseerat erfolgen soll, wird bei der diesjährigen BSPC-Jahreskonferenz fortgeführt und vertieft werden.

Bereits seit der 9. Ostseeparlamentarierkonferenz in Malmö (2000) wird die Einrichtung einer **Ostseejugendstiftung** gefordert. Ausgehend von einem pragmatischen Vorschlag des Ostseejugendbüros wird zunächst eine bescheidene Lösung mit einem Startkapital in Höhe von 150.000 € angestrebt, aus dessen Zinserlösen erste kleine Jugendprojekte bezuschusst werden könnten. Mit aktiver Unterstützung der BSPC konnten bisher 35 000 € bereit gestellt bzw. eingeworben werden. Über den Ostseerat strebt BSPC an, auch die Regierungen der Ostseeanrainerstaaten zu einer Unterstützung dieses Vorhabens zu bewegen.

Nach Russland und Finnland in den Jahren 2002 und 2003 liegt der BSPC-Vorsitz im Jahr 2004 bei Norwegen. Die diesjährige 13. Ostseeparlamentarierkonferenz (29.-31. August 2004 in Bergen/Norwegen) wird sich schwerpunktmäßig mit den Themen „Neue Nachbarschaft in einem erweiterten Europa“, „Gesundheit und Wohlfahrt im Ostseeraum“ sowie „nachhaltige Umweltpolitik“ befassen. Gutnachbarschaftliche Beziehungen zu Russland als eines der zentralen Anliegen im Ostseeraum stehen damit im Mittelpunkt der Konferenz. Der bereits bei den beiden vorangegangenen Konferenzen (St. Petersburg 2002 und Oulu 2003) eingeleitete parlamentarische Dialog mit Russland soll intensiviert und verstetigt werden.

3.3 Konferenz der Subregionen (BSSSC) (www.bsssc.com)

Erstmals unter Vorsitz einer Region eines EU-Beitrittslandes hat die „Konferenz der Subregionen des Ostseeraumes“ zehn Jahre nach ihrer Gründung einen grundlegenden **Wandel ihrer Organisationsstruktur** vollzogen. Zugleich hat sie sich zum beachteten Ansprechpartner des Ostseerates (CBSS) wie der Europäischen Kommission für die Interessen der regionalen Ebene entwickelt. Eine der Hauptaufgaben für BSSSC in den kommenden Jahren wird die Vertretung der regionalen Interessen gegenüber den im Ostseeraum wirksamen EU-Politiken (Nördliche Dimension, EU-

Strukturfonds nach 2006) sein. Ob und wie hingegen eine stärkere Einbeziehung der Regionen Nordwest-Russlands in die Ostseekooperation gelingt, wird weiterhin von der Politik der russischen Regierung abhängen, die wesentlich von den Beziehungen zwischen der EU und Russland geprägt wird.

Im Mittelpunkt der politischen Arbeit der BSSSC stand die Weiterentwicklung der „**Nördlichen Dimension**“. Im Februar 2003 wandte sich BSSSC mit einem viel beachteten Positionspapier an den Ostseerat wie an die Europäische Kommission, in dem die Leistungsfähigkeit der regionalen Ebene im Rahmen regionaler Zusammenarbeit herausgestellt und eine stärkere Einbeziehung der regionalen Ebenen eingefordert wurde.³⁶ Dieses Papier fand Eingang sowohl in die Positionsbestimmung des Ostseerates (März 2003) als auch in den im Oktober 2003 beschlossenen „2. Aktionsplan Nördliche Dimension“.

Im Rahmen ihrer Jahreskonferenzen bot BSSSC zudem wichtige Diskussionsforen zur „Nördlichen Dimension“ (ND): Im Oktober 2002 (Lillehammer/Norwegen) diskutierten Vertreter von BSSSC, CBSS und EU-Kommission die Umsetzung der wenige Tage zuvor auf einem ND-Ministertreffen beschlossenen Richtlinien für einen zweiten Aktionsplan; im Oktober 2003 (St. Petersburg) stand die engere Zusammenarbeit nordwest-russischer Regionen mit anderen Ostseeregionen im Mittelpunkt.³⁷

Dem im Mai 2000 von der schleswig-holsteinischen Partnerregion **Pomorskie/Pommern** übernommenen Vorsitz ist es gelungen, die Arbeit und die politische Außenwirkung der BSSSC kontinuierlich auszubauen. Mit Unterstützung der vom Hanse-Office übernommenen Funktion einer „BSSSC-Antenne in Brüssel“ hat der BSSSC-Vorsitz den erlangten Beobachterstatus beim Ausschuss der Regionen (AdR) in Brüssel zur Vertretung der Interessen der Ostseeregionen genutzt. Beleg dafür ist u.a. die im September 2003 vom AdR angenommene Initiativstellungnahme, die wesentlich von Vorstandsmitgliedern der BSSSC erstellt worden war.

Mit der Verabschiedung **neuer „Terms of Reference“**³⁸ hat der BSSSC-Vorstand im März 2004 die Restrukturierung der Organisation auch formal abgeschlossen. An die Stelle der bislang den Vorsitz mandatierenden Jahreskonferenz ist das Netzwerk der „national BSSSC platforms“³⁹ in den Anrainerstaaten getreten, die die Mitglieder

³⁶ Internet: www.bsssc.com/pages/news/ndap2.htm

³⁷ Bericht im Internet unter: www.bsssc.com/pages/news/post11_nd_seminar_report.pdf

³⁸ Internet: http://www.bsssc.com/pages/news/BSSSC_terms_of_reference.pdf

³⁹ Vereinigungen der County Councils bzw. Regional Councils in den einzelnen Anrainerstaaten; in Norddeutschland die ostseepolitische Koordinierung zwischen den Staats- bzw. Senatskanzleien Hamburgs, Mecklenburg-Vorpommerns und Schleswig-Holsteins

im Vorstand (Board) bestimmen. Das Board selbst, zuvor lediglich auf Beratung des auf zwei Jahre bestimmten Vorsitzenden begrenzt, fungiert nunmehr als Entscheidungsgremium. Damit ist die Arbeit der BSSSC stärker als bisher mit der Meinungsbildung der regionalen Ebene innerhalb der Ostseeanrainerstaaten verknüpft.

Parallel dazu stützt sich BSSSC politisch zunehmend auf **eigenständige Beiträge aktiver Regionen**, die sich zum Teil auch in aktiven INTERREG-III B-Projekten manifestieren. An die Stelle früher permanenter Arbeitsgruppen sind ad-hoc-Arbeitsgruppen getreten, die im Auftrag des Board konkrete Aufgaben abarbeiten. So greift die Arbeitsgruppe „Transport“ die Ergebnisse der von der schwedischen Region Skane bzw. dem INTERREG-Projekt „Baltic Gateway“⁴⁰ ausgerichteten Konferenz „Integrating the Regions of the South Baltic Sea into the European Transport Network“, 22./23.04.2004, Malmö) auf. Schleswig-Holstein und seine Partnerregion SydSam (Südschweden) bringen die Ergebnisse ihrer im Mai 2004 parallel ausgerichteten Konferenzen zum Thema „Schiffssicherheit“ ein. Damit wird die Rolle der BSSSC als Sprachrohr der Regionen im Ostseeraum nachhaltig gestärkt.

Die **11. BSSSC-Jahreskonferenz** (23.-25.10.2003, St. Petersburg) fand im Rahmen der 300-Jahr-Feier der Stadt St. Petersburg statt; im Mittelpunkt stand die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Regionen Nordwest-Russlands und denen anderer Ostseeanrainerstaaten auch im Rahmen der „Nördlichen Dimension“. Die 10. BSSSC-Jahreskonferenz (24.-26.10.2002, Lillehammer/Norwegen) unterstrich die Notwendigkeit, die Rolle der regionalen Ebene im Rahmen der EU-Erweiterung auch in den neuen Mitgliedstaaten zu stärken und sprach sich für eine stärkere Zusammenarbeit der Ostseeregion im Bereich „Schiffssicherheit“ aus.

Das **Hanse-Office** vertritt BSSSC bis Oktober 2004 als **“BSSSC-Antenne”** bei den Europäischen Institutionen in Brüssel, u.a. bei der Wahrnehmung des Gaststatus der BSSSC beim Ausschuss der Regionen (AdR). Damit wird zugleich die Rolle des gemeinsam von Hamburg und Schleswig-Holstein getragenen Hanse-Office als Fokus für regionale Ostseeinteressen in Brüssel gestärkt.

Mit der 12. BSSSC-Jahreskonferenz (21.-23.10.2004, Malmö) gehen Vorsitz und Sekretariat der BSSSC auf die **schwedische Region Skane** über. Damit besteht erneut die Möglichkeit, die Rolle der südwestlichen Ostseeregion innerhalb der Ostseekooperation zu stärken.

⁴⁰ Internet: www.balticgateway.se

3.4 EU-Ostseepolitik

Im Berichtszeitraum lag das Schwergewicht der im Ostseeraum wirksamen EU - Politiken auf der Vollendung des Beitritts der zehn Staaten Mittel- und Osteuropas, auf der Weiterentwicklung und Konkretisierung des Konzepts der „Nördlichen Dimension“ sowie auf der Ausgestaltungen der Beziehungen der EU zu Russland. Auch wenn die Union bisher keine eigenständige EU-Politik für den Ostseeraum formuliert hat, gewinnt der Ostseeraum und der Nordosten Europas mit der Erweiterung zusehends an Bedeutung für die EU. Hierfür stehen u.a. die ökonomische Dynamik in Folge der Erweiterung des Europäischen Binnenmarktes um die Baltischen Staaten und Polen, die Annahme des Zweiten Aktionsplanes für die Nördliche Dimension oder die Aufnahme der „Motorways of the Baltic Sea“ in die Fortschreibung der „Transeuropäischen Netze Verkehr“ (TEN-T).

Die intensiven Bemühungen aller Beitrittskandidaten um fristgerechte Übernahme und Anwendung des „Gemeinschaftlichen Besitzstandes der EU“ (*acquis communautaire*)“ als Voraussetzung für den Beitritt zur Union ist von allen Beitrittsländern rund um die Ostsee weitgehend einhalten worden. Der Europäische Rat konnte deshalb im Dezember 2002 in Kopenhagen die Aufnahme dieser Länder in die Union im Mai 2004 beschließen.

Damit geht eine längerfristige politische Neuorientierung der überwiegenden Mehrheit der Staaten und Kooperationen im Ostseeraum einher. Sie stehen vor der Aufgabe, ihre bisher entwickelten Formen und Inhalte regionaler Zusammenarbeit dieser neuen Situation anzupassen. Für die Union besteht die größte Herausforderung in der Verstetigung ihrer Beziehungen mit dem wichtigsten unmittelbaren Nachbarn Russland, der für eine uneingeschränkte Zusammenarbeit auch mit einer erweiterten Union gewonnen werden muss. Dementsprechend kommt der Ostseekooperation auch aus Sicht der EU unverändert eine herausgehobene Bedeutung zu.

EU-Erweiterung⁴¹: Neben der Übernahme des "acquis communautaire" ist der Erweiterungsprozess vor allem durch die **Heranführungsstrategie** gekennzeichnet gewesen. Die Durchführung entsprechender Reformen in den Beitrittsländern ist durch EU-Finanzhilfen sowie durch nationale Programme erleichtert worden; hierzu zählen die EU-Programme PHARE, ISPA (Verkehrsinfrastrukturen und Umwelt) und SAPARD (Umsetzung der EU-Agrarpolitik und ländlichen Entwicklung). Mit dem Unterprogramm **"PHARE Institution Building"** sollen die Beitrittsländer über projekt-

⁴¹ Internet (Generaldirektion Erweiterung): http://europa.eu.int/comm/enlargement/index_de.html

orientierte Partnerschaften zwischen Behörden in Mitgliedstaaten und Beitrittsländern ("Twinning") in Gesetzgebung, Verwaltung und Ausbildung zur Umsetzung des "acquis communautaire" befähigt werden. Schleswig-Holstein hat sich an dem Programm „PHARE Institution Building“ im Rahmen mehrerer Projekte beteiligt.⁴²

An die Stelle des Programms „PHARE Institution building“ ist mit dem EU-Beitritt als neues Instrument eine **Übergangsfazilität („Transition Facility“)** getreten, mit dem in den neuen Mitgliedstaaten weiter die Entwicklung und Stärkung der Verwaltungskapazitäten zur Umsetzung und Anwendung des Gemeinschaftsrechts in ausgewählten Schlüsselbereichen unterstützt wird.⁴³ Die EU stellt hierfür in den ersten drei Jahren nach dem Beitritt Mittel in Höhe von 426 Millionen € zur Verfügung; Umsetzungsregeln wie Zielsetzungen (Aufbau von Behördenpartnerschaften) werden von dem bisherigen PHARE-Twinning-Programms übernommen.

Der Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten im Mai 2004 ist mit deren Einbeziehung in die **EU-Agrar- und Strukturpolitik** verbunden. Als problematisch erweist sich gegenwärtig noch der Aufbau entsprechender rechtlicher und administrativer Strukturen. Falls auf diesem Gebiet nicht erhebliche Fortschritte erzielt werden, drohen z.B. in Polen Mittel zu verfallen bzw. verzögert umgesetzt zu werden. Die direkte Zusammenarbeit mit den neuen Mitgliedstaaten im Ostseeraum wird sich hingegen wesentlich vereinfachen, da diese nunmehr als gleichberechtigte Mitglieder und mit eigenen EU-Fördermitteln im Rahmen der transnationalen Zusammenarbeit im Ostseeraum (INTERREG III B) teilnehmen; die bisherige, aufwendige Abstimmung mit den PHARE-Verwaltungsmechanismen entfällt.

EU-Russland-Beziehungen⁴⁴: Beim **EU-Russland-Gipfel** im Mai 2004 wurde eine Einigung zum Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation (WTO) erzielt werden. In den zuvor noch offenen Fragen z.B. des Marktzuganges für Waren und Dienstleistungen oder der Anhebung der Energiepreise in Russland konnte die EU größtenteils ihre Position durchsetzen; demgegenüber mochte Russland zu der noch ausstehenden Ratifizierung des „Kyoto-Protokolls“ nicht mehr als eine weitere Prüfung durch die Staatsduma zusagen. Über die beim vorhergehenden Gipfel im Grundsatz vereinbarten „vier gemeinsamen Räume“ wurde Einvernehmen erzielt. Demnach wollen beide Partner ihre strategische Partnerschaft über einen „Gemeinsamen Wirtschaftsraum“, einen „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“,

⁴² siehe hierzu Ziffer 3.4

⁴³ siehe: „Umfassender Monitoring-Bericht der Europäischen Kommission über den Stand der Beitrittsvorbereitungen“ (November 2003),

Internet: http://europa.eu.int/comm/enlargement/report_2003/pdf/summary_paper2003_full_de.pdf

⁴⁴ Internet: http://europa.eu.int/comm/external_relations/russia/intro/index.htm

einen „Raum der Äußeren Sicherheit und Stabilität“ sowie einen „Gemeinsamen Bildungs-, Forschungs- und Kulturraum“ ausbauen und vertiefen. Der weitere Fortgang dieses Vorhabens bleibt jedoch vorerst abzuwarten: Russland hat zunächst eher formal politische Koordinatoren für die jeweiligen „Räume“ benannt, während die EU einen kohärenten inhaltlichen Prozess favorisiert, der alle vier „Räume“ gemeinsam umfasst.

Damit ist die Umsetzung der 1999 von der EU beschlossenen **Gemeinsamen Strategie mit Russland** in eine neue Phase getreten, die jedoch zur Zeit noch stark von divergierenden Ansätzen beider Partner bestimmt wird. So hebt die EU stark auf die Öffnung der russischen Märkte, deren Anpassung an EU-Standards sowie auf intensivere grenzüberschreitende Zusammenarbeit ab, während Russland sich als ehemalige „Supermacht“ vor allem außen- und sicherheitspolitisch von der EU nicht hinreichend ernst genommen fühlt. In Relation zu innenpolitischen Entwicklungen setzt die russische Regierung aktuell eher auf Äquidistanz gegenüber der EU und ist gleichzeitig bestrebt, eine Rolle Russlands auf „gleicher Augenhöhe“ mit den USA zu finden.

Die Schwierigkeiten, vor denen die Ausgestaltung der Zusammenarbeit zwischen der EU und dem unmittelbaren Nachbarn Russland in Folge der EU-Erweiterung steht, unterstreichen die zuletzt von Russland erhobenen Forderungen: Beanspruchte Kompensationszahlungen der EU für absehbar sinkende russische Ausfuhren in die benachbarten neuen Mitgliedstaaten oder Forderungen nach Abschaffung der Visapflicht zwischen der EU und Russland sind ein Reflex nicht nur auf die neuen Außengrenzen des EU-Binnenmarktes, sondern auch auf die „doppelte Erweiterung“ von EU und NATO an die Grenzen der Russischen Föderation.

In jüngerer Zeit jedoch mehren sich die Anzeichen für eine Rückkehr zu konstruktiver Zusammenarbeit, die auch die Interessen Russlands wahrnimmt:

- Bereits Ende 2003 hatte Deutschland mit der Vereinbarung über erleichterte Visabedingungen im bilateralen Reiseverkehr Bereitschaft zum Entgegenkommen gegenüber Russland signalisiert.
- Beim EU-Russland-Partnerschaftsrat Ende April 2004 konnten sich die EU und Russland in handelspolitischen Fragen soweit einigen, dass Russland der Ausweitung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (PKA) auf die neuen EU-Mitgliedstaaten noch vor der EU-Erweiterung zustimmen konnte.

Unverändert bleibt die spezifische politische und ökonomische Situation des russischen Gebiets **Kaliningrad** eine besondere Herausforderung für die EU, Russland sowie die Ostseekooperation. Nach vorherigem heftigem Streit konnte im Jahr 2002 eine Einigung zwischen der EU und Russland über die Einführung eines vereinfachten Transitdokuments („*Facilitated Transit Document*“, FTD) für den Reiseverkehr erzielt werden, das sich in der Praxis bereits bewährt hat. Bis Mitte Juli 2004 soll eine Machbarkeitsstudie abgeschlossen sein, die die Einrichtung von schnellen Non-Stop-Zügen für einen visafreien Zugang nach Kaliningrad über Litauen prüfen soll. Für den Transit-Güterverkehr von und nach Kaliningrad verständigte sich der EU-Russland-Partnerschaftsrat im April 2004 grundsätzlich darauf, dass dieser – bis auf originäre Verwaltungsgebühren – künftig abgabenfrei durch Litauen stattfinden wird.

Bis Ende 2003 hat die EU aus dem Programm **TACIS** mehr als 40 Millionen € für Projekte in Kaliningrad bereitgestellt. Im Mittelpunkt standen Maßnahmen in den Bereichen Wirtschaftsentwicklung, Kampf gegen Kriminalität und ansteckende Krankheiten (Aids, TBC) sowie Investitionen zur Modernisierung der Grenzanlagen. Im aktuellen nationalen TACIS-Indikativprogramm für Russland (2004-2006) sind erstmals 25 Millionen € gezielt für die Entwicklung Kaliningrads bereitgestellt worden; Schwerpunktthemen sind hier Verwaltungsreformen, Entwicklung des Privatsektors und wirtschaftliche Entwicklung sowie die Abfederung der sozialen Transformationsprozesse.⁴⁵ Damit hat auch Russland erstmals zugestimmt, dass TACIS-Mittel, die in der überwiegenden Verfügbarkeit der Regierung in Moskau stehen, exklusiv für das Gebiet Kaliningrad reserviert werden.

Das seit November 2001 laufende Programm „**TACIS Institution Building**“ baut auf die positiven Erfahrungen auf, die die EU mit Twinningprojekten im Rahmen des Beitrittsprozess gemacht hat. Gefördert werden Partnerschaften auf regionaler und lokaler Ebene bzw. Nicht-Regierungsorganisationen.⁴⁶

„Nördliche Dimension“ (ND)⁴⁷: Mit dem 1. Aktionsplan zur „Nördlichen Dimension“ (2000-2003) hat die Europäische Union erstmals im Jahr 2000 eine umfassendere politische Konzeption formuliert, die sowohl auf die regionale Zusammenarbeit mit Russland als auch auf die Einbeziehung der regionalen Kooperation im Ostseeraum zielt. Dabei schließt diese Konzeption alle EU-Mitgliedstaaten ebenso ein wie die Zusammenarbeit mit Internationalen Finanzinstitutionen wie EIB, EBRD oder der

⁴⁵ Internet: http://europa.eu.int/comm/external_relations/russia/csp/index04_06.htm

⁴⁶ Internet: http://europa.eu.int/comm/europeaid/projects/ibpp/index_en.htm

⁴⁷ Internet: http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/index.htm

Nordischen Investitionsbank (NIB). Unter Verweis auf bestehende EU-Fördermöglichkeiten sowie diejenigen Internationaler Finanzinstitutionen sieht die „Nördliche Dimension“ jedoch keine gesonderten Finanzierungsinstrumente vor.

Schwerpunktt Themen des vom EU-Gipfel im Oktober 2003 beschlossenen „**zweiten Aktionsplans Nördliche Dimension (2004-2006)**“ sind:⁴⁸

- wirtschaftliche Entwicklung: Handel, Unternehmenszusammenarbeit, Energie, Transport/Infrastrukturen, Telekommunikation und Informationsgesellschaft
- Humanressourcen, Bildung, Forschung, Öffentliche Gesundheit
- Umwelt, nukleare Sicherheit, natürliche Ressourcen
- grenzüberschreitende Zusammenarbeit
- Justiz und Inneres: Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, Grenzmanagement, Zivilschutz

Daneben stehen als „Querschnittsthemen“ die Entwicklung des Gebiets Kaliningrad sowie die der arktischen Regionen.

Mit diesem Beschluss hat das Konzept der „Nördlichen Dimension“ (ND) neue Dynamik gewonnen:

- Erstmals ist ein „**Review & Monitoring**“-Prozess vorgesehen, an dem alle Staaten des ND-Raumes beteiligt werden sollen.

Im Vorgriff darauf bereitet die Europäische Kommission eine Zusammenstellung laufender Projekte im Rahmen eines „ND Informationssystems“ vor. Ab Sommer 2004 soll es über das Internet verfügbar sein und u.a. Synergieeffekte durch leichteren Zugang zu Projektbeteiligungen ermöglichen.

- Vorangegangen war dem Beschluss über den 2. Aktionsplan bereits der Auftrag eines **ND-Ministertreffens** während des dänischen EU-Ratsvorsitzes (Oktober 2003), an dem die EU-Mitgliedstaaten, die Beitrittsländer des Ostseeraums sowie die Nicht-Mitgliedstaaten Island, Norwegen und Russland teilgenommen haben.
- Im Oktober 2003 wurde bei einem Ministertreffen in Oslo die Gründung einer „**Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Wellbeing**“ beschlossen. Angestrebt wird – nach dem Muster der ND-Umweltpartnerschaft (siehe unten) – die Gründung eines Fonds, mit dessen Hilfe internationale und nationale Finanzmittel für Projekte zur Bekämpfung verbreitbarer Krankheiten sowie zur Gesundheitsprophylaxe vor allem in östlichen Ostseestaaten mobilisiert werden sollen.⁴⁹

An der Arbeit dieser neuen Partnerschaft beteiligen sich zunächst die Nordischen und Baltischen Staaten, Russland, Polen und Deutschland, aber auch Frank-

⁴⁸ Internet: http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/ndap/ap2.htm

⁴⁹ Internet: www.stakes.fi/ndpartnership

reich, Spanien, Kanada, die WHO und UNAIDS. Soweit ein Fonds-Modell bis Ende 2004 realisiert werden kann, soll hierin auch die bisherige Arbeit der CBSS "Task Force on communicable diseases control"⁵⁰ aufgehen.

Zuletzt war es 2003 gelungen, die von der Europäischen Kommission favorisierte Begrenzung des 2. Aktionsplans allein auf unmittelbare Zusammenarbeit mit Russland in einen umfassenderen Ansatz zu wandeln, der die gesamte Ostseekooperation mit einbezieht.⁵¹ Nunmehr gilt es, diesen Ansatz auch über den Zeitrahmen des 2. Aktionsplans (bis 2006) aufrecht zu erhalten. Hier ist vor allem der Ostseerat (CBSS) gefordert, sich als „Schirm“ der Ostseekooperation aktiv in die politische Diskussion des „Review & Monitoring“-Prozesses einzubringen, der zugleich einen dritten Aktionsplan für die Jahre nach 2006 vorbereiten soll.

Entgegen der Einschätzung im letzten Ostseebericht⁵² hat sich seitdem die im Jahr 2001 gegründete „**Northern Dimension Environmental Partnership**“⁵³ bemerkenswert entwickelt: EU-Kommission, zahlreiche EU-Mitgliedstaaten, aber auch Russland haben bislang insgesamt 190 Millionen € eingebracht, mit deren Hilfe Kredite Internationaler Finanzinstitutionen für 28 ausgewählte Projekte in den Bereichen Umwelt und radioaktive Abfälle (u.a. in der Barents-See) mobilisiert werden sollen; die Verwaltung des Fonds erfolgt durch die EBRD. Hingegen beschränkt sich die Umsetzung des im September 2001 von einem Ostsee-Ministertreffen in Riga beschlossenen „**Northern e-Dimension Action Plan**“⁵⁴ zuletzt auf Workshops und Konferenzen.

INTERREG III B Ostsee⁵⁵: Der erfolgreiche Abschluss des EU-Förderinstruments INTERREG II C Ostsee (1997-2001) sowie die Beteiligung schleswig-holsteinischer Projektpartner sind im letzten Ostseebericht dargestellt worden.⁵⁶ Die Ausarbeitung des **Folgeprogramms INTERREG III B Ostsee (2000 - 2006)** erfolgte auf europäischer Ebene unter aktiver Mitwirkung der Landesregierung. Das im September 2001 von der EU-Kommission genehmigte Programm hat ein Mittelvolumen von 120 Millionen € einschließlich der seit der EU-Erweiterung verfügbaren Mittel für die neuen Mitgliedstaaten; Norwegen stellt zusätzlich 12 Millionen € zur Verfügung. Zu den strategischen Zielen des Programms gehören:

⁵⁰ Internet: www.baltichealth.org

⁵¹ vgl. Ziffer 2.1 dieses Berichts; siehe auch Jahresbericht 2003 der Kommission zur Umsetzung der ND (Internet: http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/doc/sec03_1483.pdf)

⁵² vgl. Drs. 15/2051, Seite 21

⁵³ Internet: www.ndep.org (auch: http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/ndep/index)

⁵⁴ Internet: www.riso.ee/en/nordic

⁵⁵ Internet: www.spatial.baltic.net

⁵⁶ vgl. Drs. 15/2051, Seite 21 f.

- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Ostseeraums in der Weltwirtschaft
- Stärkere Integration des Ostseeraums und Verminderung des sozioökonomischen Gefälles.

Schleswig-Holstein ist auf allen Ebenen der Umsetzungsstruktur vertreten (Steering Committee, Monitoring Committee, Vorsitz im Deutschen Unterausschuss). Die Investitionsbank Schleswig-Holstein wurde von allen acht Mitgliedstaaten erneut als Verwaltungs- und Finanzbehörde für das Programm beauftragt.

Nach vier Antragsrunden wurden bisher insgesamt 68 Projekte genehmigt, davon 20 mit maßgeblicher schleswig-holsteinischer Beteiligung. Von den zur Verfügung stehenden EU-Mitteln wurden bislang 63 Millionen € für die Projekte gebunden. Das Gesamtvolumen der Projekte, an denen Schleswig-Holstein beteiligt ist, liegt bei 36,6 Mio € (einschl. Kofinanzierung). An den 68 Projekten sind über 1.200 Organisationen und Institutionen aus dem gesamten Ostseeraum (einschließlich Russland) beteiligt.

Die Anzahl der Projekte, der Projektpartner und die Höhe des Fördervolumens sind auch als wichtige Indikatoren für die anhaltende dynamische Entwicklung des Ostseeraums zu werten. Die sich bildenden Netzwerke, Entwicklungszonen (z.B. die südwestliche Ostseeregion, STRING) und Verkehrsachsen werden zu einem höheren Integrationsgrad der Ostseekooperation insgesamt führen und die Wettbewerbsfähigkeit des Ostseeraums stärken.

Durch den EU-Beitritt der vier neuen Mitgliedstaaten Polen, Litauen, Lettland und Estland sowie mit der jüngst erfolgten Bereitstellung von 7,5 Millionen € für die Beteiligung russischer Partner an INTERREG III B-Projekten ist die in den vergangenen Jahren kritisierte mangelnde Abstimmung der EU-Förderinstrumente im Ostseeraum überwunden. Vor diesem Hintergrund hat das eigens für die verbesserte Koordinierung der Programme INTERREG, PHARE und TACIS im Ostseeraum eingerichtete „Baltic Joint Coordination Committee“ seine Tätigkeit beendet.

Im Vorgriff auf das „Europäische Nachbarschaftsinstrument“ ist das Programm zum jetzigen „INTERREG III B Neighbourhood Programme“ umbenannt worden und um neue Schwerpunkte ergänzt worden; u.a. sind nunmehr auch lediglich bilaterale Projekte mit Partnern in Kaliningrad, Leningrad und St. Petersburg möglich.⁵⁷

⁵⁷ weitere Informationen im Internet: www.spatial.baltic.net

Europäische Nachbarschaftspolitik („Größeres Europa“)⁵⁸: Derzeit entwickelt die EU unter dem Titel “Größeres Europa – Wider Europe” eine politische Konzeption, mit der die Zusammenarbeit der erweiterten Union mit allen benachbarten Drittstaaten ausgebaut werden soll. Zur Umsetzung hat die Europäische Kommission im Juli 2003 den Vorschlag für ein “Europäisches Nachbarschaftsinstrument” vorgelegt und im Mai 2004 in einem Strategiepapier konkretisiert. Ziel ist die Zusammenführung bestehender EU-Programme zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit an den EU-Außengrenzen (INTERREG, PHARE, TACIS, MEDA).

Für die Einbeziehung Russlands in die Ostseekooperation – hier insbesondere Kalingrad – kann dieser neue Politikansatz der EU-Kommission von erheblicher Bedeutung werden. Im Vorgriff auf weitere Programm-Gestaltungen ab 2007 sind bereits jetzt im Zuge der EU-Erweiterung drei neue INTERREG-A-Programme an den EU-Außengrenzen im Ostseeraum eingerichtet worden, von denen zwei (Estland – Lettland – Russland, Litauen – Polen – Belarus) im Rahmen des INTERREG III B-Programms Ostsee verwaltet werden. Angestrebt wird für die Förderperiode nach 2006 ein neues Förderinstrument, in dem INTERREG-Mittel und z.B. TACIS-Mittel auf einer einheitlichen Rechtsgrundlage aus einer Hand dezentral verwaltet werden.

3.5 Ostseeanrainerstaaten

Unverändert prägen Rolle und Entwicklung der Europäischen Union die Politik auch in nahezu allen Ostseeanrainerstaaten. Jedoch entwickelt sich die Orientierung der einzelnen Staaten merklich unterschiedlich: Stand noch vor kurzem die Vorbereitung auf die EU-Erweiterung einvernehmlich im Vordergrund, so rückt jetzt die Neujustierung der Staaten innerhalb einer erweiterten Union in den Mittelpunkt.

- **Schweden** baut sein ostseepolitisches Engagement zusehends weiter aus. Hierzu zählen Initiativen Schwedens, die Ostseeregion im Rahmen der MARPOL-Konvention als besonders schutzwürdiges Gebiet (“Particular Sensitive Sea Area” – PSSA) auszuweisen, die Themen “Zivile Sicherheit” und Bekämpfung des Menschenhandels zur gemeinsamen Aufgabe des Ostseerats zu machen oder im Rahmen des Ostseerats ein praktisches Trainingsprogramm zur Nutzung und Gestaltung grenzüberschreitender Zusammenarbeit an den Ost-Grenzen der erweiterten EU aufzulegen. Im Rahmen der “Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Wellbeing” (siehe Kapitel 2.4) hat Schweden zudem für

⁵⁸ Internet: http://europa.eu.in/comm/world/enp/index_en.htm

eine Anlaufphase die Aufgabe des Vorsitzes übernommen.

Gleichzeitig ist eine Rückbesinnung auf die **nordische Zusammenarbeit** festzustellen, die unter schwedischer Führung zu einer intensiveren Nordisch-Baltischen Zusammenarbeit erweitert wird ("Nordic-Baltic-8"). Mit Blick auf die Stärkung der eigenen Position im EU-Ministerrat zielt Schweden dabei auf eine verstärkte Abstimmung zwischen den nordischen und den baltischen EU-Mitgliedstaaten. Erschwert wird dies jedoch durch den negativen Ausgang des Referendums über einen Beitritt Schwedens zur Euro-Zone im September 2003.

Aus seiner zentralen Lage im Ostseeraum heraus nutzt Schweden unverändert das Stichwort "Ostseekooperation" auch als "label" für eigene (bilaterale) regionale Außenpolitik. Innerhalb Schwedens ist dabei eine zunehmend selbstbewusster werdende Arbeitsteilung zwischen Mittel-/Nordschweden (Stockholm) und Südschweden (Malmö/Skane, Kalmar) festzustellen. Zuletzt in die Kritik geraten ist hingegen der Ende der 90er Jahre aufgelegte schwedische "Ostsee-Fonds" ("**Ostsee-Milliarde**")⁵⁹: Im Rahmen einer Überprüfung wurde u.a. der Vorwurf einer ineffizienten Verwaltung erhoben und die zu geringe Wirkung auf die Exportinteressen der schwedischen Wirtschaft kritisiert. Über die ursprünglich geplante Auflage einer dritten "Ostsee-Milliarde" sind angesichts dieser Kritik vorerst noch keine Entscheidungen zu erwarten.

- In **Norwegen** dominierten zuletzt die Bemühungen, neue maritime Erdöl- und Gas-Quellen an der Nordspitze Norwegens umweltverträglich zu erschließen und zugleich die Position Norwegens als seegebundene Transportbrücke zwischen der EU und den Rohstoffregionen Nordwest-Russlands zu stärken. Parallel konzentriert sich Norwegen darauf, das im Zuge der Ausweitung des EWR-Abkommens auf die neuen EU-Mitgliedstaaten vereinbarte Programm zur Förderung der nachholenden Entwicklung in den neuen Mitgliedstaaten (sowie in Spanien, Portugal und Griechenland)⁶⁰ zur Positionierung Norwegens zu nutzen: Über die 120 Millionen € des EWR-Programms hinaus, die zu gut 90 Prozent von Norwegen finanziert werden, stellt Norwegen im Rahmen eines eigenen Programms weitere 113 Millionen € zur Verfügung; gefördert werden sollen hieraus Projekte in den neuen Mitgliedstaaten zur Übernahme der Regeln des Schengener Abkommens und zur Umsetzung von EU-Rechtsbestimmungen sowie Projekte der Regionalentwicklung und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

⁵⁹ Internet: www.utrikes.regeringen.se/inenglish/policy/balticbillion/index.htm

⁶⁰ Internet:

<http://secretariat.ofta.int/Web/EuropeanEconomicArea/EEAAgreement/eeaanlargementagreement>

Unverändert genießt die transnationale Zusammenarbeit auf regionaler Ebene im Nordsee- wie im Ostseeraum hohe politische Priorität in Norwegen. Hingegen ist die auch innerhalb der Regierung strittige Diskussion um die künftige Rolle – oder auch Abschaffung – der Regionen in Norwegen (*fylkeskommuner*) vorerst zum Erliegen gekommen. Das Engagement Norwegens, die EU stärker in die Kooperation in der Barents-Region einzubeziehen, konnte mit der Aufnahme des „Querschnittsthemas“ Arktische Region in den im Oktober 2003 beschlossenen 2. Aktionsplan „Nördliche Dimension“ einen ersten Teilerfolg verzeichnen.

- Die Anstrengungen **Finnlands**, im Rahmen der “Nördlichen Dimension” (ND) ein stärkeres Engagement der EU für den gesamten Norden Europas zu erwirken, haben zuletzt merklich nachgelassen. Stattdessen setzt Finnland vermehrt darauf, im Rahmen bestehender bzw. neuer ND-Instrumente die eigene unmittelbare grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Nachbarregionen zu stärken. Dies gilt insbesondere für das Teilkonzept “Northern e-Dimension” oder die im Aufbau befindliche neue ND-Partnerschaft im Bereich Gesundheit.

Hingegen hat Finnland – ähnlich wie 1997 mit der Initiative für eine “Nördliche Dimension der EU” – im Jahr 2002 erneut einen für den Ostseeraum bedeutsamen Anstoß gegeben. Mit der mittlerweile erfolgreich vollzogenen Aufnahme des Konzepts **“Motorways at Sea”** im Rahmen der anstehenden Fortschreibung der “Transeuropäischen Netze Verkehr (TEN-T)” konnte ein Fenster für Projekte geöffnet werden, die dem auch von der Landesregierung verfolgten Politik der “nassen Autobahn Ostsee” entspricht.

- Standen zuletzt die EU-Ratspräsidentschaft (2002), aber auch der unverhoffte Ausgang des schwedischen Euro-Referendums (September 2003) im Blickpunkt der Europa- und Ostseepolitik **Dänemarks**, so gilt das Augenmerk nunmehr der Wahrung dänischer Interessen in einer sich mit der Erweiterung verändernden Union. Dies wird nicht zuletzt durch Themenstellungen der Jahreskonferenzen des vom ehemaligen dänischen Außenminister Ellemann-Jensen geführten “Baltic Development Forum” deutlich.⁶¹ Gleichzeitig bereitet Dänemark die Neuauflage eines eigenen Programms zur bilateralen Zusammenarbeit mit den neuen EU-Mitgliedstaaten des Ostseeraums vor.

⁶¹ „The Baltic Sea Region at the Crossroads – New Business or Business as usual?“ (Hamburg 2004), „New Europe meets Old Europe – the Baltic Sea Region as Global Frontrunner“ (Riga 2003), “Priorities for a Regional Growth Centre” (Kopenhagen 2002) – siehe auch im Internet: www.bdforum.org

Das unmittelbar ostseepolitische Engagement der dänischen Regierung legt unverändert ein starkes Gewicht auf die weitere Entwicklung der **Öresund-Region**: Nachdem die Nutzerakzeptanz der Öresund-Brücke seit deren Eröffnung im Juli 2000 mittlerweile ein zufriedenstellendes Niveau erreicht hat, neue Entwicklungsschübe für die Öresund-Region jedoch weiterhin ausgeblieben sind, setzen Dänemark und Schweden auf neue Initiativen. So haben beide Regierungen Ende 2003 ein Steuerabkommen unterzeichnet, mit dem vor allem die Steuerausfälle bzw. Ausgaben auf kommunaler Ebene in Folge zunehmender Pendlerzahlen kompensiert werden sollen; erhoffter Nebeneffekt dürfte dabei auch die Stärkung der Mobilität sein. Die bislang von der regionalen Ebene getragene Zusammenarbeit im Ostseeraum ist im Rahmen der Diskussion um eine Strukturreform in Dänemark in den Hintergrund getreten.

- In den drei **Baltischen Staaten** stehen naturgemäß die Bemühungen um die Anpassung an EU-Standards und den Aufbau effizienter demokratischer Institutionen sowie einer funktionierenden Marktwirtschaft unverändert im Vordergrund. In ihren im November 2003 vorgelegten „Monitoringberichten“ hat die Europäische Kommission allen drei Staaten erneut die Beitrittsfähigkeit attestiert, zugleich jedoch auf Bereiche hingewiesen, in denen „verstärkte Anstrengungen“ erforderlich sind oder in denen „Anlass zu ernster Besorgnis“ besteht.⁶² Demgegenüber haben die im Mai bzw. September 2003 stattgefundenen Referenden über den EU-Beitritt mit jeweils deutlich über 60 Prozent – in Litauen sogar 91 Prozent – eine breite Zustimmung ergeben.

Trotz anhaltender wirtschaftlicher Dynamik sehen Experten die baltischen Staaten in den kommenden Monaten vor einer „turbulenten Anpassungsphase“. Anlass zur Besorgnis geben insbesondere die hohen Leistungsbilanzdefizite Estlands und Lettlands.⁶³ Im Bereich des Außenhandels waren die baltischen Staaten bereits vor dem Beitritt eng mit der EU verflochten; der Ostseeraum wirkt dabei als ein Integrationsraum, innerhalb dessen die Handelsbeziehungen der baltischen Staaten intensiver sind als sonst zwischen Nachbarländern üblich.⁶⁴

⁶² *Berichte im Internet unter: http://europa.eu.int/comm/enlargement/report_2003/index.htm; zusammenfassender Bericht im Internet unter:*

http://europa.eu.int/comm/enlargement/report_2003/pdf/summary_paper2003_full_de.pdf

⁶³ *siehe u.a. Financial Times Deutschland vom 10.03.2004 oder „Ostsee Report“ der HSH Nordbank (Februar 2004; Internet: www.hsh-nordbank.de/home/themen/presse/publikationen/wirtschaftsanalysen/ostseereport/HSHNordbankOstseeReport0204.pdf)*

⁶⁴ *vgl. „Kieler Kurzberichte“ des Instituts für Weltwirtschaft, Ausgabe Januar 2/04 (Internet: www.uni-kiel.de/IfW/pub/kkb/2004/kkb02_04.htm)*

Angesichts des häufigeren Wechsels der Regierungsverantwortung – bedingt durch das noch vergleichsweise gering ausgeformte System von politischen Parteien und der Zivilgesellschaft – haben alle drei baltischen Staaten ein bemerkenswertes Maß an Kontinuität bewiesen. Dies erweist sich in den bemerkenswerten Anstrengungen, in diesen kleinen Staaten die Anpassung an EU-Standards zu vollziehen. Dies gilt aber auch z.B. für das Maß der Kontinuität, mit dem Estland seit Juli 2003 den Ostseerat (CBSS) führt, oder für das beharrlich von Litauen verfolgte Ziel, sich in Verbindung mit Fragen des Gebiets Kaliningrad als bedeutsames Gewicht innerhalb der EU-Russland-Beziehungen zu positionieren. Allen drei Staaten gemeinsam ist, dass sie sich – allen Bemühungen um Abgrenzung zum Nachbarn Russland zum Trotz – zusehends stärker auch als „Sprungbrett“ zu den benachbarten osteuropäischen Märkten profilieren.

Mit Blick auf die Ostseekooperation steht zu erwarten, dass sich die baltischen Staaten vorrangig auf die Erfüllung der aus der EU-Mitgliedschaft resultierenden Verpflichtungen sowie – als eher gleichrangige Priorität – auf ihre Sicherheitsinteressen im Rahmen der NATO konzentrieren werden. Die regionalen Ebenen in diesen Staaten hingegen werden sich vorrangig auf die Umsetzung der EU-Politiken und auf die Ausgestaltung der Rolle der Regionen innerhalb dieser Staaten konzentrieren; so haben sie über die BSSSC frühzeitig die Befürchtung geäußert, dass die Kommissionsvorschläge zur Regional- und Strukturpolitik nach 2006⁶⁵ zu einer Re-Zentralisierung und Entmachtung der Regionen in diesen Staaten führen könne.

- Auch in **Polen** ist die neue Mitgliedschaft in der EU das dominierende Thema; dies schließt die von Polen gemeinsam mit Spanien beim EU-Gipfel von Brüssel (Dezember 2003) eingenommene Haltung zur Europäischen Verfassung ebenso ein wie die Position Polens gegenüber den USA innerhalb der NATO oder im Rahmen des Irak-Konflikts. Demgegenüber kommt der Ostseekooperation eine vergleichsweise nachrangige Bedeutung zu, zumal – über ohnehin anstehende Anpassungsprozesse hinaus – die absehbar begrenzte Fähigkeit der polnischen Administration zur Absorption und Umsetzung bereit stehender EU-Förderprogramme zusätzliche innenpolitische Friktionen wahrscheinlich werden lässt.

Dennoch hat Polen angekündigt, ab Juli 2004 einen politisch starken Vorsitz im Ostseerat führen zu wollen. Dies entspricht einerseits dem starken Interesse Po-

⁶⁵ 3. Kohäsionsbericht; im Internet:

http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/cohesion3/cohesion3_de.htm

lens, unter Verweis auf die Ostseekooperation einen stark polnischen Akzent in die künftige Nachbarschaftspolitik der EU gegenüber Belarus und der Ukraine einbringen zu wollen. Andererseits antwortet Polen damit auf das anhaltende Interesse u.a. Schwedens und der norddeutschen Länder an verstärkten außenwirtschaftlichen und Transport-Kooperationen mit Polen. Gleichwohl wird zu beobachten bleiben, welches Engagement der neue polnische CBSS-Vorsitz angesichts der innenpolitischen Instabilität in Polen tatsächlich einbringen kann.

Innerhalb Polens kommt dabei den nördlichen Regionen (Wojewodschaften) eine besondere Bedeutung zu. Vor diesem Hintergrund sind auch die bilateralen Partnerschaften Schleswig-Holsteins sowie Mecklenburg-Vorpommerns auf Regierungs- wie auf Parlaments-Ebene mit den Wojewodschaften Pommern bzw. West-Pommern zu bewerten. Mit der parlamentarischen Zusammenarbeit „südliche Ostsee“ hat vor allem der Schleswig-Holsteinische Landtag eine wichtige Initiative ergriffen, die diese Ostsee-Orientierung der nordpolnischen Wojewodschaften auch innerhalb Polens zu stärken verspricht.

- Das politische Engagement der **Russische Föderation** in der Ostseekooperation steht unverändert unter dem Eindruck der aktuellen EU-Russland-Beziehungen. Hatte noch 2001/2002 die Einbindung der Regionen Nordwest-Russlands in eine erweiterte EU im Mittelpunkt des damaligen russischen Vorsitzes im Ostseerat (CBSS) gestanden, so rückten 2003 Streitthemen wie der Transit von und nach Kaliningrad in den Vordergrund auch der russischen Ostseepolitik. Belastungen ergeben sich u.a. im Rahmen der „Nördlichen Dimension“, aus deren Programmierung sich Russland zumindest subjektiv ausgegrenzt sieht.

Um so bedeutsamer muss die Tatsache gewertet werden, dass sich Russland vehement für die Fortführung der Zusammenarbeit im Ostseerat (CBSS) über den Zeitpunkt der EU-Erweiterung hinaus eingesetzt hat. Damit drückt Russland seine auch von der Bundesregierung geteilte Wertschätzung dieser eher „informellen“ regionalen Zusammenarbeit unterhalb der „offiziellen Ebene“ EU – Russland aus. Trotz mitunter kontroverser Diskussionen mit der EU verfolgt Russland hier das Ziel einer stärkeren regionalen Einbindung der Regionen Nordwest-Russlands vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Befördert wird dies durch die anhaltende politische Stabilität sowie das anhaltende Wirtschaftswachstum, das zusehends mehr ausländische Investoren nach Russland lockt.⁶⁶

⁶⁶ siehe hierzu u.a. den Jahresbericht 2003 des Verbandes der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation (Internet: www.vdw.ru)

Wesentliche ostseepolitische Herausforderung ist dabei das absehbar weiter anwachsende Wohlstandsgefälle beiderseits der neuen EU-Russland-Grenzen im Baltikum. Unterstützung sollen hier die mit der EU-Erweiterung neu geschaffenen Programme zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit schaffen, die im Vorgriff auf das für 2007 avisierte „Neue Nachbarschaftsinstrument“ zunächst im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG III A eingerichtet worden sind.⁶⁷ Wie weitreichend und flexibel die traditionelle russische Auffassung staatlich induzierter Wirtschaftspolitik sich dabei den Anforderungen des Marktes öffnen kann, wird vor allem am Beispiel der „Exklave“ Kaliningrad weiter zu verfolgen sein.

- Das ostseepolitische Engagement **Deutschlands** hat den mit dem deutschen Ostseeratsvorsitz (2000/2001) gezeigten Umfang nicht aufrecht erhalten können. Hier wirkte sich die exponierte Lage und die daraus abgeleiteten Interessen Deutschlands im Rahmen des EU-Erweiterungsprozesses aus: Zum ersten Mal verfügt Deutschland in seiner zentralen Lage innerhalb einer erweiterten Europäischen Union über keinerlei echte Außengrenzen mehr; zum ersten Mal ist Deutschland mit allen seinen unmittelbaren Nachbarn im Rahmen der EU politisch und ökonomisch eng verbunden. Damit einhergehend ist eine Neuausrichtung deutscher Außenpolitik innerhalb der EU verbunden, deren Ausgestaltung noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen dürfte.

Um so bemerkenswerter ist, dass die Bundesregierung sich innerhalb des Ostseerates unverändert engagiert. So beteiligt sich Deutschland an der Finanzierung der Sekretariate von CBSS, Baltic 21 sowie der „Childrens Unit“ Stockholm und des Ostseesekretariates für Jugendangelegenheiten in Kiel. Ebenso an den Projektkosten der Eurofakultäten in Riga, Tartu, Vilnius und Kaliningrad. Das Bundesamt für Strahlenschutz hat Mitte 2003 für drei Jahre den Vorsitz der CBSS-Arbeitsgruppe Nukleare Sicherheit und Strahlenschutz (WGNRS) übernommen. Nach anfänglichem Zögern hat sich Deutschland auch mit einem eigenen Finanzbeitrag an der Mitte 2002 etablierten „Northern Dimension Environmental Partnership“ (NDEP)⁶⁸ beteiligt.

Zu Jahresbeginn 2004 hat das Bundeswirtschaftsministerium (BMWA) die Aufgabe übernommen, das vom Ostseerat gemeinsam mit den Kammern des Ost-

⁶⁷ Die neuen INTERREG III A-Programme für grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Estland, Lettland und Russland bzw. Lettland, Litauen und Belarus werden im Rahmen der Strukturen von INTERREG III B Ostsee verwaltet (Internet: www.spatial.baltic.net), während das neue INTERREG III A-Programm Litauen – Polen – Russland (Kaliningrad) dezentral verwaltet wird.

⁶⁸ siehe hierzu Abschnitt 3.4 dieses Berichts

seeraumes (BCCA) entwickelte Internet-Portal „Baltic Market“ über seinen eigenen Internet-Server zu betreiben. Das Bundesumweltministerium (BMU) und das BMWA waren bzw. sind stark engagiert in den Arbeiten zur Weiterentwicklung der „Baltic 21“ und bei den Bemühungen, im Rahmen der Ostsee-Energiekooperation (BASREC) die modellhafte Erprobung des Kyoto-Protokolls im Ostseeraum umzusetzen.

Dennoch wird es Aufgabe vor allem der norddeutschen Länder, aber auch anderer engagierter Ostsee-Akteure aus Deutschland bleiben, die Wahrnehmung der deutschen Interessen im Ostseeraum stärker in das „Alltagsbewusstsein“ der politischen Tagesordnung in Berlin zu setzen. Ein ermutigendes Zeichen hierfür war die Tatsache, dass der Bundeskanzler trotz eines engen Terminkalenders an dem Gipfeltreffen der Ostsee-Regierungschefs im Juni 2004 in Estand teilgenommen hat.

4. Aktuelle Schwerpunkte schleswig-holsteinischer Ostseepolitik 2003/2004

Ostseekooperation ist unverändert die **strategische regionale Leitidee** zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Dies gilt im Großen - nur gemeinsam wird die Ostseeregion im Wettbewerb der europäischen Großregionen um Handelsströme und Standortentscheidungen bestehen können. Dies gilt im Kleinen - nur wer kooperationsfähig ist, kann auch konkurrenzfähig bleiben.

Im Berichtszeitraum standen die Einbindung Schleswig-Holsteins in die Netzwerke der Ostseekooperation, die Stärkung der Position Schleswig-Holsteins im Ostseeraum sowie die Unterstützung der Beitrittsländer der Region im Vordergrund. Gleichzeitig konnte die Zusammenarbeit in der südwestlichen Ostseeregion, mit den Partnerregionen im Ostseeraum sowie im Verbund mit den norddeutschen Nachbarn ausgebaut werden.

Erforderlich sind dazu auch die **Präsenz des Landes im Ostseeraum** und die **Pflege politischer Kontakte**. Dies wird durch die aktive Mitwirkung in den wichtigsten Gremien der Ostseekooperation (Konferenz der Subregionen/BSSSC, Ostseefachministerkonferenzen, Ostseeparlamentarierkonferenz/BSPC, norddeutsche Beteiligung im Ostseerat) sowie durch Besuchsreisen der Ministerpräsidentin, von Fachministern und Vertretern des Landtages gewährleistet.

Im Berichtszeitraum zählten dazu die Delegationsreisen der Ministerpräsidentin nach St. Petersburg und Tallinn (September 2003) sowie in die Hauptstädte der drei baltischen Staaten (Juni 2004) oder der Besuch der Ministerpräsidentin in Kopenhagen (Oktober 2003). Ebenso die Reisen des Wirtschaftsministers nach Litauen und Kaliningrad (Mai 2003) und St. Petersburg (November 2002, September 2003), die Besuche des Innenministers in Helsinki (September 2003) und in Trelleborg (Südschweden, Mai 2004) sowie des Finanzministers in Kopenhagen und Malmö (April 2004) und in Stockholm (Juni 2004) oder die Teilnahme des Umweltministers an der Ostsee-Umweltministerkonferenz (Lulea/Schweden, August 2003).

4.1 Partnerschaften Schleswig-Holsteins im Ostseeraum

Mit dem Ziel der Vernetzung Schleswig-Holsteins im Ostseeraum hat das Land seit 1992 kontinuierlich ein beispielhaftes Netzwerk von Partnerschaften mit ausgewähl-

ten Regionen im Ostseeraum aufgebaut. Nachdem zuletzt die Strukturen des Partnerschaftsnetzes an die von Regional- und Strukturreformen in mehreren Nachbarländern geprägte Entwicklung angepasst werden mussten, standen die Partnerschaften in den vergangenen Jahren im Zeichen der Konsolidierung. Dabei müssen die Partnerschaften, die ursprünglich auch mit der Intention begründet worden waren, Unterstützung bei der Heranführung an EU-Standards zu leisten, neu ausgefüllt und gestaltet werden. Dementsprechend haben sich Art und Umfang der einzelnen bestehenden Partnerschaften deutlich unterschiedlich entwickelt.

- **Norwegen:**

Die Partnerschaft mit der Region Eastern Norway County Network (Østlands Samarbeidet) war im Berichtszeitraum stark von der aktuellen Diskussion um eine Regionalreform in Norwegen geprägt. So erschwert die Verlagerung der Zuständigkeit für das Gesundheitswesen auf die nationale Ebene in Norwegen die zuletzt so erfolgreiche Zusammenarbeit auf regionaler Ebene, die 2001 mit der Einrichtung der „Patientenbrücke“ (pasientbro) ihren Höhepunkt erreicht hatte. Mit Blick auf neue Kompetenzen der Partnerregion im Bereich Regionalentwicklung und –planung ist für den Herbst 2004 ein gemeinsames Themenseminar in der Technologieregion K.E.R.N. geplant.

Ein aktueller Schwerpunkt liegt im Bereich Kultur, so zuletzt mit der Edvard-Munch-Ausstellung in Lübeck (2003) oder mit der Präsentation Schleswig-Holsteins beim norwegischen Literaturfestival in Lillehammer (Mai 2004). Im Rahmen der „Deutschland-Strategie“ der norwegischen Regierung streben beide Partnerregionen eine verstärkte arbeitsmarkt-orientierte Zusammenarbeit an, die sich zunächst auf Engpassbereiche auf dem norwegischen Arbeitsmarkt konzentrieren sollen; gemeinsam mit dem Arbeitsamt Flensburg, EURES und dem „Nordic Training and Job Center“ (NJTC) sollen gezielte Fortbildungs- und Arbeitsvermittlungsangebote für einzelne Berufsgruppen entwickelt werden.

- **Finnland:**

Im Vordergrund der Zusammenarbeit mit den westfinnischen Partnerregionen steht zurzeit der kulturelle Austausch und die Kooperation im Bereich „Entwicklung des ländlichen Raums“. So konnten im Rahmen des EU-Programms „LEADER+“ der Austausch von Erfahrungen und erfolgreichen Maßnahmen fortgeführt werden. Unter dem Motto „Folk-Musik“ finden im Sommer 2004 Konzerte und Seminare statt, deren Abschluss ein gemeinsames Konzert im Rahmen der Feierlichkeiten anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Partnerschaft im Herbst 2004 sein wird. Im Rahmen der engen Kontakte und Kooperationen zwi-

schen Hochschulen konnte die Universität Vaasa als Partner für das INTERREG III B-Projekt „Baltic Sea Virtual Campus“ gewonnen werden. Die Fachhochschule Kiel und das Polytechnikum Vaasa bieten die Möglichkeit eines Doppeldiploms im Fach Betriebswirtschaftslehre an.

- **Schweden:**

Die seit 1995 bestehende Partnerschaft mit SydSam (Samverkan i Sydsverige), dem Zusammenschluss der südschwedischen Regionen, wird zur Zeit durch das spürbar zunehmende ostseepolitische Engagement der schwedischen Partner bestimmt. Über bilaterale Vorhaben hinaus streben diese vor allem die politische Zusammenarbeit in der südlichen Ostsee an, wobei zugleich die enge Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein gesucht wird. So war Schleswig-Holstein politisch in den von SydSam veranstalteten Konferenzen zu Verkehrsfragen der südlichen Ostsee (April 2004) und zur Schiffssicherheit (Mai 2004) vertreten. Im Rahmen der „Konferenz der Subregionen des Ostseeraumes“ (BSSSC), deren Vorsitz und Sekretariat ab Oktober 2004 die Region Skane übernimmt, ist eine enge Zusammenarbeit vereinbart.

Im Rahmen der mittlerweile abgeschlossenen zweiten Projektphase STRING war die schwedische Region Skane aktiver Partner. In enger Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein soll der STRING-Prozess mit neuen Projekten in den Aktionsfeldern Wirtschaft, Umwelt, Kultur und Wissensgesellschaft fortgesetzt werden. Im Bereich der Hochschulkooperation nimmt das multilaterale Ostsee-Projekt „Baltic Sea Virtual Campus“ prominenten Platz ein, das wesentlich von der Fachhochschule Lübeck und der Universität Lund initiiert wurde und getragen wird. Hochschulen in Schleswig-Holstein und Südschweden bieten gemeinsame Studiengänge oder Sommerkurse an.

- **Dänemark:**

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich zwischen den Nachbarn Dänemark und Schleswig-Holstein ein vielschichtiges Netzwerk unterschiedlicher Formen und Foren der Zusammenarbeit entwickelt. Hierzu zählen sowohl das Projekt STRING als auch die INTERREG-A-Kooperationsräume „Sønderjylland / Schleswig“, „Lübeck-Ostholstein / Storstrøm“ und „Region K.E.R.N. / Fyn“ als auch zahlreiche Projekte oder administrative Kooperationen auf Landes-, Kreis- oder kommunaler Ebene.⁶⁹

Die im Juni 2001 getroffene Vereinbarung über die regionale Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Sønderjyllands Amt ergänzt die über Jahrzeh-

⁶⁹ ausführlicher siehe Bericht der Landesregierung über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark (Drs. 15/2731)

te gewachsene unmittelbare grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Diese wird zu einem Großteil vom „Regionalrat Sønderjylland / Schleswig“ getragen, der 1997 als gemeinsame institutionelle Kooperation von den Kreisen Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und der Stadt Flensburg auf deutscher Seite sowie Sønderjyllands Amt auf dänischer Seite ins Leben gerufen wurde.

Im Vordergrund der Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein stehen derzeit die Bereiche Wirtschaftsentwicklung, kulturelle Zusammenarbeit und Umwelt. Weitere vereinbarte Bereiche der Zusammenarbeit sind u.a. Regionalplanung und Verkehr. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen vollzieht sich vorwiegend direkt mit öffentlichen Krankenhäusern und privaten Kliniken in Schleswig-Holstein. Überlagert wird die Zusammenarbeit zurzeit jedoch von der aktuellen Diskussion über eine grundlegende Strukturreform in Dänemark.

- **Polen:**

Die Partnerschaft mit der polnischen Wojewodschaft Pomorskie/ Pommern besteht bereits seit 1992 und ist damit die älteste unter den Regionalpartnerschaften des Landes im Ostseeraum. Neben einzelnen Projekten in Feldern wie Technologie, Kultur und Tourismus steht aktuell die Unterstützung und politische Zusammenarbeit mit der polnischen Partnerregion im Vordergrund. Hierzu zählen Angebote zur Stärkung der Europafähigkeit der Regionalverwaltung der Partnerregion oder die enge ostseepolitische Zusammenarbeit im Rahmen der „Konferenz der Subregionen“ (BSSSC), deren Vorsitz Pomorskie/Pommern seit Mai 2000 wahrnimmt.

- **Russische Föderation:**

Die seit Anfang der 90er Jahre bestehenden Verbindungen mit dem **Gebiet (Oblast) Kaliningrad** wurden 1999 durch die Unterzeichnung eines „Memorandums über die regionale Zusammenarbeit“ auf eine formale Grundlage gestellt. Politisch bedeutsam waren zuletzt der Besuch des Wirtschaftsministers im Mai 2003 sowie die Eröffnung des neuen deutschen Generalkonsulats in Kaliningrad im Februar 2004; hier wurde nach langwierigen Verhandlungen zwischen Berlin und Moskau eine Forderung realisiert, die die Landesregierung und der Landtag einvernehmlich unterstützt hatten.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit bilden die Bereiche Hochschule und Landwirtschaft sowie die Zusammenarbeit der Landespolizei mit dem Juristischen Institut Kaliningrad. Im Jahr 2003 konnten erstmals eine Hospitation von Mitarbeitern der Kaliningrader Gebietsverwaltung sowie die von der Ministerpräsidentin bei ihrem Besuch 2002 gestifteten Stipendien für Studienaufenthalte an der Uni-

versität Kiel realisiert werden. Beide Maßnahmen sollen in Abstimmung mit den Partnern in Kaliningrad fortgesetzt werden.

Mit den Delegationsbesuchen der Ministerpräsidentin im September 2003 und des Wirtschaftsministers im November 2002 konnten die Kontakte zur **Stadt St. Petersburg** und in die Region Nordwest-Russland vertieft werden. Hierbei standen Wirtschaftskontakte und die Zusammenarbeit im Hochschul- und Jugendbereich im Vordergrund. Neben ersten Erfolgen wurde dabei zugleich deutlich, dass diese Region für die mittelständische Wirtschaft nur unter erschwerten Bedingungen erschlossen werden kann.

- **Baltische Staaten:**

Die partnerschaftlichen Beziehungen in die baltischen Staaten stützen sich dabei – in Ermangelung adäquater regionaler Kooperationspartner – vorwiegend nicht auf formalisierte Abkommen. Ausnahmen sind u.a. die mittlerweile erfolgreich abgeschlossenen Twinning-Projekte mit Estland in den Bereichen Justiz, Drogenbekämpfung und Agrarverwaltung, die zwischenzeitig überarbeiteten „Gemeinsamen Erklärungen über die Zusammenarbeit im Agrarbereich“ mit Estland und Lettland sowie die Ausbildungs- und Beratungshilfe der Landespolizei mit Estland und Litauen. Unabhängig von formellen Vereinbarungen entwickelt sich die Zusammenarbeit auf Grund der Initiative einzelner Institutionen, Organisationen und Verbände überwiegend selbständig.

Ergänzt wird dieses Netzwerk durch die seit 1995 kontinuierlich aufgebauten „**Schleswig-Holstein-Büros**“ in ausgewählten Ländern und Partnerregionen im Ostseeraum. Sie leisten wertvolle Arbeit zur Unterstützung der Partnerschaften des Landes, die mittlerweile unverzichtbar geworden ist. Als Informations- und Vermittlungsstelle vor Ort unterstützen sie die praktische Projektarbeit; als „Botschafter des Landes“ leisten sie mit ihren Kontakten zugleich wertvolle Unterstützung bei der Anbahnung neuer Projekte.⁷⁰

Die zuletzt bis Ende 2003 befristete Regelung für die Büros in Malmö, Gdansk/ Danzig, Tallinn, Riga, Vilnius und Kaliningrad ist um weitere drei Jahre verlängert worden. Die Anfang März 2004 erfolgte Überführung der vormaligen Delegationen der deutschen Wirtschaft in den drei baltischen Staaten in die neue „Deutsch-Baltische Außenhandelskammer“⁷¹ hat auch zur Stärkung der Schleswig-Holstein-Büros in diesen drei Staaten beigetragen, die unter deren Dach angesiedelt sind:

⁷⁰ ausführlicher siehe Bericht der Landesregierung über die Schleswig-Holstein-Büros (Drs. 15/2813)

⁷¹ Internet: www.ahk-est.ee

Das gemeinsam von Hamburg und Schleswig-Holstein getragene **Hanse-Office** ergänzt seit Jahren als "Anlaufstelle und Fokus der regionalen Ostseeinteressen in Brüssel" die Partnerschaftsarbeit im Ostseeraum:

- Mit den Verbindungsbüros der regionalen Gebietskörperschaften des gesamten Ostseeraumes unterhält das Hanse-Office mit der sog. "**Informal Group**" ein Netzwerk der Zusammenarbeit und des Informationsaustausches. Dieses wird im Zuge der EU-Erweiterung derzeit neu gestaltet, u.a. durch eine – den Verbindungen ihrer jeweiligen Heimatbasis entsprechenden – Anbindung der einzelnen Regionalbüros an bestehende Ostseeorganisationen (z.B. BSSSC, UBC, BCCA).
- Mit den Ostsee-Regionalbüros, die sich in Brüssel räumlich um das Hanse-Office angesiedelt haben („*Baltic Sea House*", "*South Denmark House*") haben, besteht in der "**Palmerston Group**"⁷² eine intensive regelmäßige Zusammenarbeit.

Im Rahmen der bestehenden regionalen Partnerschaft mit der Wojewodschaft Pomorskie/Pommern sowie der Gebietsverwaltung Kaliningrad leistet das Hanse-Office Beratungshilfen in EU-Fragen. Als "**BSSSC Antenne**" unterstützt das Hanse-Office – befristet bis Oktober 2004 – die Arbeit der BSSSC bei den Europäischen Institutionen in Brüssel. Insgesamt trägt diese Aufgabe dazu bei, die Rolle des Hanse-Office als Fokus für regionale Ostseeinteressen in Brüssel zu verstärken.

4.2 Aktuelle Schwerpunkte der schleswig-holsteinischen Ostseepolitik

In den vergangenen Jahren hat sich die Ostseekooperation des Landes vermehrt auf gezielte Schwerpunkte konzentriert. Über die Einbindung Schleswig-Holsteins in die Netzwerke der Ostseekooperation hinaus tritt zusehends die Stärkung des Standorts Schleswig-Holsteins in den Vordergrund. Dies erfolgt durch Zusammenarbeit mit unmittelbaren Nachbarn ebenso wie im Rahmen fachlicher Projekte. Dabei wirken die Chancen und Möglichkeiten der Ostseekooperation in zunehmendem Maße auch als Ermunterung und Anstoß zur Gestaltung in zahlreichen Fachpolitiken des Landes. Hieran beteiligt sich eine Vielzahl von Institutionen und Akteuren aus Schleswig-Holstein.

Zu den Schwerpunkten der Ostseepolitik des Landes im Berichtszeitraum zählen folgende Themen und Entwicklungen:

⁷² North Sweden EU Office, Copenhagen EU Office, City of Malmö EU Office, South Sweden ERDU Office, South Jutland EU Office, Fyns EU Office, Kommuner Haderslev, Odense EU Office, Tampere Central Region EU Office, EU Vest (City of Ribe), West Zealand EU Office, West Finland Office, European Agency.

⇒ **Entwicklungsregion „Südwestliche Ostsee“ – Projekt STRING:**

Im südwestlichen Ostseeraum zwischen der Öresund-Region (Kopenhagen/Malmö) und der Metropolregion Hamburg/Schleswig-Holstein haben sich in den letzten Jahren bemerkenswerte Entwicklungen vollzogen: Ökonomische Zukunftsbranchen wie z. B. maritime Wirtschaft, Gesundheitswirtschaft, regenerative Energien oder Ernährungswirtschaft/Biotechnologie entwickeln sich zu grenzüberschreitenden Clustern; Potenziale in Bereichen wie Neuen Medien, Informations- und Wissensgesellschaft und Logistik gewinnen an Bedeutung. Zugleich ist der südwestliche Ostseeraum gekennzeichnet durch ein dichtes Netz innovativer Universitäten, Hochschulen und Forschungsinstitute.

Um die gemeinsamen Chancen in einem größer werdenden Europa zu nutzen, arbeitet Schleswig-Holstein seit 1999 mit der Freien und Hansestadt Hamburg, den dänischen Amtskommunen Storstrøm und Vestsjælland sowie der Öresundregion im Rahmen des **Projekts „STRING“** zusammen. Aufbauend auf den Ergebnissen der ersten Projektphase⁷³ – dem im Juni 2001 gemeinsam beschlossenen Entwicklungskonzept „Auf dem Weg zu einer neuen Geographie“ – wurden bis Mai 2004 ausgewählte strategische Projekte in einer zweiten Projektphase „STRING II“ weiterentwickelt und umgesetzt:⁷⁴

- **Förderung des E-Business in kleinen und mittelständischen Unternehmen („SMEBusiness@STRING project“):** Kleineren Unternehmen werden neue Chancen mit modernen Vermarktungsstrategien eröffnet. Ergebnis sind Modelle für Trainingskurse für Unternehmen, um neue Technologien effizient zu nutzen.
- **on-line basierte Fort- und Weiterbildung:** Internetportal (www.baltic-learning.com), Informationsdatenbanken und Internetbasierte Fortbildungseinheiten vermitteln den Mitarbeitern von Unternehmen zusätzliche Kenntnisse und Fähigkeiten insbesondere für die transnationale Zusammenarbeit.
- **Förderung des Design („STRING design“):** Design und Kunstgewerbe sind traditionell im STRING-Gebiet stark vertreten. Durch Kooperationen von Hochschulen und Wirtschaft wurden die gemeinsamen Potenziale gestärkt und neue Produktideen geschaffen.

⁷³ „South Western Baltic SeaTransRegional Area – Inventing New Geography“, von Januar 1999 bis Juni 2001 mit 0,72 Millionen € aus Mitteln der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG II C gefördert (Gesamt volumen: 1,44 Millionen €)

- siehe hierzu ausführlicher Ostseebericht 2002 (Drs. 15/2051, S. 34 ff)

⁷⁴ „South Western Baltic SeaTransRegional Area – Implementing New Geography“, von Juni 2002 bis Mai 2004 mit 1,05 Millionen € aus Mitteln der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG III B gefördert (Gesamt volumen: 2,1 Millionen €)

– im Internet: www.balticstring.net

- **Transregionales Tourismusmarketing („HOST project“):** Mit seinen attraktiven Metropolen und Landschaften und mit seiner gemeinsamen Geschichte hat die Region ein reiches kulturelles und natürliches Erbe. Im Projekt wurde eine touristische Route von Skane über Seeland nach Schleswig-Holstein erarbeitet, die die Schönheiten im Bereich Kultur und Natur erfasst. Dazu wurde ein entsprechendes IT-Programm erstellt, das die Vermarktung der Route über bestehende Tourismus-Seiten ermöglicht.
- **Strategien zur nachhaltigen Küstenentwicklung („Integrated Coastal Zone Management Project“):** Die Partner erarbeiteten Indikatoren für ein integriertes Küstenzonenmanagement und innovative Tourismusprodukte für die Küstenzonen wie einen Küstenerlebnispfad und Unterwasserlandschaft.
- **Förderung des kulturellen Erbes der Wikinger („Viking Network“):** Die attraktiven archaischen Hinterlassenschaften der Wikingerzeit wurden in einem integrierten Netzwerk erforscht; für Museen und Wikingerzentren werden nachhaltige Marketing-Konzepte entwickelt.
- **Kooperation der regionalen Fernsehstationen („TV magazine TRIANGEL“):** Norddeutsche, ostdänische und südschwedische Fernsehstationen erarbeiteten eine gemeinsame Pilotsendung für einen Ostseebericht.

Als assoziierte Projekte werden zwei im Rahmen von „STRING I“ entwickelte Projekte weitergeführt:

- **Baltic Sea Virtual Campus:** Universitäten und Hochschulen nahezu aller Ostseeanrainerstaaten entwickeln virtuelle Curricula für Studenten und ein ergänzendes Angebot für lebenslanges Lernen.⁷⁵
- **Baltic Sea Job-Pass:** Kammern, Gewerkschaften und Verwaltung streben die Zertifizierung von Ausbildungsabschnitten im Ausland an.

Darüber hinaus wurde eine Reihe von **Foren** eingerichtet, die zur Weiterentwicklung der strategischen Ausrichtung und zur Vernetzung der Akteure in diesen Bereichen beitragen: Wirtschaft, Metropolregionen, Verkehr und Transport, Raumplanung und mittelgroße Städte sowie Kultur.

Im Interesse einer effizienten Kooperation haben die Partner eine **gemeinsame Kooperationsstruktur** etabliert. Sie besteht aus einem Politischen Forum (politische Vertreter der Regionalregierungen, Amtskommunen), einem Lenkungsausschuss (Ebene der hohen Beamten) sowie einem Gemeinsamen Sekretariat (Mitarbeiter der Partnerregionen). In Schleswig-Holstein wurde ein Koordinierungsgremium einge-

⁷⁵ siehe in diesem Kapitel Abschnitt „Schleswig-Holsteins Hochschulen auf dem Weg in die internationale Wissensgesellschaft“

richtet, das Vertreter der beteiligten Dienststellen der Landesregierung und die schleswig-holsteinischen Vertreter der bisherigen Projekte umfasst.

Die zweite Phase des Projekts „STRING“ wurde im April 2004 mit einer Abschlusskonferenz in Hamburg beendet. Die politischen Vertreter der Partnerregionen würdigten die praktischen Ergebnisse als wichtigen Schritt für eine langfristig angelegte Kooperation und als erfolgreiche Grundlage für die Vertiefung der Zusammenarbeit. In den kommenden Jahren sollen in den Aktionsfeldern Wirtschaft, Umwelt, Kultur und Wissensgesellschaft weitere Kooperationsprojekte in Angriff genommen werden, allerdings ohne den überwölbenden Mantel eines weiteren INTERREG-Projekts. Diese **Fortsetzung des „STRING-Prozesses“** soll im 2. Halbjahr 2004 starten und auf Projekte zielen, die das Innovationspotenzial der südwestlichen Ostseeregion und damit deren internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken.

⇒ **Begegnung der Jugend stärken:**

Die Förderung zwischenmenschlicher Begegnung („people to people“-Ansatz) ist seit Jahren eines der Grundmerkmale erfolgreicher Zusammenarbeit im Ostseeraum. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Jugendbegegnung und des Jugendaustausches. Seit Jahren übernehmen Institutionen in Schleswig-Holstein führende Aufgaben bei der Koordinierung in diesem Bereich:

Seit seiner Gründung im Jahr 1990 unterstützt das **Ostseejugendbüro** als nicht-kommerzielle Beratungs- und Informationsagentur die Zusammenarbeit zwischen Jugendverbänden und -gruppen in allen Staaten der Ostseeregion. Das dem Landesjugendring Schleswig-Holstein angegliederte Büro wird aus Mitteln des schleswig-holsteinischen Jugendministeriums (MJF) finanziert. Neben der Behandlung konkreter Fragen des Schüler- und Jugendaustausches vermittelt es Kontakte zwischen Jugendverbänden/-gruppen aus Schleswig-Holstein und der Ostseeregion.

Im **Jugendserver Schleswig-Holstein**⁷⁶ können seit Januar 2004 unter der Rubrik „Internationales“ Informationen zu Jugendbegegnungen, Freiwilligendienste, Jobs, Praktika, Workcamps, au pair, Sprachkurse, Schulaustausch und Austauschstudium sowie über „Günstig reisen und übernachten“ Orientierungshilfen abgerufen werden.

⁷⁶ Internet: www.jugendserver-sh.de

Gegenwärtig arbeiten das Ostseejugendbüro und der Landesjugendring Schleswig-Holstein an neuen Perspektiven in der jugendpolitischen Zusammenarbeit in der Ostseeregion. So wird z. B. in Zusammenarbeit mit dem Schleswig-Holsteinischen Landtag die Idee zur Gründung einer **Ostsee-Jugendstiftung** weiterentwickelt; damit sollen ergänzende Mittel zur Förderung von sonst nicht zu realisierenden Jugendprojekten in der Ostseeregion erschlossen werden.

Seit März 1999 besteht neben dem Ostseejugendbüro das **Ostseesekretariat für Jugendangelegenheiten** (Baltic Sea Secretariat for Youth Affairs). Es ist wie das Ostseejugendbüro beim Landesjugendring Schleswig-Holstein ansiedelt und wird von den für Jugend zuständigen Ministerien der Ostseeanrainerstaaten (einschl. Bundesjugendministerium) finanziert. Als Informationsknotenpunkt und Koordinationsstelle zwischen den unterschiedlichen Strukturen der Jugendpolitik, öffentlichen und freien Trägern der Jugendarbeit sowie verschiedenen Projekten wird das Sekretariat zunehmend von regionalen, nationalen und internationalen Akteuren im Ostseeraum wahrgenommen und in die internationale Zusammenarbeit eingebunden. Damit stärkt es die Koordinierungsrolle Schleswig-Holsteins in diesem Bereich.

Die einmal jährlich stattfindende **Ostsee-Jugendkonferenz** des Landesjugendrings Schleswig-Holsteins hat sich mittlerweile zu einem wichtigen Katalysator der internationalen Jugendarbeit in der Ostseeregion entwickelt. Neben den persönlichen Kontakten, die in den einwöchigen Konferenzen entstehen, werden hier inhaltliche Grundlagen für internationale Jugendbegegnungen zwischen schleswig-holsteinischen und ausländischen Partnern geschaffen.

⇒ **Schleswig-Holsteins Hochschulen auf dem Weg in die internationale Wissensgesellschaft:**

Die aufkommende Wissensgesellschaft verlangt von Hochschulen wie Bildungsstrukturen zunehmende Fähigkeiten zu europäischer wie internationaler Kooperation. Im Wettbewerb um Studierende und Expertise von morgen werden diese Fähigkeiten zusehends zum bestimmenden Standortfaktor. Der europaweite **Bologna-Prozess**, dessen Ziel die Schaffung eines europäischen Hochschulraums bis 2010 ist, wirkt dabei auch als Motor der Hochschulkooperation im Ostseeraum. Die Schwerpunkte dieses Prozesses hat zuletzt die Bologna-Folgekonferenz 2003 in Berlin verbindlich für mittlerweile 40 Mitgliedsländer festgelegt⁷⁷; hierzu zählen u.a.:

⁷⁷ Internet: www.bologna-berlin2003.de

- Aufbau und Vernetzung eines Systems der Qualitätssicherung (Akkreditierung und Evaluierung der Studienangebote),
- Implementierung von Bachelor- und Master-Abschlüssen,
- europaweite Anerkennung von Studienabschnitten und –abschlüssen,
- Einrichtung eines Kreditpunkte-Systems für die Bemessung des Studienerfolgs (ECTS: European Credit Transfer System),
- Förderung der Mobilität der Studierenden und des wissenschaftlichen Personals.

Zur Umsetzung dieser Ziele wurden Zielvereinbarungen mit den Hochschulen des Landes abgeschlossen. Diese verpflichten sich dadurch u.a. zur Einführung der gestuften Studienstruktur in Form von Bachelor- und Masterstudiengängen und der damit verbundenen Modularisierung der Studienangebote und zur Einführung von ECTS.⁷⁸ Damit werden auch die Beziehungen zu den Hochschulen des Ostseeraums neue Dynamik erfahren. Die Ostseeregion hat mit ihrem dichten Netz hervorragender Hochschulen gute Chancen, eine besonders dynamische Region innerhalb des angestrebten Europäischen Hochschulraumes zu werden und damit einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Wissensgesellschaft in Europa zu leisten.

Der weitaus größte Anteil der internationalen Beziehungen schleswig-holsteinischer Hochschulen erfolgt mit Partnern im Ostseeraum, einschließlich der neuen EU-Mitgliedstaaten. Die Kooperationen finden in Form von Studierenden- und Dozentenaustauschen, Zusammenarbeit in wissenschaftlichen Projekten sowie der Entwicklung und dem Angebot gemeinsamer Studiengänge statt. Aus der in Anlage 1 ausführlicher dargestellten Vielzahl von Kooperationsaktivitäten sind besonders herauszustellen:

- Im Projekt „**Baltic Sea Virtual Campus**“ haben sich 13 Hochschulen in acht Ostseestaaten und mehrere assoziierte Wirtschaftsunternehmen zum Ziel gesetzt, einen Beitrag zum lebenslangen Lernen in der Wissensgesellschaft zu leisten. Auf Basis abgestimmter und international anerkannter Lehrinhalte sollen online-Studiengänge für die berufsbegleitende Qualifizierung entwickelt, produziert und vermarktet werden.⁷⁹

Das Projekt unter der Federführung der Fachhochschule Lübeck wird mit Hilfe von EU-Fördermitteln und Eigenbeteiligungen mehrere Bachelor- und Masterkurse erstellen, die als Module auch im Bereich der Fortbildung eingesetzt werden können. Ein erster online-Master-Studiengang („Transregional Management“) wird im Wintersemester 2004 erstmalig angeboten werden. Eine Erweiterung zu

⁷⁸ ausführlicher siehe Drs. 15/3357

⁷⁹ Internet: www.bsvc.org

einem „European Virtual Campus“ wird derzeit mit Partnern aus Frankreich (Pays de la Loire), Spanien und Italien erörtert.

- Seit 1999 entwickelt die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) zwei maßgebliche Initiativen kontinuierlich fort: Im Rahmen der „**Baltic Summer School**“ bieten die Medizinischen Fakultäten der CAU Kiel und der Universitäten Kopenhagen und Lund ein fachlich anspruchsvolles Studienprogramm für den wissenschaftlichen Nachwuchs; Veranstaltungsort 2004 ist die Universität Lund. Die „**Kiel Summer School (KiSS)**“ bietet u.a. jungen Nachwuchskräften aus Mittel- und Osteuropa wirtschaftswissenschaftliche Lehrveranstaltungen in englischer Sprache in Verbindung mit Deutsch-Kursen und Ringvorlesungen zur deutschen Geschichte, Politik und Kultur an.
- Die Zusammenarbeit der CAU Kiel mit den russischen Staatlichen Universitäten **St. Petersburg** und **Kaliningrad** wird ausgebaut: So wurde im Juli 2003 eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der CAU und der Fakultät für Naturwissenschaften der Universität St. Petersburg geschlossen; im September 2003 wurde ein Hochschulpartnerschaftsvertrag zwischen der Staatlichen Universität St. Petersburg und der CAU unterzeichnet. Im Rahmen der Partnerschaft mit der Staatlichen Universität Kaliningrad stehen z.Zt. wechselseitige Forschungs- und Lehraufenthalte sowie Gaststipendien in Kiel im Vordergrund; Akteure sind die Institute für Germanistik und Slavistik beider Universitäten.
- Die aus Projekten der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG II A hervorgegangenen **deutsch-dänischen Studiengänge** der Universität Flensburg (UF) und der Syddansk Universitet (Sønderborg) konnten durch den Abschluss neuer Kooperationsverträge im Dezember 2003 und Januar 2004 intensiviert werden. Die Gesamtzahl der Studierenden in den drei Studiengängen „Kultur- und Sprachmittler“, „International Management“ sowie „Energie- und Umweltmanagement“ betrug im Wintersemester 2003/2004 rund 990.
In einem neuen INTERREG III A-Projekt wollen UF und Syddansk Universitet eine Machbarkeitsstudie „Deutsch-Dänisches Hochschulzentrum“ erstellen. Untersucht werden sollen Möglichkeiten weitergehender institutioneller Kooperation, weiterer gemeinsamer Studiengänge sowie der Angleichung der Bildungssysteme beider Staaten in Richtung auf ein europäisches Bildungssystem.

⇒ **Kulturelle Begegnung und Zusammenarbeit im Ostseeraum:**

Kulturelle Zusammenarbeit und Begegnung ist seit Beginn der Ostseekooperation eines der sichtbarsten und zugleich identitätstiftendes Handlungsfeld, das sich mittlerweile zu einem vielschichtigen Netzwerk multi- wie bilateraler Zusammenarbeit entwickelt hat. Damit schafft es zugleich die Voraussetzung, um in einem anwachsenden Wettbewerb der Regionen innerhalb einer erweiterten Union die Gemeinsamkeiten der Ostseeregion lebendig und erfahrbar zu machen. Schleswig-Holstein zählt seit Beginn zu den aktivsten Partnern in diesem Feld der Ostseekooperation.

Stärker als bisher will sich Schleswig-Holstein auch als kulturtouristischer Standort im Ostseeraum profilieren. Voraussetzung dafür ist ein **verbessertes Kultur-Marketing** der kulturellen Institute und Institutionen zunächst im Lande selbst, um im nächsten Schritt auch jenseits der Grenzen sichtbar zu werden. Mit den im August 2003 vom Kabinett beschlossenen „kulturtouristischen Leitlinien“ wird das tourismuspolitische Leitbild für Schleswig-Holstein mit Blick auf die kulturtouristischen Potenziale im Lande fortgeschrieben. Gemeinsam mit der Tourismusagentur Schleswig-Holstein (TASH) und des Landes-Kulturverbandes (LKV) ist im September 2003 eine Marketingoffensive eingeleitet worden, der sich inzwischen 42 kulturelle Einrichtungen angeschlossen haben.⁸⁰

Auch wenn Schleswig-Holstein kein typisches Kultur-Reiseland ist, soll über eine Öffnung der kulturellen Einrichtungen für die touristische Vermarktung, durch die Einbeziehung des kulturellen Erbes des Landes sowie durch die Entwicklung touristischer Alleinstellungsmerkmale für Schleswig-Holstein zusätzliche Attraktivität für den Urlaubstourismus in Schleswig-Holstein geschaffen werden. Für die stärkere Ausschöpfung des kulturtouristischen Potenzials für Schleswig-Holstein soll auch die Kulturinitiative Ars Baltica mit Hilfe zusätzlicher Projekte genutzt werden, die unter dem gemeinsamen Label „Ars Baltica“ gezielter vermarktet werden können.

In der Zusammenarbeit mit den **Partnerregionen im Ostseeraum** erweist sich das Interesse am gemeinsamen kulturellen Erbe und an gemeinsamer kultureller Identität insbesondere auf regionaler Ebene. Diese Zusammenarbeit konnte in den vergangenen Jahren spürbar ausgebaut und intensiviert werden:⁸¹

- Die mit den **westfinnischen Partnerregionen** 2002 gemeinsam eingerichtete Kulturarbeitsgruppe initiiert und begleitet Projekte, die im jährlichen Wechsel je-

⁸⁰ ausführlicher siehe Anlage 1 unter MBWFK

⁸¹ ausführlicher siehe Anlage 1 unter MBWFK

weils eine andere Kultursparte fokussiert. 2003 lag der Schwerpunkt auf Bildender Kunst; in Finnland fortgesetzt wurde die zunächst in Schleswig-Holstein gezeigten Wanderausstellung „Auf den Spuren von Jean Sibelius“. Im aktuellen Jahr des 10-jährigen Jubiläums der Regionalpartnerschaft liegt der Schwerpunkt auf Folk Musik; die besonderen Traditionen beider Partnerregionen werden bei Auftritten in Schleswig-Holstein und Folk-Festivals in Finnland präsentiert.

- Die **grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit mit Dänemark** – insbesondere mit der Partnerregion Sønderjylland – ist derzeit die erfolgreichste und kontinuierlichste kulturelle Kooperation im Ostseeraum. Sie umfasst Kooperationen zwischen Kulturschaffenden wie auch Institutionen beider Regionen. Sie konzentriert sich auf die unmittelbare Grenzregion. Aber auch landesweite Institutionen und Kulturschaffende aus ganz Schleswig-Holstein verwirklichen in hohem Maße gemeinsame Projekte mit dänischen Kulturschaffenden insbesondere in den Sparten Bildende Kunst, Film, Musik, Museen und Theater.
- Die **kulturelle Zusammenarbeit mit Norwegen** wird seit 2001 durch einen regelmäßigen und intensiven Informationsaustausch mit der Partnerregion Eastern Norway County Network befördert. Bisheriger Höhepunkt war die 2003 in Lübeck gezeigte und gemeinsam organisierte Ausstellung „Edvard Munch in Lübeck“. Im Mai 2004 nahmen schleswig-holsteinische Autoren am Norwegischen Literaturfestivals Lillehammer, dem größten seiner Art in Norwegen, teil.

Eines der erfolgreichsten Netzwerke kultureller Zusammenarbeit hat Schleswig-Holstein auf den Weg gebracht: **Ars Baltica**⁸², die von zehn Partnerländern getragene Kulturinitiative der Ostseeregion, feiert 2004 ihr 15-jähriges Bestehen. Als Gastgeber der Jubiläumssitzung des Ars-Baltica-Organisationskomitees im April 2004 initiierte Schleswig-Holstein eine Diskussion mit Vertretern regionaler Kulturinstitute, Vereine und Verbände über die Weiterentwicklung dieser multilateralen Zusammenarbeit. Ziel ist es, die Attraktivität der kulturellen Kooperationen weiter zu steigern und das Profil von Ars Baltica sowohl im Lande wie auch im Ostseeraum zu erhöhen. Das Label „Ars Baltica“ soll verstärkt für hochwertige Kulturprojekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung eingesetzt werden. Die Nordischen Filmtage Lübeck, das Monodrama-Festival „Thespis“ in Kiel und die gemeinsame Aufführung von Benjamin Brittens „War Requiem“ durch die Musikhochschule Lübeck und Partner-Hochschulen des Ostseeraums im Juni 2004 tragen nunmehr das Ars-Baltica-

⁸² Internet: www.ars-baltica.net

Label. Ein weiterer Erfolg ist der Beschluss, im Juni 2005 erstmals das neue „**Folk Music Baltica**“ in Flensburg auszurichten.

Im Berichtszeitraum ist eine Reihe von wichtigen Projekten realisiert worden:

- **JazzBaltica**, 1991 als Pilotprojekt von Ars Baltica gestartet, hat sich weiter zu einem international renommierten Festival im Landeskulturzentrum Salzau mit konstant hohen Besucherzahlen entwickelt. Veranstalter ist seit 2002 das Schleswig-Holstein Musik Festival.
- Die **3. Ars Baltica Triennale** der Künstlerischen Fotografie „What is important?“ ist mit breiter finanzieller Unterstützung, u.a. auch der Kulturstiftung des Bundes, realisiert worden. Sie wurde erfolgreich in Kiel, Mecklenburg-Vorpommern, Bergen (Norwegen) und Vilnius (Litauen) gezeigt; weitere Stationen in 2004 sind Riga (Lettland), Tallinn (Estland) sowie Pori (Finnland).
- Bereits seit Ende der 90er Jahre in Planung, konnte im Juni 2003 die Ausstellung „**Baltic Rococo - Fayencen aus dem Ostseeraum**“ im Landesmuseum Schloss Gottorf realisiert werden. Weitere Stationen in 2004 sind Stockholm, Kopenhagen und Tallinn.

Im Rahmen des **Projekts STRING** konnten drei kulturelle Kooperationsprojekte in der südwestlichen Ostseeregion realisiert werden: „STRING design“, „Viking Network“ und „TV magazine TRIANGEL“. Das „STRING Cultural Forum“ dient dabei als Netzwerk der Kulturverwaltungen, das diese Projekte begleitet und berät.⁸³

⇒ **Sicherheitspartnerschaft im Ostseeraum:**

Auch nach der Erweiterung der EU um weitere vier Ostseeanrainerstaaten bleibt die unmittelbare Sicherheitszusammenarbeit im Ostseeraum von wesentlicher Bedeutung. Grundlage der **Sicherheitspartnerschaft Schleswig-Holsteins im Ostseeraum** sind die vom schleswig-holsteinischen Innenministerium geschlossenen bilateralen Protokollerklärungen über die polizeiliche Zusammenarbeit zur Bekämpfung insbesondere der länderübergreifenden Organisierten Kriminalität mit den baltischen Staaten, Polen, dem Oblast St. Petersburg und dem Oblast Kaliningrad sowie die engen Kontakte mit den nordischen Staaten.

Die Sicherheitspartnerschaft wurde im Berichtszeitraum durch Maßnahmen zur Vereinfachung und weiteren Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit gefestigt:

⁸³ siehe in diesem Kapitel Abschnitt „Entwicklungsregion Südwestliche Ostsee: Projekt STRING“.

- Im Rahmen eines **Besuchs des Innenministers bei der finnischen Polizei** (September 2003) wurde die bilaterale Zusammenarbeit aktualisiert. Im Mittelpunkt der Gespräche mit dem finnischen Innenminister stand die Schiffssicherheit auf der Ostsee. Übereinstimmung wurde bei Forderungen nach einer einheitlichen Tiefwasser-Route für Schiffe mit großem Tiefgang und Gefahrgutbeladungen in der Mitte der Ostsee sowie für einen Lotsenzwang in besonderen Hochrisikogebieten der Ostsee wie der Kadettrinne erzielt. Weitere Themen waren die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und des Frauenhandels sowie der Einsatz neuester Technologien in der Kriminalitätsbekämpfung.
- Auf Initiative der Polizeiabteilung des Innenministeriums wurde in Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium seit 2001 ein **EU-Twinning-Projekt** mit Estland durchgeführt. Ein Langzeit- und mehrere Kurzzeitberater erarbeiteten zusammen mit den Verantwortlichen in Estland ein Gesamtkonzept zur Bekämpfung der Drogenkriminalität und zur Suchtvorbeugung. Das Projekt wurde im September 2003 erfolgreich abgeschlossen.
- Im März 2003 fand in Lübeck eine internationale Konferenz zum Austausch und zur Initiierung länderübergreifender **Präventionskonzepte im Ostseeraum** statt. Über 200 Teilnehmer aus allen Ostseeanrainerstaaten nahmen daran teil. Die Konferenz wurde aus Mitteln des EU-Programms TACIS unterstützt. Vereinbart wurde eine Folgekonferenz, die 2005 in Finnland stattfinden soll.
- Der Direktor des Landeskriminalamtes Schleswig-Holstein ist Mitglied des **Operative Committee (OPC) der Task Force on Organized Crime**. Hier werden konkrete Maßnahmen und Kontrollaktionen zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität in den Ostseeanrainerstaaten vereinbart.
- Schleswig-Holstein hat seit deren Gründung die Geschäftsführung der **Arbeitsgruppe „Rauschgifthandel Nord-Ost“**. Teilnehmerländer sind neben den norddeutschen Ländern und der Bundesrepublik Deutschland die nordischen und baltischen Staaten, Polen, Russland sowie die Niederlande. Aufgrund dieser Kontakte nahm das Landeskriminalamt (LKA) im Januar 2004 erstmals an einem Treffen der sog. **„E 6 Gruppe“** teil. Hier findet seit einiger Zeit die nicht-förmliche Zusammenarbeit der Polizeichefs von Kopenhagen, Malmö, Göteborg und Oslo für den Bereich der südlichen Ostsee statt.

- In Zusammenarbeit mit der Region Sønderjylland wurde ein **deutsch-dänisches Fortbildungsprojekt** zwischen der Polizeidirektion Schleswig-Holstein Nord und den Polizeikreisen im südlichen Dänemark durchgeführt, das aus Mitteln der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG II A gefördert wurde (Sprachkurse, gemeinsame Seminare). Erstellt wurde u.a. ein Handbuch über Aufgaben und Zuständigkeiten der Polizeidienststellen im Grenzgebiet. Ein ähnliches INTERREG-Projekt läuft seit April 2002 im Bereich der Polizeidirektion Schleswig-Holstein Süd mit den dänischen Partnerregionen jenseits des Fehmarnbelt.

Die **Beratungs-, Ausbildungs- und Ausstattungshilfe** mit den baltischen Staaten und dem Oblast Kaliningrad, konsequent fortgeführt. Im Rahmen der Ausbildungshilfe fanden zahlreiche Austauschprojekte der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und der Verwaltungsfachhochschule mit Dozentinnen und Dozenten sowie Studierenden aus Estland, Litauen und Kaliningrad statt. Schwerpunkt der Beratungshilfe war die Rechtsakademie Litauen. 2002 und 2003 fand mit Unterstützung des EU-Programms "Leonardo da Vinci" eine Hospitation von Studierenden der Rechtsakademie Litauen in Schleswig-Holstein statt. Im Rahmen der Ausstattungshilfe wurde erneut ein Hilfstransport nach Kaliningrad durchgeführt.

⇒ **nachhaltige, umweltverträgliche Entwicklung im Ostseeraum:**

Das bereits vom Ostseegipfel von Visby (1996) formulierte Ziel einer nachhaltigen, umweltverträglichen Entwicklung der Ostseeregion erhält durch den Beitrittsprozess eine neue Dimension: Die Beschlüsse der EU-Gipfel von Göteborg (2001) und Lissabon (2000), die die Europäische Union auf eine nachhaltige Entwicklung verpflichten, müssen nun auch in den neuen Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

Das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung für den Ostseeraum wurde durch die **Ostsee-Umweltministerkonferenz** in Lulea (August 2003) bekräftigt und um zusätzliche Dimensionen ergänzt, z.B.: nachhaltige Konsum- und Produktionsstrukturen als neuer Schwerpunkt im Umweltkapitel der „Nördlichen Dimension“, Harmonisierung der Umweltvorschriften zwischen der erweiterten EU und Russland, Bedeutung von diffusen Einleitungen aus der Landwirtschaft für den Meeresschutz, Stärkung der erneuerbaren Energien, Bedeutung einer nachhaltigen Landwirtschaft. Als Sprecher der norddeutschen Länder konnte der schleswig-holsteinische Umwelt- und Agrarminister in der Konferenz zusätzliche Akzente setzen im Hinblick auf nachhaltige Landwirtschaftspolitik und die Verringerung landwirtschaftlicher Nährstoffein-

träge in Gewässer. Hierzu hatte Schleswig-Holstein bereits bei der Bremer Ministerkonferenz von HELCOM und OSPAR⁸⁴ (Juni 2003) ein Positionspapier eingebracht.

Als konkretes Programm zur Nachhaltigkeit im Ostseeraum hat weiterhin die 1998 vom Ostseerat verabschiedete **regionale Agenda 21 für den Ostseeraum (Baltic 21)**⁸⁵ Bedeutung. Nachdem die vergangenen Jahre vom Anschub des Umsetzungsprozesses geprägt waren, tritt nun die Aufgabe in den Vordergrund, die Baltic 21-Arbeit zu verstetigen und konkrete Umsetzungsergebnisse zu vereinbaren („Leuchtturmprojekte“). Die Umweltministerkonferenz von Lulea gab die Richtung für erforderliche Reformen der Baltic 21-Strukturen. Das Umweltministerium stellt weiterhin den Vertreter der BSSSC im Lenkungsausschuß der Baltic 21 und gestaltet den Reformprozess aktiv mit.

Mit der 2004 verabschiedeten **Landes-Nachhaltigkeitsstrategie** verfügt Schleswig-Holstein nunmehr auch über einen eigenen strategischen Rahmen für die landesinterne Umsetzung einer nachhaltigen, umweltverträglichen Entwicklung. Unterstützt wird der Verein „Conet CZ 21 (Coastal Network – Coastal Zone Agenda)“, der zum Aufbau eines aktiven Kooperationsnetzwerkes regionaler und lokaler Akteure für eine nachhaltige Küstenraumentwicklung in der gesamten Ostseeregion beitragen will. An diesem Kooperationsnetzwerk beteiligt sind lokale Agenda 21-Gruppen in Küstenregionen der Ostsee, lokale Agenda 21-Koordinatoren und weitere Bürgergruppen und Bürgerinitiativen mit küstenrelevanten Fragestellungen.⁸⁶

⇒ **Schiffs- und maritime Sicherheit im Ostseeraum stärken:**

Die Ostsee zählt bereits heute zu einem der weltweit dichtest befahrenen Seeverkehrsgebiete. Das in Folge der EU-Erweiterung und der wirtschaftlichen Prosperität der baltischen Staaten und Polens wachsende Handelsvolumen wird weiterhin über anhaltend zunehmende Seetransporte abgewickelt werden; diese Nutzung der „nasen Autobahn Ostsee“ entlastet die Güterverkehrswege zu Lande vom drohenden Verkehrsinfarkt. Gleichzeitig werden sich die Ölexporte, die Russland als mittlerweile weltweit größter Ölproduzent vorwiegend per Schiff über die Ostsee abwickelt, voraussichtlich alle 3-5 Jahre verdoppeln.

⁸⁴ Internet: www.helcom.fi (HELCOM) sowie: www.ospar.org (OSPAR)

⁸⁵ Internet: www.baltic21.org

⁸⁶ Internet: www.conet21.de

Daraus resultiert die doppelte Notwendigkeit, die Ostsee als empfindliches Ökosystem vor Gefährdungen zu schützen und zugleich sichere Seeverkehrsbedingungen auf der Ostsee zu gewährleisten. International, EU-weit bzw. unmittelbar in der Ostseeregion arbeiten hieran seit Jahren **Internationale Schifffahrtsorganisation (IMO)**⁸⁷, die **Europäische Union** oder die „**Helsinki-Kommission**“ (**HELCOM**)⁸⁸. Wichtige Regelungen sind u.a. die MARPOL-Konvention der IMO (1973), die EU-Richtlinie über Hafenstaat-Kontrollen oder die Regelungen von EU und IMO zur stufenweisen Ausmusterung von Einhüllen-Tankern bis 2010.

In jüngerer Zeit standen zwei wichtige Ereignisse im Blickpunkt: Anfang April 2004 stimmte das „Marine Environment Protection Committee“ der IMO dem Antrag zu, die Ostsee als „**empfindliches Seegebiet**“ (**Particularly Sensitive Sea Area**) nach den Bestimmungen der MARPOL-Konvention auszuweisen; ausgenommen sind lediglich das Hoheitsgebiet und die Ausschließliche Wirtschaftszone Russlands, das diesen Antrag nicht unterstützt hat. Damit sind die Voraussetzungen verbessert worden, um dringend notwendige Schutzmaßnahmen und Seeverkehrsregelungen für den Ostseeraum einführen zu können. Der Antrag war von der Bundesrepublik Deutschland unterstützt worden.

Auch vor diesem Hintergrund hat Schleswig-Holstein Anfang Mai 2004 unter Beteiligung der IMO und der neuen „Europäischen Meeressicherheitsagentur“ (EMSA) eine **internationale Ostsee-Schiffssicherheitskonferenz in Kiel** ausgerichtet („Maritime Safety Conference Baltic 2004“). Die Konferenz fand im Rahmen des überwölbenden Leitthemas „Zukunft Meer“ statt. Die Teilnehmer verständigten sich auf vierzehn vorrangige Vorschläge und Maßnahmen zur Vermeidung schwerer Unfälle auf See und zur Verringerung negativer Umweltauswirkungen auf die Ostsee und ihre Küstengebiete („Kieler Vorschläge – Maritime Safety Proposals BALTIC 2004“)⁸⁹.

Zur Finanzierung und Umsetzung aller relevanten internationalen Konventionen, EU-Verordnungen und –Richtlinien im Bereich der maritimen Sicherheit (Safety und Security), Hafenstaatkontrolle, Haftung und Entschädigung

- Einführung einer vorgegebenen Tanker Transit Route durch die Ostsee
- Verstärkter Lotseneinsatz in engen und schwierigen Fahrwassern der Ostsee
- Aufstellung wirksamer Pläne für den Zugang zu Notliegeplätzen (Ankerplätze, Reeden und Häfen)
- Stationierung von Notschleppern entlang der Hauptschiffahrtsrouten

⁸⁷ Internet: www.imo.org

⁸⁸ Internet: www.helcom.fi

⁸⁹ Darstellung einschl. Erläuterungen und Maßnahmen im Internet unter: www.schiffssicherheit.schleswig-holstein.de

- Einrichtung klarer Entscheidungsstrukturen für Unfall/Disaster-Management in Verbindung mit der Zugriffsmöglichkeit auf Einsatz- und Bekämpfungsmittel
- Vernetzung der Unfallmanagementbehörden mit gemeinsamen Alarm-, Unterstützungs- und Abwehrplänen
- Vernetzte Zusammenarbeit der Hafensicherheitsbehörden bei der Einführung des ISPS-Codes
- Zusammenarbeit der Ostseeanrainerstaaten bei Ausbildung und Training in allen Bereichen der Schiffssicherheit
- Konsequente Wahrnehmung der Aufgaben von Flaggen- und Hafenstaatkontrolle sowie Verstärkung der Aktivitäten zur Ermittlung und Verfolgung von Verstößen gegen Vorschriften zur Verhütung von Meeresverschmutzungen
- Einführung begleitender Maßnahmen nach Ausweisung der Ostsee als Sonder-schutzgebiet (PSSA)
- Beschleunigte Umsetzung einer sicheren und nachhaltigen Entsorgung von Schiffsabfällen und Ladungsrückständen (z.B. Nutzung von Hafenentsorgungs-anlagen, Einführung eines „No-Special-Fee-Systems“)
- Umsetzung der EU- und IMO-Regelungen zur Außerdienststellung von Einhüllen-tankern bis spätestens 2010
- Anhebung der Mindestausbildungsstandards gem. STCW-Übereinkommen und obligatorische Einführung des Besuchs von Wiederholungslehrgängen.

Mit dieser Konferenz hat Schleswig-Holstein einen überregional stark beachteten Beitrag zur Forcierung der Bemühungen um eine verstärkte Schiffssicherheit im Ost-seeraum geleistet. Aufgabe der näheren Zukunft ist, in enger Zusammenarbeit aller Ostseeanrainerstaaten die genannten Maßnahmen umzusetzen. Hierzu zählt auch eine verstärkte **Zusammenarbeit auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene** – sowohl innerhalb der Staaten als auch grenzüberschreitend. Hier hat die südschwe-dische Partnerregion SydSam in enger Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein im Rahmen der Konferenz „Maritime Safety and Environment in the Baltic Sea“ (Mai 2004 in Trelleborg) Vorschläge vorgelegt, in die wesentlich die Erfahrungen regiona-ler Gebietskörperschaften in Schweden, Polen und Dänemark eingeflossen sind.⁹⁰

Schleswig-Holstein ist darüber hinaus in weiteren deutschen und internationalen Gremien zu wesentlichen Fragen der Schiffssicherheit aktiv vertreten:

- **Einrichtung einer Transitroute für Tanker in der Ostsee:** Eine vom Bundes-verkehrsministerium Ende 2003 eingesetzte Arbeitsgruppe erörtert derzeit mit Experten der HELCOM-Partner und insbesondere mit Russland die Festlegung

⁹⁰ ausführlicher im Internet: www.sydsam.se/maritime.asp

einer solchen Route (einschl. Schiffsidentifizierung und navigatorischer Beratung). Ende November 2003 fand hierzu auf Einladung Deutschlands in Berlin eine Sitzung der entsprechenden HELCOM-Expertengruppe, in der u.a. die gemeinsame Erstellung einer Sicherheitsanalyse zur Gestaltung zukünftiger Transitrouten nach den Standardvorgaben der IMO beschlossen wurde.

- Im Rahmen der Umsetzung des **HELCOM-Übereinkommens** über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes ist das Umweltministerium in verschiedenen Arbeitsgruppen vertreten, so in der „Nature Conservation and Coastal Zone Management Group“ (HELCOM-HABITAT). Sie erarbeitet fachliche Grundlagen, Richtlinien oder Empfehlungen zum Küstenzonenmanagement sowie zum Schutz mariner und küstennaher Regionen, Biotope, Habitate oder Arten. Dazu zählt auch die Ausweisung von „Baltic Sea Protected Areas“ (BSPA).
- Die von der EU eingesetzten Arbeitsgruppe **“European Marine Monitoring and Assessment“ (EMMA)** trat erstmals im Februar 2004 in Kopenhagen zusammen. Sie soll Monitoring- und Bewertungsgrundlagen für die EU-Meeresschutzstrategie erarbeiten und harmonisieren. Das Umweltministerium wirkt aktiv mit.
- Die im November 2003 von der EU eingerichtete Arbeitsgruppe **„Strategic Goals and Objectives“ (SGO)** soll strategische und konzeptionelle Fragen für die Entwicklung und Umsetzung der EU-Meeresschutzstrategie erarbeiten. Das Umweltministerium ist hier ebenfalls aktiv beteiligt.

Insbesondere vor dem Hintergrund der Erfahrung mit der Havarie der „Pallas“ (1998) hat Schleswig-Holstein wesentlich zum Aufbau des **deutschen Havariekommandos in Cuxhaven** beigetragen. Unter einheitlicher Leitung und Kommandostruktur verfügen der Bund und die norddeutschen Küstenländer heute über einen gemeinsamen Verbund aller für die Gefahrenabwehr zuständigen Stellen. Im Januar 2003 hat das Havariekommando mit dem Kompetenzzentrum und dem Maritimen Lagezentrum (MLZ) den Betrieb aufgenommen.

Gebündelt wurden hier die Zuständigkeiten für Maßnahmen der Lebensrettung, Schadstoffunfallbekämpfung, Brandbekämpfung, Hilfeleistung und der auf Gefahrenabwehr bezogenen Bergung. Das Havariekommando fungiert als Meldestelle für Unfälle auf See sowie in der maritimen Unfallbekämpfung. Damit steht eine schnelle Eingreiftruppe für Notfälle auf See sowie für Aufbau und Durchführung eines gemeinsamen Unfallmanagements auf der Nord- und Ostsee zur Verfügung.

Zentrales Ziel für Schleswig-Holstein ist und bleibt die Entwicklung des Havariekommandos hin zu einer nationalen Küstenwache, in der dann alle für die Meeressicher-

heit und den Schiffsverkehr relevanten Einheiten und Zuständigkeiten des Bundes und der Länder in einer Organisation zusammengeführt werden. Eine nationale Küstenwache könnte dann später in eine europäische Küstenwache integriert werden.

⇒ **Wirtschaftliche Chancen im Ostseeraum nutzen:**

Die vergangenen Jahre waren von einer zunehmenden Verflechtung der Beitrittsstaaten mit dem Europäischen Binnenmarkt geprägt. Befördert durch die „Vor-Beitritts-Strategie“ der EU galten bereits vor dem formalen Beitritt de facto binnenmarktähnliche Verhältnisse. Vor diesem Hintergrund waren die außenwirtschaftlichen Flankierungen und Schwerpunkte der Ostseezusammenarbeit Schleswig-Holsteins vor allem auf diese Staatengruppe ausgerichtet. Zugleich eröffnete die politische Stabilisierung und die gesamtwirtschaftliche Erholung Russlands neue Chancen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit für Schleswig-Holstein.

Im **Außenhandel** sind unverändert die Nordischen Staaten (einschließlich des EWR-Nachbarn Norwegen) die wichtigsten Partner, bedingt durch deren hohen Entwicklungsstand ihrer traditionsgemäß kaufkräftigen Aufnahmemärkte, auf denen sich schleswig-holsteinische Exportgüter bewähren können. Signifikantestes Merkmal sind die **Exporte** aus Schleswig-Holstein, da hier Waren erfasst werden, die tatsächlich im Wirtschaftsgebiet Schleswig-Holstein hergestellt werden⁹¹. Mit 1,983 Milliarden € wuchsen die Ausfuhren in die Ostseestaaten in 2003 um 14,9 % gegenüber dem Vorjahr (insgesamt: + 5,3 %); ihr Anteil den Gesamt-Exporten Schleswig-Holstein stieg auf 17,2 % gegenüber 15,8 % in 2002.

Mit rund 260 Millionen € liegt Polen gleichauf mit Schweden, während die Exporte nach Russland mit 380 Millionen € bemerkenswert gestiegen sind. Russland hat damit Polen überholt und liegt nunmehr auf Platz 2 der Exportpartner Schleswig-Holsteins hinter Dänemark (770 Millionen €), das auf Grund der starken nachbarschaftlichen, wirtschaftlichen Verflechtung mit Deutschland wichtigster Außenhandelspartner Schleswig-Holstein ist. Auch die Steigerung des Exports nach Norwegen auf ca. 170 Millionen € ist wegen der großen Konkurrenz auf diesem zahlungskräftigen Markt von Bedeutung.⁹²

⁹¹ im Gegensatz dazu umfassen die Importstatistiken alle Einfuhren über die Landesgrenzen nach Deutschland, ohne gesondert den Verbleib der Güter im Wirtschaftsgebiet Schleswig-Holstein zu erfassen.

⁹² Quelle: Statistische Berichte des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein (vorläufige Zahlen für das Jahr 2003)

Die **außenwirtschaftliche Flankierung** mit Schwerpunkt auf kleine und mittlere Unternehmen in Schleswig-Holstein erfolgt mit der zwischen dem MWAV und der Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein (WSH) abgestimmten „Strategie Mittel- und Osteuropa: Polen – und andere EU-Beitrittskandidaten, Aktionen 2003 bis 2004“. Die Resonanz hiesiger Firmen auf eine IHK-Umfrage 2002 und auf die WSH-Dienstleistungsangebote belegten das überdurchschnittliche Interesse der Firmen an Geschäftsbeziehungen mit den MOE-Staaten, insbesondere zu Polen.

In der außenwirtschaftlichen Betreuung von Unternehmen wurden typische schleswig-holsteinische Kompetenzfelder bzw. Kernthemen herausgefiltert, in denen Marktbegleitungen und Marktöffnungsaktionen erfolversprechend sind. Besonders gut eignete sich dabei der Bereich **Umwelttechnologie** als Querschnittsfeld mit Blick auf Aktionen in Polen und andere hochentwickelte MOE-Staaten (z.B. Tschechien, Ungarn). Ingenieurdienstleistungen, Zuliefer- und Bauindustrie, Maschinen- und Anlagenbau zählen ebenso zu diesem Themenfeld wie Technologien zur Erzeugung regenerativer Energien. Neben der Stärkung von Markteintritts- und Geschäftserfolgchancen in den neuen EU-Märkten sollen dabei auch die Ausgangsbedingungen für schleswig-holsteinische KMU's über die neuen EU-Grenzen hinaus in Russland, Ukraine und nach Südosteuropa verbessert werden. Auf Grund seiner geografischen Erreichbarkeit gilt Polen dabei Priorität.

Das Querschnittsfeld Umwelttechnologie stand bei den politisch begleiteten Aktionen im Vordergrund: Unternehmerreise nach Schlesien (Breslau/Wroclaw) im September 2002 unter Leitung des Wirtschaftsministers, Begleitung einer Hamburger Delegationsreise nach Danzig/Gdansk im Februar 2003 (Staatssekretär MWAV) und eine Unternehmerdelegation unter Leitung des Wirtschaftsministers im Mai 2003 nach Litauen, Kaliningrad und Pommern/Danzig.

Die **Region St. Petersburg/Nordwest-Russland** stand mehrfach im Mittelpunkt außenwirtschaftlicher Bemühungen. So bei einer Unternehmerreise im November 2002 in Begleitung des Wirtschaftsministers zur Vorbereitung eines Firmengemeinschaftsbüros in St. Petersburg, bei einer Delegationsreise anlässlich des Stadtjubiläums St. Petersburgs im September 2003 (Leitung: Ministerpräsidentin und Wirtschaftsminister) sowie einer Delegationsreise des „Ost- und Mitteleuropa Vereins“ (OMV) nach Nordwestrussland im Juni 2004 (Vertreter der norddeutschen Wirtschaft, Begleitung durch Staatssekretär MWAV).

Im Bereich der **Technologiepolitik** haben Schleswig-Holstein und Hamburg die Gründung einer gemeinsamen „Life Science“-Gesellschaft vereinbart, um die regionalen Potenziale in den Bereichen Medizintechnik, medizinische Biotechnologie und Forschung sowie im Pharmasektor zu einem **norddeutschen Life Science-Cluster** auszubauen. In einem ersten Schritt hat Hamburg Ende 2003 die Gesellschaft „i-Med/NORD GmbH“ gegründet, der Schleswig-Holstein Ende April 2004 beigetreten ist und die als gemeinsames Unternehmen unter dem Namen „Norgenta, Life Science Nord GmbH“ geführt wird. Als zentrale Anlaufstelle für alle Akteure im Bereich „Life Science“ soll sie das Wachstum der ansässigen Wirtschaft und Wissenschaft unterstützen, neue Arbeitsplätze schaffen, die Neuansiedlung von nationalen und internationalen Unternehmen initiieren, Verfügbarkeit von Wachstumskapital und Drittmitteln zur Förderung sicherstellen sowie die regionale, nationale und internationale Vermarktung und Profilierung des Life Science-Standortes Norddeutschland übernehmen.

Aufgreifen soll die Gesellschaft „i-Med/NORD GmbH“ auch bestehende Kontakte z.B. in die Öresund-Region. Weiteren Auftrieb von norddeutscher Seite wird die Gesellschaft auch dem ostsee-weiten Kooperationsverbund „**ScanBalt in Biotechnology**“ geben; angestrebt wird auch eine Abstimmung mit dem länderübergreifenden „Förderkreis Life Sciences e.V. **Bay to Bio**“, dem rund 60 Unternehmen aus Schleswig-Holstein und Hamburg angehören.

Ergänzend zielt das **Projekt „FINESSE“** unter Führung des IZET Innovationszentrum Itzehoe auf den Aufbau eines Netzwerks von Innovationszentren des Ostseeraums. In den Feldern Innovation und Technologietransfer wollen die beteiligten zehn Partner neue Entwicklungschancen für KMU's durch internationale Zusammenarbeit schaffen. Gefördert wird das Projekt (2004-2006) aus der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG III C.⁹³

Im Bereich der **Ernährungswirtschaft** verfügen zahlreiche Unternehmen über langjährige und intensive Geschäftskontakte in die Staaten des Ostseeraums hinein. Traditionell gilt dies für die nordischen Staaten, insbesondere Dänemark, das nach den Niederlanden in diesem Wirtschaftsbereich der wichtigste Handelspartner Schleswig-Holsteins ist. Verstärkt gilt dies in den letzten Jahren auch für die neuen EU-Mitgliedstaaten Polen, Litauen, Lettland und Estland sowie für Russland. Aufgrund der in Folge des EU-Beitritts voraussichtlich steigenden Einkommen sind in den neuen EU-Mitgliedstaaten zunehmend interessante Absatzmärkte für die

⁹³ Internet: www.izet.de; www.finesse-baltic.net

schleswig-holsteinische Ernährungswirtschaft zu erwarten. Profitieren können davon vor allem die Anbieter höherwertiger Produkte und hochwertiger Veredelungsprodukte. Insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen bietet das Land in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer und der CMA Gemeinschaftsaktivitäten zur Absatzförderung an. Wichtigstes Beispiel ist die POLAGRA, die bedeutendste Ernährungs-Fachmesse in Polen, an der sich Schleswig-Holstein seit 1999 alljährlich mit einem Gemeinschaftsstand beteiligt.

Schleswig-Holstein ist zugleich auch ein Absatzmarkt für die Produkte der Land- und Ernährungswirtschaft aus den neuen EU-Mitgliedstaaten des Ostseeraumes, insbesondere aus Polen. Um für ihre landestypischen Produkte und traditionellen Spezialitäten zu werben, Marktchancen auszuloten und Geschäftspartner zu suchen, haben diese Staaten in den letzten Jahren in besonderem Maße die jährliche „Internationale Grüne Woche“ für entsprechende Kontakte zu Schleswig-Holstein genutzt.

⇒ **Schleswig-Holstein als Transportdrehscheibe im Ostseeraum**

Im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands und der EU-Erweiterung hat sich rund um die Ostsee eine bedeutende maritim orientierte Wirtschaftsregion entwickelt, die mit der Öffnung zu Polen, den baltischen Staaten und Russland weitere Impulse erhält. Durch diese Neuordnungen und durch seine geographische Lage hat sich Schleswig-Holstein zur Drehscheibe für den Ostseeraum entwickelt. Damit rückt der norddeutsche Raum in eine zentrale Funktion für die Ostseeverkehre und für Transportkorridore von und nach Skandinavien.

- Der Ausbau der **Vogelfluglinie Hamburg - Lübeck - Kopenhagen/Malmö** und die Beschleunigung der Verbindung über den Fehmarnbelt stehen in engem Zusammenhang mit dem Projekt einer **festen Fehmarnbeltquerung**. Nach Vorlage der von Dänemark und Deutschland in Auftrag gegebenen umfangreichen Machbarkeitsuntersuchungen und einem breit angelegten Dialog in Schleswig-Holstein hatte die Landesregierung nach eingehender Abwägung aller positiven und negativen Effekte des Projektes im Dezember 1999 ein positives Votum gegenüber der Bundesregierung abgegeben. Zugleich tritt die Landesregierung dafür ein, in die vergleichende Bewertung der Lösungsmöglichkeiten ein optimiertes Fährschiffkonzept einzubeziehen. In dem 2002 abgeschlossenen Markterkundungsverfahren hat die private Wirtschaft ein Interesse an Planung, Bau, Finanzierung und Betrieb geäußert.

In 2003 sind die Verkehrsprognosen aktualisiert, ausstehende Fragen mit den Eisenbahnunternehmen erörtert und verschiedene Finanzierungsmodelle bewertet worden. Das Staatsgarantiemodell stellt sich dabei als günstigste Lösung dar; sie beruht auf privater Kreditfinanzierung und Refinanzierung über Nutzerentgelte. Im April 2004 sind auch die landseitigen Eisenbahnanbindungen in Dänemark und Schleswig-Holstein in die Liste der 30 prioritären Projekte der „Transeuropäischen Netze Verkehr“ aufgenommen worden.

Die Verkehrsminister Dänemarks und Deutschlands haben Ende Juni 2004 eine gemeinsame Erklärung ("Joint Declaration") zur festen Fehmarnbeltquerung unterzeichnet. Der deutsch-dänische Lenkungsausschuss wird sich im nächsten Schritt neben der Finanzierung insbesondere mit den Umweltauswirkungen des Projekts befassen.

- Um das zu erwartende Verkehrsaufkommen von und nach Skandinavien bewältigen zu können, sind für den Bereich der schleswig-holsteinischen **Schieneinfrastruktur** folgende Maßnahmen von vorrangiger Bedeutung:
 - **Elektrifizierung der Strecke Hamburg - Lübeck/Travemünde:** Für den Streckenabschnitt Hamburg Hbf – Lübeck Hbf sind die Planfeststellungsverfahren abgeschlossen, für den Folgeabschnitt Schwartau Waldhalle – Travemünde (Bf Strand bzw. Abzw. Skandinavienkai) in Vorbereitung.
 - die **Beseitigung des Schienenengpasses Pinneberg – Elmshorn** soll in den kommenden Jahren durch den Umbau des Bahnhofs Elmshorn sowie die Dreigleisigkeit der Strecke Elmshorn – Pinneberg erreicht werden.
 - Sanierung und Ertüchtigung der **Eisenbahnhochbrücke Rendsburg:** Die Wiederherstellung der zweigleisigen Befahrbarkeit soll bis Ende 2007 abgeschlossen sein. Damit wird die technische Lebensdauer der Brücke mindestens für weitere 30 Jahre gewährleistet.Diese Projekte sind jeweils im vordringlichen oder weiteren Bedarf des 2003 beschlossenen Bundesverkehrswegeplan enthalten. Zum Ausbau der Schienenstrecke im Korridor Hamburg – Öresund im Zuge der angestrebten festen Fehmarnbeltquerung haben das deutsche und das dänische Verkehrsministerium im März 2003 eine Erklärung über gemeinsame Interessen unterzeichnet.
- Im **Straßenverkehr** erfordert die wirtschaftliche Expansion der nordosteuropäischen Regionen vor allem in Schleswig-Holstein, aber auch in Mecklenburg-Vorpommern die Herstellung der bislang fehlenden Ost-West-Verbindungen:

- Die **Autobahn A 20** ist ein prioritäres Projekt der Landesregierung von europäischer Bedeutung. Als Teil der „Transeuropäischen Netze Verkehr“ soll sie der Abwicklung überregionaler Verkehrsströme von und nach Nord- und Nordosteuropa dienen. Der Abschnitt Nord-West-Umfahrung Hamburg einschließlich Elbquerung soll die Anbindung Schleswig-Holsteins wie Skandinaviens an Zentral- und Westeuropa verbessern.
 - Der **Neubau der Ostseeautobahn A 20** nähert sich seiner Vollendung: Ende 2004 wird der Lückenschluss zwischen Lübeck und Schönberg fertig gestellt, so dass die A 20 von Lübeck bis Rostock durchgehend befahrbar sein wird. Für die anschließenden drei Abschnitte bis zur A 21 bei Bad Segeberg werden die Planfeststellungsbeschlüsse für 2004 bis 2006 erwartet.
 - Für die weitere Fortführung der als **Nord-West-Umfahrung Hamburg (einschließlich Elbquerung)** ist eine länderübergreifende Abstimmung der Planung erforderlich: Mit der Zustimmung der Länder Hamburg und Niedersachsen zum Votum der Landesregierung (Mai 2002) für eine Vorzugs-Trasse mit Elbquerung bei Glückstadt konnte eine entscheidende Hürde auf dem Weg zur Realisierung des für ganz Norddeutschland wichtigen Projekts genommen werden. Nach Abschluss der vorgeschriebenen Öffentlichkeitsbeteiligung (gemäß Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz) in Schleswig-Holstein sowie des Raumordnungsverfahrens in Niedersachsen ist im März 2004 der gemeinsame Antrag beider Länder auf Linienbestimmung beim Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen gestellt worden. Die förmliche Linienbestimmung durch den Bund wird noch in diesem Jahr erwartet. Parallel wurde bereits in einigen Abschnitten mit der Entwurfsbearbeitung. Das erste Planfeststellungsverfahren soll 2006 eingeleitet werden.

- Als wichtige Nord-Süd-Verbindung zwischen den skandinavischen Ländern und Mitteleuropa muss die **Autobahn A 7** als leistungsfähige und attraktive Verkehrsverbindung den wachsenden Verkehrsmengen angepasst werden. Der sechsstreifige Ausbau zwischen Bordscholmer Dreieck und Elbtunnel Hamburg ist in das BMVBW-Programm „Bauen jetzt – Investitionen beschleunigen“ aufgenommen worden. Danach sollen Ausbau und Betrieb in einem Betreibermodell („A-Modell“) erfolgen. Die Finanzierung erfolgt anteilig über privates Kapital und den Bundeshaushalt; die Investoren erhalten zur Refinanzierung und für den Betrieb der Strecken die Einnahmen aus der LKW-Maut für den jeweiligen Streckenabschnitt. Eine Studie zur wirtschaftlichen Machbarkeit steht kurz vor dem Abschluss. Die Konzessionsausschreibung wird Ende 2004 beginnen; der Baubeginn für den ersten Ausbauabschnitt in

Schleswig-Holstein ist für 2008 geplant.

- Neben der A 7 hat der vierstreifige **Ausbau der B 404 zur Autobahn A 21** als zweite leistungsfähige Nord-Süd-Achse ebenfalls Priorität. Mit Ausnahme der noch auszubauenden Teilstrecke zwischen Bornhöved und Negernbötel ist der Ausbau zur A 21 zwischen Stolpe und der A1 bereits realisiert. Mit dem Lückenschluss zwischen Bornhöved und Negernbötel wird noch in diesem Jahr begonnen. Erste Brückenarbeiten sind im Gange. Richtung Norden zwischen Stolpe und Klein Barkau soll mit dem Ausbau im Jahr 2007 begonnen werden; von Klein Barkau und Kiel soll es 2008 weitergehen.

Besondere Bedeutung im rasch wachsenden Seeverkehrsmarkt Ostsee haben die beiden großen **Transithäfen Lübeck und Kiel** mit zusammen über 30 Korrespondenzhäfen in Skandinavien, dem Baltikum und in Russland. Sie weisen einen hohen Qualitätsstandard im Bereich der Hafeninfrastruktur, der Hafensuprastruktur sowie der Hinterlandanbindungen auf, der zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit im Ostseeraum kontinuierlich ausgebaut wird. Auf Ebene der Hafenbetreiber werden vielfältige geschäftliche bzw. strategische Partnerschaften mit den Korrespondenzhäfen in dem engen Netz der Fährlinien mit allen Anrainerstaaten gepflegt. Eine besondere Erwähnung verdienen beispielsweise die Repräsentanzen der Seehafen Kiel GmbH in St. Petersburg, in Tallinn und Riga. Die Lübecker Hafen-Gesellschaft hat sich in vorausschauender Weise auf den EU-Beitritt Polens eingestellt und mit dem Hafen Stettin/Szczecin eine gemeinsame Umschlagstochter, die "Cross Baltic Terminal Operators", gegründet.

Der **Nord-Ostsee-Kanal** als die meist befahrene künstliche Wasserstraße der Welt steht in seinem östlichen Teil an einer Kapazitätsgrenze. Ein Ausbaubedarf besteht zwischen Kiel und Königsförde, da die Abmessungen der den Kanal passierenden Schiffe stetig steigt. Die Landesregierung setzt sich für einen entsprechenden Ausbau dieser Strecke ein, um die Durchfahrt für große Schiffe zu erleichtern. Im Rahmen der Revision der „Transeuropäischen Netze Verkehr“ im April 2004 ist er neben der festen Fehmarnbeltquerung neu in die Liste der prioritären Projekte aufgenommen worden. Damit ist eine wichtige Voraussetzung für die Ausbaumaßnahmen der Oststrecke des NOK geschaffen.

⇒ **Gesundheitswirtschaft und -dienstleistungen im Ostseeraum stärken**

Im Rahmen der von der Ministerpräsidentin 2001 initiierten „Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein“ bildet die Zusammenarbeit im Ostseeraum einen der Schwerpunkte. Sie ruht auf zwei Säulen: Entwicklung von Angeboten zur grenzüberschreitenden medizinischen Versorgung sowie exportwirtschaftliche Unterstützung der Kompetenzen der schleswig-holsteinischen Gesundheitswirtschaft.

Ziel des **Leitprojekts „Grenzüberschreitende medizinische Versorgung“** ist ein gemeinsames Angebot von Gesundheitsdienstleistungen für ausländische Patienten durch schleswig-holsteinische Anbieter sowie der Aufbau einer gemeinsamen Präsentation des Standorts Schleswig-Holstein. In der dafür eingesetzten Projektgruppe „Medizinische Kompetenz“ wirken Vertreterinnen und Vertreter der Krankenhausgesellschaft Schleswig-Holstein e.V. (KGSH) und einzelner Kliniken, der Ärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung, der Technologiestiftung sowie aus dem pharmazeutischen Bereich mit. Mit der im Bereich der stationären Angebote musterhaften Entwicklung geeigneter Verfahren und Maßnahmen für die internationale Präsentation und organisatorische Begleitung von Angeboten sind die Kernziele des Leitprojekts weitgehend abgeschlossen.

Im Vordergrund stand die **„Patientenbrücke“ Norwegen („pasientbro“)**. Im Rahmen eines internationalen Ausschreibungsverfahrens, das das norwegische Gesundheitsministerium Anfang 2001 auf Grund eines eigens zum Einkauf von Gesundheitsleistungen im Ausland eingerichteten Haushaltstitels (Umfang: 1 Milliarde Norwegische Kronen, NOK) eingeleitet hatte, unterbreiteten Krankenhäuser aus Schleswig-Holstein unter Federführung der KGSH gemeinsam ein Angebot. Zeitgleich erfolgte eine Präsentation der Leistungs- und Kooperationsangebote im Rahmen eines Delegationsbesuchs in Oslo unter Leitung der schleswig-holsteinischen Gesundheitsministerin (Februar 2001).

Auch heute noch exklusiv in Deutschland – und mit Ausnahme eines Sonderabkommens in Frankreich auch exklusiv außerhalb Skandinaviens – sind fünf schleswig-holsteinische Kliniken auf vertraglicher Grundlage bei den zuständigen norwegischen Behörden akkreditiert: Diakonissenanstalt Flensburg, Lubinus Klinik Kiel, Ostseeklinik Damp, Westküstenklinikum Heide und Universitätsklinikum Kiel. Von den im Rahmen der Patientenbrücke im Ausland versorgten norwegischen Patientinnen und Patienten wurden etwa 15% (insgesamt mittlerweile mehr als 1.200) im Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein behandelt (zum Vergleich: 1999 betrug die

Zahl der in Krankenhäusern Schleswig-Holsteins behandelten norwegischen Patienten 24). Damit wurde der zu Beginn des Projekts erhoffte Anteil Schleswig-Holsteins an den tatsächlich erfolgten Auslandsbehandlungen übertroffen.

Zwischenzeitlich ist in Norwegen eine tiefgreifende Reform des stationären Bereichs erfolgt. Neue Organisationsstrukturen und weitreichende gesetzliche Regelungen haben auch die Voraussetzungen für die Fortführung der „Patientenbrücke“ verändert: Sie wird heute durch eine neu geschaffene Verwaltungseinheit (Regionale Gesundheitsbehörden) im Rahmen eines geringeren Haushaltsvolumens (ca. 80 – 85 Millionen NOK) organisiert; neben Auslands-Krankenhäusern können nunmehr auch private Krankenhäuser in Norwegen aus diesem Budget in Anspruch genommen werden. Gegenwärtig werden die Behandlungen fortgeführt; die Akkreditierungen gelten zumindest bis Mitte des laufenden Jahres. In Ausführung der neuen gesetzlichen Regelungen – vor allem des „Wahlfreiheitsgesetzes“ vom Januar 2004 – werden voraussichtlich in diesem Jahr die Krankenhausleistungen erneut international ausgeschrieben werden.

Diese erfolgreiche und außerhalb Skandinaviens exklusive Akkreditierung schleswig-holsteinischer Anbieter hat international hohe Aufmerksamkeit für den Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein bewirkt. Nicht zuletzt können Krankenhäuser aus Schleswig-Holstein bei grenzüberschreitenden bzw. internationalen Angeboten dies als Referenz nutzen. Das über die KGSH koordinierte Auftreten der Anbieter hat zu einer grundsätzlich positiven Orientierung der Akteure für eine Ausweitung der grenzüberschreitenden Erbringung von Gesundheitsleistungen beigetragen.

Der Informationsgrad in Norwegen über die Behandlungsmöglichkeiten in Schleswig-Holstein ist hoch. Informationsmaterialien in norwegischer Sprache werden durch die zuständigen Behörden vor Ort an Interessierte ausgehändigt. Erfahrungen aus der Patientenbrücke werden auf andere Kooperationsbeziehungen im grenzüberschreitenden Bereich übertragen. In Anlehnung an den Internet-Auftritt zur „patientbro“ wurde eine gemeinsame Internetpräsenz in englischer Sprache durch die Gesundheitsinitiative der Landesregierung finanziert, die allen schleswig-holsteinischen Krankenhäusern zu günstigen finanziellen Bedingungen zur Verfügung steht.⁹⁴

Ein Schwerpunkt der Gesundheitsinitiative im Jahr 2004 ist das Thema **Zusammenarbeit im Ostseeraum**. Ziel ist, die bestehenden Kompetenzen der schleswig-

⁹⁴ Internet: www.iss-online.info

holsteinischen Gesundheitswirtschaft mit der entsprechenden Nachfrage im Ostseeraum zusammenzubringen. Gleichzeitig soll die Zusammenarbeit mit den Partnern Schleswig-Holsteins im Ostseeraum auf diesem Gebiet gestärkt werden.

Als Auftakt veranstaltete die Landesregierung gemeinsam mit der IHK zu Kiel im März 2004 ein Expertenhearing über Möglichkeiten zum Aufbau grenzüberschreitender Kontakte und zur Markterschließung für Produkte, Dienst- und Forschungsleistungen der schleswig-holsteinischen Gesundheitswirtschaft im Ostseeraum. Im Mittelpunkt standen dabei Berichte über Stand und Perspektiven von Gesundheitswesen und -wirtschaft in Norwegen, Schweden, Finnland, den baltischen Staaten, Russland und Polen.

Hierauf aufbauend besuchte Anfang Juni eine Wirtschaftsdelegation unter Leitung der Ministerpräsidentin Estland, Lettland und Litauen. In Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein (WSH) präsentierten Vertreter schleswig-holsteinischer Medizintechnik-Unternehmen in jedem der drei Länder ihre Produkte und Leistungen.

Ende Oktober 2004 werden in einer Veranstaltung „Best Practice im Ostseeraum“ im Rahmen der Gesundheitsinitiative Projekte im Gesundheitswesen, in Wissenschaft und Gesundheitswirtschaft aus Schleswig-Holstein und seinen Partnerregionen im Ostseeraum vorgestellt werden. Identifiziert werden sollen Themenfelder und gemeinsame Projekte, mit denen die Partner einen Beitrag zur Umsetzung des Ziels „Gesundheit für alle“ der Weltgesundheitsorganisation (WHO) leisten können.

4.3 Norddeutsche Zusammenarbeit im Ostseeraum

Die in den vergangenen Jahren erfolgreich aufgebaute ostseepolitische Zusammenarbeit zwischen den drei norddeutschen Ländern Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein konnte im Berichtszeitraum weiter vertieft und ausgebaut werden. Dies gilt vor allem mit Blick auf die regelmäßige Abstimmung gegenüber den **Gremien der Ostseekooperation (CBSS, BSSSC)** sowie die enge **Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt**. Gemeinsam haben die drei norddeutschen Länder u.a. einen umfassenden Beitrag zur Erarbeitung des zweiten Aktionsplans zur „Nördlichen Dimension“ vorgelegt.⁹⁵

Neben dem politischen Ziel, die Sichtbarkeit der drei Länder im Rahmen der Ostseekooperation zu stärken, stehen hierfür auch **standortpolitische Beweggründe**. In verschiedenen Wirtschaftsbereichen bieten die drei Länder Potenziale, die – ob bilateral oder trilateral – gemeinsam besser positioniert werden können. Unabhängig von internen Konkurrenzsituationen teilen alle drei Länder das gemeinsame Interesse, sich als Transportdrehscheibe zwischen den Märkten Zentral-Westeuropas und dem Nordosten Europas erfolgreich behaupten zu müssen. Gleichzeitig bilden sich zusehends wirtschaftliche Cluster heraus, die als gemeinsame Kompetenzprofile zu einer attraktiven überregionalen Positionierung genutzt werden können. Beispiele hierfür sind Gesundheitswirtschaft, Informations- und Mikrosystemtechnik, maritime Wirtschaft, regenerative Energien, neue Medien, Luftfahrtindustrie oder der Logistiksektor. Auch mit Blick auf den Ostseeraum werden Cluster-Bildungen wie diese in gemeinsamen bi- oder auch trilateralen Initiativen aufgegriffen.

Insbesondere mit Blick auf die **Beziehungen zu den nordwest-russischen Regionen** haben die drei Länder eine enge Koordinierung ihrer Partnerschaftsaktivitäten vereinbart. Hier bringt Hamburg seine langjährige Städtepartnerschaft mit St. Petersburg, Mecklenburg-Vorpommern die Zusammenarbeit mit dem russischen oblast Leningrad und Schleswig-Holstein die Partnerschaft mit dem oblast Kaliningrad ein. Gleiches gilt für den südschwedischen Regionenverband SydSam und die polnische Wojewodschaft Pommern, die beide Partnerschaften sowohl mit Schleswig-Holstein wie mit Mecklenburg-Vorpommern pflegen.

Die enge Zusammenarbeit der drei norddeutschen Länder kommt ebenfalls im EU-Programm **INTERREG III B (Ostsee)** zum Ausdruck: Sowohl die Ausarbeitung des Programms als auch die erneute Beauftragung der Investitionsbank Schleswig-

⁹⁵ Internet: http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/ndap/german_nl.pdf

Holstein als Verwaltungs- und Finanzbehörde für das Programm erfolgte in enger Abstimmung zwischen den drei Ländern sowie mit dem Bund. In mehreren INTERREG III B-Projekten arbeiten Institutionen aus den drei Ländern eng zusammen (z.B. „BaltCoast“, „STRING“, „Baltic Gateway“, „SEAREG“ oder „New Hansa“).⁹⁶

Über die enge Drei-Länder-Zusammenarbeit hinaus bestehen auch Foren und Vereinbarungen zur bilateralen Zusammenarbeit, vor allem zwischen **Hamburg und Schleswig-Holstein**. In einer gemeinsamen Sitzung der Landesregierungen im Januar 2003 wurde vereinbart, die ostseepolitischen Zusammenarbeit beider Länder in den kommenden Jahren weiter auszubauen. Gestärkt werden soll u.a. die gemeinsame Präsenz beider Länder bei Delegationsreisen und wichtigen Konferenzen zur Ostseekooperation, so zuletzt bei dem Besuch der Ministerpräsidentin in St. Petersburg (2003) oder bei dem Jahrestreffen des „Baltic Development Forum“ im September 2004 in Hamburg. Darüber hinaus sollen die Zusammenarbeit im Bereich der südwestlichen Ostseeregion vertieft sowie über einen engeren Erfahrungsaustausch gemeinsame Aktivitäten und Projekte in Nordwest-Russland sowie den Beitrittsländern vorbereitet werden. Nach der jüngsten Bürgerschaftswahl in Hamburg hat der Erste Bürgermeister diese Zielsetzung in seiner im März 2004 vorgelegten Regierungserklärung unterstrichen.⁹⁷

Gestärkt wird die bilaterale Zusammenarbeit im ostseepolitischen Kontext auch durch die raumwirksame Kooperation im Rahmen der „Metropolregion Hamburg“ sowie des gemeinsam mit Hamburg durchgeführten Projekts STRING. Gemeinsam können diese beiden Foren dazu beitragen, die Entwicklungschancen Schleswig-Holsteins und Hamburgs enger miteinander sowie mit den Potenzialen der südwestlichen Ostseeregion zu verknüpfen.

4.4 Aktive Beiträge zum EU-Vorbeitrittsprozeß

Bereits in der Anlaufphase des EU-Programms „PHARE Institution Building“ hatte sich Schleswig-Holstein an einem mehrjährigen Twinning-Projekt zur Stärkung des Justizwesens in Estland beteiligt.⁹⁸ Im Berichtszeitraum war bzw. ist Schleswig-Holstein an weiteren Twinning-Projekten maßgeblich beteiligt. Dies gilt im Ostseeraum für folgende Projekte:

⁹⁶ Projektbeschreibungen Internet unter: www.spatial.baltic.net/programme.html

⁹⁷ Internet: <http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/senat/reden-und-dokumente/start.html>

⁹⁸ vgl. Ostseebericht 2000 (Drs. 15/204)

- Das mit **Estland** im September 2001 begonnene Twinning-Projekt „Entwicklung und Implementierung einer umfassenden Drogenbekämpfungsstrategie“ ist im September 2003 erfolgreich abgeschlossen worden. Beteiligt waren Innenministerium, Sozialministerium sowie die Landesstelle gegen Suchtgefahren.
- Ebenfalls in **Estland** lief bis September 2003 ein Twinning-Projekt zum Aufbau einer EU-konformen Zahlstelle für Fördermaßnahmen im Bereich der Agrarpolitik; Projektleitung und Langzeitexperte wurden vom Landwirtschaftsministerium gestellt.
- Im Rahmen eines Ende 2003 abgeschlossenen Twinning-Projekts zur Vorbereitung der Übernahme von EU-Fischereirecht durch die polnische Fischereiverwaltung in **Polen** stellte Schleswig-Holstein den Langzeitexperten; die Projektleitung lag bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft.
- Ab August 2004 startet das Amt für ländliche Räume (ALR) Kiel als Partnerbehörde ein 18-monatiges Twinning-Projekt in **Polen** mit dem dortigen Landwirtschaftsministerium zur Stärkung der zentralen und regionalen Fischereiverwaltung bei der Umsetzung der Gemeinsamen Fischereipolitik. Das ALR Kiel stellt den Projektleiter, den Langzeitexperten und einige Kurzzeitexperten.

Darüber hinaus war bzw. ist Schleswig-Holstein an mehreren Twinning-Projekten unter Projektleitung anderer Behörden beteiligt; so u.a. in Polen in den Projekten „Biological Safety System“ (MUNL, Projektleitung: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung) und „Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und Wirtschaftskriminalität im Hinblick auf die Europäische Integration“ (Polizeidirektion Süd, Projektleitung: Bundeskriminalamt) oder in Estland in einem Projekt zum Aufbau der Verwaltungskapazitäten für die EU-Strukturfonds (Innenministerium).

Auch nach der Vollendung des EU-Beitritts wird das Land die Beteiligung an künftigen Twinning-Projekten prüfen, die von der EU nunmehr aus der hierfür neu vorgesehenen „Transition Facility“ finanziert werden.⁹⁹

Darüber hinaus leistet das Land aus eigener Kraft Beiträge zur Heranführung der neuen Mitgliedstaaten an EU-Standards:

- Im **Agrarbereich** sind im Rahmen der „Gemeinsamen Erklärungen“ des Landwirtschaftsministeriums mit Lettland und Estland seit 1992 zahlreiche Praktikantenprogramme für Agrarfachkräfte und mehrwöchige Hospitationen in Schleswig-Holstein durchgeführt worden. Mitarbeiter des Landwirtschaftsministeriums ha-

⁹⁹ siehe hierzu Kapitel 2.4 dieses Berichts

ben in den zurückliegenden Jahren den Aufbau der Agrarverwaltungen in Estland und Lettland vor Ort unterstützt.

- Im Rahmen der Ausbildungshilfe fanden zahlreiche Austauschprojekte der **Poli-zeidirektion für Aus- und Fortbildung** sowie der **Verwaltungsfachhochschule** mit Estland, Lettland und Litauen statt (Dozentinnen und Dozenten, Studierende). Schwerpunkt der Beratungshilfe ist die Rechtsuniversität Litauen; 2002 und 2003 fanden Hospitationen von Studierenden der Rechtsakademie Litauen in Schleswig-Holstein für die Dauer von jeweils drei Monaten statt, die aus Mitteln des EU-Programms „Leonardo da Vinci“ gefördert wurden.

Diese Anstrengungen, die zugleich dazu dienen, die Position Schleswig-Holsteins im Ostseeraum zu stärken, wird die Landesregierung fortsetzen und ausbauen. Möglichkeiten dazu eröffnen die bestehenden Netzwerke der Partnerschaften und Büros des Landes im Ostseeraum. Dem entspricht auch das Engagement des Landes im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative **INTERREG III B Ostsee**, das seit der EU-Erweiterung im Mai 2004 zu einem wesentlichen EU-Instrument zur Zusammenarbeit mit den neuen EU-Mitgliedstaaten geworden ist.¹⁰⁰

4.5 Ostseepolitische Aktivitäten und Initiativen schleswig-holsteinischer Nicht-Regierungsorganisationen (NGO's)

Ostseekooperation lebt von der Vielfalt der sie tragenden Initiativen und Organisationen. Ohne das Engagement zahlreicher Nicht-Regierungsorganisationen hätte sich weder das Netzwerk der Zusammenarbeit im Ostseeraum zur tragenden Säule der Entwicklung der Region herausbilden können; noch hätte sich ohne sie Schleswig-Holstein seinen anerkannten Ruf als „Motor der Ostseekooperation“ erwerben können.

Mit eigenen Projekten und Vorhaben leisten sie einen nachhaltigen Beitrag zur Stärkung Schleswig-Holsteins als Standort in der Ostseeregion. Zu ihnen zählen u.a.

- die Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und Gewerkschaften,
- die zahlreichen Einrichtungen der Erwachsenenbildung,
- die Verbände der freien Wohlfahrtspflege,
- die Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein (WSH), die Technologie-Transfer-Zentrale (ttz) und die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB),

¹⁰⁰ siehe hierzu Kapitel 2.4 dieses Berichts

- die aus der Fusion der der Hamburgischen Landesbank und der Landesbank Schleswig-Holstein (LB Kiel) 2003 hervorgegangene HSH Nordbank, oder
- das Ostseejugendbüro und das Ostseesekretariat für Jugendangelegenheiten.

Die in der Anlage beigefügte Auflistung von Ostseeakteuren in Schleswig-Holstein ist eine Aktualisierung der letztmalig im Ostseebericht 2002 aufgenommenen Darstellung und basiert auf freiwilligen Zulieferungen der Organisationen und Institutionen. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Repräsentativität, bietet aber einen Überblick, der stellvertretend steht für das Engagement Schleswig-Holsteins im Ostseeraum. Im Rahmen einzelner Projekte und fachpolitischer Zusammenarbeit hält die Landesregierung engen Kontakt zu den genannten Organisationen und Initiativen.¹⁰¹

¹⁰¹ vgl. Anlage 8

5. **Ausblick: Die Ostseekooperation zu einer Kooperation des Nordens ausbauen?**

Auf absehbare Zeit gilt die zuletzt im Ostseebericht 2001/2002 dargestellte Grundeinschätzung: „Unabhängig von der formalen Verfasstheit der Europäischen Union wird die Realität innerhalb Europas stärker polyzentrisch geprägt sein. Funktionierende Großregionen mit eigenen (Kooperations-) Strukturen werden an Bedeutung gewinnen, während das Gewicht von Nationalstaaten herkömmlicher Prägung sinken wird. Das Gewicht natürlicher Wirtschaftsräume nimmt zu, Standortentscheidungen werden in zunehmendem Maße nach regionalen Gegebenheiten getroffen. Zahlreiche grenzüberschreitende Regionen bieten bereits heute komparative Vorteile. Regionen können wirtschaftliche Akteure an sich binden, wenn sie einzigartige regionalspezifische Vorteile bieten.“¹⁰²

Die nunmehr vollzogene Erweiterung der Europäischen Union wird nicht nur die Rahmenbedingungen der Ostseekooperation verändern. Mittelfristig werden sich auch die **Gewichte innerhalb Europas verlagern**. An die Stelle einer bislang traditionell bedeutsamen Nord-Süd-Orientierung innerhalb der EU kann eine neue wirtschaftsgeografische West-Ost-Ausrichtung treten, auf die sich der Norden strategisch einstellen muss.

Auch wenn dies zur Zeit noch kein real wahrnehmbarer Trend ist, gilt es doch sich frühzeitig auf diese absehbare Entwicklung zu wappnen. Hierfür stehen beispielsweise Anstrengungen Schwedens, die Ostseekooperation durch neue Initiativen zu stärken und gleichzeitig die Nordisch-Baltische Zusammenarbeit auszubauen, oder die Bemühungen Norwegens, seine Kooperationsfähigkeit mit Russland in der Barents-Zusammenarbeit sowie seine Rolle als Ressourcen-Produzent und -Transporteur in die Politik der Europäischen Union einzubringen.

Mittelfristig drängt sich daher auf, die auf interne Zusammenarbeit ausgerichtete Ostseekooperation um benachbarte Potenziale und Interessen zu ergänzen. An deren Ende könnte eine **engere Zusammenarbeit des Nordens in Europa** stehen. Mögliche Ansatzpunkte hierfür wären:

- Die Handels- und Transportinteressen, die die Anrainer der Ostsee wie der Nordsee miteinander verbinden, ebenso wie die gemeinsamen maritimen Interessen der Küstenländer in beiden Regionen.

¹⁰² siehe: Drs. 15/2051, Kap. 4

- Die bereits jetzt beachtliche Präsenz z.B. der Niederlande oder Großbritanniens in den dynamischen Märkten der baltischen Staaten, Polens und Nordwest-Russlands.
- Die Interessen West-Norwegens, Schottlands und Islands in Bereichen wie Fischerei oder Energie-Ressourcen, denen die EU allein schon auf Grund derer peripheren Lage auch künftig Aufmerksamkeit schenken wird.
- Das sich zur Zeit noch eher im Rahmen von Projekten, denn in Formen organisierter Kooperation entwickelnde Netz der Zusammenarbeit auch im Nordseeraum, vor allem auf lokaler und regionaler Ebene.

Mit einem solchen Ansatz könnte neues Gewicht für den Norden Europas gewonnen werden. Unbestritten bleibt dabei die Rolle der **Ostseeregion als Kern eines solchen „Neuen Nordens“**: Hier existiert das am besten entwickelte Netzwerk regionaler Zusammenarbeit in Europa; hier liegt die Schnittstelle zwischen der alten „EU-15“, den neuen Mitgliedstaaten und Russland, die absehbar eine der dynamischsten Wirtschaftsregionen Europas bleiben wird. Und mit ihrer Rolle als „nasse Transportdrehzscheibe“ wird die Ostsee absehbar ebenfalls ihre bedeutsame Funktion als Umschlagplatz für Waren und Dienstleistungen bewahren.

Dennoch kann eine Ergänzung um Interessenlagen, die entweder unmittelbar an die der Ostseeregion anknüpfen oder direkt von ihr abhängen, die politische und ökonomische Bedeutung des Nordens dann nachhaltig stärken, wenn es gilt, im zunehmenden Wettbewerb innerhalb einer erheblich vergrößerten Union größere und handlungsfähige Großregionen herauszubilden.

Diese mögliche neue Ausrichtung erfordert zunächst eine ergänzende **Neuausrichtung bislang bestehender Perspektiven**. Für die Ostseekooperation bedeutet dies eine Ausrichtung auf externe Werbung für den gemeinsamen Wirtschaftsstandort Ostsee ebenso wie die Verknüpfung eigener Interessen z.B. im Transport- oder im maritimen Sektor mit ähnlich oder gleich gelagerten Interessen unmittelbarer Nachbarn – eine Herausforderung, die sich der Ostseekooperation gerade in diesen beiden Bereichen ohnehin aktuell stellt.

Mittelfristig stellt sich jedoch die Aufgabe, wie eine organisierte Vertretung gemeinsamer Interessen bewerkstelligt werden kann. In Ermangelung bestehender Kooperationsforen im Nordseeraum dürfte eine formale Organisation ebenso ausscheiden wie die schlichte Erweiterung des Ostseerates um weitere Mitglieder, da hierüber die Bindungswirkung und Akzeptanz der Ostseekooperation gefährdet werden könnte.

Ansatzpunkte dürften stattdessen eher die im Rahmen von Projekten bestehenden Kooperationen (INTERREG III B Nordsee u.a.) sein, die verstärkt zwischen Nordseeraum und Ostseeregion miteinander verknüpft werden müssten, sowie das Aufgreifen bestehender gemeinsamer Interessen und Themen. Die Zusammenarbeit auf lokaler und regionaler Ebene, die sich im Nordseeraum nach dem Muster der Kooperation im Ostseeraum entwickelt, kann ebenso zu einem Pfeiler werden wie die sich herausbildenden Kooperationen auf der „Landbrücke“ Norddeutschland – Jütland – Südwest-Schweden – Norwegen, die sich wie ein „Scharnier“ bereits heute sowohl im Ostsee- wie im Nordseeraum orientiert. Eine mögliche Klammer für die Herausbildung eines „Neuen Nordens“ kann das Konzept der „Nördlichen Dimension“ bilden, sofern dieses aus seiner derzeit stark auf Russland fixierten Orientierung heraus weiterentwickelt werden kann.

Die Landesregierung hat diesen Vorschlag erstmals bei der Generalversammlung der Nordseekommission im Juni 2003 (Cuxhaven) eingebracht und hierüber einen Dialog mit den Partnerregionen in Norwegen und Südschweden begonnen. Vorausgesetzt, dass diese Idee von weiteren Interessenten aufgegriffen werden wird, kann diese weiter ausgearbeitet und entwickelt werden, ohne dabei das vorrangige Ziel aus den Augen zu verlieren, die Zusammenarbeit im Ostseeraum und die Position der Ostseeregion zu stärken.

Abkürzungsverzeichnis

BAC	Baltic Sea Business Advisory Council (eingesetzt durch den CBSS)
BALTIC 21	A regional Agenda 21 for the Baltic Sea Region (Aktionsprogramm für nachhaltige Entwicklung im Ostseeraum)
BASREC	Baltic Sea Region Energy Co-operation
BCCA	Baltic Sea Chambers of Commerce Association (Organisation der Handelskammern des Ostseeraums)
BEAC	Barents Euro-Arctic Council (Kooperation Norwegens, Finnlands, Schwedens und Russlands in der Barents-Region)
BSCC	Baltic Sea Customs Conference (Gremium zum Abbau von Zoll- und Handelshemmnissen)
BSSSC	Baltic Sea States Subregional Cooperation (Konferenz der Subregionen des Ostseeraums)
BSPC	Baltic Sea Parliamentary Co-operation (Ostsee-Parlamentarierkonferenz)
BSC	Baltic Sea Commission (regionale Untergliederung der Konferenz der Peripheren Küstenregionen, KPKR/CPMR)
BTC	Baltic Sea Tourism Co-operation
BTUN	Baltic Sea Trade Unions Network (Ostseekooperation der Gewerkschaften)
CBSS	Conference of the Baltic Sea States (Ostseerat der Außenminister)
CSO	Committee of Senior Officials (Ausschuß höherer Beamter des CBSS)
EBRD	European Bank for Recovery and Development (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, EBWE), London
EIB	European Investment Bank (Europäische Investitionsbank), Luxemburg
EU	European Union - Europäische Union
HELCOM	Helsinki Kommission
INTERREG III A	EU-Gemeinschaftsinitiative zur Förderung von Projekten grenzüberschreitender Zusammenarbeit
INTERREG III B	EU-Gemeinschaftsinitiative zur Förderung transnationaler Zusammenarbeit im Bereich der Raumordnung und Regionalentwicklung (Ostseeraum, Nordseeraum, etc.)

ISPA	<u>I</u> nstrument for <u>S</u> tructural <u>P</u> olicies for <u>P</u> re-accession - EU-Programm zur Förderung von Investitionen in den Bereichen Umwelt und Verkehrsinfrastrukturen in den Beitrittsländern
MBWFK	Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein
MEDA	EU-Programm zur Umsetzung der EU-Mittelmeer-Partnerschaft
MJF	Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein
MOE	mittel- und osteuropäische Staaten
MUNL	Ministerium für Umwelt, Natur und Landwirtschaft des Landes Schleswig-Holstein
MWAV	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein
MSGV	Ministerium für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Schleswig-Holstein
PCA	Partnership and Cooperation Agreement (Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, Ende 1997 zwischen der EU und der Russischen Föderation vereinbart)
PHARE	Aufbauprogramm der EU für die EU-Beitrittsländer Mittel- und Osteuropas (seit Mai 2004 noch Bulgarien, Rumänien); für die Türkei besteht ein gesondertes Heranführungsinstrument
SAPARD	<u>S</u> pecial <u>A</u> ction for <u>P</u> re-accession Aid for <u>A</u> griculture and <u>R</u> ural <u>D</u> evelopment - EU-Programm zur Heranführung von Politik/ Verwaltung in den Bereichen Agrar und ländliche Räume in den Beitrittsländern
TACIS	Aufbauprogramm (technische Hilfe) der EU für Russland und die Staaten der „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ (GUS, CIS)
TACIS – CBC	TACIS Cross Border Cooperation Programme
UBC	Union of the Baltic Cities (Vereinigung von Ostsee-Städten)

Anlage 1:**Übersicht über Aktivitäten der Landesregierung im Ostseeraum
2003/2004 (Stand: Juni 2004)****Staatskanzlei**

1. Im Oktober 2002 nahm die Ministerpräsidentin auf Einladung des „Baltic Development Forum“ an dessen Jahreskonferenz („BDF Summit“) in **Kopenhagen** teil. In ihrer Rede trat die Ministerpräsidentin dafür ein, die bestehenden Beziehungen zwischen den Ländern und Akteuren rund um die Ostsee zu stärken; Ziel müsse die Stärkung politischer und sozialer Stabilität in der Region durch verstärkte Kooperation auch mit Nordwest-Russland sein. Besonderes Gewicht komme der Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur, der Bündelung bestehender ökonomischer Potenziale sowie einem besseren gemeinsamen Marketing der Ostseeregion gegenüber den Märkten Europas zu. An dem im September 2004 stattfindenden „BDF-Summit 2004“ wird die Ministerpräsidentin ebenfalls teilnehmen.
2. Gemeinsam mit einer breiten Delegation aus Wirtschaft, Hochschule und Jugendarbeit reiste die Ministerpräsidentin im September 2003 nach **St. Petersburg und Tallinn**. Ziel war die Anbahnung neuer wirtschaftlicher Kontakte in die Region St. Petersburg/Nordwest-Russland sowie die Vertiefung der Beziehungen zu Estland. In St. Petersburg wurde u.a. ein „Firmengemeinschaftsbüro“ von vier schleswig-holsteinischen Unternehmen im Hause der DIHK-Vertretung in St. Petersburg eröffnet. In politischen Gesprächen, die die Ministerpräsidentin und der Wirtschaftsminister mit regionalen russischen Vertretern führten, konnten insbesondere die Kontakte im Bereich Hafenwirtschaft intensiviert werden. In Tallinn konnten mit einer wesentlich von der Kammervereinigung SH organisierten und viel beachteten Seminarveranstaltung die Unternehmenskontakte im Bereich „erneuerbare Energien“ erfolgreich vertieft werden. Im Mittelpunkt der Gespräche der Ministerpräsidentin mit der neuen estnischen Regierung standen die Ostseezusammenarbeit sowie Fragen der Schiffssicherheit.
3. Im Oktober 2003 nahm die Ministerpräsidentin am Festakt zum zehnjährigen Bestehen des „Sekretariats der deutschen Minderheit“ in **Kopenhagen** teil. Anlässlich dieser Reise führte Gespräche u.a. mit dem dänischen Außenminister galten der aktuellen Strukturreform auf regionaler Ebene in Dänemark sowie Möglichkeiten der Zusammenarbeit in den Bereichen Schiffssicherheit und Katastro-

phenschutz.

4. Ziel der Delegationsreise nach **Vilnius, Tallinn und Riga** im Juni 2004 war die Anbahnung und Vertiefung unternehmerischer Kontakte im Bereich Gesundheitswirtschaft. Über eine Reihe von Präsentationsveranstaltungen, die in enger Zusammenarbeit mit den örtlichen Schleswig-Holstein-Büros organisiert worden waren, konnten die Delegationsteilnehmer die Stärken dieser Branche in Schleswig-Holstein darstellen und erste Kontakte mit interessierten Kooperationspartnern aus den baltischen Staaten knüpfen. Parallel führte die Ministerpräsidentin Gespräche mit Regierungsvertretern, in deren Mittelpunkt die Themen Schiffssicherheit, maritime und Gesundheitswirtschaft standen.
5. Die Abteilung Europa- und Ostseeangelegenheiten der Staatskanzlei **koordiniert** ressortübergreifend die Ostseepolitik des Landes. Wesentliches Instrument ist der **Interministeriellen Arbeitskreis (IMAK) Europa- und Ostseeangelegenheiten**, der 1998 durch Zusammenschluss der zuvor unabhängig voneinander bestehenden IMAK Ostsee und IMAK-Europa eingesetzt wurde.
6. Die Abteilung Europa- und Ostseeangelegenheiten der Staatskanzlei koordinierte ressortübergreifend die Mitwirkung des Landes im **Projekt STRING II** („South-Western Baltic Sea TransRegional Area – Implementing New Geography“). Nach Abschluss der ersten Projektphase STRING-I (1999-2001) wurde im Rahmen des aus INTERREG III B geförderten Folgeprojekts STRING-II (2002-2004) das im Juni 2001 beschlossene Entwicklungskonzepts „Auf dem Weg zu einer neuen Geographie“ in einer ersten praktischen Phase umgesetzt. Nach Abschluss der Projektphase STRING II (2002-2004) wird der „STRING-Prozess“ auch ohne den „Schirm“ eines weiteren INTERREG-Projekts zunächst für die Jahre 2004-2007 mit Fokus auf den Themen „Wirtschaft/Transport“, Umwelt, Kultur und Wissensgesellschaft fortgesetzt.
7. Die Pflege und Weiterentwicklung der interregionalen **Partnerschaften** Schleswig-Holsteins im Ostseeraum (vgl. Anlage 2) obliegt der Abteilung Europa- und Ostseeangelegenheiten.
8. Die erstmals im Jahre 1995 eingerichteten **Schleswig-Holstein-Büros** in Malmö, Tallinn und Gdansk/ Danzig sowie die Förderung des „Hanse-Büros“ in Kaliningrad/ Königsberg waren auf Beschluß der Landesregierung vom 03.06.1997 zunächst bis Ende 2000 befristet. Mit Zustimmung des Landtages wurde diese Be-

fristung bis Ende 2003 verlängert und zugleich die Ermächtigung gegeben, in Riga und Vilnius neue „Schleswig-Holstein-Büros“ einzurichten, das Mandat des Büros in Malmö auf die Öresund-Region auszurichten und die bisherige Projektförderung des Hanse-Büros in Kaliningrad in ein neues „Schleswig-Holstein-Informationsbüro in Kaliningrad“ umzuwandeln. Diese Aufträge wurden 2001/2002 umgesetzt. Mit Zustimmung des Landtages wurde im Jahr 2003 der Beschluss zum Betrieb der Schleswig-Holstein-Büros bis Ende 2006 verlängert.

9. Zwischen den Ländern Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein ist eine enge **Abstimmung der Ostseepolitik der norddeutschen Länder** vereinbart, die auch eine gemeinsame Interessenvertretung gegenüber dem Auswärtigem Amt einschließt. Die turnusgemäß jährlich wechselnde Koordinierungsfunktion unter den norddeutschen Ländern wurde von Juli 2002 bis Juni 2003 von Mecklenburg-Vorpommern (Staatskanzlei) und anschließend Schleswig-Holstein (Staatskanzlei) wahrgenommen. Mit dem Ostsee-Gipfel der Regierungschefs (Juni 2004) geht diese Funktion auf Hamburg (Senatskanzlei) über.
10. Im Rahmen der **BSSSC (Konferenz der Subregionen des Ostseeraumes)** ist Schleswig-Holstein durch eines von zwei deutschen Mitgliedern im Board (Vorstand) vertreten. Ein Mitarbeiter der Staatskanzlei ist beauftragt, als norddeutsche Informations- und Kontaktstelle die Arbeit der BSSSC zu unterstützen. Diese im Rahmen der Partnerschaft mit der Wojewodschaft Pomorskie/Pommern (BSSSC-Vorsitz/-Sekretariat seit Mai 2000) entwickelte Aufgabe soll im Rahmen der bestehenden Partnerschaft mit Skane (BSSSC-Vorsitz/-Sekretariat ab Oktober 2004) fortgesetzt werden.
11. Das gemeinsam von Hamburg und Schleswig-Holstein getragene **Hanse-Office** fungiert seit Jahren als Anlaufstelle und „Fokus“ regionaler Ostseeinteressen in Brüssel:
 - Mit den Verbindungsbüros der regionalen Gebietskörperschaften des Ostseeraumes unterhält das Hanse-Office mit der sog. **„Informal Group“** ein Netzwerk der Zusammenarbeit und des Informationsaustausches; im Zuge der EU-Erweiterung wird dieses Netzwerk derzeit neu gestaltet, u.a. durch eine – den Verbindungen ihrer jeweiligen Heimatbasis entsprechenden – Anbindung der einzelnen Regionalbüros an bestehende Ostseeorganisationen (z.B. BSSSC, UBC, BCCA).
 - Mit den Ostsee-Regionalbüros, die sich in Brüssel räumlich um das Hanse-Office angesiedelt haben („*Baltic Sea House*“, „*South Denmark House*“) haben,

besteht in der **”Palmerston Group”**¹⁰³ eine intensive regelmäßige Zusammenarbeit.

- Mit Blick auf die Weiterentwicklung der Ostseekooperation verstärkt das Hanse-Office auch die **norddeutsche Zusammenarbeit** mit den Vertretungen der Länder Bremen und Mecklenburg Vorpommern.
- Die enge Zusammenarbeit mit dem Brüsseler Verbindungsbüro der **Investitionsbank Schleswig-Holstein** zielt auf die Stärkung der Projektarbeit im Ostseeraum.

12. Als **”BSSSC Antenne”** unterstützt das Hanse-Office – befristet bis Oktober 2004 – die Arbeit der BSSSC bei den Europäischen Institutionen in Brüssel; u.a. bei der Erarbeitung EU-relevanter Positionen und Veranstaltungen zu Themen wie „Nördliche Dimension“ oder „Fortführung von INTERREG“ sowie bei der Wahrnehmung des Gaststatus der BSSSC beim Ausschuss der Regionen (AdR). Insgesamt trägt diese Aufgabe dazu bei, die Rolle des Hanse-Office als Fokus für regionale Ostseeinteressen in Brüssel zu stärken.

Im Rahmen der bestehenden regionalen Partnerschaft mit der Wojewodschaft Pomorskie/Pommern sowie der Gebietsverwaltung Kaliningrad leistet das **Hanse-Office** Beratungshilfen in EU-Fragen.

13. In 2001 startete das **Ostseeprogramm** im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative **INTERREG III B**. Die Staatskanzlei stellt den Vorsitz im Deutschen Unterausschuss und ist Mitglied sowohl im transnationalen Lenkungsausschuss (Steering Committee) als auch im Begleitausschuss (Monitoring Committee). Die Investitionsbank Schleswig-Holstein konnte erneut als Verwaltungs- und Finanzbehörde des Programms etabliert werden.

14. Im September 2003 präsentierte die Staatskanzlei in Zusammenarbeit mit der Landesvertretung Schleswig-Holstein einem politischen Publikum in **Berlin** in der Veranstaltung „Europäische Zukunftsregion Ostsee“ sowohl die Relevanz des Programms INTERREG III B Ostsee als auch die Fähigkeit der Ostseeregion zur regionalen Integration.

15. Gemeinsam mit den **deutsch-dänischen Grenzregionen** Schleswig/Sønderjylland, K.E.R.N./Fyn und Ostholstein-Lübeck/Storstrøm hat die Staatskanzlei die

¹⁰³ North Sweden EU Office, Copenhagen EU Office, City of Malmö EU Office, South Sweden ERDU Office, South Jutland EU Office, Fyns EU Office, Kommuner Haderslev, Odense EU Office, Tampere Central Region EU Office, EU Vest (City of Ribe), West Zealand EU Office, West Finland Office, European Agency.

drei neuen Programme für die Gemeinschaftsinitiative **Interreg III A** entwickelt. Die von der Europäischen Kommission im Dezember 2001 genehmigten Programme umfassen insgesamt 33,24 Mio. € (Schleswig/Sønderjyllands: 13,8 Mio. €, Ostholstein-Lübeck/Storstrøm: 9,56 Mio. €, K.E.R.N./Fyn: 9,87 Mio. €). Nachdem die Landesregierung die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Sønderjyllands Amt bis zum Abschluss von Interreg IIA selbst operativ verwaltet hatte, wurde die Verantwortung für die Umsetzung von Interreg IIIA (2000 – 2006/2008) auf den Landesteil Schleswig übertragen. Über den neu gegründeten Verein Region Schleswig e.V. realisieren die Stadt Flensburg, die Kreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland und die IHK zu Flensburg das neue Programm in eigener Verantwortung; u.a. wurde hierzu Anfang 2001 ein eigenes INTERREG-Sekretariat bei der WiREG Flensburg eingerichtet.¹⁰⁴ Damit werden nunmehr alle drei Interregprogramme unmittelbar vor Ort in den Grenzregionen eigenverantwortlich verwaltet; die Aufgaben der Staatskanzlei beschränken sich nunmehr auf eine aufsichtsführende Begleitung.

16. Im März 2001 hat die Ministerpräsidentin die „**Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein**“ gegründet, in der hochrangige Akteure aus dem Gesundheitswesen, der Gesundheitswirtschaft sowie Wissenschaft und Forschung gemeinsam mit der Landesregierung daran arbeiten, den Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein zu stärken. Die Geschäftsführung obliegt der Staatskanzlei. Ein wichtiger Schwerpunkt ist der Ausbau der Ostseezusammenarbeit, so zuletzt im Rahmen des Leitprojekts „grenzüberschreitende medizinische Versorgung“. Schwerpunkte 2004 sind die Öffnung von Marktzugängen in Ostsee-Anrainerstaaten sowie die strategische Nutzung der bestehenden Ostsee-Partnerschaften des Landes im Bereich Gesundheit.

17. Mit dem Ziel, Schleswig-Holstein als Standort maritimer Kompetenz zu stärken, hat die Ministerpräsidentin im Herbst 2003 die **Initiative „Zukunft Meer**“ gestartet. Ziel ist, Schleswig-Holstein zu einer maritimen europäischen Modellregion zu entwickeln, die Wirtschaft zu stärken, Innovationen zu fördern und einen Beitrag dazu zu leisten, dass vorhandene Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden. Auf der Grundlage einer Studie wurden im Juni 2004 bei einem Kongress strategische Empfehlungen mit Akteuren aus Schleswig-Holstein diskutiert. Anfang Juli wird die Landesregierung erste konkrete Projekte zum Thema „Zukunft Meer“ beschließen. Einer der wesentlichen Zielmärkte für die maritime Wirt-

¹⁰⁴ Internet: www.wireg.de/wireg/0602_reg_interreg_frameset.html

Wirtschaft Schleswig-Holsteins ist die Ostseeregion.

18. Unter dem Titel „Sea our Future: Maritime Safety Conference Baltic 2004“ hat die Landesregierung im Mai 2004 auf Einladung der Ministerpräsidentin eine **internationale Konferenz zur Schiffssicherheit** durchgeführt. Rund 250 Regierungsvertreter, Mitarbeiter zuständiger Fachbehörden und Institutionen aus allen Ostseeanrainerstaaten erörterten gemeinsam mit hochrangigen Experten internationaler Organisationen, der EU sowie der Bundesregierung Forderungen und Vorschläge zum vorbeugenden Schutz vor Seeunfällen und Unfallmanagement nach internationalen Standards.

19. Die **Minderheitenbeauftragte** berät die Ministerpräsidentin in Fragen der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig (Dänemark) und der dänischen Minderheit im Landesteil Schleswig. Im Auftrag der Ministerpräsidentin führt die Minderheitenbeauftragte auch den Dialog mit den Organisationen beider Minderheiten beiderseits der deutsch-dänischen Grenze. So vertrat sie u.a. das Land bei den vom „European Bureau for Lesser Used Languages“ (EBLUL) unter dem Titel „Partnership for Diversity“ durchgeführten Kongressen 2003 (Helsinki) und 2004 (Flensburg).

Aus Anlass des 50. Jahrestages der „Bonn-Kopenhagener Erklärung“ in 2005 plant die Landeszentrale für politische Bildung einen europäischen Minderheitenkongress, zu dem die Minderheiten des Ostseeraumes eingeladen werden sollen.

Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie (MJF)

20. In Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit beteiligt sich das MJF regelmäßig an dem **jährlichen Richterhospitationsprogramm**. Im Jahre 2003 hat eine Richterin aus Lettland beim Landgericht Kiel hospitiert. Für das Jahr 2004 ist mit weiterer Unterstützung des Hospitationsprogramms zu rechnen. Das Auswahlverfahren läuft zur Zeit.

21. Die alle zwei Jahre unter der Leitung des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landessozialgerichts und der Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein stattfindenden „**Nordischen Sozialrechtstage**“ finden erneut im September 2004 statt. Es werden Gäste aus Ostsee-Anrainerstaaten erwartet.

22. In Kooperation mit dem Alexander-Herzen-Programm und gefördert durch den Europarat wurde in 2003/2004 die **Entwicklungspartnerschaft mit der Strafvollzugsverwaltung der Region Archangelsk** (Nord-Russland) fortgeführt. Im Zentrum stehen Beratungsaktivitäten zwischen den Vollzugsanstalten (Z. B. Jugend, Frauen, Langstrafer) und den Ausbildungseinrichtungen für das Personal (Vollzugsschulen, Universität Archangelsk, Fachhochschule Kiel).
23. Zur Unterstützung und Entwicklung der Jugendarbeit im Ostseeraum fördert das Jugendministerium im Rahmen des **Internationalen Jugendaustausches** Begegnungen mit Kindern und Jugendlichen aus den Ostseeländern.
24. Die einmal jährlich stattfindende **Ostsee-Jugendkonferenz** des Landesjugendring Schleswig-Holsteins hat sich mittlerweile zu einem wichtigen Katalysator der internationalen Jugendarbeit in der Ostseeregion entwickelt. Neben den persönlichen Kontakten, die in den einwöchigen Konferenzen entstehen, werden hier die Grundlagen für internationale Jugendbegegnungen zwischen schleswig-holsteinischen und ausländischen Partnern geschaffen. Im September 2003 hat sich die Konferenz mit dem Thema „Gender-Fragen“ beschäftigt; im September 2004 steht das Thema „Jugendliche beraten und helfen Jugendlichen: Gefährdete Kinder und Jugendliche in der Ostseeregion“ im Mittelpunkt.
25. Seit seiner Gründung im Jahr 1990 kümmert sich das **Ostsee-Jugendbüro** um die Zusammenarbeit zwischen Jugendverbänden und –gruppen sowie um die Belange einzelner Jugendlicher in der Ostseeregion. Das dem Landesjugendring Schleswig-Holstein angeschlossene Jugendbüro wird aus dem Etat des Jugendministeriums finanziert. Neben der Behandlung konkreter Fragen des Jugendaustausches vermittelt es Kontakte zwischen Jugendverbänden und -gruppen aus Schleswig-Holstein und der weiteren Ostseeregion. Im Jugendserver Schleswig-Holstein können ab Januar 2004 unter der Rubrik „Internationales“ Informationen zu Jugendbegegnungen, Freiwilligendienste, Jobs, Praktika, Workcamps, au pair, Sprachkurse, Schulaustausch und Austauschstudium sowie über „Günstig reisen und übernachten“ Orientierungshilfen abgerufen werden.¹⁰⁵
26. Seit März 1999 gibt es neben dem Ostsee-Jugendbüro das **Ostseesekretariat für Jugendangelegenheiten**. Es ist wie das Ostsee-Jugendbüro dem Landesjugendring Schleswig-Holstein angegliedert. Aufgabe des Ostseesekretariats ist es, die jugendpolitische Zusammenarbeit zwischen den für Jugend zuständigen

¹⁰⁵ Internet: www.jugendserver-sh.de

Ministerien in den einzelnen Ostseeanrainerstaaten zu fördern. Finanziert wird das Büro aus den Etats dieser Ministerien und des Bundesjugendministeriums. Im Juni 2003 publizierte das Ostseesekretariat eine Broschüre zu „Work and Study in the Baltic Sea Region“, die Jugendlichen und anderen Interessierten einen Überblick über die vielfältigen Möglichkeiten im Ostseeraum bietet. Aufgrund der großen Nachfrage wird sie 2004 in einer zweiten Auflage und auch in russischer Sprache erscheinen.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur (MBWFK)

Ostseekooperation im Bereich von Hochschule / Wissenschaft

Die schleswig-holsteinischen Hochschulen haben im Berichtszeitraum ihre bilaterale, zum Teil auch multilaterale Zusammenarbeit mit Hochschulen im Ostseeraum weiter ausgebaut. Die Kooperationen finden weiterhin in Form von Studierenden-, Professoren- und Dozentenaustauschen, Zusammenarbeit an wissenschaftlichen Projekten und der Entwicklung und dem Angebot gemeinsamer Studiengänge statt. Hierüber soll die Umsetzung des Bologna-Prozesses bis 2010 ebenso umgesetzt werden wie durch den Abschluss des Hochschulvertrages und der Zielvereinbarungen zwischen dem MBWFK und den schleswig-holsteinischen Hochschulen: Hier haben sich die Hochschulen insbesondere zur Einführung der gestuften Studienstruktur in Form von Bachelor- und Masterstudiengängen und der damit verbundenen Modularisierung der Studienangebote und Einführung von ECTS verpflichtet.

27. Christian-Albrechts-Universität (CAU) Kiel

Bedingt durch ihre Lage fühlt sich die CAU besonders den Ländern Skandinaviens und des Ostseeraumes verbunden. Die CAU hat 59 Partnerschaftsverträge mit Hochschulen in Europa, Amerika und Asien geschlossen, darunter **24 Partnerschaftsverträge** mit Universitäten in den Ostseeanrainerstaaten. Neben diesen bilateralen Verbindungen strebt die CAU verstärkt auch multilaterale Partnerschaften an.

Im Berichtszeitraum wurden die im Rahmen der Partnerschaften bestehenden Kooperationen und Projekte mit Hochschulen in Dänemark, Schweden, Finnland, Norwegen, Estland, Lettland, Litauen, Russland und Polen fortgeführt.

Zu erwähnen sind für den Berichtszeitraum insbesondere folgende Aktivitäten:

– **St. Petersburg (Russland):** Die Zusammenarbeit der CAU mit der Staatlichen Universität St. Petersburg wurde 2003 ausgedehnt (Kooperationsvereinbarung zwischen der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der CAU und der

Fakultät für Naturwissenschaften der Universität St. Petersburg, Hochschulpartnerschaftsvertrag zwischen der Staatlichen Universität St. Petersburg und der CAU)

– **Kaliningrad (Russland):** Schwerpunkt bildet die Förderung der Germanistik an der Staatlichen Universität Kaliningrad (KSU), u.a. Förderung durch das Germanistische Institutspartnerschaftsprogrammes des DAAD seit 1995, Forschungsaufenthalte in Kiel, Gaststipendien, Lehr- und Vortragsaufenthalte in Kaliningrad, Sachmittelbeschaffung für das Germanistische Seminar der KSU.

– **Polen:** Nach den 2001 und 2002 erfolgreich angelaufenen Gemeinschaftsveranstaltungen der CAU und ihrer Partner-Universität Posen (Poznan) fanden im Januar 2004 die „2. Posener Tage in Kiel“ statt. Mit Informationen für Studierende, Wissenschaftler und Öffentlichkeit sowie Gastvorträgen wurde für Studien- und Forschungs-Auslandsaufenthalte geworben. Die nächsten Hochschultage sind in Posen im Herbst 2005 vorgesehen.

– **Norwegen** ist ebenfalls Schwerpunkt im Rahmen der Ostsee-Zusammenarbeit der CAU. Seit 1986 existiert an der CAU das „Deutsch-Norwegische Studienzentrum“, dem als Partner die norwegischen Universitäten Oslo, Bergen, Trondheim, Tromsø sowie die norwegische Wirtschaftsuniversität Bergen angehören. Jährlich werden u.a. bis zu neun mehrwöchige Sprachkurs- und Fortbildungsaufenthalte für norwegische Studierende an der CAU organisiert.

– **EU-Programm „ERASMUS/SOKRATES“:** Die Zahl der SOKRATES-Hochschulpartnerschaften ist von 2002/03 (175 Sammelabkommen bei 284 Einzelabkommen auf Fachbereichsebene) bis zum akademischen Jahr 2003/04 auf 190 Sammelabkommen und 310 Einzelabkommen gestiegen. Von 310 Einzelabkommen sind 118 mit Hochschulen in Ostseeanrainerstaaten abgeschlossen worden, was einem Anteil von 38 % entspricht. Im Rahmen des SOKRATES-Dozentenaustausches wurden Zuschüsse für insgesamt 111 Lehraufträge kurzer Dauer beantragt. 42 dieser Lehraufträge sollen an Hochschulen in Ostseeanrainerstaaten durchgeführt werden (erneut rund 37 % aller Lehraufträge).

– **„Baltic Summer School“:** Die Medizinischen Fakultäten der Universitäten in Kopenhagen, Lund und Kiel haben im Frühsommer 1999 eine „International Graduate School“ (jetzt „Baltic Summer School“) als langfristige Basis für eine gemeinsame medizinische Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses gegründet. In thematisch wechselnden zwei- bis dreiwöchigen Kursen (mit bis zu 50 Teilnehmern) wird den Studierenden von international führenden Experten ein fachlich anspruchsvolles Studienprogramm angeboten. Die Kurssprache ist Englisch, die Kursorte wechseln jährlich zwischen den drei beteiligten Universitäten (2002: Kopenhagen, 2003: Kiel, 2004: Lund). Die Finanzierung der Kurse erfolgt

durch die beteiligten Hochschulen sowie durch eingeworbene Drittmittel; Ausländische Teilnehmer erhalten zum Teil Stipendien.

– „**Kiel Summer School**“ (**KiSS**): Erstmals im Sommer 1999 durchgeführt bietet diese englischsprachige Summer School seitdem jährlich ausländischen Studierenden die Möglichkeit, in Deutschland ohne Deutschkenntnisse zu studieren. In dem siebenwöchigen Kurs werden englischsprachige wirtschaftswissenschaftliche Lehrveranstaltungen angeboten, die neuer Bestandteil von Standardlehrveranstaltungen aus dem Hauptstudium der Volks- und Betriebswirte sind und damit auch zum Pflichtprogramm der deutschen Studierenden gehören. Neben den Lehrveranstaltungen werden Deutschkurse und eine Ringvorlesung zu deutscher Geschichte, Politik und Kultur angeboten. Eine der Zielgruppen von KiSS sind junge Nachwuchskräfte aus dem osteuropäischen Raum, um diese mit westlichen Lehrinhalten und -methoden vertraut zu werden. An der Summer School 2003 waren sieben Studierende aus Ostseeanrainerstaaten (von insgesamt 22 ausländischen Teilnehmern) beteiligt.

28. **Universität zu Lübeck (UL)**

- **Campus Lübeck des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein**

Im Berichtszeitraum hat die UL die im Rahmen der Sokrates- und Erasmusprogramme bereits regulär bestehende Austauschpartnerschaft mit der Universität Tartu (Estland) fortgeführt. Neben dieser Partnerschaft sind insbesondere folgende Aktivitäten der UL bzw. des Campus Lübeck des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein (UK-Schleswig-Holstein; Ende 2002 aus dem Klinikum der CAU und dem Klinikum der UL hervorgegangen) zu erwähnen:

- Jährliche Treffen der **anatomischen Institute** des Ostseeraums als Plattform für wissenschaftlichen Austausch zwischen Assistenten und Doktoranden;
- Teilnahme des Instituts für Neuro- und Bioinformatik sowie des Instituts für Softwaretechnik und Programmiersprachen am **INTERREG III B Projekt „Decision Support“**¹⁰⁶;
- Gemeinsames Forschungsprojekt "Analyse der Struktur-Funktionsbeziehung katalytischer RNA" seit 2001 (Institut für Molekulare Medizin und Universität **Lund/Schweden**);
- Austauschprogramm zwischen dem Institut für Humangenetik und dem Institut for Hereditary Diseases in **Minsk/Belarus**;
- regelmäßiger Austausch zwischen dem Institut für Physik und dem Institute of Physics in **Tartu/Estland**;
- gemeinsames DFG-Projekt der Klinik für Neurologie und des Lehrstuhlinhabers

¹⁰⁶ siehe hierzu Anlage 7 des Berichts.

der Abteilung Psychophysiologie an der Kazimierz Wielki **Universität Bydgoszcz (Bromberg, Polen)**.

Ein wichtiger Schwerpunkt der Ostseezusammenarbeit der UL ist **Norwegen**:

– Die Medizinische Klinik II führt im Bereich der Psychosomatik verschiedene **wissenschaftliche Forschungsprojekte** mit Partnern in Norwegen durch, darunter ein Projekt mit den Universitäten Oslo und Bergen (chronisch entzündliche Darmerkrankungen) und ein Projekt mit dem Nasjonalt Folkehelseinstitutt (Essstörungen einschl. Adipositas).

– Da es im Vergleich zu Deutschland in Norwegen kaum stationäre Behandlungsmodelle für die Behandlung von schwerkranken Patienten mit Essstörungen gibt, hat das UK S-H den norwegischen Gesundheitsbehörden **Behandlungsmöglichkeiten** für diese spezielle Patientengruppe in Lübeck angeboten. Diese Initiative, die eine zukunftsweisende Fortsetzung der bisherigen „Patientenbrücke Norwegen“ werden kann, soll noch 2004 beginnen und auch die Ausbildung norwegischer Medizinstudenten sowie den Austausch von Ärztinnen und Ärzten zwischen Lübeck und Norwegen umfassen.

– Zur weiteren Intensivierung und zum Ausbau der Beziehungen nach Norwegen, insbesondere den Universitäten Bergen und Oslo, ist die Einwerbung einer **deutsch-norwegischen Stiftungsprofessur** für Internistische Psychosomatik am UK S-H (Campus Lübeck) geplant. Dies wäre in der Medizin ein Novum, und Lübeck würde als erste Universitätsstadt über eine solche Einrichtung verfügen. Die Position des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein könnte gestärkt und der wissenschaftliche Austausch und Erkenntnistransfer zwischen Schleswig-Holstein und Norwegen bzw. dem Ostseeraum intensiviert werden.

29. **Universität Flensburg (UF):**

Die Universität Flensburg unterhält unter anderem Partnerschaften zu Hochschulen in Dänemark (Frederiksberg Seminarium, Syddansk Universitet Kolding/Sønderborg), Finnland (Åbo Akademi University, Joensuu Yliopisto, Jyväskylän Yliopisto) und Polen (Uniwersytet Gdanski, Uniwersytet Lodz).

Insbesondere die Zusammenarbeit mit der Syddansk Universitet durch das Angebot von Kooperationsstudiengängen ist im Berichtszeitraum fortgeführt worden, durch den Abschluss neuer Verträge im Dezember 2003 und Januar 2004 ist die Kooperation noch intensiviert worden. In den **gemeinsamen deutsch-dänischen Studiengängen** „Kultur- und Sprachmittler“, „International Management“ und „Energie- und Umweltmanagement“ hat sich die Gesamtzahl der Studierenden im Berichtszeitraum auf 993 (Wintersemester 2003/04) erhöht.

Derzeit arbeiten die UF und Syddansk Universitet u.a. gemeinsam an der Ent-

wicklung eines INTERREG III A-Projekts „Machbarkeitsstudie Deutsch-Dänisches Hochschulzentrum“. Im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie soll festgestellt werden, welche Möglichkeiten einer weitergehenden institutionellen Kooperation im Bereich deutsch-dänischer Studiengänge bestehen (finanzielle und organisatorische Realisierbarkeit, Verstetigung und Effizienzsteigerung der Kooperationen in Lehre, Forschung und Weiterbildung, Möglichkeiten der Angleichung der deutschen bzw. dänischen Rechts- und Bildungssysteme in Richtung auf ein europäisches Bildungssystem).

30. **Musikhochschule Lübeck (MHL):**

Die MHL hat sich im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in der **Association of Baltic Academies of Music (ABAM)**, einem internationalen Zusammenschluss von Musik- und Theaterhochschulen im Ostseeraum, im Berichtszeitraum mit eigenen Projekten und Beiträgen an der multilateralen ABAM-Kooperation beteiligt. Im Rahmen des EU-Programms ERASMUS-Programms wurde ein Austausch von Studierenden bzw. Dozenten mit Partnern in Polen und Schweden durchgeführt.

31. **Fachhochschule Flensburg (FH FL):**

Die FH FL hat im Berichtszeitraum mit Hochschulen in Dänemark (Aalborg Universität, Syddansk Universität/Sønderborg), Finnland (Central Ostrobothnia Polytechnic in Haapajärvi/Kokkola, University of Helsinki), Estland (Universität Tartu), Lettland (Hochschule Ventspils), Litauen (Universität Vilnius), Polen (Śląsk School of Management, Maritime University of Szczecin, West Pomeranian Business School in Szczecin), Russland (Bonch-Bruyevitch University of Telecommunications, St. Petersburg) und Schweden (Blekinge Tekniska Högskola, Högskolan i Jönköping) kooperiert.

Die Zusammenarbeit erstreckt sich auf die Fachrichtungen Betriebswirtschaft, Energietechnik, Energie- und Umweltmanagement, Kommunikationstechnologie, Schiffsbetriebstechnik, Technikübersetzen, Umwelttechnik, Werkstofftechnik und Wirtschaftsinformatik. Die Aktivitäten in diesen Bereichen bestehen vor allem im Austausch von Studierenden, aber auch durch Zusammenarbeit in Forschung und Lehre. Mit der Hochschule in Finnland findet zudem ein Dozentenaustausch statt. Gemeinsame Studienprogramme werden mit den Hochschulen in Schweden angeboten.

32. **Fachhochschule Kiel (FH KI):**

Die FH KI führt seit mehreren Jahren einen intensiven Studierenden- und Dozentenaustausch in den Fachbereichen Bauwesen, Informatik und Elektrotechnik,

Maschinenwesen, Soziale Arbeit und Gesundheit, Wirtschaft und im Studiengang Multimedia Production im Rahmen des EU-Programms SOKRATES/ ERASMUS mit Dänemark (Ingeniørhøjskolen in Horsens, Aarhus, Kopenhagen, Sonderborg, Aalborg und Odense), Estland (TU Tallinn, PH, Institute of Law), Finnland (Polytechnic Vaasa, Universität Vaasa, Häme, Helsinki, Seinäjoki, Mikkeli, Salo), Lettland (University of Agriculture, Jelgava), Litauen (Technische Universität Kaunas), Polen (Universität Gdansk, Cracow, University of Economics, Lodz, Technical University Gliwice) und Schweden (Högskola Jönköping, Universität Lund, Göteborg, Högskola Västerås, KTH Stockholm, Universität Boden) durch.

Unter diesen Kooperationen, in deren Rahmen teilweise auch Doppeldiplomstudiengänge angeboten werden, sind für den Berichtszeitraum folgende Schwerpunkte hervorzuheben:

- **Finnland:** Teilnahme am EU-Projekt „Minerva“ (koordinierende Hochschulen: Vaasa Polytechnic, FH Kiel mit 11 europäischen Partnern). Der Vorantrag wurde genehmigt; der Hauptantrag zum Projekt „Distance Learning/E-learning (DLON)“ wird derzeit gestellt. Ein Dozentenaustauschprogramm findet außerdem in den Bereichen Informatik und Multimedia Production statt; jährlich studieren zehn finnische Studierende ein bis zwei Semester an der FH Kiel. In den Jahren 1993-2003 bot die FH KI zusammen mit der Polytechnic Fachhochschule Vaasa einen zehnmonatigen Weiterbildungsstudiengang im Rahmen des „Vaasa-Projektes“ an (jährlich rund 20 finnische Studierende an der FH KI).
- **Polen:** Der Fachbereich Wirtschaft der FH KI nimmt an dem DAAD-Programm „Go East“ teil und erhält zwei Jahresstipendien zum Studium an der University of Economics Krakow.
- **Litauen:** Die FH KI beteiligt sich im Studiengang „Internationales Vertriebs- und Einkaufsingenieurwesen“ mit drei Studienplätzen für Studierende der TU Kaunas (Litauen) im Rahmen des vom schleswig-holsteinischen MBWFK finanzierten Stipendiatenprogramms für Studierende aus den Baltischen Ländern.
- **Estland:** Im Rahmen der Städtepartnerschaft Tallinn-Kiel erhält die FH KI von der Stadt Kiel ein Jahresstipendium; gefördert wird ein/e Studierende/r der PH Tallinn zum Studium am Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit.

Darüber hinaus ist die FH KI im Studiengang „Industrial Engineering“ Projektpartner an dem von der FH Lübeck koordinierten Projekt „**Baltic Sea Virtual Campus**“ und nimmt am „**Baltic Sea Network**“, einem Zusammenschluss baltischer Hochschulen in verschiedenen Fachbereichen, teil.

33. **Fachhochschule Lübeck (FH Lübeck):**

Im Berichtszeitraum hat die FH Lübeck im Bereich der Lehre mit Hochschulen in Dänemark, Estland, Finnland, Lettland, Litauen Schweden zusammengearbeitet:

- Die Kooperation mit der Dansk Design Skole (Dänemark) und der Högskolan Malmö (Schweden) ermöglicht im Rahmen des Studiengangs „Informationstechnologie und Gestaltung“ ein internationales Studium.
- Die FH Lübeck bietet in Zusammenarbeit mit Hochschulen in Växjö (Schweden), Kotka (Finnland) und Riga (Lettland) einen internationalen Masterstudiengang „Medical Technology“ an.
- In Vorbereitung ist ein gemeinsamer Studiengang „International Master in Mechanical Engineering“ mit der Växjö Universität (Schweden).

Die FH Lübeck hat im Berichtszeitraum die Arbeit am Projekt „**Baltic Sea Virtual Campus**“ fortgesetzt, an dem neben der FH Kiel Hochschulen in Polen, Russland, Litauen, Lettland, Finnland, Schweden, Dänemark und Hamburg beteiligt sind.

Neben diesem Netzwerk-Projekt arbeitet die FH Lübeck an folgenden Projekten:

- „**Virtuelle Fachhochschule**“: Ziel ist die Etablierung eines Verbunds virtueller Fachhochschulen mit Hochschulen aus Mecklenburg-Vorpommern (FH Stralsund), Hochschule für angewandte Wissenschaften (Hamburg) u.a.
- **EU-Programm „Leonardo da Vinci“**: Im Rahmen dieses Mobilitätsprogrammes, an dem verschiedenen Hochschulen aus den Ostseeanrainerstaaten beteiligt sind, bietet die FH Lübeck Studierenden aus Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern Auslandspraktika an.
- „**Hanseatic College**“: Eine Initiative der Universität Linköping mit verschiedenen Hochschulen aus den Ostseeanrainerstaaten (Polen, Litauen, Lettland, Estland, Finnland, Schweden und Lübeck) mit dem Ziel der Etablierung eines Präsenz-Masterstudiengangs in Gesellschaftswissenschaften mit dem Fokus auf Ostseeanrainerstaaten.
- „**Baltic Sea Workshop**“: Jährliches Treffen junger Studierende aus den Fachbereichen der Architektur und des Bauingenieurwesens der FH Lübeck und von drei ihrer Partnerhochschulen.

34. **Fachhochschule Westküste (FHW):**

Die FHW unterhält Partnerschaften im Ostseeraum mit der Handels- und Ingenieurhochschule Herning (Dänemark), der Universität Trollhättan/Uddevalla (Schweden) und der Ventspils Augstskola (Lettland). Mit allen drei Hochschulen

finden regelmäßige Studierenden- und Dozentenaustausche statt. Dabei werden mit Dänemark und Schweden jährlich gegenseitig 2-3 Studierende ausgetauscht, aus Lettland kommen 2 Studierende nach Deutschland. Mit Dänemark und Schweden findet jährlich zusätzlich ein Dozentenaustausch statt. Sowohl der Dozenten- als auch der Studierendenaustausch sind durch ERASMUS-Vereinbarungen unterlegt. Ab dem Wintersemester 2004/2005 sind mit Dänemark außerdem gemeinsame Seminare geplant.

35. *Muthesius-Hochschule (MH):*

Für die MH hat der Ostseeraum bei der Pflege internationaler Kontakte besonders im Hinblick auf ihre geplante Umwandlung in eine Kunsthochschule eine besondere Bedeutung: Als Kunsthochschule soll sie eine besondere Brückenfunktion in den skandinavischen und baltischen Ostseeraum einnehmen, zumal in Mecklenburg-Vorpommern keine Kunsthochschule für die bildenden Künste existiert, die diese Aufgabe übernimmt. Die bislang aufgebauten Kontakte zu Kunsthochschulen und Universitäten im Ostseeraum sind noch informeller Natur, da der aktuelle Status der MH als Fachhochschule insbesondere aus skandinavischer Sicht den Abschluss formaler Kooperationsverträge über z.B. Dozenten- und Studierendenaustausch noch nicht erlaubt. Mit der Umwandlung in eine Kunsthochschule streben Land und MH eine engere Kooperation mit skandinavischen Partnern vor allem im Bereich Design an.

36. *Schleswig-Holsteinisches Institut für Friedenswissenschaft (SCHIFF):*

Das SCHIFF an der CAU beschäftigt sich in Forschung und Vermittlung schwerpunktmäßig mit Fragen von Kooperation und Konflikt in der Ostseeregion und ist dabei um eine enge Zusammenarbeit mit den politischen und gesellschaftlichen Akteuren der Ostseekooperation bemüht. Das Institut unterhält enge Beziehungen zu zahlreichen universitären und außeruniversitären Einrichtungen in der Ostseeregion. - Im Berichtszeitraum standen Forschungsarbeiten zur russischen Exklave Kaliningrad (u.a. Gründung der "Kieler internationalen ad-hoc Experten-Gruppe zu Kaliningrad" mit 14 Mitgliedern aus 8 Ländern), Beiträge zur Entwicklung von Zivilgesellschaft in der Ostseeregion (u.a. Beteiligung am 3. Baltic Sea NGO-Forum in Turku) und die Durchführung der Internationalen Sommerakademie 2002 und 2003 „Die Ostseeregion im Neuen Europa“ unter der Schirmherrschaft des Ostseerates und der Ostsee-Parlamentarierversammlung im Vordergrund. Als regelmäßige Veranstaltung wird das „SCHIFF-Kolloquiums zu Konflikt und Kooperation in der Ostseeregion“ durchgeführt.

Ostseekooperation im Bereich Schule:

Die Kommunikation zwischen Schulen, ob in COMENIUS-Projekten oder traditionellen Schulpartnerschaften erfolgt insbesondere in virtuellen, IT-gestützten Bereichen überwiegend und zunehmend in englischer Sprache. In den Begegnungen selbst wird zwischen Schülerinnen und Schülern wie auch Lehrkräften je nach Zielland im Ostseeraum Deutsch und Englisch nebeneinander verwendet.

37. Die Fremdsprachenkompetenz im Fach Englisch wird an jedem fünften Gymnasium in Schleswig-Holstein in besonderem Maße gestärkt durch den **bilingualen Unterricht** in jeweils einem Zug der Schule. Es ist beabsichtigt, die bilingualen Züge in den nächsten zehn Jahren zu verdoppeln.

38. **Fremdsprachenlernen in der Grundschule:** In der Grundschule lernen die Schülerinnen und Schüler ab Klassenstufe 3 nach dem integrierten Fremdsprachenkonzept eine Fremdsprache; Vorrang haben dabei Englisch und Dänisch.

39. Mit insgesamt 218 **Schulpartnerschaften** zwischen schleswig-holsteinischen Schulen und Schulen im Ostseeraum haben diese einen Umfang erreicht wie die noch Anfang der 90er Jahre vorherrschenden Partnerschaften nach Großbritannien und Frankreich. Bedeutende Zuwächse erfuhren die Partnerschaften mit Polen, Schweden und Finnland:

Schulpartnerschaften (Stand: Januar 2004):

Schulart	DK	EST	FIN	ISL	LET	LIT	POL	NOR	RUS	SWE
SOS	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0
GS	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
HS	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
GHS	9	0	0	0	0	0	0	1	0	3
RS	14	1	4	0	1	1	15	3	1	9
Gym	9	7	6	0	0	0	37	9	7	18
Ges	2	1	0	0	0	1	5	1	4	8
Beruf	12	0	2	1	3	1	8	4	0	6
Insg.:	47	9	14	1	5	3	65	18	12	44

40. Im deutsch-dänischen Grenzraum gibt es jetzt mit dem Unterrichtsbeginn der **Europaklasse Niebüll/Tønder** eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit neuer Qualität. Diese im Rahmen von INTERREG III A geförderte Maßnahme erlaubt

den Unterricht für je 14 Schülerinnen und Schüler der beiden Gymnasien in einer Europaklasse, die im halbjährlichen Wechsel in Niebüll und Tondern unterrichtet wird. Dieser Unterricht führt nach drei Jahren in der Oberstufe zum doppelqualifizierenden Abschluss des dänischen „*studentereksamen*“ und dem direkten Hochschulzugang in der Bundesrepublik.

41. Im Bereich **Studierenden-/Schüleraustausch und Schulpartnerschaften** sollen folgende Projekte gesondert hervorgehoben werden:

- Ein Austausch von **Sprachassistenten** erfolgt im Rahmen des EU-Förderprogramms SOKRATES (COMENIUS 2, 2 B). Im Schuljahr 2003/2004 konnten insgesamt 13 schleswig-holsteinische Studentinnen und Studenten für einen drei bis achtmonatigen Aufenthalt u.a. nach Dänemark, Finnland und Norwegen vermittelt werden. Die Teilnehmer erhalten ein monatliches Stipendium sowie einen Zuschuss zu den Fahrtkosten.
- Die Beteiligung schleswig-holsteinischer Schulen am EU-Bildungsprogramm SOKRATES II stellt einen Schwerpunkt ihrer schulischen Arbeit dar: Innerhalb der Aktion „COMENIUS 1“ (Schulpartnerschaften) wurden rund 30 Projekte mit insgesamt 25 Partnern allein in der Ostseeregion durchgeführt.
- Mit den jetzt 218 Schulen aus Schleswig-Holstein, die einen regelmäßigen Schüleraustausch mit Ostseeanrainern pflegen, ist ein dichtes Schulnetz aufgebaut, in das zusätzlich die rund 30 multilateralen Projekte im Rahmen des EU-Programms „COMENIUS 1“ (Schulpartnerschaften) einzurechnen sind.

42. Schleswig-Holstein ist an der Arbeitsgruppe „**Cercles Europe**“ beteiligt, in der die Regionen Pays de la Loire (Frankreich), Schonen (Schweden), Emilia Romagna (Italien) Balaton (Ungarn), Nordirland und Republik Irland vertreten sind. Ziel dieser Arbeitsgruppe ist, den Europagedanken in den Schulen der Regionen zu verstärken, in dem sie Schulpartnerschaften zwischen den Regionen vermittelt, internationale Fortbildungsseminare organisiert und Materialien erstellt. Im Januar 2004 ist das Unterrichtsmaterial „Modul Europa“ erschienen.

43. Für den Bereich des **Instituts für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH)** ist im Berichtszeitraum hervorzuheben:

- Seit 2002 läuft im Rahmen des Sokrates- Programms ein erfolgreicher deutsch-estnischer Austausch von Lehrkräften in Ausbildung der Pädagogischen Universität Tallin und des IQSH zwecks Erweiterung berufsspezifischer Erfahrungen. Diese Maßnahmen mündeten in einen Vertrag, der im Oktober

2003 zwischen IQSH und der EU (Partner: Estland, Litauen, Belgien, Spanien und Niederlande) geschlossen wurde.

- Aus diesen Tätigkeiten erwuchs das Projekt "Hospitations- und Fortbildungskurs für estnische Grundschullehrkräfte", das im Februar 2003 gestartet worden ist. 18 estnische Grundschullehrkräfte hospitierten für zwei Wochen an Grundschulen im Kreis Dithmarschen in Schleswig-Holstein im Unterricht, nahmen am Nachmittag an Seminaren und Workshops teil. Schwerpunkte waren Fremdsprachenunterricht im Primarbereich und offene Unterrichtsmethoden für den Grundschulunterricht. Betreut wird dieses Projekt vom IQSH in Zusammenarbeit mit den Schulen des Kreises Dithmarschen, gefördert wird das Projekt durch die Robert Bosch Stiftung.
- Seit 2003 läuft ein gemeinsames INTERREG-Projekt des IQSH mit CVU Soenderjylland Haderslev (ehem. Staatsseminarium) auf Schul-, Aus- und Fortbildungsebene zum Thema „Integrierte Naturwissenschaften und Agenda 21“.

Diverse Lehrerfortbildungsveranstaltungen des IQSH, vor allem in gesellschaftswissenschaftlichen Fächern und in Sprachen, setzen sich mit der Entwicklung einer europäischen Identitätsentwicklung (z. B. „Polen auf dem Weg in die EU“) auseinander.

Ostseekooperation im Kulturbereich:

Die Zusammenarbeit mit den **Partnerregionen im Ostseeraum** basieren auf einer gemeinsamen kulturellen Identität und einem gemeinsamen kulturellen Erbe. Dieser gemeinsame kulturelle Hintergrund schafft die Voraussetzungen für ein, gerade auch im kulturellen Handlungsfeld, abgestimmtes und zukunftsorientiertes Profil. Mit der Erweiterung der EU um die vier Beitrittsländer des Ostseeraums wird auch die Ausgangsposition Schleswig-Holsteins im kulturellen Wettbewerb verbessert.

44. Mit der **finnischen Partnerregion Ostrobothnien** besteht seit 2002 eine Kulturarbeitsgruppe, die ein- bis zweimal jährlich tagt. Sie dient der Initiierung, Koordination und Begleitung gemeinsamer Projekte. Seit 2003 wird jedes Jahr eine andere Kultursparte fokussiert. In 2003 lag der Schwerpunkt auf Bildender Kunst mit der Fortsetzung der Wanderausstellung „Auf den Spuren von Jean Sibelius“. Die Ausstellung mit Plein-Air-Malerei norddeutscher und finnischer Realisten war offizielles Projekt des Länderschwerpunktes Finnland im Musik- und Museumssommer 2001. 2002 wurde die Werkschau zunächst in Schleswig-Holstein und in verschiedenen Städten im Süden Finnlands präsentiert (Jäärvenpää, Helsinki, Tampere). Anfang 2003 begann der Umlauf der Ausstellung in der Partnerregion Ostbottnien (Seinäjäki, Alajärvi, Kokkola). Im

Ostbottnien (Seinäjoki, Alajärvi, Kokkola). Im Juni 2004 schließlich begleitete die Werkschau die Feierlichkeiten zum Jubiläum „50 Jahre Freundschaft Riihimäki – Bad Segeberg“ in Segeberg, ebenso wie ein Konzert des Kammerorchesters Seinäjoki.

Im Jahr 2004 begeht die Regionalpartnerschaft mit Ostbottnien ihr **10-jähriges Jubiläum**. In diesem besonderen Jahr liegt der Schwerpunkt der Kooperation auf Folk Musik: Sie besitzt in Finnland eine lange Tradition und genießt in der Bevölkerung hohes Ansehen; Schleswig-Holstein wiederum bildet eine der wenigen Regionen Deutschlands, in denen die Folkmusik überhaupt gepflegt wird. Dies erfolgt u.a. durch den Landesmusikrat, die LAG Folk sowie den Jugendhof Scheersberg. Große Namen aus Finnland bereichern im Jubiläumsjahr die Folkmusik-Landschaft in Schleswig-Holstein mit Auftritten auf dem Scheersberg, in Mölln, Flensburg, Lübeck und Kiel sowie mit einem speziellen Jubiläumskonzert anlässlich der Feierlichkeiten zum 10-jährigen Bestehen der Kooperation. Im Austausch dazu werden zwei Folk-Gruppen aus Schleswig-Holstein im August 2004 an zwei bedeutenden Folk-Festivals der Partnerregion in Kauhajoki und Lapua teilnehmen.

45. Die **grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit mit Dänemark** und hier insbesondere mit der **Partnerregion Sønderjylland** kann als erfolgreichste und kontinuierlichste kulturelle Kooperation im Ostseeraum bezeichnet werden. Die Zusammenarbeit umfasst Kooperationen zwischen Kulturschaffenden wie auch Institutionen beider Regionen.

Die Kulturkooperationen konzentrieren sich auf die Grenzregion, aber auch landesweite Institutionen und Kulturschaffende aus ganz Schleswig-Holstein verwirklichen in hohem Maße gemeinsame Projekte mit dänischen Kulturschaffenden. Insbesondere in den Sparten Bildende Kunst, Film, Musik, Museen und Theater (speziell Kindertheater) kann eine intensive kulturelle Kooperation auf allen Ebenen festgestellt werden. Hier hat sich durch das unentwegte Bemühen beider Partnerregionen eine Verstärkung der Zusammenarbeit eingestellt. Eine grenzüberschreitende deutsch-dänische Kulturarbeitsgruppe mit Vertretern des Amtes Sønderjylland sowie der Kreise Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und der Stadt Flensburg hat hieran maßgeblichen Anteil.

46. Die **kulturelle Zusammenarbeit mit Norwegen** wird seit 2001 durch einen regelmäßigen und intensiven Informationsaustausch zwischen dem MBWFK und der **Partnerregion Eastern Norway County Network** befördert. Kontakte zwi-

schen Kulturaktiven werden vermittelt, aber auch neue gemeinsame Projekte angeregt und die Beteiligten bei der Realisierung beraten.

Das Highlight der bisherigen Zusammenarbeit bildete im Jahr 2003 die erfolgreiche Ausstellung „Edvard Munch in Lübeck“ im Behnhaus des Museums für Kunst und Kulturgeschichte Lübeck, die ihr Zustandekommen der Kooperation mit Eastern Norway County Network, hier speziell dem Munch-Museum Oslo, verdankt.

Die Zusammenarbeit im Bereich Musik hat sich intensiviert. Durch Bemühungen des Landesmusikrates e.V. wurde 2003 erstmals eine junge Musikgruppe aus Schleswig-Holstein zum Youth Cultural Festival des Akershus Musikrates entsandt, einer Veranstaltung mit über 750 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. 2004 konnte ebenfalls eine hochkarätige junge Band an dem Festival teilnehmen. Im Gegenzug wurde einer norwegischen Gruppe die Möglichkeit geboten, im Open Air-Programm des internationalen Jazzfestivals JazzBaltica im Landeskulturzentrum Salzau ihr Land zu repräsentieren.

Schleswig-Holstein war im Mai 2004 auf dem Norwegischen Literaturfestival Lillemhammer vertreten. Das Norwegische Literaturfestival ist das größte Festival seiner Art in Norwegen. Schleswig-Holstein präsentierte mit den Autoren Feridan Zaimoglu und Jochen Mißfeldt herausragende Literatur von internationalem Rang.

47. Im Rahmen des **Kulturaustausches mit Polen** wurden im Jahr 2003 durch das MBWFK kulturelle Projekte im Rahmen der Aktion „Nachbar Polen“ der Polnisch-Deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaft in Lübeck gefördert. Ausstellungen, Filme, Konzerte und Vorträge dieses Programms vertieften das gegenseitige Verständnis zwischen Deutschland und Polen und förderten eine kontinuierliche Zusammenarbeit.

48. Im Dezember 2003 tagte in St. Petersburg unter Vorsitz des russischen Kulturministers die **6. Konferenz der Kulturminister der Ostseerainerstaaten**. Deutschland wurde durch das Auswärtige Amt sowie das Landesmuseumsamt Mecklenburg-Vorpommern vertreten. Themenschwerpunkte waren der Schutz des Kulturellen Erbes des Ostseeraumes sowie die Bewahrung des städtebaulichen und des Unterwassererbes (gesunkene Schiffe aus mehreren Jahrhunderten). Daneben wurde von den meisten Delegationen das konstruktive Wirken von Ars Baltica hervorgehoben. Als Ergebnis des Treffens übernimmt Litauen ab 2004 den Vorsitz von Ars Baltica (bisher Schweden); Polen stellt das dazugehö-

rende Sekretariat (bisher Estland). Mecklenburg-Vorpommern übernimmt den Vorsitz der Monitoring-Group für die Bewahrung des kulturellen Erbes (bislang Schweden).

Das nächste Treffen der Kulturminister der Ostseeanrainerstaaten ist für 2005 in Norwegen geplant.

49. Eines der erfolgreichsten Netzwerke kultureller Zusammenarbeit hat Schleswig-Holstein auf den Weg gebracht: **Ars Baltica**¹⁰⁷, die von zehn Partnerländern getragene Kulturinitiative der Ostseeregion, feiert 2004 ihr 15-jähriges Bestehen. Als Gastgeber der Jubiläumssitzung des Ars-Baltica-Organisationskomitees im April 2004 initiierte Schleswig-Holstein eine Diskussion mit Vertretern regionaler Kulturinstitute, Vereine und Verbände über die Weiterentwicklung dieser multilateralen Zusammenarbeit. Ziel ist es, die Attraktivität der kulturellen Kooperationen weiter zu steigern und das Profil von Ars Baltica sowohl im Lande wie auch im Ostseeraum zu erhöhen.

Das Label „Ars Baltica“ soll verstärkt für hochwertige Kulturprojekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung eingesetzt werden. Die Nordischen Filmtage Lübeck, das Monodrama-Festival „Thespis“ in Kiel und die gemeinsame Aufführung von Benjamin Brittens „War Requiem“ durch die Musikhochschule Lübeck und Partner-Hochschulen des Ostseeraums im Juni 2004 tragen nunmehr das Ars-Baltica-Label. Ein weiterer Erfolg ist der Beschluss, im Juni 2005 erstmals das neue „**Folk Music Baltica**“ in Flensburg auszurichten.

Im Berichtszeitraum ist eine Reihe von wichtigen Projekten realisiert worden:

- **JazzBaltica**, 1991 als Pilotprojekt von Ars Baltica gestartet, hat sich weiter zu einem international renommierten Festival im Landeskulturzentrum Salzaun entwickelt, mit konstant hohen Besucherzahlen von ca. 4.000 Gästen. Seit 2002 ist das Schleswig-Holstein Musik Festival Veranstalter von JazzBaltica. Im April 2004 veranstaltete das SHMF in Verbindung mit dem MBWFK anlässlich des 15jährigen Jubiläums von Ars Baltica im Rahmen des Treffens des Ars Baltica Organisationskomitees ein JazzBaltica-Special mit namhaften Künstlerinnen und Künstlern.
- Die **3. Ars Baltica Triennale der Künstlerischen Fotografie „What is important?“** ist mit breiter finanzieller Unterstützung, u.a. auch der Kulturstiftung des Bundes, realisiert worden. Sie wurde erfolgreich in der Kieler Stadtgalerie (4000 Besucher), im Mecklenburgischen Künstlerhaus Schloss Plüschow (ca. 2000 Besucher), in der Kunsthall Bergen/ Norwegen (3000 Besu-

¹⁰⁷ Internet: www.ars-baltica.net

cher) sowie im Contemporary Art Centre in Vilnius/ Litauen (3000 Besucher) gezeigt. Weitere Stationen werden in 2004 Riga/ Lettland, Tallinn/ Estland sowie Pori/Finnland sein.

- Seit Ende der 90er Jahre bereits in Planung, konnte im Juni 2003 die Ausstellung „**Baltic Rococo - Fayencen aus dem Ostseeraum**“ im Landesmuseum Schloss Gottorf realisiert werden: Weitere Stationen in Stockholm, Kopenhagen und Tallinn bis August 2004.

50. Im Rahmen des transnationalen **Projekts STRING II (südwestliche Ostsee)** mit der Laufzeit 2002 bis 2004 konnten vier kulturelle Kooperationsprojekte realisiert werden:

- Das **STRING Cultural Forum** diente als Netzwerk der Kulturverwaltungen, um die kulturellen STRING-Projekte zu beraten und zu begleiten.
- Das **STRING-TV-Projekt** verbesserte die Zusammenarbeit der TV-Regionalstudios mit dem Ziel einer gemeinschaftlich produzierten und in allen beteiligten Ländern ausgestrahlten Fernsehsendung (Produktion einer Pilot-sendung). Für Schleswig-Holstein war der NDR in Kiel beteiligt.
- Das **STRING-Design-Projekt** trägt zur Förderung der überregionalen Mobilität und Zusammenarbeit von jungen Designern, Design-Ausbildungszentren und Design-Firmen bei. Aus Schleswig-Holstein waren die Muthesius-Hochschule in Kiel und die Design Initiative Nord e.V. an dem Projekt beteiligt.
- Das **STRING-Projekt Wikinger-Netzwerk** beinhaltet die Zusammenarbeit von Museen und wissenschaftlichen Instituten bei der Forschung, Vermittlung und Vermarktung sämtlicher Aspekte der wikingerzeitlichen Geschichte. Für Schleswig-Holstein war an dem Projekt das Archäologische Landesmuseum der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf beteiligt.

51. Die **Nordischen Filmtage Lübeck** sind eine seit Jahren etablierte und weit über Schleswig-Holstein hinaus renommierte Veranstaltung zur Präsentation erfolgreicher Filmproduktionen aus den Anrainerstaaten der Ostsee. Veranstalter ist die Hansestadt Lübeck mit Unterstützung des Landes Schleswig-Holstein, des Medienpartners NDR und einer Vielzahl von Sponsoren aus Deutschland und den nordischen Ländern. Ausgerichtet werden sie in enger Zusammenarbeit mit den Filminstitutionen und -stiftungen Dänemarks, Finnlands, Islands, Norwegens und Schwedens sowie den Filminstitutionen der baltischen Länder; unterstützt werden sie von deren Dachorganisationen Scandinavian Films und Baltic Films sowie dem Nordic Film- & TV Fund.

Erstmals waren bei den 44. Nordischen Filmtagen (2002) alle drei baltischen

Staaten mit jeweils einem Film im Wettbewerb vertreten; ein Zeichen für die Konsolidierung der dortigen Produktion und die hohe Wertschätzung, die dem Lübecker Festival zugemessen wird. Die 45. Nordischen Filmtage (2003) öffneten in Zusammenarbeit mit dem „Filmfestival Cottbus – Festival des osteuropäischen Films“ erstmals ein Fenster für russische Filme; im aktuellen Jahr soll durch einen Austausch mit dem Warschauer Filmfestival auch ein Einblick in das polnische Filmschaffen ermöglicht werden, um so auch in diesem Bereich die Ostseekooperation zu komplettieren.

52. Der Verein **Kulturelle Filmförderung Schleswig-Holstein e.V.** unterhält zahlreiche Kontakte zur Filmszene des Ostseeraums und war u.a. erneut Gast auf dem Internationalen Dokumentarfilmsymposium in Riga. Im Frühjahr 2004 wurde die Produktion für ein deutsch-dänisches Filmprojekt in Flensburg aufgenommen, das von der Medienstiftung Schleswig-Holstein (MSH) gefördert und von der Kulturellen Filmförderung unterstützt wird.

Die enge Kooperation zwischen der Kulturellen Filmförderung und der dänischen Videowerkstatt in Haderslev besteht auch in neuer Trägerschaft des dänischen Partners fort. „Ringe im Wasser“, eine dänische Filmproduktion von Meiken Detlefsen wird von der Kulturellen Filmförderung gefördert und in Kooperation mit der Videowerkstatt realisiert. Im März 2004 fand die Premiere des Dokumentarfilms „Himmel und Hölle sind mein“ von Helmut Schulzeck statt; die Produktion wurde in Litauen gedreht und von der Kulturellen Filmförderung und der MSH gefördert.

53. Das herausragendste filmkulturelle und filmwirtschaftliche Projekt ist für die nächsten zwei Jahre **„FilmTrain“**, ein Kooperationsprojekt der Fachhochschule Kiel, der Arbeitsgemeinschaft Geomedien der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und der Syddansk Universitet Odense. **„FilmTrain“** ist ein INTERREG III A-Modellprojekt, das – einmalig in Dänemark und Schleswig-Holstein – die Wettbewerbsfähigkeit der Medienwirtschaft und die Produktionstätigkeit in den Partnerregionen Fyns Amt und K.E.R.N. stärken soll. Teilnehmer der grenzübergreifenden Fortbildung sind sechs junge Existenzgründer aus Schleswig-Holstein und sechs dänische aus dem Bereich Film/TV- und Multimediaproduktion.

54. Das MBWFK vermittelt regelmäßig Kontakte zwischen einzelnen **Museen der Ostseeländer** und unterstützt den einschlägigen Austausch mit den Regionen im Ostseeraum, namentlich mit der finnischen Partnerregion Ostrobothnien.

Ostseekooperation im Bereich der Erwachsenenbildung/Bildungsstätten:

Im Bereich der Erwachsenenbildung wurde die Zusammenarbeit im Ostseeraum in den vergangenen Jahren weiter ausgebaut und intensiviert. Neben den traditionell im Ostseeraum engagierten Volkshochschulen und der Landeszentrale für politische Bildung haben insbesondere die Bildungsstätten neue Schwerpunkte im Bereich kultureller und politischer Zusammenarbeit gesetzt.

55. Eine besondere Rolle in der Ostseezusammenarbeit spielen im Weiterbildungsbereich die institutionell vom MBWFK geförderten **Akademien und Bildungsstätten**, darunter das Nordkolleg Rendsburg, die Akademie Sankelmark/Europäische Akademie Schleswig-Holstein, die Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg, die Nordsee Akademie Leck und die Akademie am See Koppelsberg sowie die „Academia Baltica“ (Baltic Academy - Akademie im Ostseeraum) in Lübeck.

56. Im Bereich der **Einrichtungen politischer Bildung** engagieren sich die institutionell über die Landeszentrale für politische Bildung geförderte Hermann-Ehlers-Akademie in Kiel, die Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Malente, das Regionalbüro der Friedrich-Naumann-Stiftung in Lübeck sowie die Bildungsarbeit von Anderes Lernen e.V., Kiel, und der Sydslesvigks Oplysningforbund, Flensburg, im Bereich der Ostseezusammenarbeit mit zahlreichen Veranstaltungen, z.B. zur Erweiterung der Europäischen Union, zur Kultur unserer Nachbarländer oder mit Studienfahrten.

Auch die Landesarbeitsgemeinschaft „ARBEIT und LEBEN Schleswig-Holstein e.V.“ bietet zahlreiche Veranstaltungen im thematischen Kontext der Ostseekooperation. Sie arbeitet zusammen mit Partnern in Lettland (jeweils 4 Veranstaltungen pro Jahr in Lettland und in Schleswig-Holstein mit jeweils ca. 30 Teilnehmenden), in Polen (jeweils 2 Veranstaltungen in Polen und in Schleswig-Holstein mit jeweils ca. 20 Teilnehmenden) und in Schweden (regelmäßige Austausch- und Begegnungsveranstaltungen).

57. Die **Landeszentrale für politische Bildung** Schleswig-Holstein bietet - oftmals in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern oder der Bundeszentrale für politische Bildung - verschiedene Veranstaltungen und Veranstaltungsreihen im Zusammenhang mit ihrem Schwerpunkt Ostseekooperation an. So fanden in Schleswig-Holstein etwa ein Seminar für litauische Bürgermeister und Landräte zur kommunalen Wirtschaftspolitik, Seminare zur Polizeiführung in Litauen (wird in 2004 fortgesetzt) oder eine Vor-

tragsreihe zu Politik und Wirtschaft in der Ostseeregion statt. 2004/2005 ist ein Pädagogenaustausch mit der Wojewodschaft Pomorskie/Polen geplant.

Wie im vergangenen Jahr veranstaltet die Landeszentrale für politische Bildung gemeinsam mit der Deutschen Auslandsgesellschaft im Oktober 2004 ein Seminar für Deutsch- und Geschichtslehrer aus Kaliningrad in Lübeck und Kiel. Ziel ist eine fachliche und landeskundliche Fortbildung in Schleswig-Holstein.

Außerdem beteiligt sich die Landeszentrale in Zusammenarbeit mit dem IQSH und den Universitäten Tallin, Vilnius, Sittard (NL), Madrid (E) und der Katholischen Hoogeschool West Vlaanderen (B) an einen Include-Me-Seminar. Dieses Seminar befasst sich mit der Aus- und Fortbildung von LehramtsanwärterInnen aus den o.g. Ländern und der Zertifizierung der Kurse.

Innenministerium

57. Die **Sicherheitspartnerschaft im Ostseeraum** wurde weiter gefestigt. Auf der Grundlage der vom schleswig-holsteinischen Innenministerium geschlossenen bilateralen Protokollerklärungen über die polizeiliche Zusammenarbeit zur Bekämpfung insbesondere der länderübergreifenden Organisierten Kriminalität mit den baltischen Staaten, Polen, dem Oblast St. Petersburg und dem Oblast Kaliningrad und den geknüpften engen Kontakten mit den skandinavischen Staaten wurden durch den Innenminister erneut bilaterale Maßnahmen zur Vereinfachung und weiteren Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit initiiert.

58. Bedeutsamstes Ereignis war der Besuch des Innenministers im September 2003 in **Finnland**: Neben engerer Kooperation mit der finnischen Polizei standen Fragen der Schiffs- und Tankersicherheit auf der Ostsee sowie Absprachen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Frauenhandels im Mittelpunkt der politischen Gespräche.

Im Mai 2004 nahm der Innenminister an der Konferenz „**Maritime Safety and Environment in the Baltic Sea**“ teil, die die Partnerregion SydSam in enger Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein in Trelleborg ausgerichtet hatte. Hier stellte er die Ergebnisse der internationalen Ostsee-Schiffssicherheitskonferenz „Maritime Safety Conference Baltic 2004“ (3./4. Mai in Kiel) vor.

59. Wie bereits in den vergangenen Jahren, wurde die **Beratungs-, Ausbildungs- und Ausstattungshilfe**, insbesondere mit den baltischen Staaten und dem Oblast Kaliningrad, konsequent fortgeführt. Im Rahmen der Ausbildungshilfe fanden zahlreiche Austauschprojekte der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und

der Verwaltungsfachhochschule mit Dozentinnen und Dozenten sowie Studierenden aus Estland, Litauen und Kaliningrad statt. Schwerpunkt der Beratungshilfe war die Rechtsakademie Litauen.

2002 und 2003 fanden Hospitationen von Studierenden der Rechtsakademie Litauen in Schleswig-Holstein für die Dauer von jeweils drei Monaten statt, die aus Mitteln des EU-Programms „Leonardo da Vinci“ gefördert wurden. Im Rahmen der Ausstattungshilfe wurde ein Hilfstransport nach Kaliningrad durchgeführt.

60. Auf Initiative der Polizeiabteilung des Innenministeriums wurde in Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium seit 2001 ein **EU-Twinning-Projekt** mit Estland durchgeführt. Ein Langzeit- und mehrere Kurzzeitberater erarbeiteten zusammen mit den Verantwortlichen in Estland ein Gesamtkonzept zur Bekämpfung der Drogenkriminalität und zur Suchtvorbeugung. Das Projekt wurde im September 2003 erfolgreich abgeschlossen.

61. Im März 2003 fand in Lübeck eine internationale Konferenz zum Austausch und zur Initiierung länderübergreifender **Präventionskonzepte im Ostseeraum** statt. Über 200 Teilnehmer aus allen Ostseeanrainerstaaten nahmen daran teil. Die Konferenz wurde aus Mitteln des EU-Programms TACIS unterstützt. Vereinbart wurde eine Folgekonferenz, die 2005 in Finnland stattfinden soll.

62. Der Direktor des Landeskriminalamtes Schleswig-Holstein ist Mitglied des **Operative Committee (OPC) der Task Force on Organized Crime**. Hier werden konkrete Maßnahmen und Kontrollaktionen zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität in den Ostseeanrainerstaaten vereinbart.

63. Schleswig-Holstein hat seit deren Gründung die Geschäftsführung der **Arbeitsgruppe „Rauschgifthandel Nord-Ost“**. Teilnehmerländer sind neben den norddeutschen Ländern und der Bundesrepublik Deutschland die nordischen und baltischen Staaten, Polen, Russland sowie die Niederlande.

Aufgrund der Kontakte in dieser Arbeitsgruppe hat das Landeskriminalamt (LKA) im Januar 2004 erstmals an einem Treffen der **„E 6 Gruppe“** teilgenommen. Hier wird seit einiger Zeit die regionale Zusammenarbeit in der südlichen Ostsee durch eine nicht-förmliche Kooperation der Polizeichefs von Kopenhagen, Malmö, Göteborg und Oslo weiter entwickelt. Die Treffen dienen dem Austausch von Informationen zu konkreten Ermittlungen.

64. In Zusammenarbeit mit der Region Sønderjylland wurde ein **deutsch-dänisches Fortbildungsprojekt** zwischen der Polizeidirektion Schleswig-Holstein Nord und den Polizeikreisen im südlichen Dänemark durchgeführt, das aus Mitteln der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG II A gefördert wurde (Sprachkurse, gemeinsame Seminare). Erstellt wurde u.a. ein Handbuch über Aufgaben und Zuständigkeiten der Polizeidienststellen im Grenzgebiet.
Ein weiteres INTERREG-Projekt läuft seit April 2002 im Bereich der Polizeidirektion Schleswig-Holstein Süd mit den dänischen Partnerregionen.
65. Enge Kontakte bestehen zwischen dem **Technischen Zug der Einsatzhundertschaft** der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und den entsprechenden Einheiten in Dänemark.
66. Wie auch in den Vorjahren, führen Dänemark und Deutschland gemeinsam abgestimmte **Schwerlast- und Gefahrgutkontrollen** des Straßenverkehrs durch. In das für den Ostseeraum geltende „Memorandum of Understanding“ (MoU) für die Beförderung verpackter gefährlicher Güter wurde zum 1.1.2003 auch eine Verpflichtung zu Gefahrgutkontrollen aufgenommen. Trotz der Einführung des weltweit verbindlichen IMDG-Codes (International Maritime Dangerous Goods) zum 1.1.2004 wird das MoU fortgeführt, da entsprechende Kontrollverpflichtungen nur mit einem zeitaufwändigen Verfahren über die Internationale Schifffahrtsorganisation (IMO) in diesen Code aufgenommen werden können. Für die Ostseeregion hat es Deutschland übernommen, einen entsprechenden Regelungsvorschlag für den IMDG-Code auszuarbeiten.
67. Im Mai 2003 wurden lettische Inspektoren in Travemünde im Rahmen eines PHARE-Twinning-Projektes (Projektführung: Freie Hansestadt Bremen) erneut - nach einem Lehrgang im November 2001 - im Gefahrgutrecht geschult.
68. Im Rahmen bilateraler Beziehungen wurden eine Reihe von **Hospitationen und Veranstaltungen** durchgeführt, darunter u.a.
- ein mehrtägiger Erfahrungsaustausch zwischen Beamten der Spezialeinheit der lettischen Polizei „Omega“ und dem SEK Schleswig-Holstein (Januar 2003),
 - ein Fortbildungsaufenthalt hochrangiger Polizeioffiziere aus Litauen zum Thema „Die Polizei im demokratischen Rechtsstaat“ (Mai 2003, in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein),
 - ein internationaler Workshop „Aus- und Fortbildung der Polizei“ in Eutin (September 2003) mit Vertretern der Polizeischulen und -akademien aus Estland,

Finnland, Lettland und Litauen,

- mehrere Hospitationen von litauischen Beamten bei den Bezirkskriminalinspektionen Kiel und Lübeck zu verschiedenen Schwerpunktthemen (Tötungsdelikte, Kfz-Kriminalität, Tatortarbeit),
- eine Tagung zum Thema „Sicherheitspartnerschaft im Ostseeraum“ in Kaliningrad in Zusammenarbeit mit dem dortigen Juristischen Institut (April 2004)

69. **Aktivitäten der Verwaltungsfachhochschule Altenholz (VFH):**

- Kooperationsprojekt mit der **Rechtsuniversität Litauen** in Vilnius (seit 2000):
 - Gegenseitiger Austausch, Informationsbesuche und Praktika von Lehrkräften und Studierenden,
 - Austausch von wissenschaftlichen Arbeiten, Publikationen und Lehrmethodiken für die Aus- sowie Fortbildung,
 - gemeinsame Vorbereitung von Lehrmaterialien, wissenschaftlichen und methodischen Ausgaben,
 - gemeinsame Teilnahme an internationalen Projekten, Konferenzen, Symposien und Seminaren,
 - Schaffung von günstigen Bedingungen bei der gegenseitigen Benutzung der Bibliotheken für wissenschaftliche Forschungsarbeiten der Lehrkräfte und Studierenden beider Seiten.

Die Rechtsuniversität Litauen erhält EU-Mittel (Höhe unbekannt); die VFH hatte zwar EU-Mittel beantragt, jedoch ohne Erfolg. Anfallende Kosten werden aus dem allgemeinen Haushaltsansatz der VFH für das dort eingerichtete Auslandsamt gezahlt (jährlicher Ansatz insgesamt 2.000 €).

- Kontinuierliche Kontakte zu den Schleswig-Holstein-Büros in **Tallinn und Vilnius** (Vermittlung von Praktika für Studierende der VFH). Je nach Einzelfall Bezuschussung des Praktikumsaufenthaltes aus Mitteln der VFH.
- 2003 wurden **Studienfahrten** mit Studierenden der VFH nach Polen und Kaliningrad durchgeführt. Ferner haben insgesamt vier Studierende **Praktika** in Litauen, Lettland und Finnland absolviert.

Für 2004 sind Studienfahrten nach Polen und Kaliningrad geplant. Vier Studierende beabsichtigen im Jahr 2004 ihr Auslandspraktikum in Dänemark, Finnland, Polen und Norwegen zu absolvieren. In allen Fällen wird eine geringfügige Bezuschussung der Praktikumsaufenthalte aus Mitteln des Freundeskreises der VFH und des Auslandsamtes der VFH gewährt.

70. In den vergangenen Jahren ist Zusammenarbeit mit der westfinnischen Partnerregion auf dem Gebiet der **Entwicklung ländlicher Räume** durch mehrere ge-

meinsame Veranstaltungen u. a. im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative LEADER weiter vertieft worden. Nach dem Erfahrungsaustausch in 2002 über die neuen schleswig-holsteinischen Strategien zur ländlichen Entwicklung an den Beispielen des ländlichen Entwicklungsplanes „Zukunft auf dem Lande“ (ZAL) und den Gemeinschaftsinitiativen LEADER II und „LEADER plus“ zeichnet sich inzwischen eine konkrete Zusammenarbeit zwischen finnischen und den in Schleswig-Holstein gebildeten lokalen LEADER plus-Aktionsgruppen ab.

71. Ein weiteres Feld der Zusammenarbeit mit Finnland ist die Forschung über **Küstenschutz**. Der Finnische Geologische Dienst leitet als Projektführer ein transnationales INTERREG III B-Projekt („SeaReg“) zu den Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs auf den Hochwasserschutz und die Raumordnung. Das Innenministerium ist als Partner mit seiner Fachexpertise aber ohne finanzielle Beteiligung im Projekt eingebunden. Für Schleswig-Holstein kann die Teilnahme neue Gesichtspunkte zum Risikomanagement bringen.¹⁰⁸

72. Im Bereich **Landesplanung** ist das Innenministerium beteiligt an dem INTERREG III B - Projekt „BaltCoast“ (Transnationale Raumnutzungsstrategien im Offshore-Bereich): Die zunehmenden Nutzungsintensitäten und neue Offshore-Nutzungen wie Windparks bilden ein wachsendes Konfliktpotenzial. Dies und die zunehmenden Aktivitäten in der küstennahen Wasserzone begründen die Notwendigkeit, die Raumplanung auf die Offshore-Gebiete auszudehnen und hierfür transnational Methoden und Abstimmungsverfahren zur Steuerung der Nutzungsinteressen zu entwickeln. Partner des Projekts sind Dänemark, Finnland, Schweden und Mecklenburg-Vorpommern; beteiligt daran sind Polen, Litauen, Lettland, Estland und Kaliningrad (Russland).¹⁰⁹

Zur Zeit wird unter Beteiligung von Experten eine Studie für die am Projekt beteiligten Länder erarbeitet. Diese Studie soll Empfehlungen entwickeln für die künftige Abstimmungs- und Genehmigungspraxis bei Planungen für die Nutzung von Wasserflächen der Ostsee, bezogen sowohl auf die 12-Seemeilen-Zone als auch auf die sich daran anschließende Wirtschaftszone (AWZ).

Ministerium für Umwelt, Natur und Landwirtschaft (MUNL)

73. Das Leitbild einer **nachhaltigen Entwicklung für den Ostseeraum** wurde durch die Ostsee-Umweltministerkonferenz in Lulea (August 2003) nochmals bekräftigt.

¹⁰⁸ siehe hierzu auch Anlage 7 „INTERREG III B-Projekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung“

¹⁰⁹ siehe hierzu auch Anlage 7 „INTERREG III B-Projekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung“

Als Sprecher der norddeutschen Länder konnte der schleswig-holsteinische Umwelt- und Agrarminister in der Konferenz zusätzliche Akzente im Hinblick auf eine nachhaltige Landwirtschaftspolitik und insbesondere auf die Verringerung landwirtschaftlicher Nährstoffeinträgen in Gewässer setzen. Hierzu hatte Schleswig-Holstein bereits bei der Bremer Ministerkonferenz von HELCOM und OSPAR¹¹⁰ (Juni 2003) ein Positionspapier eingebracht.

74. Als konkretes Programm zur Nachhaltigkeit im Ostseeraum hat weiterhin die 1998 vom Ostseerat verabschiedete **regionale Agenda 21 für den Ostseeraum (Baltic 21)** Bedeutung. Nachdem die vergangenen Jahre vom Anschub des Umsetzungsprozesses geprägt waren, tritt nun die Aufgabe in den Vordergrund, die Baltic 21-Arbeit zu verstetigen und konkrete Umsetzungsergebnisse zu vereinbaren („Leuchtturmprojekte“). Die Umweltministerkonferenz von Lulea gab die Richtung für erforderliche Reformen der Baltic 21-Strukturen; die Steuerungsgruppe der Baltic 21 hat hierfür die inhaltlichen Eckpunkte beschlossen. Das schleswig-holsteinische Umweltministerium stellt weiterhin den Vertreter der BSSSC im Lenkungsausschuß der Baltic 21 und gestaltet den Reformprozess aktiv mit.

75. Mit der 2004 verabschiedeten **Landes-Nachhaltigkeitsstrategie** verfügt Schleswig-Holstein nunmehr auch über einen eigenen strategischen Rahmen für die landesinterne Umsetzung einer nachhaltigen, umweltverträglichen Entwicklung. Unterstützt wird der Verein „Conet CZ 21 (Coastal Network – Coastal Zone Agenda)“, der zum Aufbau eines aktiven Kooperationsnetzwerkes regionaler und lokaler Akteure für eine nachhaltige Küstenraumentwicklung in der gesamten Ostseeregion beitragen will. An diesem Kooperationsnetzwerk beteiligt sind lokale Agenda 21-Gruppen in Küstenregionen der Ostsee, lokale Agenda 21-Koordinatoren und weitere Bürgergruppen und Bürgerinitiativen mit küstenrelevanten Fragestellungen.

76. Die aus EU-Mitteln (INTERREG IIIB) geförderte **Projektkooperation BERNET** (Baltic Eutrophication Reduction Network) auf regionaler Ebene wird vorerst bis Ende 2005 fortgesetzt. Beteiligt sind Regionen in Dänemark (Fyn), Schweden (Laholm), Finnland (Westfinland), Estland (Tartu), Russland (Kaliningrad) und Polen (Gdansk); für Deutschland wirkt Schleswig-Holstein über das Landesamt für Natur und Umwelt (LANU) mit. Die BERNET-Zusammenarbeit dient einem verbesserten Eutrophierungsmanagement im Ostseeraum. Das z.Zt. laufende Projekt „BERNET CATCH“ soll die regionale Umsetzung der EU-Wasserrahmen-

¹¹⁰ Internet: www.helcom.fi (HELCOM) sowie: www.ospar.org (OSPAR)

richtlinie durch Erfahrungs- und Informationsaustausch unterstützen.

77. In der Umsetzung befindet sich das deutsch-dänische **INTERREG III A-Projekt „Marine Umwelt in der westlichen Ostsee“**. Es soll der Erstellung eines operativen Vorhersagemodells für die Meeresumwelt u. a. der schleswig-holsteinischen Ostseeküste und von Szenarienmodellen u. a. für die Kieler und Flensburger Förde dienen. An dem Projekt sind das LANU (für die K.E.R.N.-Region, Flensburg/Schleswig und Lübeck/Ostholstein) sowie die dänischen Amtskommunen Sønderjylland, Fyn und Storstrøm beteiligt.
78. Im Rahmen eines neuen internationalen Studienganges (Abschluss Diplom/ Master) am Leibniz-Institut für Meereswissenschaften (Kiel) und der Odense University of Southern Denmark (DK) wird das LANU ab Oktober 2004 Studierende während eines 3-monatigen Projekt-Praktikums betreuen. Das Projekt **“Biological Oceanography – A new interdisciplinary study programme”** wird mit INTERREG III A Mitteln gefördert.
79. Im Rahmen der **Projektkooperation STRING II** hat das MUNL eine Komponente zum Integrierten Küstenzonenmanagement (IKZM) erarbeitet. Mit den Partnern Storstrøms Amt aus Dänemark und Region Skane aus Schweden wurden verschiedene Module zum „sanften Tourismus“ und zur Nachhaltigkeit („Sustainable Coastal Management in the Blue Region“) durchgeführt. U.a. wurden erste Vorschläge für eine Fahrradroute rund um die westliche Ostsee (Schleswig-Holstein, Südjütland, Alsen Langeland, Lolland) entwickelt und ein bereits in Grundzügen entwickeltes Indikatorensystem für IKZM erprobt.
- In einer weiteren Projektkomponente (HOST) arbeiten die Regionen Skane, Storstroms Amt, Vestsjælland und Schleswig-Holstein gemeinsam an Möglichkeiten für den nachhaltigen Tourismus. Bis zum Projektende wurden die verschiedenen Highlights der einzelnen Regionen, die an der erarbeiteten Route liegen, in eine gemeinsame Internet Präsentation eingetragen und verlinkt.
80. **Helsinki-Kommission (HELCOM)**: Im Rahmen der Umsetzung des Übereinkommens von 1992 über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes ist Schleswig-Holstein in verschiedenen Arbeitsgruppen vertreten, unter anderem in der Nature Conservation and Coastal Zone Management Group der Helsinki-Kommission zum Schutze der Meeresumwelt des Ostseegebietes (HELCOM-HABITAT). Diese Arbeitsgruppe erarbeitet fachliche Grundlagen, Richtlinien oder Empfehlungen bzgl. Küstenzonenmanagement und Schutz/Erhalt mariner und

küstennaher Regionen, Biotope, Habitate oder Arten, z.B. Ausweisung von Baltic Sea Protected Areas (BSPAs). In der Arbeitsgruppe wirkt das MUNL aktiv mit.

81. *PHARE Twinning-Projekte in den Bereichen Agrar- und Fischereipolitik:*

Das seit 2001 bestehende Twinning-Vorhaben mit Estland zum Aufbau einer EU-konformen Zahlstelle zur Inanspruchnahme von agrarischen Fördermaßnahmen wurde in 2003 erfolgreich abgeschlossen. Ein von 2001 bis 2003 laufendes Twinning-Projekt diente der Vorbereitung der polnischen Fischereiverwaltung zur Übernahme des EU-Fischereirechts; das MUNL stellte einen Langzeitexperten für Fischerei zur Verfügung. Ab August 2004 startet das ALR Kiel als Partnerbehörde ein 18-monatiges Twinning-Projekt mit dem Polnischen Landwirtschaftsministerium zur Stärkung der zentralen und regionalen Fischereiverwaltung bei der Umsetzung der CFP (gemeinsame Fischereipolitik); das ALR Kiel stellt den Projektleiter, den Langzeitexperten und einige Kurzzeitexperten.

82. *Hospitationen im Agrarbereich:* Hospitationen von estnischen und lettischen Agrarfachleuten in Schleswig-Holstein bilden weiterhin einen Schwerpunkt der agrarfachlichen Zusammenarbeit.

83. *Agrarfachliche Zusammenarbeit mit Kaliningrad:* Eine Delegation der Ausbildungsabteilung der Kaliningrader Gebietsverwaltung hat sich in 2002 über das System der Beruflichen Bildung mit dem Schwerpunkt Landwirtschaft in Schleswig-Holstein informiert. Dabei wurde auch die Vertiefung der Kooperation zwischen der Agrarwissenschaftlichen Fakultät der CAU Kiel und der Kaliningrader Staatlichen Universität erörtert. Vereinbart wurde, die Möglichkeiten einer Kooperation beim Aufbau einer landwirtschaftlichen Lehr- und Versuchseinrichtung in Kaliningrad zu prüfen. Mit Unterstützung des MUNL wurde ein Schulkontakt zwischen dem landwirtschaftlichen Berufsslyzeum in Polesk und der Beruflichen Schule Rendsburg (Fachschule für Landwirtschaft) aufgebaut.

Seit 2003 wird ein Agrarmanagementprogramm für Führungskräfte aus dem Kaliningrader Agribusiness angeboten. Berufstätige Führungskräfte der mittleren Führungsebene lernen marktwirtschaftliche, betriebswirtschaftliche und produktionstechnische Abläufe sowie Managementmethoden der Agrarwirtschaft in Schleswig-Holstein kennen. Seit 2002 werden ebenfalls Hospitationen in Agrarfachschulen und Verwaltung angeboten.

Zwischen der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und der Kaliningrader Staatlichen Technischen Universität läuft seit Ende 2003 ein Agrarforschungsprojekt

zur "Praxisnahen Förderung der Aus- und Weiterbildung unter besonderer Berücksichtigung integrierter Produktionsverfahren in Kaliningrad".

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (MWAV)

84. Die **Ostseeregion** behält im Bereich der Außenwirtschaft ihren hohen Rang für Schleswig-Holstein. Die langjährigen Bemühungen des Wirtschaftsministeriums und anderer Träger außenwirtschaftlicher Flankierungen für schleswig-holsteinische Unternehmen tragen Früchte.

Die **Exporte** des Landes Schleswig-Holstein sind ein besonders signifikantes Merkmal für den Platz Schleswig-Holsteins als internationaler Wirtschaftspartner, da hier Waren erfasst werden, die im Wirtschaftsgebiet Schleswig-Holstein hergestellt werden. Die Exporte in die Ostseestaaten erreichten im Jahre 2003 mit 1,983 Milliarden € einen Zuwachs von 14,9 % gegenüber dem Vorjahr; ihr Anteil an den gesamten Exporten Schleswig-Holsteins stieg auf 17,2 %. Polen liegt gleichauf mit Schweden als Empfänger schleswig-holsteinischer Waren mit rund 260 Millionen €. Dänemark hält auf Grund seiner starken nachbarschaftlichen, wirtschaftlichen Verflechtung mit Deutschland bzw. Schleswig-Holstein mit rund 770 Mio. € unverändert Platz 1 unter den Ostseehandelspartnern.

Bemerkenswert ist, dass die Exporte Schleswig-Holsteins nach Russland stark angewachsen sind. Mit knapp 380 Millionen € konnte ein Zuwachs um mehr als 100 Millionen € (rund 40 %) erzielt werden. Russland überholte Polen und hält nun den Platz 2 als Ostsee-Exportpartner. Auch die Steigerung des Exports nach Norwegen auf rund 170 Millionen € ist wegen der großen Konkurrenz auf diesem zahlungskräftigen Markt von Bedeutung.

Die **Importzahlen** geben nur ein unscharfes Bild der Außenwirtschaftsbeziehungen Schleswig-Holsteins, weil nur ein Teil der Importwaren im Wirtschaftsgebiet Schleswig-Holstein verbleibt. Insgesamt wurden 2003 Waren im Wert von 4,089 Milliarden € aus den Ostseestaaten eingeführt. Mit einem Zuwachs von 14,6 % stieg ihr Anteil an den gesamten Importen Schleswig-Holsteins auf 31,5 %. Hier ist Dänemark mit knapp 1,8 Milliarden € unverändert weltweit der wichtigste Importpartner Schleswig-Holsteins, gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs von 330 Millionen € (plus 20 %). Mit dem nächst wichtigen Ostseeimportpartner Schweden konnte mit rund 1,2 Milliarden € ebenfalls ein Zuwachs erzielt werden.

85. Die **außenwirtschaftliche Flankierung** mit Schwerpunkt auf kleine und mittlere Unternehmen in Schleswig-Holstein erfolgt mit der zwischen dem MWAV und der Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein (WSH) abgestimmten „Strategie Mittel- und Osteuropa: Polen – und andere EU-Beitrittskandidaten, Aktionen 2003 bis 2004“. Die Resonanz hiesiger Firmen auf eine IHK-Umfrage 2002 und auf die WSH-Dienstleistungsangebote belegten das überdurchschnittliche Interesse der Firmen an Geschäftsbeziehungen mit den MOE-Staaten, insbesondere zu Polen.

In der außenwirtschaftlichen Betreuung von Unternehmen wurden typische schleswig-holsteinische Kompetenzfelder bzw. Kernthemen herausgefiltert, in denen Marktbegleitungen und Marktöffnungsaktionen erfolgversprechend sind. Besonders gut eignete sich dabei der Bereich **Umwelttechnologie** als Querschnittsfeld mit Blick auf Aktionen in Polen und andere hochentwickelte MOE-Staaten (z.B. Tschechien, Ungarn). Ingenieurdienstleistungen, Zuliefer- und Bauindustrie, Maschinen- und Anlagenbau zählen ebenso zu diesem Themenfeld wie Technologien zur Erzeugung regenerativer Energien. Neben der Stärkung von Markteintritts- und Geschäftserfolgchancen in den neuen EU-Märkten sollen dabei auch die Ausgangsbedingungen für schleswig-holsteinische KMU's über die neuen EU-Grenzen hinaus in Russland, Ukraine und nach Südosteuropa verbessert werden. Auf Grund seiner geografischen Erreichbarkeit gilt Polen dabei Priorität.

Das Querschnittsfeld Umwelttechnologie stand bei den **politisch begleiteten Aktionen** im Vordergrund: Unternehmerreise nach Schlesien (Breslau/Wroclaw) im September 2002 unter Leitung des Wirtschaftsministers, Begleitung einer Hamburger Delegationsreise nach Danzig/Gdansk im Februar 2003 (Staatssekretär MWAV) und eine Unternehmerdelegation unter Leitung des Wirtschaftsministers im Mai 2003 nach Litauen, Kaliningrad und Pommern/Danzig.

86. Die **Region St. Petersburg/Nordwest-Russland** stand mehrfach im Mittelpunkt außenwirtschaftlicher Bemühungen. So bei bei einer Unternehmerreise im November 2002 in Begleitung des Wirtschaftsministers zur Vorbereitung eines Firmengemeinschaftsbüros in St. Petersburg, bei einer Delegationsreise anlässlich des Stadtjubiläums St. Petersburgs im September 2003 (Leitung: Ministerpräsidentin und Wirtschaftsminister) sowie einer Delegationsreise des Ost- und Mitteleuropa-Vereins (OMV) nach Nordwestrussland im Juni 2004 (Vertreter der norddeutschen Wirtschaft, Begleitung durch Staatssekretär MWAV).

87. Im Bereich der **Technologiepolitik** haben Schleswig-Holstein und Hamburg die Gründung einer gemeinsamen „Life Science“-Gesellschaft vereinbart, um die regionalen Potenziale in den Bereichen Medizintechnik, medizinische Biotechnologie und Forschung sowie im Pharmasektor zu einem **norddeutschen Life Science-Cluster** auszubauen.
- In einem ersten Schritt hat Hamburg Ende 2003 die Gesellschaft „i-Med/NORD GmbH“ gegründet, der Schleswig-Holstein Ende April 2004 beigetreten ist und die als gemeinsames Unternehmen unter dem Namen „Norgenta, Life Science Nord GmbH“ geführt wird. Als zentrale Anlaufstelle für alle Akteure im Bereich „Life Science“ soll sie das Wachstum der ansässigen Wirtschaft und Wissenschaft unterstützen, neue Arbeitsplätze schaffen, die Neuansiedlung von nationalen und internationalen Unternehmen initiieren, Verfügbarkeit von Wachstumskapital und Drittmitteln zur Förderung sicherstellen sowie die regionale, nationale und internationale Vermarktung und Profilierung des Life Science-Standortes Norddeutschland übernehmen.
88. Aufgreifen soll die Gesellschaft „Norgenta, Life Science Nord GmbH“ auch bestehende Kontakte z.B. in die Öresund- Region. Weiteren Auftrieb von norddeutscher Seite wird die Gesellschaft auch dem ostsee-weiten Kooperationsverbund **„ScanBalt in Biotechnology“** geben; angestrebt wird auch eine Abstimmung mit dem länderübergreifenden „Förderkreis Life Sciences e.V. **Bay to Bio**“, dem rund 60 Unternehmen aus Schleswig-Holstein und Hamburg angehören.
89. Im Bereich der **Luftfahrtforschung** streben die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein eine Kooperationsvereinbarung an. Der Entwurf einer solchen Kooperationsvereinbarung wird derzeit erarbeitet. Sie dürfte die norddeutsche Zusammenarbeit in Bereich der Luftfahrtforschung – insbesondere auf den EADS-Standort – weiter vorantreiben.
90. Das im November 2001 gestartete Projekt **“Strengthening the Regional Innovation Profile” (STRINNOP)**“ ist im Herbst 2003 abgeschlossen worden. Das Projekt hat den beteiligten Regionen aus Kaunas/Litauen, Gdansk/Polen, Pest-Bács-Kiskun/Ungarn, Flandern/Belgien, Bretagne/Frankreich, Niederösterreich, Bremen und Schleswig-Holstein aufgezeigt, welche Faktoren das Innovationsprofil der Regionen – immer unter Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten – besonders stark beeinflussen. Die Identifizierung der eigenen regionalen Kompetenzen und Potenziale ist Grundvoraussetzung für die Entwicklung von Innovationsprofilen. Die Entwicklung und Etablierung von innovativen Unternehmen, die

Stärkung technologischer und innovativer Potenziale, die Stimulierung von innovativen Aktivitäten, die Fokussierung auf regionale Stärken (Aufbau von Clustern und Netzwerken), die Internationalisierung der Regionen, das Marketing, die Überwachung und Evaluierung des Einsatzes öffentlicher Fördermittel und das Einwerben von Drittmitteln haben sich als wesentliche Faktoren für die Entwicklung regionaler Innovationsprofile in allen Partnerregionen herausgestellt – und zwar unabhängig von den z.T. sehr unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in den einzelnen Regionen.

91. Aufgrund eines deutsch-dänischen Memorandums vom 6. Dezember 2000 wurde für das Projekt einer **festen Fehmarnbeltquerung** ein Markterkundungsverfahren durchgeführt und 2002 abgeschlossen. Hier hat die private Wirtschaft ein Interesse an Planung, Bau, Finanzierung und Betrieb geäußert. In 2003 sind die Verkehrsprognosen aktualisiert, ausstehende Fragen mit den Eisenbahnunternehmen erörtert und verschiedene Finanzierungsmodelle bewertet worden. Das Staatsgarantiemodell stellt sich dabei als günstigste Lösung dar; sie beruht auf privater Kreditfinanzierung und Refinanzierung über Nutzerentgelte. Im Oktober 2003 sind auch die landseitigen Eisenbahnverbindungen in Dänemark und Schleswig-Holstein in den Vorschlag für die „Transeuropäische Netze Verkehr“ (TEN-T) aufgenommen worden.

Zurzeit befasst sich die deutsch-dänische Lenkungsgruppe, die die Planungen vorbereitet, mit der Ausgestaltung des Finanzierungsmodells. Die Verkehrsminister Dänemarks und Deutschlands wollen im nächsten Schritt eine „*Joint Declaration*“ unterzeichnen, die der Vorbereitung einer Regierungsvereinbarung und des weiteren Verfahrens dienen soll. Als Termin wird Ende Juni 2004 angestrebt. Die Entwicklung dieses und weiterer Verkehrsprojekte wird unter der Überschrift „Schleswig-Holstein als Transportdrehscheibe im Ostseeraum“ in diesem Bericht ausführlicher dargestellt.¹¹¹

92. Im Rahmen des **Europäischen Verkehrsprojektes VIKING** beteiligt sich Schleswig-Holstein zusammen mit anderen norddeutschen Bundesländern aktiv an einer Reihe von Einzelprojekten, die der Förderung der Verkehrstelematik im transeuropäischen Straßennetz TEN dienen. Diese Aktivitäten sollen in den Folgejahren unter Einschluss der baltischen Staaten fortgeführt werden.

93. In gleicher Weise beteiligt sich Schleswig-Holstein an **dem INTERREG IIIB- Projekt „Baltic Gateway“**, das sich die Förderung der transnationalen Zusammen-

¹¹¹ siehe Abschnitt 4.2 dieses Berichts

arbeit zur Entwicklung des Verkehrs und der Verkehrsinfrastruktur in den Anrainerstaaten des Baltischen Meers zum Ziel gesetzt hat.

94. **Einrichtung einer Transitroute für Tanker in der Ostsee:** Eine vom Bundesverkehrsministerium Ende 2003 eingesetzte Arbeitsgruppe erörtert derzeit mit Experten der HELCOM-Partner und insbesondere mit Russland die Festlegung einer solchen Route (einschl. Schiffsidentifizierung und navigatorischer Beratung). Ende November 2003 fand hierzu auf Einladung Deutschlands in Berlin eine Sitzung der entsprechenden HELCOM-Expertengruppe, in der u.a. die gemeinsame Erstellung einer Sicherheitsanalyse zur Gestaltung zukünftiger Transitrouten nach den Standardvorgaben der IMO beschlossen wurde.
95. **Energiewirtschaft:** Die energiewirtschaftlichen Projektinitiativen richten sich insbesondere auf Litauen und Estland.
- Die Energiewirtschaft in **Litauen** ist in hohem Maße modernisierungsbedürftig. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die geplante Stilllegung des Kernkraftwerkes Ignalina bis 2010. Daraus resultiert die Chance für die schleswig-holsteinische Energiewirtschaft, ihr know-how und ihre Produkte zu vermarkten. Der Wirtschaftsminister hat bei seinem Besuch in Litauen im Mai 2003 Unterstützung bei der Modernisierung der Energiewirtschaft zugesichert.
- Vereinbart wurde ein Energie-Workshop mit u.a. den Stadtwerken Flensburg und Lübeck sowie litauischen und deutschen Firmen zu Fragen der Energieeinsparung, Gebäudesanierung, Sanierung von Wärmeverteilungsanlagen und Modernisierung von Energieerzeugungsanlagen. Die Investitionsbank Schleswig-Holstein wird Finanzierungsmodelle für wärmetechnische Gebäude- und Fernwärmesanierung und den Einsatz erneuerbarer Energieträger beitragen. Ziel ist die die Auswahl einer geeigneten litauischen Kommune für die Durchführung von Modellmaßnahmen.
- Zum Auftakt einer vertieften Zusammenarbeit mit **Estland** wurden im Rahmen der Delegationsreise der Ministerpräsidentin im September 2003 in einem Seminar im Rahmen des Besuchs der Ministerpräsidentin in Tallinn (September 2003) die Kompetenzen der schleswig-holsteinischen Energiewirtschaft im Bereich „Windenergie“ präsentiert und erste Geschäftskontakte angebahnt.
96. **Deutsch-dänische Wirtschaftsförderung:** Die Zusammenarbeit in der Region Sønderjylland/Schleswig hat in den letzten Jahren an Dynamik gewonnen. Das MWAV unterstützt Aktivitäten, die dazu beitragen die grenzüberschreitende wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Region Sønderjylland/Schleswig zu vertiefen.

Dazu zählen insbesondere die INTERREG III A-Projekte „RegNet D / DK“ und „Regionale wirtschaftliche Entwicklungsstrategie“.

Das **Projekt „RegNet D/DK** – Netzwerk der regionalen Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsorganisationen der Region Sønderjylland/Schleswig“ ist ein Gemeinschaftsprojekt der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Nordfriesland in Husum und des SønderjyllandsTIC & ErhvervsCenter (SJEC) in Apenrade. Ziel ist, die wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Grenzregion zu stärken. Kernstück des Projektes ist eine Wissens- und Kompetenzdatenbank, die wirtschaftsrelevantes Know-how und Fachwissen aus der Region Sønderjylland/Schleswig bündelt und in einem Internetportal bereithält.

Das **Projekt „Regionale wirtschaftliche Entwicklungsstrategie“** zielt darauf, die Wettbewerbsfähigkeit durch eine Herausstellung des wirtschaftlichen Profils der Region zu verbessern. In ausgewählten Sektoren und Branchen sollen umsetzungsfähige Projekte unter Mitwirkung von Akteuren aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft entwickelt werden.

Im Oktober 2003 fand im Rahmen der Partnerschaft mit Sønderjyllands Amt auf Einladung von Amtsborgmester Holst und Minister Rohwer ein „Runder Tisch Wirtschaft“ zur Stärkung der wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Region statt. Als ein Ergebnis soll eine **deutsch-dänische „task force Wirtschaft“** ins Leben gerufen werden. Jeweils sechs Vertreter der dänischen und der deutschen Seite unter Einschluss von Unternehmerpersönlichkeiten sollen die Umsetzung vorrangiger Leitprojekte in der Region unterstützen, diese miteinander vernetzen und so die Zusammenarbeit in der Region zu vertiefen.

97. Grenzüberschreitender Arbeitsmarkt Schleswig-Holstein/Sønderjylland:

Unbeschadet rechtlicher Organisationsformen sind Arbeitsmärkte in der Europäischen Union noch immer kulturellen und sozialen Traditionen unterworfen. Die Herausforderung, einen tatsächlichen „Europäischen Arbeitsmarkt“ zu schaffen, stellt sich in allen inner-europäischen Grenzregionen. Im Rahmen einer Bestandsaufnahme für die deutsch-dänische Grenzregion wurde deutlich, dass hier weniger „harte“ Hemmnisse in den durch Rechtsvorschriften geregelten Bereichen (z.B. der Steuerpflicht als auch der Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung) einem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt entgegenstehen. Im Vordergrund stehen vielmehr „weiche“ Hemmnisse wie fehlende Kenntnisse des Arbeitsmarktes im Nachbarland, unzureichende Sprach- und Kulturkenntnisse, mangelnde Kooperationserfahrungen, aber auch fortbestehende „Vorurteilsketten“ beiderseits der Grenze.

Mit dem Ziel der Förderung eines deutsch-dänischen Arbeitsmarktes sind in der

Grenzregion eine Reihe von Institutionen und Initiativen tätig, unter denen insbesondere die Arbeit von **EURES** (European Employment Services) – eine Initiative der Europäischen Union – hervorzuheben ist. Aus der Arbeit von EURES, in deren Gremien das Arbeitsministerium seit 1998 mit beratender Stimme vertreten ist, haben sich bereits zahlreiche Anregungen, Erkenntnisse und Aktivitäten in verschiedenen Bereichen ergeben.

Die Arbeit von EURES zur Entwicklung eines grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes wird unterstützt durch die Modellprojekte GRAMARK und NTJC, die aus dem Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein 2000“ gefördert werden:

- Das Projekt **GRAMARK** unterstützt Arbeitsuchende im Zusammenwirken mit EURES und anderen Partnern im deutsch-dänischen Grenzgebiet bei der Vermittlung und Besetzung von Arbeitsplätzen, vermittelt den Erstkontakt zum künftigen Arbeitgeber und ist bei der Erstellung aussagekräftiger Bewerbungsprofile behilflich. Im Mittelpunkt der Aktivitäten steht die Recherche über besetzbare Stellen im Grenzraum. Hierzu hat GRAMARK ein Informationsnetzwerk zwischen den Akteuren des deutsch-dänischen Arbeitsmarktes organisiert.
- Das Projekt **NTJC** (Nordic Training & Job Center) zielt im EURES-Verbund auf Vermittlung von Arbeitsuchenden nach Dänemark, Norwegen, Schweden und Irland. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Arbeitskräftenachfrage in diesen Zielländern ist ein Angebot entwickelt worden, um interessierte Arbeitslose so qualifizieren zu können, dass auf gesicherter Grundlage eine Erwerbstätigkeit im Ausland ermöglicht wird. Durch die Funktion eines „Jobfinders“ im jeweiligen Zielland kann eine ortsnahe Vermittlungs- und Betreuungsarbeit langfristige Kontinuität und Erfolg der Maßnahme gewährleisten. Allein im Jahre 2003 konnten rd. 110 Arbeitslose nach Norwegen, Schweden und Irland vermittelt werden.

Haupthindernis für eine Arbeitsaufnahme als Grenzpendler sind nach den bei GRAMARK gesammelten Erkenntnissen fehlende Sprachkenntnisse. Gleichwohl ist die Erfolgsbilanz beeindruckend. Allein im Jahre 2003 sind im Zusammenwirken von EURES, GRAMARK und NTJC annähernd 500 Auslandsvermittlungen erfolgt, wovon allein auf Dänemark unter maßgeblicher Beteiligung von GRAMARK mehr als 300 entfallen.

Ministerium für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz (MSGV)**98. Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein – Projektgruppe 4: „Medizinische Kompetenz“ (Leitprojekte: Grenzüberschreitende medizinische Versorgung)**

Ziel des Leitprojektes ist ein gemeinsames Angebot von Gesundheitsdienstleistungen für ausländische Patienten durch schleswig-holsteinische Anbieter sowie die Koordination eines vereinheitlichten Auftretens aus dem und für den Standort Schleswig-Holstein. In der Projektgruppe wirken Vertreterinnen und Vertreter der Krankenhausgesellschaft Schleswig-Holstein e.V. und einzelner Kliniken, der Ärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung, der Technologiestiftung sowie aus dem pharmazeutischen Bereich mit. Mit der im Bereich der stationären Angebote musterhaften Entwicklung geeigneter Verfahren und Maßnahmen für die internationale Präsentation und organisatorische Begleitung von Angeboten sind die Kernziele des Leitprojekts weitgehend abgeschlossen.

99. Im Vordergrund stand die „**Patientenbrücke**“ **Norwegen (pasientbro)**. Auf ein internationales Ausschreibungsverfahren Anfang 2001 auf der Grundlage eines eigens zum Einkauf von Gesundheitsleistungen im Ausland eingerichteten Haushaltstitels im Umfang von 1 Mrd NOK unterbreiteten unter Federführung der KGSH e.V. Krankenhäuser aus Schleswig-Holstein gemeinsam ein Angebot. Zeitgleich erfolgte eine Präsentation der Angebote und der damit verbundenen Kooperationsangebote im Rahmen eines Delegationsbesuchs unter Leitung der schleswig-holsteinischen Gesundheitsministerin beim norwegischen Gesundheitsminister.

Auch heute noch exklusiv in Deutschland (und mit Ausnahme eines Sonderabkommens in Frankreich auch exklusiv außerhalb Skandinaviens) sind fünf schleswig-holsteinische Kliniken auf vertraglicher Grundlage bei den zuständigen norwegischen Behörden akkreditiert: Diakonissenanstalt Flensburg, Ostseeklinik Damp, Lubinus Klinik Kiel, Westküstenklinikum Heide und CAU Kiel.

Von den im Rahmen der Patientenbrücke im Ausland versorgten norwegischen Patientinnen und Patienten wurden etwa 15% (insgesamt mittlerweile mehr als 1200) im Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein behandelt (zum Vergleich: 1999 betrug die Zahl der in Krankenhäusern in Schleswig-Holstein behandelten Norweger 24). Damit wurde der zu Beginn des Projekts erhoffte Anteil Schleswig-Holsteins an den tatsächlich erfolgten Auslandsbehandlungen übertroffen.

Mittlerweile ist in Norwegen eine tiefgreifende Reform des stationären Bereichs erfolgt. Neue Organisationsstrukturen und eine Fülle weitreichender gesetzlicher

Regelungen haben auch die Voraussetzungen für die Fortführung der Patientenbrücke verändert. Die Patientenbrücke wird durch eine neue Verwaltungseinheit (den neu errichteten Regionalen Gesundheitsbehörden) und im Rahmen eines geringeren Haushaltsvolumens (ca. 80 – 85 Mio NOK) fortgeführt. Unter anderem können nunmehr neben Auslands-Krankenhäusern auch private Krankenhäuser in Norwegen aus dem verfügbaren Haushaltstitel in Anspruch genommen werden. Gegenwärtig werden die Behandlungen fortgeführt und gelten die Akkreditierungen jedenfalls bis Mitte des Jahres. Im Zusammenhang mit neuen gesetzlichen Regelungen, vor allem aufgrund des „Wahlfreiheitsgesetzes“ vom Januar 2004, werden voraussichtlich in diesem Jahr die Krankenhausleistungen erneut international ausgeschrieben werden.

100. **Zusammenarbeit mit Dänemark im Gesundheitsbereich:** Die seit Winter 1998 bestehende Kooperation zwischen der Uniklinik in Odensee und dem St. Franziskus Krankenhaus in Flensburg ist im Gefolge der Kooperationsvereinbarung mit dem Amt Sønderjylland erweitert worden. St. Franziskus ist für einen 5-Jahres-Zeitraum in die onkologische Versorgung/ Strahlentherapie für dänische Patienten eingebunden. Die Landesregierung hat den notwendigen Neubau des Strahlenbunkers zur Etablierung einer zweiten Bestrahlungsanlage mit 3,8 Millionen DM gefördert. Damit werden die Bedarfe auf dänischer Seite gedeckt und zugleich eine bessere Versorgung angesichts eines erhöhten Bedarfs in Schleswig-Holstein regional sichergestellt.

Die Ostseeklinik Damp ist bereits am 30.05.2002 als erste Klinik überhaupt von der dänischen Amtratsvereinigung für die Behandlung dänischer Patienten akkreditiert worden. Zuletzt hat die Ostseeklinik Damp einen z.Zt. 10 Betten umfassenden Klinikbetrieb mit dem Krankenhaus in Tondern vertraglich vereinbart, in dessen Rahmen die Ostseeklinik Betten, Personal und Ausstattung des Krankenhauses in Tondern für orthopädische Eingriffe nutzt. Aus der Sicht der Landesregierung unterstreicht diese sehr enge Kooperation die beiderseitige Bereitschaft zur weitreichenden gemeinsamen, an der bestmöglichen Versorgung der Patientinnen und Patienten orientierten Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich. Aufgrund der seit dem 1.7.2002 geltenden gesetzlichen Garantie, bei Überschreitung einer Wartezeit von drei Monaten eine Behandlungsmöglichkeit im Ausland in Anspruch nehmen zu können, werden aus Dänemark verstärkt grenzüberschreitende Kooperationen im akutstationären Bereich erfragt.

101. Über die bereits etablierte Kooperation im Rettungswesen zwischen Sønderjylland und der Berufsfeuerwehr Flensburg hinaus werden z.Zt. die Möglichkeiten

für die ***grenzüberschreitende Nutzung von Rettungshubschraubern*** erörtert.

102. Die Unternehmen der ***Land- und Ernährungswirtschaft***, die sich auf Märkten der Beitrittsländer etablieren wollen, werden vom Land zusammen mit der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein und der CMA durch Angebote zur Beteiligung an Gemeinschaftsaktionen logistisch und finanziell unterstützt. Vorrangig handelt es sich dabei um Gemeinschaftsstände auf Fachmessen der Ernährungsbranche. Zur verstärkten Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen bei der Markterschließung in den Ländern des östlichen Ostseeraums wird das Land zusammen mit der Landwirtschaftskammer und mit Unterstützung der CMA Delegationsreisen mit Unternehmen der Ernährungsbranche organisieren, vorrangig im Zusammenhang mit dem Besuch von Fachmessen und teilweise unter politischer Leitung. In der Zeit vom 26.- 28. Mai 2004 findet eine Delegationsreise mit schleswig-holsteinischen Fachvertretern der Ernährungsbranche aus Wirtschaft und Politik nach Danzig statt.

Anlage 2:***Stand der interregionalen Partnerschaften im Ostseeraum im Jahre 2004 (Stand: Juni 2004)***

Seit rund zehn Jahren hat Schleswig-Holstein ein beispielhaftes **Netzwerk von Regionalpartnerschaften im Ostseeraum** aufgebaut. Hauptaufgabe der Partnerschaften mit Regionen war und ist es, konkrete gemeinsame Projekte durchzuführen und Möglichkeiten zur Vertiefung der Zusammenarbeit auch für Akteure außerhalb der Landesregierung zu eröffnen.

Ergänzt wird dieses Netzwerk durch die seit 1995 kontinuierlich aufgebauten „**Schleswig-Holstein-Büros**“ in ausgewählten Ländern und Partnerregionen im Ostseeraum. In Tallinn, Riga, Vilnius, Kaliningrad, Gdansk/Danzig und Malmö leisten sie wertvolle Arbeit zur Unterstützung der Partnerschaften des Landes, die mittlerweile unverzichtbar geworden ist. Als Informations- und Vermittlungsstelle vor Ort unterstützen sie die praktische Projektarbeit; als „Botschafter des Landes“ leisten sie mit ihren Kontakten wertvolle Unterstützung bei der Anbahnung neuer Projekte.

Nachdem in den vergangenen Jahren vor allem die **Strukturen des Partnerschaftsnetzes** an die von Regional- und Strukturreformen in mehreren Nachbarländern geprägte Entwicklung angepasst werden mussten, standen die Partnerschaften zuletzt im Zeichen der Konsolidierung. Allein die Partnerschaften, die ursprünglich auch mit der Intention begründet worden waren, Unterstützung bei der Heranführung an EU-Standards zu leisten, mussten und müssen neu ausgefüllt und gestaltet werden. Dementsprechend haben sich Art und Umfang der einzelnen bestehenden Partnerschaften deutlich unterschiedlich entwickelt:

Region Ost-Norwegen

Die 1995 eingegangene Partnerschaft mit der Stadt Oslo und dem Bezirk Akershus wurde 1998 auf die neu gegründete Partnerregion Eastern Norway County Network („*Østlands samarbeidet*“) ausgeweitet. Die Partnerregion umfasst seitdem auch die Bezirke („*fylkeskommuner*“) Buskerud, Hedmark, Oppland, Telemark, Vestfold und Østfold und stellt mit 2,2 Mio. Einwohnern rund die Hälfte der Einwohnerzahl Norwegens.

Diskussion und Perspektiven um eine Regionalreform in Norwegen sind auch in der Partnerschaftszusammenarbeit ein bestimmendes Thema gewesen.

- Nachdem der Höhepunkt der 2001 mit den norwegischen Partnern vereinbarten Patientenbrücke („*pasientbro*“) überschritten ist, findet die Behandlung norwegischer Patienten fortlaufend, wenngleich in geringerem Umfang, statt. Bislang konnten etwa 1200 Patienten in schleswig-holsteinischen Krankenhäusern behandelt werden. Die Verträge mit den Krankenhäusern laufen bis Mitte des Jahres.
- Die Verlagerung der Zuständigkeit für das Gesundheitswesen auf die nationale Ebene in Norwegen erschwert eine enge Zusammenarbeit auf regionaler Ebene. Gleichwohl werden regelmäßig Themen ausgelotet. Ob und inwieweit die im Januar 2004 beschlossenen neuen Strukturen des Gesundheitswesens in Norwegen möglicherweise neue Kooperationsfelder eröffnen, wird mit den norwegischen Partnerregionen zur Zeit erörtert.

Eine gemeinsame Kulturarbeitsgruppe arbeitet am Ausbau des kulturellen Austausches. Neben der Vertiefung der Information über die kulturellen Strukturen in beiden Partnerregionen steht die Durchführung konkreter Projekte im Vordergrund:

- Die Edvard Munch Ausstellung in Lübeck, die im Rahmen der Partnerschaft realisiert werden konnte, war das Highlight der kulturellen Zusammenarbeit im Jahr 2003 und hat fast 30.000 Besucher in die Hansestadt geführt.
- Ein Schwerpunkt für 2004 lag auf der Präsentation Schleswig-Holsteins beim Literaturfestival in Lillehammer im Mai des Jahres. Daneben konnte der Austausch von Jugendlichen bei Musikfestivals sowohl in Schleswig-Holstein als auch in der Partnerregion erfolgreich etabliert werden.
- Für das Jahr 2005 werden verschiedene schleswig-holsteinische Beiträge für die Deutschen Kulturtage in Norwegen anlässlich des 100jährigen Jubiläums der staatlichen Unabhängigkeit vorbereitet.

Der Langzeitschüleraustausch zwischen Partnerschulen in Flensburg und Lillehammer konnte erfolgreich etabliert werden. Mit finanzieller Unterstützung der Willy-Brandt-Stiftung werden sich bereits ab Herbst 2004 weitere Schulen aus Schleswig-Holstein und Norwegen an dem Austausch beteiligen.

Die norwegische „Deutschland-Strategie“ ist Ende 2003 in einer revidierten Fassung vorgelegt worden und beschreibt nun sehr viel konkreter einzelne Schritte zur Umsetzung des Ziels, die Kenntnisse über Deutschland in Norwegen und umgekehrt auf den verschiedenen Ebenen zu verbessern. Auf die in der Strategie ausdrücklich genannten arbeitsmarkt-orientierte Zusammenarbeit wollen beide Partner mit gemeinsamen Projekten reagieren, die sich zunächst auf Engpassbereiche im norwegi-

schen Arbeitsmarkt konzentrieren sollen: Ein erster Schritt ist die Ermittlung des Arbeitskräftebedarfs im Bau- und handwerklichen Bereich in der Region Buskerud (rd.250.000 Einwohner), der nicht durch norwegische Arbeitnehmer abgedeckt werden kann; über das Vermittlungsangebot des Arbeitsamts Flensburg/EURES (unter Einbindung des "Nordic-Training & Job-Center") sollen dann konkrete Fortbildungs- und Arbeitsvermittlungsangebote insbesondere für arbeitslose Bauhandwerker aus Schleswig-Holstein geschaffen werden.

Das Deutsch-Norwegische Studienzentrum (DNSZ) an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel - ein anerkannter und in Norwegen gut bekannter Knotenpunkt für Studienaufenthalte in Deutschland - vergibt jährlich ein Stipendium für norwegische Studenten. Derzeit wird geprüft, ob auch die Vergabe eines norwegischen Stipendiums an deutsche Studenten ermöglicht werden kann. Im Bereich Technologietransfer und Informationstechnologien wurden unter Beteiligung des Innovationszentrums Itzehoe (IZET) und norwegischer Partner zwei Vorhaben zur Stärkung regionaler KMU initiiert werden, die nun über EU-geförderter Projekte umgesetzt werden sollen.

Finnische Partnerregion

Seit 1998 besteht eine Partnerschaft mit den drei finnischen Regionen Ostrobothnia, Central Ostrobothnia und Etelä-Pohjanmaa (South Ostrobothnia), die nach vollzogener Funktionalreform in Finnland an die Stelle der Partnerschaft mit der vormaligen Provinz Vaasa aus dem Jahr 1994 getreten ist.

Insbesondere der kulturelle Austausch und die Kooperation im Bereich „Entwicklung des ländlichen Raums“ stehen im Vordergrund der Zusammenarbeit. Im Rahmen des EU-Programms LEADER+ konnte der Austausch von Erfahrungen und erfolgreichen Maßnahmen fortgeführt werden. Weitere Themenschwerpunkte sind Dorfentwicklung, Ländliche Strukturentwicklungsanalyse (LSE) und der regelmäßige Erfahrungsaustausch im Bereich Agrarreform.

Ein Arbeitsbesuch im Sommer 2003 in Vaasa und Seinäjoki hat zu einer Intensivierung des Austauschs im Bereich Gesundheit geführt. So konnte für den INTERREG III B-Projektantrag „*e-health in the Baltic Sea Region*“ unter Federführung der AOK Schleswig-Holstein auch ein Partner aus der finnischen Partnerregion gewonnen werden. Weitere Kooperationsmöglichkeiten aus dem Bereich Gesundheit wie z.B. Prävention oder Krankenhausmanagement werden derzeit überprüft.

Die gemeinsame Kulturarbeitsgruppe beider Partner hat ihre Arbeit erfolgreich fortsetzen können und im Jahr 2003 zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt. Unter dem Motto „Folk-Musik“ finden im Sommer 2004 Konzerte und Seminare statt. Abschluss der Veranstaltungsreihe wird ein gemeinsames Konzert je einer schleswig-holsteinischen und einer finnischen Folk-Band im Rahmen der Feierlichkeiten anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Partnerschaft im Herbst 2004 sein.

Zwischen den Hochschulen der Partnerregionen bestehen seit Jahren enge Kontakte und Kooperationen. Die Fachhochschule Kiel und das Polytechnikum Vaasa bieten beispielsweise die Möglichkeit eines Doppeldiploms im Fach Betriebswirtschaftslehre an. Über die Partnerschaft konnte die Universität Vaasa als Partner für das INTERREG III B-Projekt „Baltic Sea Virtual Campus“ gewonnen werden.

SydSam/Süd-Schweden

Die seit 1995 bestehende Partnerschaft zwischen Schleswig-Holstein und dem Zusammenschluß der sechs südschwedischen Regionen (läns) im Verband SydSam (Samverkan i Sydsverige) wurde im Juni 2001 durch Unterzeichnung einer überarbeiteten „Gemeinsamen Erklärung über die regionale Zusammenarbeit“ erneuert. Hauptsäulen der aktuellen Partnerschaft sind weiterhin das Projekt STRING sowie die Hochschulkooperationen. Neu hinzugetreten ist die ostseepolitische Zusammenarbeit vor allem mit der Region Skane.

In der Projektkooperation STRING (South-Western Baltic Sea Region – Implementing New Geography“) arbeiten Schleswig-Holstein, Hamburg, die Regionen Skane (Schweden) sowie Storstrøm und Vestsjælland seit 1999 an der Vernetzung und Stärkung gemeinsamer Potenziale in der südwestlichen Ostseeregion zusammen. Nach Abschluss der zweiten Projektphase, die erneut aus INTERREG III B gefördert wurde, sollen in den kommenden Jahren weitere Kooperationsprojekte in den Aktionsfeldern Wirtschaft, Umwelt, Kultur und Wissensgesellschaft in Angriff genommen werden, allerdings ohne den überwölbenden Mantel eines weiteren INTERREG-Projekts. Unmittelbar an der Kooperation beteiligt ist aus Südschweden nur die Region Skane; sie steht jedoch auch weiteren Regionen des Verbands SydSam offen.

Im Bereich der Hochschulkooperation nimmt das multilaterale Ostsee-Projekt „Baltic Sea Virtual Campus“ prominenten Platz ein, das wesentlich von der Fachhochschule Lübeck und der Universität Lund initiiert wurde und getragen wird. Ebenfalls die Fachhochschule Lübeck bietet in Zusammenarbeit mit südschwedischen Partnern

gemeinsame Studiengänge an: „Informationstechnologie und Gestaltung“ mit den Partnern Högskolan Malmö (Schweden) und Dansk Design Skole (Dänemark) sowie den internationalen Masterstudiengang „Medical Technology“ in Zusammenarbeit mit Hochschulen in Växjö (Schweden), Kotka (Finnland) und Riga (Lettland); in Vorbereitung ist ein gemeinsamer Studiengang „International Master in Mechanical Engineering“ mit der Växjö Universität (Schweden).

Die Medizinischen Fakultäten der Universitäten in Kopenhagen, Lund und Kiel führen seit 1999 jährlich eine gemeinsame „Baltic Summer School“ durch. Als langfristige Basis für eine gemeinsame medizinische Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses gegründet, wird den Studierenden von international führenden Experten ein fachlich anspruchsvolles Studienprogramm in englischer Sprache angeboten. Die Kursorte wechseln jährlich zwischen den drei beteiligten Universitäten (2002: Kopenhagen, 2003: Kiel, 2004: Lund).

Mit der EU-Erweiterung hat das ostseepolitische Engagement der südschwedischen Regionen spürbar zugenommen, die dabei zugleich die enge Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein suchen. Über die politisch forcierte Zusammenarbeit im STRING-Prozess gilt dies vor allem mit Blick auf wichtige Fragen der südlichen Ostseeregion. So führte SydSam im April 2004 in Malmö eine Konferenz zur Zukunft der Transportverbindungen in der südlichen Ostsee („Integrating the Regions of the South Baltic Sea“) durch, im Mai 2004 in Trelleborg eine Konferenz zur Verbesserung der Schiffssicherheit („Maritime Safety and Environment in the Baltic Sea“). In beiden Konferenzen war Schleswig-Holstein mit politischen Referenten vertreten.

Vorläufiger Höhepunkt dieses neuen Engagements wird die Übernahme des Vorsitzes der BSSSC sowie dessen Sekretariats durch die Region Skane Ende Oktober 2004 sein.

Wojewodschaft Pomorskie/ Pommern

Bereits seit 1992 besteht diese erste aller heutigen Partnerschaften Schleswig-Holsteins. Die damals mit der Region Danzig eingegangene Partnerschaft wurde kurzfristig nach der Anfang 1999 in Kraft getretenen Regionalreform in Polen mit der neu gebildeten Wojewodschaft Pomorskie/Pommern erneuert. Im Mittelpunkt der Partnerschaft steht die Unterstützung bei der Vorbereitung auf die mit der EU-Mitgliedschaft Polens einhergehenden Chancen und Verpflichtungen auf regionaler Ebene. Zuletzt verstärkt durch politische Verwerfungen im Regionalparlament (Sej-

mik) der Wojewodschaft hinkt der Aufbau regionaler Verwaltungskapazitäten z.B. zur Umsetzung der EU-Strukturfonds in der Partnerregion ebenso wie in den meisten anderen polnischen Wojewodschaften noch hinterher.

Angeboten wurden Praktika und Hospitationen von Verwaltungsmitarbeitern in Schleswig-Holstein bzw. im Hanse-Office in Brüssel. Einzelne Kooperationen konnten im Technologiebereich angebahnt werden. Im Rahmen eines PHARE-Projekts konnte eine gemeinsame deutsch-polnische Tourismusbroschüre für beide Partnerregionen erstellt werden.

Auf Seiten der polnischen Partnerregion stand im Berichtszeitraum die Profilierung als „Fenster Polens zum Ostseeraum“ sowie die Vorbereitung auf die eigene Interessenvertretung in Brüssel im Vordergrund. Hierfür steht das Engagement in Ostseekooperationen wie BSSSC (Konferenz der Subregionen), UBC (Ostseestädte) oder VASAB (Raumplanung), in der Euroregion „Baltica“ mit Partnern aus Südschweden, Kaliningrad, Litauen und Bornholm/Dänemark oder in mehreren aktuellen INTERREG III B-Projekten wie z.B. SEAGULL, Baltic Gateway, South Baltic Arc, BERNET-Catch ¹¹².

In diesem Rahmen konnte vor allem die politische Zusammenarbeit mit der Partnerregion Pomorskie/Pommern erheblich intensiviert werden: Seit der Übernahme des Vorsitzes und des Sekretariats der BSSSC im Mai 2000 zählte die Zusammenarbeit beider Partnerregionen zu einer der Stützen für die Arbeit dieser Organisation; neben der Unterstützung im Vorstand der BSSSC (Board) hat hier vor allem das Hanse-Office als „Brüsseler Antenne“ der BSSSC wertvolle Arbeit zur Unterstützung der politischen Präsenz der BSSSC in Brüssel geleistet.

Im Vorgriff auf die künftige Präsenz der Wojewodschaft Pommern nach dem EU-Beitritt Polens in Brüssel hat das Hanse-Office zudem den von der Wojewodschaft wahrgenommenen Gaststatus der BSSSC beim Ausschuss der Regionen (AdR) unterstützt. Die vom Hanse-Office geleistete Beratung in EU-Fragen diente auch der Vorbereitung auf ein eigenes künftiges Verbindungsbüro der Wojewodschaft Pomorskie/Pommern in Brüssel.

Ergänzt wird die Partnerschaft zunehmend durch Kooperationen auf regionaler und kommunaler Ebene. Aktuelles Beispiel hierfür ist die Zusammenarbeit mit dem **Kreis Pinneberg**. Die mit den Gebietskörperschaften in der „Dreistadt“ Gdansk - Sopot -

¹¹² siehe Internet: www.spatial.baltic.net

Gdynia bestehenden Beziehungen konnten im Jahr 2003 ausgebaut werden; Grundlage ist das gemeinsame Interesse an einem intensiveren transnationalen Erfahrungsaustausch über aktuelle Aufgaben im Bereich Regionalplanung, Wirtschaft und Tourismus. Im Anschluss an eine gemeinsame Konferenz im Dezember 2003 wurde im Frühjahr 2004 eine Absichtserklärung über gemeinsame Projekte unterzeichnet; gemeinsam bearbeitet werden sollen Aufgaben, die sich den Kernstädten und Umlandkreisen europäischer Metropolregionen in demografischer und sozio-ökonomischer Hinsicht stellen. In einem ersten Schritt beteiligen sich der Kreis Pinneberg und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft seit Januar 2004 an dem von polnischen Partnern initiierten INTERREG/PHARE-Projekt „Baltic Investment Zones“.

Gebiet (Oblast) Kaliningrad / Königsberg

Die seit Anfang der 90er Jahre bestehenden Verbindungen mit dem Gebiet (Oblast) Kaliningrad wurden 1999 durch die Unterzeichnung eines „Memorandums über die regionale Zusammenarbeit“ auf eine formale Grundlage gestellt. Bereits in den Jahren zuvor waren die Beziehungen durch weitere Partnerschaften und Initiativen auf kommunaler Ebene sowie von Seiten privater Verbände und Organisationen erheblich intensiviert worden. Heute sind Partner und Initiativen aus Schleswig-Holstein die auch vor Ort am meisten beachteten Beiträge aus Deutschland zur Unterstützung des Gebiets Kaliningrad.

Politisch bedeutsam waren zuletzt der Besuch des Wirtschaftsministers im Mai 2003 sowie die Eröffnung des neuen deutschen Generalkonsulats in Kaliningrad im Februar 2004. Mit der Reise des Wirtschaftsministers wurde die Reihe der politischen Besuche kontinuierlich fortgesetzt (Delegationsreise des Chefs der Staatskanzlei 2001, Delegationsreise der Ministerpräsidentin 2002). Mit der Eröffnung des Generalkonsulats wurde nach langwierigen Verhandlungen zwischen Berlin und Moskau eine Forderung realisiert, die die Landesregierung und der Landtag mit Blick auf wesentliche Erleichterungen für den Reiseverkehr und die bilaterale Zusammenarbeit einvernehmlich unterstützt hatten. Auf Einladung des Auswärtigen Amtes war Schleswig-Holstein bei der offiziellen Eröffnung durch den Bundesaußenminister im Februar 2004 durch die Landtags-Vizepräsidentin und einen Mitarbeiter der Staatskanzlei (Europaabteilung) vertreten.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit bilden die Bereiche Hochschule (Universität Kiel), Landwirtschaft (Praktikantenprogramm des Landwirtschaftsministeriums sowie Zusammenarbeit der Agrarfakultäten der Kieler und der Kaliningrader Universität)

sowie die Zusammenarbeit der Landespolizei mit dem Juristischen Institut Kaliningrad (ehemals Miliz-Hochschule). Im Jahr 2003 konnten erstmals eine Hospitation von Mitarbeitern der Kaliningrader Gebietsverwaltung sowie die von der Ministerpräsidentin bei ihrem Besuch 2002 gestifteten Stipendien für Studienaufenthalte an der Universität Kiel realisiert werden. Beide Maßnahmen sollen in Abstimmung mit den Partnern in Kaliningrad fortgesetzt werden.

Neben vielen Projekten auf kommunaler Ebene und im Bereich privater Institutionen konnte der Landtag in enger Zusammenarbeit mit dem Verein „JuWiNoKa“ (Lübeck) ein Projekt „Präventive Jugendarbeit in Kaliningrad“ starten, das von der Robert-Bosch-Stiftung gefördert wird. Im Rahmen des im Januar 2001 unterzeichneten „Memorandums über die parlamentarische Zusammenarbeit“ arbeitet der Landtag eng mit der Gebietsduma Kaliningrad zusammen; neben dem Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen in Kaliningrad steht die praktische Unterstützung der parlamentarischen Arbeit in Kaliningrad in Form von Praktika, Hospitationen, Fortbildung und technischer Ausrüstung im Vordergrund.

Mit einer umfangreichen Förderung des Bundesernährungsministeriums (BMVEL) hat die Agrarfakultät der Universität Kiel Anfang 2004 ein mehrjähriges umfangreiches Projekt gestartet, das auf eine umweltverträgliche Ertragssteigerung der wichtigsten Ackerbaukulturen im Gebiet Kaliningrad (Weizen, Raps) setzt. Neben angepassten Produktionsmethoden und der Vermittlung des entsprechenden know-hows im Rahmen der Agrarausbildung vor Ort wird auch der Aufbau eines Beratungsrings in Kaliningrad angestrebt.

Nicht übersehen werden kann dabei, dass die Verwaltung des Gebiets Kaliningrad mit den aus der EU-Erweiterung direkt resultierenden Auswirkungen personell wie administrativ stark belastet ist. Neben zahlreichen Delegationsbesuchen und der Klärung von Alltagsfragen (z.B. für den grenzüberschreitenden Handel und Reiseverkehr) zählt hierzu auch die Umsetzung der neuen EU-Förderinstrumente (TACIS-Sonderprogramm Kaliningrad, neues INTERREG-A-Programm für die Zusammenarbeit mit litauischen und polnischen Nachbarregionen).

Vor dem Hintergrund dieser Ressourcenbelastung ist es bemerkenswert, dass die Bemühungen um eine stärkere Beteiligung Kaliningrads in Foren der Ostseekooperation realisiert werden konnten. So nahmen Vertreter Kaliningrads sowohl bei den von Schleswig-Holstein ausgerichteten Ostseekonferenzen zur Schiffssicherheit (Mai 2004) und zur Kriminalprävention (März 2003) als auch an den BSSSC-

Jahreskonferenzen teil (Lillehammer 2002, St. Petersburg 2003, voraussichtlich auch Malmö 2004).

Sønderjyllands Amt, Dänemark

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich zwischen den Nachbarn Dänemark und Schleswig-Holstein ein vielschichtiges Netzwerk unterschiedlicher Formen und Formen der Zusammenarbeit entwickelt. Dies gilt für Projekte und Begegnungen ebenso wie für administrative Kooperationen, die an grenzüberschreitenden Fragen und Problemen oder an gemeinsamen Interessen ansetzen. Hierüber hat die Landesregierung im Juni 2003 einen ausführlichen Bericht vorgelegt ¹¹³.

Im Juni 2001 wurde zwischen Schleswig-Holstein und Sønderjyllands Amt erstmals eine formale Vereinbarung über die regionale Zusammenarbeit getroffen. Damit wird die über Jahrzehnte gewachsene grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf ein ergänzendes Fundament gestellt. Unbeschadet hiervon wird ein Großteil der unmittelbaren grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf regionaler Ebene vom „Regionalrat Sønderjylland / Schleswig“ getragen, der 1997 als gemeinsame institutionelle Kooperation von den Kreisen Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und der Stadt Flensburg auf deutscher Seite sowie Sønderjyllands Amt auf dänischer Seite ins Leben gerufen wurde ¹¹⁴.

Stützen kann sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf die Projektförderung aus der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG. Mit Beginn der Programmphase INTERREG III A (2000 – 2006) ist auch im Programmbereich „Sønderjylland / Schleswig“ die Aufgabe der Programmverwaltung auf deutscher Seite von der Landesregierung auf deren Wunsch auf die Region übertragen worden; als rechtlichen Vertreter und als Träger der Geschäftsstelle auf deutscher Seite haben die drei beteiligten drei Gebietskörperschaften (Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg, Stadt Flensburg) den „Verein Region Schleswig“ gegründet ¹¹⁵.

Aktuell im Vordergrund steht das Ziel, die gemeinsame Entwicklung eines grenzüberschreitenden Wirtschaftsraums voranzutreiben. Ausgehend von Initiativen des Regionalrates laufen dazu zwei INTERREG III A-Projekte:

- Im Projekt „RegNet D/DK“ arbeiten die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Nordfriesland (Husum) und das Sønderjyllands TIC & ErhvervsCenter (Aabenraa) am

¹¹³ Drs. 15/2731

¹¹⁴ ausführlicher siehe Drs. 15/2731 (Seite 12 ff.)

¹¹⁵ ausführlicher siehe Drs. 15/2731 (Seite 6 ff.)

Aufbau eines grenzüberschreitenden Netzwerks der regionalen Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsorganisationen; Ziel ist, die wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Grenzregion durch eine gemeinsame Wissens- und Kompetenzdatenbank zu stärken.

- Im Projekt „Wirtschaftliche Entwicklungsstrategie“ arbeiten die regionalen Gebietskörperschaften, Kammern und Gewerkschaften und Sozialpartner an der Entwicklung gemeinsamer Projekte, mit deren Hilfe die Wettbewerbsfähigkeit und ein besonderes wirtschaftliches Profil der Grenzregion gestärkt werden sollen.

Als Ergänzung zu diesen Projekten, an denen das Wirtschaftsministerium unterstützend beteiligt ist, haben das Land und Sønderjyllands Amt auf politischer Ebene vereinbart, punktuell thematisch ausgerichtete „task forces“ unter aktiver Einbeziehung von Unternehmensvertretern einzurichten. Nach einer ersten Diskussion im Rahmen eines „Runden Tisches Wirtschaft“, zu dem der Wirtschaftsminister und der Amtsborgmester Ende Oktober 2003 eingeladen hatten, soll eine „task force Wirtschaft“ gemeinsame Schritte zum Aufbau eines Internet-Portals und einer gemeinsamen Marketing-Strategie für die Grenzregion entwickeln.

In Vorbereitung ist zur Zeit darüber hinaus ein gemeinsames INTERREG III A-Projekt zur Entwicklung und Vermarktung eines grenzüberschreitenden Logistik-Konzepts; Ziel ist der Aufbau eines gemeinsamen „Logistik-Kompetenzzentrums“ auf der Haupt-Transportachse zwischen Norddeutschland und Dänemark unter Einchluss von „sanften“ Standortfaktoren im Bereich Aus- und Weiterbildung.

Die grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit mit Dänemark und hier insbesondere mit der Region Sønderjylland kann als erfolgreichste und kontinuierlichste kulturelle Kooperation im Ostseeraum bezeichnet werden. Die Zusammenarbeit umfasst Kooperationen zwischen Kulturschaffenden wie auch Institutionen beider Regionen. Sie konzentriert sich auf die unmittelbare Grenzregion; aber auch landesweite Institutionen und Kulturschaffende aus ganz Schleswig-Holstein verwirklichen in hohem Maße gemeinsame Projekte mit dänischen Kulturschaffenden insbesondere in den Sparten Bildende Kunst, Film, Musik, Museen und Theater. Hier hat sich durch das unentwegte Bemühen beider Partnerregionen eine Verstärkung der Zusammenarbeit eingestellt. Eine grenzüberschreitende deutsch-dänische Kulturarbeitsgruppe mit Vertretern des Amtes Sønderjylland sowie der Kreise Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und der Stadt Flensburg hat hieran maßgeblichen Anteil.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen vollzieht sich vorwiegend direkt mit öffentlichen Krankenhäusern und privaten Kliniken in Schleswig-Holstein. Aufgrund der seit dem 1.7.2002 dort geltenden gesetzlichen Garantie, bei Überschreitung einer Wartezeit von drei Monaten eine Behandlungsmöglichkeit im Ausland in Anspruch nehmen zu können, werden aus Dänemark verstärkt grenzüberschreitende Kooperationen im akutstationären Bereich erfragt. Das MSGV unterstützt begleitend diese erfreulich anwachsende Zusammenarbeit.

Überlagert wird zur Zeit die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Sønderjyllands Amt von der Diskussion um die angestrebte Strukturreform in Dänemark, die Anfang 2007 in Kraft treten soll. Angesichts ihres umfassenden Charakters bindet sie auf Seiten der dänischen Partnerregion in erheblichem Maße politische wie Verwaltungskapazitäten. Die Ministerpräsidentin und der Amtsborgmester Sønderjyllands haben einen engen politischen Informationsaustausch vereinbart, um ggf. frühzeitig Auswirkungen einer neuen regionalen Struktur im Süden Dänemarks auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit erörtern zu können. Bei einem ersten Meinungsaustausch (Februar 2004) stimmten sie darin überein, dass die gewachsene grenzüberschreitende Zusammenarbeit unabhängig von künftigen Strukturen öffentlicher Gebietskörperschaften in Dänemark in jedem Fall fortgesetzt werden solle.

Baltische Staaten

Mit Partnern auf verschiedenen Ebenen in den drei Baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen unterhält Schleswig-Holstein seit mehreren Jahren eine Zusammenarbeit. In allen drei Baltischen Staaten ist das Land mittlerweile mit Schleswig-Holstein-Büros vertreten.

Die partnerschaftliche Beziehungen stützen sich dabei – in Ermangelung adäquater regionaler Kooperationspartner – vorwiegend nicht auf formalisierte Abkommen. Ausnahmen sind u.a. die mittlerweile erfolgreich abgeschlossenen Twinning-Projekte mit Estland in den Bereichen Justiz, Drogenbekämpfung und Agrarverwaltung, die zwischenzeitig überarbeiteten „Gemeinsamen Erklärungen über die Zusammenarbeit im Agrarbereich“ mit Estland und Lettland sowie die Ausbildungs- und Beratungshilfe der Landespolizei mit Estland und Litauen. Unabhängig von formellen Vereinbarungen entwickelt sich die Zusammenarbeit auf Grund der Initiative einzelner Institutionen, Organisationen und Verbände überwiegend selbständig.

Mit Blick auf die bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen nach Vollendung des EU-Beitritts kommt der Zusammenführung der drei bislang individuellen Delegationsbüros der Deutschen Wirtschaft zur „Deutsch-Baltischen Außenhandelskammer“ (März 2004) mit Sitz in allen drei baltischen Hauptstädten besondere Bedeutung zu. Diesem sich wandelnden Interesse an wirtschaftlichen Beziehungen zu gleichberechtigten EU-Partnern in den baltischen Staaten entsprechen auch die Delegationsreisen, die die Landesregierung in enger Zusammenarbeit mit den schleswig-holsteinischen Industrie- und Handelskammern durchgeführt hat: Im Juni 2004 stand die Vertiefung unternehmerischer Kontakte im Bereich der Gesundheitswirtschaft im Mittelpunkt einer Reise der Ministerpräsidentin in alle drei baltischen Hauptstädte; in einem Präsentationsseminar im Rahmen des Besuchs der Ministerpräsidentin in Tallinn (September 2003) stellten Vertreter der schleswig-holsteinischen Energiewirtschaft ihre Kompetenzen im Bereich „Windenergie“ dar und konnten erste Geschäftskontakte anbahnen.

Die Nutzung nunmehr gleichberechtigter Kooperationsmöglichkeiten mit den baltischen Staaten wird künftig zunehmend auch im eigenen Interesse Schleswig-Holsteins sein. Einen Auftakt machte die hochrangige Vertretung zuständiger Behörden aller drei baltischer Staaten bei der Schiffssicherheitskonferenz in Kiel (Mai 2004). Mit Blick auf die Vertiefung wirtschaftlicher Beziehungen mit den dynamischen Märkten in den baltischen Staaten haben Hamburg und Schleswig-Holstein eine enge Zusammenarbeit und gemeinsame Präsentation vereinbart; dementsprechend hat Hamburg an den beiden jüngsten Delegationsreisen der Ministerpräsidentin mit einem politischen Vertreter teilgenommen.

Anlage 3:***Abschlussklärung des 5. Gipfeltreffens der Regierungschefs der Ostseeanrainerstaaten (Laulasmaa / Estland, 21.06.2004)*** ¹¹⁶**- CHAIRMAN'S CONCLUSIONS -**

At the invitation of the Prime Minister of Estonia, the Heads of Government and representatives of Denmark, Estonia, Finland, Germany, Iceland, Latvia, Lithuania, Norway, Poland, Russia and Sweden met in Laulasmaa on 21 June 2004 for the 5th Baltic Sea States Summit. The Presidency of the European Union and a member of the European Commission also participated.

The 5th Baltic Sea States Summit took place after the important enlargement of the European Union (EU) on 1 May this year. Today the majority of the Baltic Sea states are members of the EU. The Heads of Government expect the EU membership of Estonia, Latvia, Lithuania and Poland to further enhance stability and security in the region, augment the interest of the EU in the regional and sub-regional co-operation among the member states of the Council of the Baltic Sea States (CBSS), and thus give new impetus to this co-operation.

FUTURE OF BALTIC SEA REGIONAL CO-OPERATION AND THE ROLE OF THE CBSS

The Heads of Government expect that the enlargement of the EU will create new opportunities for deepening regional co-operation among the Baltic Sea states and all partners involved in enhancing the prosperity of the Baltic Sea region. The Baltic Sea region should further strengthen its position as one of the most dynamic areas on the continent and provide a model of sustainable economic and social development.

The Heads of Government welcome the results of the EU-Russia Summit in Moscow on 21 May 2004 and express their conviction that joint activities by the enlarged EU, other members of the European Economic Area, and the Russian Federation will enhance political stability and economic dynamism around the Baltic Sea. The presence of all Baltic Sea countries in the WTO will make an important contribution to the region's economy. The Heads of Government underline that regional policy initiatives among the Baltic Sea states will contribute to the EU-Russia strategic partnership through intensified cross-border co-operation at regional and sub-regional

¹¹⁶ Internet: www.cbss.st/summits/laulasmaa2004

levels, encompassing civil society at large.

The Heads of Government trust that the CBSS will use its advantage of encompassing both members and non-members of the EU and will intensify co-operation to achieve cohesion in all areas of mutual interest. The CBSS provides a valuable additional framework for constructive interaction between the EU and Russia. It should continue and develop this role as appropriate, for example in the context of and drawing on the experience of the EU's Northern Dimension policy, with respect to the interests of all countries in the Baltic Sea region.

The Heads of Government are confident that the co-operation within the CBSS will prove to be flexible, dynamic and innovative, and respond promptly to new demands. The Baltic Sea region will remain a testing ground for ideas and mechanisms aimed at reaching agreed objectives. This experience could be relevant also to other regions in Europe.

The Heads of Government underline the importance of integrating the principles of sustainable development into policy making by all relevant stakeholders. They take note of the Five-Year Report on the work of the Agenda 21 for the Baltic Sea Region (Baltic 21) and express their interest in the concept of making the Baltic Sea region an Eco-Region for Sustainable Development covering the economic, ecological and social spheres.

The Heads of Government welcome and encourage increased co-operation between the CBSS, the Nordic Council of Ministers (NCM), the Barents Euro-Arctic Council and the Arctic Council, together with the European Commission, aimed at improving co-ordination and enhancing implementation of specific priorities and projects in the context of the Northern Dimension. They appreciate the growing co-operation between the CBSS and the NCM in developing cross-border co-operation. They underline the importance of co-operation between the CBSS and the international financing institutions in the identification of regional projects.

The Heads of Government take note of the recent measures to strengthen the EU's cross-border co-operation programmes in the Baltic Sea region, and look forward to a continuing enhancement of the opportunities provided by these programmes.

The Heads of Government stress that the CBSS will continue to promote the rule of law, respect for human rights and people-to-people contacts across borders in the region.

ECONOMIC CO-OPERATION, INVESTMENTS AND INFRASTRUCTURE

The Heads of Government welcome the Tallinn Declaration adopted at the 5th meeting of the CBSS Ministers of Trade and Economy on 20 April 2004. They confirm the importance of continuing to build upon the positive complementarities and comparative advantages of the Baltic Sea region to make full use of its economic potential and increase its international competitiveness.

The Heads of Government are confident that the economic co-operation in the Baltic Sea region will be adjusted to address successfully the new opportunities and challenges which EU enlargement and global economic developments bring to the region. The economic initiatives of the CBSS for the region will follow the principle of sustainable development and help bring positive spillover effects for the European economy.

The Heads of Government emphasise the need to improve business conditions in the region, both jointly and individually, in order to increase trade and investment. CBSS members will continue their efforts towards removing remaining barriers to trade and investment.

The Heads of Government took note of the CBSS Achievement Report on developments in the fields of border crossing, combating corruption, and improving investment conditions in the Baltic Sea region. They underline the essential importance of good governance, concerning both legislation and public administration, in increasing the economic attractiveness of the Baltic Sea region.

The Heads of Government emphasise the importance of further development of common regional economic infrastructure, especially transport and energy networks.

The Heads of Government underline the important role played by the Northern eDimension Action Plan (NeDAP) in strengthening information society and fulfilling the objectives of the CBSS. They welcome the progress achieved by NeDAP to date, note the necessity to further intensify efforts and agree on its prolongation for the next period of 2005-2006.

The Heads of Government request from the CBSS recommendations for continued strengthening of economic co-operation.

MARITIME SAFETY AND ENVIRONMENT ISSUES

The Heads of Government emphasize the need to further protect and preserve the sensitive marine environment of the Baltic Sea area and indicate that ensuring maritime safety is the common responsibility of all the Baltic Sea states. Taking note of the initiative by a number of participating states within the IMO and the decision by the Marine Environment Protection Committee (MEPC) to designate in principle a large part of the Baltic Sea as a Particularly Sensitive Sea Area, the Heads of Government undertake to follow up on the identification of Associated Protective Measures in line with the IMO decision.

The Heads of Government welcome the steps taken by the IMO to accelerate the phasing-out of single-hull tankers, and support a ban on the carriage of heavy grades of oil in single-hull tankers to/from all the ports of the Baltic Sea no later than 5 April 2005 in accordance with IMO regulations. The Baltic Sea states have in several fora voiced their concerns over the traffic of such vessels.

The Heads of Government stress the need to maintain a proactive approach to avoid irreparable damage to our marine environment by enacting further measures and providing fully adequate resources in order to prevent and respond to pollution from land-based sources, shipping and other marine activities, i.a. oil drilling and extraction. They are committed to enhance co-operation and capacity-building in this regard. The Heads of Government also call for more effective measures against illegal oil discharges and emphasise the need to develop information exchanges against offenders and on legal proceedings.

The Heads of Governments confirm the importance of the work of the Baltic Marine Environment Protection Commission (HELCOM). They welcome decisions on the future priorities for co-operation to protect the Baltic marine environment established by the HELCOM ministerial meeting in Bremen 2003 and followed up at the 25th annual meeting of the HELCOM in March 2004.

The Heads of Government welcome the progress made through efforts within the Northern Dimension Environmental Partnership (NDEP). The environmental and nuclear windows of the NDEP Support Fund have become successful tools for mobilising resources for priority environmental investments in north-west Russia, including

Kaliningrad Oblast. Consideration should be given in due course to an appropriate replenishment of the Support Fund.

The Heads of Government note the entry into force of the Baltic Sea regional testing ground agreement for flexible mechanisms of the Kyoto protocol and the complementing financial facility for energy sector investments that reduce anthropogenic emissions of greenhouse gases which will permit the accomplishment of concrete joint implementation projects in the near future.

ISSUES OF THE SOCIAL DIMENSION OF REGIONAL CO-OPERATION

The Heads of Government note with concern that the spread of HIV/AIDS in the Baltic Sea region still shows alarming growth, and point to the need for immediate measures to be taken.

The Heads of Government welcome the establishment of the Northern Dimension Partnership in public health and social well-being. They call upon all actors to turn the Partnership into an effective instrument for realising the objectives of the Oslo Declaration.

The Heads of Government welcome the final report from the Task Force on Communicable Disease Control in the Baltic Sea region. The networks within the framework of the Task Force should be maintained, as appropriate, within the Northern Dimension Partnership in public health and social well-being. They thank the Government of Norway for its particular contribution.

The Heads of Government call for increasing global, regional and national efforts as well as cross-border co-operation to prevent and combat trafficking in human beings, especially of women and children. Activities should focus on victim protection, rehabilitation and legislative and preventive measures. The Heads of Government welcome the adoption of the Plan of Action on Unaccompanied and Trafficked Children and call for its effective implementation.

The Heads of Government underline the importance of continued joint efforts in combating organised crime, international terrorism and illegal migration. They took note of the valuable results as regards the operative co-operation achieved by the Task Force on Organised Crime in the Baltic Sea Region, and approved the recommendations concerning its future structure and work. The Heads of Government decided to

prolong the mandate of the Task Force to 31 December 2008.

The Heads of Government pledge to strengthen civil society in the Baltic Sea region by fostering cross-border and inter-regional activities, i.a. cultural contacts, human resources development and youth exchange.

The Heads of Government thanked Estonia for chairing the CBSS during 2003-2004, and welcomed Poland as the incoming Chair for the period 2004-2005. They welcomed the invitation of Iceland to meet next in 2006.

Anlage 4:***Abschlussklärung der 12. Ministertagung des Ostseerates der Außenminister, CBSS (Pori / Finnland, 10./11.06.2003)***¹¹⁷**- COMMUNIQUÉ -****INTRODUCTION**

At the invitation of the Minister for Foreign Affairs of Finland, the Council of the Baltic Sea States (CBSS) - consisting of the Ministers for Foreign Affairs of Denmark, Estonia, Finland, Germany, Iceland, Latvia, Lithuania, Norway, Poland, Russia and Sweden and a member of the European Commission - met in Pori on 10-11 June 2003 for its 12th Ministerial Session. The Presidency of the EU was present, and representatives from France, Italy, the Netherlands, Slovakia, Ukraine, the United Kingdom and the United States attended as observers.

Since the 10th anniversary meeting of the Council in Svetlogorsk in March 2002, several important events have shaped the CBSS agenda for its second decade. In particular, the Council welcomed the conclusions from the 4th Baltic Sea States Summit meeting in St. Petersburg in June 2002 and the role accorded to the CBSS therein. The Council confirmed its readiness to continue acting as co-ordinator and focal point for intergovernmental regional cooperation.

The Council underlined the significance of the conclusion of EU accession negotiations with Estonia, Latvia, Lithuania and Poland with a view to their accession by 1 May 2004. This enlargement of the Union is expected to create new opportunities for developing the Baltic Sea region as a whole and thus will be an important contribution to realizing the region's great potential.

The Council welcomed the ongoing elaboration of a new EU initiative on Wider Europe. The CBSS has successfully overcome old dividing lines in our region. The Council will put this experience at the service of intensified regional and cross-border cooperation within this initiative.

The Council welcomed the results of the EU-Russia Summit in St. Petersburg on 31 May 2003 and expressed its conviction that the relationship between the enlarging Union and the Russian Federation will continue to develop in a constructive and mutually beneficial manner. The Baltic Sea region is the area where the EU and Russia

¹¹⁷ Internet: www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/11finnish

meet, which underscores the importance of EU-Russia relations for the CBSS and vice-versa.

Cooperation within the CBSS should continue to be based on demands and clear priorities. All CBSS structures and working bodies will adapt and optimise their respective activities in the context of the forthcoming enlargement of the EU.

The Council praised efforts to improve coordination between and among the CBSS and other intergovernmental regional bodies in the north of Europe: the Arctic Council, the Barents Euro-Arctic Council and the Nordic Council of Ministers.

The Council commended the initiative of the Nordic Council of Ministers to coordinate activities with the CBSS and to jointly explore the potential for creating synergies in relevant fields. The Committee of Senior Officials (CSO) was instructed to follow-up on this initiative.

The annual meeting of heads of specialized Baltic Sea regional and subregional cooperation organisations should be continued and supplemented by other means of information exchange and coordination.

NORTHERN DIMENSION

The Council welcomed the elaboration of a new action plan for the Northern Dimension for the period of 2004-06 and looks forward to its adoption by the European Council. The Council confirmed that it would continue to be an active partner in facilitating and monitoring implementation of the new Northern Dimension Action Plan, (ND AP), especially in those areas where the CBSS can provide expertise and thereby additional value.

The Council noted with satisfaction that the CBSS has during the past year enhanced its role as a focal point by coordinating the input by Baltic Sea subregional actors vis-à-vis the ND AP.

The Council noted that Finland, during its CBSS Presidency, hosted a series of high-level Northern Dimension Forums on the following subjects: Social Protection and Health (in Joensuu); Information and Communication Technologies (in Pori); the Labour Market (in Helsinki). The Council looks forward to seeing the outcome of these discussions reflected in the new ND AP as well as in the working programme of the CBSS. The initiative by Norway to host a conference in Oslo in October 2003 to

launch a Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Wellbeing was welcomed.

The Council noted the Russian invitation to all partners to build future cooperation activities in the geographical area covered by the Northern Dimension of the EU on the principle of equal partnerships in specific fields.

CROSS-BORDER COOPERATION

The Council stressed the need for continued vigilance to prevent new divisions and promote cohesion in the Baltic Sea Region by intensified regional and cross-border cooperation. The Council encouraged the municipal and regional authorities in countries on both sides of the EU/EEA external borders from the Barents Sea to the south-east of the Baltic Sea Region to intensify fruitful cooperation for mutual development.

The Council urged governments, donor agencies and the EU to make appropriate funds available for this purpose. In this context, the Council recognised the efforts made by the EU to align the Tacis, Phare and Interreg programmes and called for further steps such as simplified procedures for applicants. The elaboration by the European Commission of a "proximity instrument" for regional and cross-border cooperation should be supported.

The Council asked the CSO to examine the possibilities of organising, in cooperation with other actors, a series of seminars for politicians and officials from relevant municipal and regional authorities on suitable fields and forms of cooperation, experiences gained so far and financial instruments available.

CIVIL SOCIETY AND DEMOCRATIC DEVELOPMENT

The Council took note of the annual report of the CBSS Commissioner on Democratic Development and congratulated the Commissioner on her performance in fulfilling the mandate of her office as foreseen by the 9th Ministerial session at Bergen in 2000. The Council pledged its full support to the Commissioner in the completion of her mandate by the end of 2003. The Council called on the CSO, in cooperation with the Commissioner and the Working Group on Democratic Institutions, (WGDI), to review the plan of activities of the WGDI with a view to determining how certain functions and programmes which hitherto were the responsibility of the Commissioner's office might in future be assumed by the WGDI.

The Council noted that the Vilnius Declaration on Regional cooperation and Consolidation of Democratic Stability in Greater Europe was followed up by a meeting convened in Strasbourg in October 2002, focusing on human rights and the rule of law, fighting terrorism, local democracy, national minorities and trans-frontier cooperation. The Council welcomed this initiative and encouraged the CSO and other CBSS working bodies to participate as appropriate in the exchange of information and best practices with other regional organizations in Europe.

The Council noted the recommendations submitted by the 3rd Baltic Sea NGO Forum and welcomed the announcement of a follow-up Forum in Estonia in 2004. The Council also noted the establishment of a Working Group for Youth Affairs and underlined the importance of promoting active participation of youth in civil society and democratic processes. The Council called on the CSO to continue its consultations with the social partners on developing appropriate tools for advancing the dialogue on labour market issues in the CBSS.

HIGHER EDUCATION AND CULTURE

The Council acknowledged the contribution of the EuroFaculty during the past decade to the reform of higher education in Estonia, Latvia and Lithuania. The Council noted the ongoing discussions on a transformation of the EuroFaculty into a post-graduate research and training programme.

The Council recognised with appreciation the progress of the EuroFaculty Kaliningrad project during its first three years and endorsed, in principle, a prolongation of the project for a second three-year period. The CSO is asked to take a definite decision about the prolongation once remaining issues are satisfactorily settled. The Council encouraged interested donor countries to contribute to the financing of the project and the host country to gradually increase its contribution.

The Council looked forward to the 6th Conference of CBSS Ministers of Culture in St. Petersburg in October 2003. The topic of the Conference - protected areas of historical cities - is timely, as the conference will take place during the tercentenary of St. Petersburg.

ECONOMIC COOPERATION

Economic cooperation is a driving force for integration and growth in the region. There is potential for further progress through improvements of the framework conditions for private business, including for entrepreneurship and innovation. Addi-

tional efforts for removal of barriers to trade and investment must be launched with a view to ensuring the full implementation of the Bergen and Moscow Action Plans.

The Council welcomed the efforts, which should be intensified, by the Baltic Sea Customs Cooperation and by national governments to measure and reduce the time needed for the border crossing of goods to a maximum of 2 hours.

The Council noted the continued activities of the Task Force on Organised Crime and the office of the CBSS Commissioner to address the issue of corruption. The Council welcomed cooperation, in the form of focused seminars, between the CBSS and the OECD in the work against corruption in the Baltic Sea region.

The Council looked forward to receiving from its Business Advisory Council (BAC) a study on barriers to investment in the region. The results could be of assistance in the process of creating a Joint Investment Area in the Baltic Sea Region.

The Council noted the activities of the Task Force on Conformity Assessment, Standards and Certification, and called for additional efforts to advance the work in this area as an important contribution to the efforts towards a Common European Economic Space.

The Council noted with satisfaction that cooperation within the Information and Communications Technology field is well underway in the framework of the Northern e-Dimension Action Plan (NeDAP). The Council welcomed the announcement that Tacis and Interreg have earmarked funds amounting to a total of EUR 14 mln and noted that the Nordic Council of Ministers and individual member states have also contributed by financing relevant studies and workshops.

The Council welcomed the results of the CBSS Ministers of Energy meeting in Vilnius on 20 November 2002. The Baltic Sea Region Energy Cooperation (BASREC) forms an effective contact network between stakeholders in the region as well as a platform for policy development. The Council noted with satisfaction the endorsement by the Group of Senior Energy Officials (GSEO) of the text of the Agreement on a Testing Ground for the Kyoto Mechanism in the Baltic Sea Region and invited member states to sign the Agreement without undue delay.

The Council noted that the ad-hoc Working Group on Transport has agreed on a work programme and called for additional efforts in order to meet the expectations

set by the Heads of Government at the 4th BSS Summit as a follow-up to the Conference of the CBSS Ministers of Transport in Gdansk in 2001.

The Council expressed its support for continued cooperation between the EU and Russia regarding the socio-economic development of the Kaliningrad Oblast of the Russian Federation, seizing the opportunities offered by EU enlargement. The CSO was asked to consider how the CBSS could contribute to such cooperation.

MARITIME SAFETY

The Council emphasised the need to enhance cooperation on maritime safety as reflected in the joint EU-Russia statement of 31 May 2003. The Council noted with satisfaction the implementation of the HELCOM Copenhagen Declaration and encouraged the HELCOM Contracting Parties to continue their efforts. The Council welcomed that the HELCOM ministerial meeting on 25 June 2003 will address the environmental impact of shipping and noted that it will discuss measures tailored to the sensitivity of the Baltic Sea marine environment, in close cooperation with the International Maritime Organisation (IMO).

The Council urged all member-states to continue to fulfil their legal obligations to ensure the safe and secure transport of energy, especially with regard to the transport of heavy oils in the Baltic Sea. The Council expressed support for further concrete action in this regard, especially concerning the use of single-hull oil tankers, and in accordance with IMO rules. The Council noted the European Union's initiatives on maritime safety.

NUCLEAR SAFETY

The Council welcomed the signing of the Multilateral Nuclear Environmental Programme in the Russian Federation and looked forward to the resultant opening of the Nuclear Window of the Northern Dimension Environmental Partnership.

The Council noted that the Agreement for the exchange of Radiation Monitoring Data has been signed by all CBSS member states and welcomed the fact that its Working Group on Nuclear and Radiation Safety put special emphasis during the past year on accession and implementation of the Agreement.

The Council also emphasised the importance of continuous efforts by international organisations and countries concerned to enhance the level of nuclear safety across

the region. The Council called, *inter alia*, for further safety analysis of nuclear power plants and for taking measures as needed to reduce the identified risks.

HUMAN SECURITY

The Council deems further enhancement of human security in the region as of profound importance and will support strengthening of the ongoing cooperation to combat new threats to modern civilized societies and democracy such as, *inter alia*, international terrorism, organised crime, illegal drugs and arms trafficking.

The Council noted with concern that trafficking in human beings is a serious and growing problem in the Baltic Sea Region. Combating trafficking in human beings, especially women and children, is a political priority. Activities should include preventive measures, including demand reduction, victim protection and support as well as legislation, prosecution and law enforcement. The specific needs of trafficked children should be recognised. The work of the Expert Group on Trafficking in Women, operating within the Task Force on Organised Crime, as well as the Working Group for Cooperation on Children at Risk, which deals with child trafficking as part of the cooperation to aid unaccompanied children crossing our borders, were noted with appreciation. These efforts should be continued with vigour. Improved coordination should be sought, also with other similar efforts.

The Council noted with appreciation the work of the Task Force on Communicable Disease Control and the relevance of its work for a Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Wellbeing, as many of the established networks, projects and other initiatives should be carried on in some form.

CIVIL SECURITY

The Council expressed its support for the EUROBAL TIC Programme for Civil Protection and welcomed the fact that EUROBAL TIC received Interreg funding for 2003-2005. It called for supplementary contributions from other national and international sources to allow for actions in all the Baltic Sea states. This project should lead to improved abilities in protecting human life and the environment as well as cultural heritage, and promote sustainable development of safe communities in the Baltic Sea region.

AGENDA 21 AND SPATIAL PLANNING

The Council welcomed the Baltic 21 "Report 2000-2002: Towards Sustainable Development in the Baltic Sea Region" and noted progress in several areas while in-

creased attention is warranted in others. The Council underlined that cooperation within Baltic 21 is consistent with the spirit of the Johannesburg Plan of Implementation and asked the responsible ministries to strategically develop their work within Baltic 21.

The Council noted with satisfaction progress in the implementation of the Spatial Development Action programme VASAB 2010 Plus. In particular, improved cooperation between VASAB, HELCOM and Baltic 21 was noted with regard to implementation of the relevant EU recommendation on Integrated Coastal Zone Management in the Baltic Sea Region. The strengthening of practical cooperation on spatial planning within the VASAB framework between Russia, Belarus and other countries in the region was commended. The Council welcomed efforts by VASAB to highlight aspects of territorial cohesion.

FINAL PROVISIONS

The Council thanked Finland for chairing the CBSS during 2002/2003 and for organising the 12th Ministerial Session in Pori. The Council entrusts Estonia with the Presidency for the period 2003/2004. During this period Finland, Estonia and Poland will compose the Troika. The Council noted, as stipulated in the relevant Council decision of 1998 establishing the Secretariat, that the CSO will undertake a review of the CBSS Secretariat. The CSO is instructed to report its findings with recommendations for the future of the Secretariat function by June 2004.

The next transfer of the CBSS Presidency shall take place at a special meeting of ministers' deputies in conjunction with the 5th Baltic Sea States Summit meeting to be hosted by Estonia in June 2004.

The 13th Ministerial Session of the CBSS will be held in Poland in 2005.

Anlage 5:**Resolution der 12. Ostsee-Parlamentarierkonferenz (Oulu / Finnland, 08./09.09.2003) ¹¹⁸****“The Baltic Sea Region – an Area of Knowledge and Maritime Safety in the Baltic Sea Region”****- Resolution -**

adopted by the 12th Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC), assembled in Oulu, Finland, 8-9 September 2003

The participants of the Conference concentrating on

- 1. KNOWLEDGE-BASED SOCIETY in the Baltic Sea Region as well as on its impact on the LABOUR MARKET,**
- 2. MARITIME SAFETY in the context of transport and environment in the Baltic Sea Region**

referring to point 1:

taking note of

- the globalisation and the rapid change of society from an industrial over a service-oriented towards a knowledge-based society, founded on gender equality
- the internationally recognised Information Society Index, indicating that no European Region is as well prepared for the knowledge-based society as Northern Europe
- the OECD definition of lifelong learning, which embraces individual and social development of all kinds and in all settings – formally, in schools, vocational, tertiary and adult education institutions, and non-formally, at home, at work and in the community, focusing on the standards of knowledge and skills needed by all, regardless of age

call on the CBSS and their governments to

- use the great chance which a knowledge-based society and its corresponding network offers for the region-building process in the Baltic Sea Area, especially

¹¹⁸ Internet: [http://www.norden.org/bspcnet/seiten/12 BSPC.htm](http://www.norden.org/bspcnet/seiten/12_BSPC.htm)
oder: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/12estonian/dbaFile3937.pdf>

by creating an efficient and secure IT infrastructure for the benefit of all citizens in the region

- improve chances for the knowledge-based society by promoting language skills, including native languages, and the understanding of other nations cultures
- promote the mutual recognition of diplomas and the creation of multi-institutional degrees in the Baltic Sea Region based on harmonized educational standards and programmes, thus establishing the requirements for cross-border mobility of labour resources
- increase physical mobility by means of establishing a special charter for the visiting scholars and research fellows, including the vision of long-term goal of ultimate visa-free travel between Russia and the EU
- agree on a common strategy for the development of a knowledge-based society in the Baltic Sea region, implementing such a strategy by joint projects, joint educational programmes and jointly operated scientific networks, such as distance learning, distance teaching, Baltic Sea summer schools and virtual networks of Baltic Sea universities
- make the Baltic Sea Region a pilot area for the knowledge-based society implementation process, carrying out observation, characterisation and classification of the measures under review, and setting up standards for future actions in Europe
- consider the possibility of establishing a data base of job vacancies in the Baltic Sea Region in order to provide mutual exchange of labour force, and to use the existing data bases on job vacancies and to develop them in a way which is useful for the Baltic labour market
- organise, apart from studies and joint research projects, much deeper processes of communication and learning, focusing on a series of activities in the field of culture and citizenship
- attach priority emphasis to a much more effective interrelationship between education, vocational training and employment
- increase skills and lifelong learning in order to ensure employability, competitiveness and welfare in the labour market and in the society in the Baltic Sea States
- strengthen the social dialogue in the labour market, promoting access to the labour market with equal treatment for all, and developing conditions at working places
- bear in mind that the Baltic Sea Region can only flourish if there are well-functioning labour market structures and a qualified labour force

- support technology transfer institutions in order to stimulate innovation mechanisms

agree to

- support the development of a network of schools of public health around the Baltic Sea, in order to improve the societies' capacity to prevent and control serious threats to people's health and with the aim of coordinating new technologies and training programmes

referring to point 2

taking note of

- a growing number of shipping accidents in the European region, which already have brought about devastating damage to the population, the environment and the economy and the great danger that the Baltic Sea can also be affected any-time by a similar ecological catastrophe
- part II "Maritime Safety and Security" of the resolutions adopted by the participants of the 10th and 11th Baltic Sea Parliamentary Conference in Greifswald (2001) and St. Petersburg (2002) and the ongoing process of its implementation
- the results and approaches of the HELCOM/IMO/EU workshop held on 11th and 12th March 2003 in Rostock-Warnemünde (Germany)
- the decision, as well as the related resolutions, adopted at the 24th regular HELCOM Session, the HELCOM Ministerial Meeting, and the First Joint HELCOM/OSPAR Ministerial Meeting held on 25-26 June 2003 in Bremen (Germany), as an important, though not yet sufficient European step on the way towards recognising maritime safety and security as an priority, and hence, as an important prerequisite for the protection of the marine environment

call on the CBSS and their governments as well as on HELCOM to

step up their efforts in all relevant organizations, including the framework of IMO, to improve maritime safety and security all over, especially by giving their full backing to:

- the efforts towards designating the Baltic Sea as a Particularly Sensitive Sea Area (PSSA) within the IMO and introducing stricter rules for the prevention of pollution from ships
- introducing on the international level within the framework of all appropriate institutions, including IMO, uniform rules to restrict access of substandard ships, and

imposing a ban effective immediately prohibiting access of category-1 single-hull oil tankers, to European waters and ports

- looking into the possibility for unified application of rules for the ice classification of ships and arrangement of icebreaker services during the winter period in the Baltic Sea area
- supporting the European Commission in implementation of its proposals for improving maritime safety and security in accordance with the international law of the sea
- establishing and identifying, as soon as possible, places of refuge and intensifying co-operation among Baltic Sea countries in order to implement the European Community's places of refuge concept, and making additional efforts to quickly implement the procedure for directing damaged ships to ports, and providing compensation for irrecoverable losses
- a speedy ratification by the Baltic Sea States of the new IMO convention on increased liability levels of the oil funds as agreed this year
- giving priority to ratifying the conventions on civil liability for bunker oil pollution damage and damage caused by dangerous goods, and to signing and ratifying a convention on the removal of wrecks
- developing a "Baltic Sea Memorandum of Understanding" among the Baltic Sea countries which will guarantee environmentally sound maritime transport in the entire Baltic Sea Region by reducing emissions from shipping operations, in particular exhaust emissions in ports
- work for the most efficient coastal patrol and airborne surveillance possible, and for the establishment of special zones in dangerous areas of the Baltic Sea in which large sea-going vessels (especially oil and chemical tankers) will not be allowed to sail without pilots
- systematically supporting the ratification of important international conventions, so that as many conventions as possible will be applied by the Baltic Sea countries

agree to

- stress the importance of BSPC to be active in following the development of the Wider Europe initiatives
- call upon the Standing Committee to follow the assessment of the work of CBSS and to strengthen the Baltic Sea Parliamentary Conference as the Parliamentary dimension of CBSS
- convey their particular thanks to the Parliament of Mecklenburg-Vorpommern for its significant contribution in preparing this resolution

- ask the Standing Committee, together with the BSPC observers in HELCOM, to pursue its engagement in the issues related to maritime safety
- thank all those involved in combating the consequences of the latest tanker accidents

accept

- with gratitude the invitation of the Norwegian Parliament Stortinget to hold the 13th Baltic Sea Parliamentary Conference on 29 - 31 August 2004 in Bergen.

Anlage 6:**Resolution der 11. BSSSC-Konferenz (St.Petersburg / Russland, 23.-25.10.2003) ¹¹⁹****CONFERENCE RESOLUTION**

In its tenth year of existence the BSSSC has completed the Baltic Sea Region cycle by having its annual Conference in St Petersburg, Russia, which symbolically expresses the subregional level's interest in covering all the countries of the Region in our work.

With the European Union's enlargement, which involves four countries of the Baltic Sea Region, due to take place on May 1st 2004, this part of Europe faces new challenges. Having adjusted its Terms of Reference accordingly, the BSSSC will be an active partner in defining the conditions for the Region's growth.

In this context the Conference views the 2nd Northern Dimension Action Plan as an important tool for achieving the Area's development. Through the Plan's provisions, it embraces all important sectors and covers all the countries of the Baltic sea Region; regardless of their affiliation to the EU. Appreciating the more focused plans as far as aims, objectives and fields are concerned, the Conference expects that more adequate financial tools will be established as well as the greater involvement throughout the process of the devcentralised levels. The BSSSC will continue initiating projects within the Northern Dimension's scope of actions and will participate in monitoring the implementation process.

The Conference also welcomes the debate mirrored in the documents "A Wider Europe – Neighbourhood: A New Framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours" and "Paving the way for a New neighbourhood Instrument". It is obvious to us that if the proposed measures are to meet the goal of "spreading the benefits of enlargement for political and economic stability in the neighbouring countries and help reduce prosperity gaps where they exist" there definitely has to be a clear vision of how contacts between the enlarged EU and its new neighbours are to be improved and how sound financial support is to be established. And within this process, the decentralised level has to be involved effectively.

¹¹⁹ Internet: www.bsssc.com/pages/documents/documents_con.htm

With the enlargement of the European Union and the demands of today's world, Europe's citizens as well as decision-makers face new challenges. Therefore, we regard with great esteem the work of the European Convention to draft a new E\$U Treaty. We also appreciate the Convention's proposal to include the regional and local level within the future constitutional set up of the European states. A further step should be the adoption by the Council of Europe of the Charter of Regional Self-Government, as well as ensuring the broader involvement of the decentralised level in the European Commission's consultation processes.

Having high expectations as to the future of Europe and the Baltic Sea Region, the BSSSC has followed with interest the preparatory work related to future EU regional policy. With the ambitious goals of the Lisbon Strategy in mind we underline the need for a strong EU regional policy. In this respect we also appreciate the new focus in the need for economic growth in Europe. At the same time the Conference sees an indisputable need for solidarity to still be a guiding force behind the new measures. We also strongly advocate that the INTERREG initiative continues in such a way as to permit regional partners from Norway to participate, as well as to call for maritime borders to be treated as land borders. This, together with well-adjusted TACIS tools, is indispensable for decentralised co-operations to contribute fully to a prosperous United Europe.

The Conference sees as focal points for the BSSSC's activities in the year to come:

- Trans-European Networks, which when in place, will make an essential contribution to economic growth in the Baltic Sea Region;
- Maritime Safety – given the vulnerability of the maritime eco-system and increased activities in the Baltic Sea, it is essential to ensure that effective protective measures are in place, so that the Region's citizens do not suffer the adverse results of accident-, crime- or neglect-related pollution;
- Agenda 21, with its special stress on sustainable production and consumption patterns, improved multi-stakeholder involvement and the demonstration of initiatives such as the so called "light-house projects";
- Youth involvement in the Baltic Sea co-operation and public life as this will help guarantee a better future;
- Quality of life related activities, such as the establishment of a European network for people with disabilities;
- Cultural heritage – with the stress on creating a Baltic Sea identity and, at the same time, building a greater understanding and respect for different cultural backgrounds and the richness of historic and cultural differences.

In its work for the Baltic Sea Region, the BSSSC appreciates the role of the CBSS as an umbrella organisation of which the BSSC is a partner. With achieving greater synergy and the strengthening the role of the sub-national levels as goals, the BSSSC will continue co-operating with other organisations, with special stress on other Baltic Sea Region organisations as well as the Committee of the Regions and the European Economic and Social Committee.

The Conference expresses its gratitude to the Russian hosts for inviting the BSSSC to meet during the three hundred year anniversary of the City of St Petersburg. It also appreciates the invitation of the Swedish authorities to hold the BSSSC 12th annual Conference in Malmö/Sweden on October 21st – 23rd, 2004.

BSSSC DECLARATION (adopted by the 11th Annual BSSSC Conference 2003)

It is to believe that a rising complexity of the EU following from enlargement will bring about more horizontal initiatives from mega regions, when now moving from negotiations of the *acquis communautaire* into an implementation phase.

An enlarged Europe forming the external borders to Norway and Russia stresses further the importance of good neighbourhood relations. Relations with Kaliningrad as well as with North West Russian regions must have high priority.

The Northern Dimension initiative provides a broad framework for a common effort to develop the societies and the economies of the countries in northern Europe. It is not possible to implement the second Northern Dimension action plan (2004-2006) without the active involvement and contribution of regional actors and their co-operation networks.

This development will increase the need for an effective public sector providing public services to the citizens, and the need of human resources capacity which points to the fact that competences must be shared rather than separated.

It is also to believe that the complexity of the Union will increase the need of the European Commission for representative organisations with a high level of legitimacy and representativity.

There has been an increased focus on regions in a European and EU context during recent years. The EU is not only a Europe of nations but also to a large extent a Europe of regions, a development that will be increased by the enlargement of the European Union. And the Baltic Sea region is and will still be an important mega-region in Europe.

BSSSC

Baltic Sea States Subregional Co-operation (BSSSC) was established in 1993 based on the Stavanger declaration, and as an answer to the establishment of CBSS (Council of Baltic Sea States) in 1992.

After 10 years and due to the changes and challenges of the Baltic Sea Region, BSSSC must reconsider its political objectives and its strategy.

The concept of the Northern Dimension and different neighbourhood programmes further stresses the aspect of cohesion in the Region, and the sub-regions hold, through their co-operation projects, a main key to peace and growth.

In order to meet the demands of tomorrow BSSSC will concentrate on the following:

- act as a Pan-Baltic organisation open to all regions from the entire Baltic Sea area, bringing added value to the Baltic Sea regional co-operation,
- use its image as a political organisation and a regional partner to CBSS to promote and advocate the interests of the regions of the Baltic Sea area towards decision makers, such as national governments, the EU and globally, and
- provide expertise, best practice examples and implementation capacity.

Anlage 7**Übersicht über INTERREG III B-Projekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung (Stand: Juni 2004)****a) INTERREG III B – Ostseeraum ¹²⁰:****„Wind Energy in the BSR“:**

Das Projekt hat das Ziel, dem Ostseeraum eine führende Stellung bei der Wind-energietechnik zu verschaffen. Dafür soll mit Hilfe eines ostseeweiten Windenergie-Netzwerkes und durch Verbesserungen auf konkret definierten Handlungsfeldern (u.a. überregionale Kooperation; Arbeitsmarktsituation für Windenergiefachkräfte; Unternehmensneugründungen, KMU's) die Voraussetzungen geschaffen werden. Schleswig-Holsteinischer Partner: Wirtschaftsförderungsgesellschaft Husum. Gesamtbudget: € 1.040.400 (Anteil INTERREG III B: € 598.050).

„BaltCoast“:

Hauptziel des Projektes ist die Demonstration praktischer Wege, wie wirtschaftliche Entwicklung, städtischer Ausbau und Schutz der Umwelt in Küstenregionen vereinbart werden können.

Schleswig-Holsteinischer Partner: Innenministerium, Abteilung Landesplanung. Gesamtbudget. € 2.752.398 (Anteil INTERREG III B: € 1.718.289).

„BERNET - Integrated Management of Catchments“:

Projektziel ist, gemeinsame Instrumente und Strategien zu Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie auf dem Gebiet der Wassergewinnung zu entwickeln.

Schleswig-Holsteinischer Partner: Landesamt für Natur und Umwelt.

Gesamtbudget: € 1.235.350 (Anteil INTERREG III B: € 617.675)

„COMPASS“:

Das Projekt will in mittelgroßen Städten und Regionen im Ostseeraum ermitteln, welche Wachstumsbranchen jeweils ansässig sind und wie diese gefördert und ausgebaut werden können, um die wirtschaftliche Entwicklung voranzubringen. Eine Analyse der Kosten sowie der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit soll die jeweiligen Schwächen und Stärken vergleichsweise hervorheben, um die konkrete Attraktivität für den privaten Sektor ermitteln zu können.

Schleswig-Holsteinischer Partner: Lübecker Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft.

Gesamtbudget: € 619.120 (Anteil INTERREG III B: € 309.560).

¹²⁰ Internet: www.spatial.baltic.net

„Connect Baltic Sea Region – CBSR“:

Das Connect-Netzwerk in der Ostseeregion soll zur Schaffung neuer Unternehmen und damit neuer Arbeitsplätze auf den Gebieten Biotechnologie, Medizin, Umwelttechnik und Informations- und Kommunikationstechnologie beitragen.

Schleswig-Holsteinischer Partner: IZET Innovationszentrum Itzehoe.

Gesamtbudget: € 3.410.000 (Anteil INTERREG III B: € 655.000).

„Networking Logistics Centres in the BSR (NeLoC)“:

Das Projekt will die Wettbewerbsfähigkeit des Logistikbereiches fördern und die Rolle der Logistik-Zentren als Teil eines Logistik-Netzwerkes im Ostseeraum verbessern.

Schleswig-Holsteinischer Partner: Technikzentrum Fördergesellschaft mbH Lübeck.

Gesamtbudget: € 2.018.200 (Anteil INTERREG III B: € 1.018.650).

„Decision Support“:

Das Projekt zielt auf die Optimierung von Planungsprozessen durch verbesserte transregionale Kommunikation und Entscheidungsstrukturen. Ziel ist der Aufbau eines thematischen Netzwerk und eines „Centre of Excellence“ für eine verbesserte Beratung politischer und unternehmerischer Entscheidungen auf den Feldern Raumplanung, Transport und Regionale Entwicklung.

Schleswig-Holsteinische Partner: Technikzentrum Fördergesellschaft mbH Lübeck, Universität Lübeck (Institut für Softwaretechnologie und Programmiersprachen, Institut für Neuro- and Bioinformatik), IZET Innovationszentrum Itzehoe.

Gesamtbudget: € 1.928.224 (Anteil INTERREG III B: € 964.112,-).

„Baltic Gateway“:

Ziel des Projekts ist die Integration der Seeverkehrswege der südlichen Ostsee in die Transportnetzwerke TEN, TINA und „Panneuropäische Netze Verkehr“. Schwerpunkte sind die Achsen Öresund - Berlin, NL/UK - Dänemark - Südschweden - Korridor IXB (Mittelteil) - Korridor I und E 65 Schweden - Polen - Österreich.

Schleswig-Holsteinische Partner: Lübecker Hafengesellschaft mbH, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.

Gesamtbudget: € 2.464.000 (Anteil INTERREG III B: € 1.375.750).

„European Route of Brick Gothic (EuRoB)“:

EuRoB legt den Schwerpunkt auf den Bereich der Backstein-Gotik, als gemeinsames, Länder übergreifendes Kulturerbe der gesamten Ostseeregion. Ziel ist die

Entwicklung eines transnationalen Konzeptes, das die einzelnen Städte zu einer Tourismusroute vernetzt.

Schleswig-Holsteinischer Partner: Stadt Lübeck, Travemünde Tourist-Service.

Gesamtbudget: € 861.900 (Anteil INTERREG III B: € 535.950).

„Baltic Sea Virtual Campus (BSVC)“:

Das Projektziel ist die Implementierung und der Testlauf einer elektronischen Plattform für eine gemeinsame Ausbildungsinfrastruktur, die es den Partnern ermöglichen soll, ihre akademische Ausbildung „online“ anzubieten. Diese wird modular strukturiert sein, dem ECTS-Verfahren entsprechen und mit einem Bachelor oder dem Master abgeschlossen werden können. Der BSVC soll allen Universitäten offen stehen, und es ihnen ermöglichen, eigene „e-learning“-Angebote zu entwerfen. Zudem wird ein Angebot für lebenslanges Lernen entwickelt.

Schleswig-Holsteinische Partner: Fachhochschule Lübeck, Fachhochschule Kiel.

Gesamtbudget: € 3.849.000 (Anteil INTERREG III B: € 1.924.500).

„South-Western Baltic Sea Transregional Area – Implementing New Geography (STRING II)“:

Ziel dieser Kooperation ist es, die Potenziale der Partnerregionen gemeinsam zu entwickeln und angesichts der Herausforderungen einer globalisierten, sich rasch wandelnden Wirtschaft gemeinsame Strategien zu erarbeiten. Orientieren will man sich an der Vision einer integrierten, dauerhaft wettbewerbsfähigen Region deren Lebensqualität durch die Grundpfeiler Innovation, Unternehmensgeist und Nachhaltigkeit getragen wird.

Schleswig-Holsteinischer Partner: Staatskanzlei (Europaabteilung).

Gesamtbudget: € 3.402.266 (Anteil INTERREG III B: € 1.710.133).

„Sea Level Change (SEAREG)“:

Das Projekt konzentriert sich auf die sozio-ökonomischen und für die Umwelt relevanten Bewertungen des Klimawechsels in der Ostsee. Insbesondere der Anstieg des Meeresspiegels und das geänderte Ablaufverhalten der Flüsse. Der Schwerpunkt liegt in der mittelfristigen und langfristigen Implementierung geeigneter Gegenmaßnahmen zur Klimaveränderung. Wissenschaftliche Ergebnisse und Raumplanungsexpertisen sollen dafür Entscheidungsträgern bereichsübergreifende Empfehlungen geben.

Schleswig-Holsteinischer Partner: Innenministerium, Abt. Ländliche Räume und Küstenschutz.

Gesamtbudget: € 1.591.940 (Anteil INTERREG III B: € 870.970,-)

„NEW HANSA of sustainable Ports and Cities“:

Viele Hafenstädte und deren nahegelegenden Erholungsgebiete sind von steigender Luftverschmutzung, großen Mengen Abfall und Abwässern, die von Schiffen ausgestoßen werden, betroffen. Das Projekt „New Hansa“ will sich der Herausforderung stellen und zukunftsfähige Lösungen für die Probleme anbieten, die zwischen Hafenbetrieb, Verschiffung, Kommunen, Einwohnern und der Umwelt bestehen. Ziel des Projekts ist die nachhaltige Entwicklung von Hafenstädten, um die Umweltbelastung durch den Schiffsbetrieb zu reduzieren.

Schleswig-Holsteinische Partner: Stadtwerke Lübeck, Hansestadt Lübeck.

Gesamtbudget: € 1.500.594 (Anteil INTERREG III B: € 823.822,-)

„E-Health – Integrated regional health care structures: e-health in the Baltic Sea Region“:

Die Schaffung integrierter Strukturen und Arbeitsabläufe im Gesundheitswesen mit Hilfe elektronischer Informationssysteme dient vor allem der qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung in geringer besiedelten Gebieten des Ostseeraumes. Aufgebaut werden soll ein „e-health“-Netzwerk, das gemeinsame Strategien für Zusammenarbeit, Standardisierung und Wissenstransfer in diesem Feld entwickelt. Erprobt werden sollen diese in einem gemeinsamen Pilotprojekt im Bereich Kardiologie.

Schleswig-Holsteinische Partner: AOK Schleswig-Holstein, Gesundheitsministerium, Kreis Segeberg

Gesamtbudget: € 3.265.235 (Anteil INTERREG III B: € 1.728.486).

„BASIM – Baltic Sea Information Motorways“:

Das rasche Wachstum der Seetransporte im Ostseeraum stellt die Logistik vor neue Herausforderungen. Eine bessere Koordinierung beim Ausbau von Transportkorridoren und von Informations- und Monitoring-Systeme soll die Wettbewerbsfähigkeit der Seetransporte im Ostseeraum stärken. Das Projekt, an dem auch Partner aus den neuen EU-Mitgliedstaaten und aus Russland beteiligt sind, soll auch zur Umsetzung des neuen EU-Konzepts „Motorways at Sea“ im Ostseeraum beitragen.

Schleswig-Holsteinischer Partner: Technikzentrum Lübeck (TZL), Lübecker Hafengesellschaft (ebenfalls beteiligt: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen)

Gesamtbudget: € 1.824.000 (Anteil INTERREG III B: € 1.011.000).

„BIRD – bird rich wetlands of international importance“:

Die Bewahrung wichtiger Naturlandschaften ist ein wichtiger Faktor für die nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume. Mit Schwerpunkt auf vogelreiche Feuchtgebiete, Naturreservate und Kulturlandschaften sollen innovative Wege für die tragfähige Entwicklung dieser Gebiete entwickelt werden. Gemeinsam mit regionalen Akteuren aus Landwirtschaft, Tourismus und Naturverwaltung sollen Demonstrationsprojekte entwickelt werden.

Schleswig-Holsteinischer Partner: Landesamt für Natur- und Umweltschutz

Gesamtbudget: € 3.991.452 (Anteil INTERREG III B: € 2.460.697).

„Baltic Haz Control“:

Das Projekt zielt auf den Aufbau eines ostseeweite Monitoring-System für Sonderabfälle. Verbesserte Erfassung und Koordinierung von Sonderabfall-Strömen vom Ursprung bis zum endgültigen Bestimmungsort ermöglicht ein tragfähiges Abfallbeseitigungs-Management im Ostseeraum. Neben einem Informationserfassungssystem („HazWaste Inventory“) sollen die Voraussetzungen für einen „Baltic Waste Management Council“ geschaffen werden.

Schleswig-Holsteinischer Partner: Umweltministerium, GOES Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen mbH (Neumünster)

Gesamtbudget: € 997.196 (Anteil INTERREG III B: € 514.931).

„Connect Baltic Sea Region +“:

Vertiefung des Vorläufer-Projekts „Connect Baltic Sea Region“ (siehe oben). Zusammenarbeit von Technologietransferzentren zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsentwicklung mit Schwerpunkt auf die Integration westlicher und östlicher Regionen des Ostseeraums.

Schleswig-Holsteinischer Partner: Innovationszentrum Itzehoe IZET

Gesamtbudget: € 1.105.000 (Anteil INTERREG III B: € 650.000).

„Integrating Logistic Centre Networks in the Baltic Sea Region (InLoc)“:

Verbesserung der Transportketten im Ostseeraum durch verstärkte Vernetzung bestehender und neuer Logistikzentren: Entwicklung innovativer Strategien für Logistik-Ketten und zur Überwindung bestehender Hafen-Hinterland-Engpässe.

Schleswig-Holsteinischer Partner: Lübecker Hafengesellschaft, Technikzentrum Lübeck (TZL)

Gesamtbudget: € 1.867.600 (Anteil INTERREG III B: € 1.023.825).

b) INTERREG III B – Nordseeraum ¹²¹:**„COMRISK - Common Strategies to reduce the risk of storm floods in coastal lowlands“:**

Um eine erfolgreiche soziale und wirtschaftliche Entwicklung in den Küstenniederungen der Nordseeregion (ca. 12 Millionen Einwohner) zu erreichen, ist die erforderliche Sicherstellung bzw. der Ausbau des Küstenschutzes - insbesondere der Schutz vor Sturmfluten - maßgeblich. Dies soll durch Erfahrungsaustausche zwischen Küstenschutz-Experten sowie durch Pilotprojekte unterstützt werden.

Schleswig-Holsteinischer Partner: Innenministerium, Abt. Ländliche Räume und Küstenschutz.

Gesamtbudget: € 1.843.426 (Anteil INTERREG III B: € 921.712).

„NAVE NORTRAIL – The North Sea Coastal Path“:

Das NORTRAIL-Projekt befasst sich mit historischen Wegeverläufen, Seerouten und alte Pfade in den Kulturlandschaften der nordatlantischen Küstenregionen. Die Grundidee des Nordseeküstenweges (Nortrail) besteht darin, ein durch Fußwege verbundenes Netz von Landschaften und Pfaden zu schaffen. Konkret haben die schleswig-holsteinischen Partner die touristische Nutzung des westlichen Ochsenweges als Nordseeküstenweg zum Ziel. Dabei sollen Verknüpfungen zu dortigen naturräumlichen und kulturellen Sehenswürdigkeiten vorgenommen sowie ein Unterkunftsnetz und Informations- und Rastplatzangebote geschaffen werden.

Schleswig-Holsteinische Partner: Amt Karrharde, Leck.

Gesamtbudget: € 7.599.314 (Anteil INTERREG III B: € 3.799.657).

„WSF – Trilateral Wadden Sea Forum“:

Das Projekt hat die Errichtung eines unabhängigen Forums der Wattenmeerstaaten Niederlande, Deutschland und Dänemark zum Meinungsaustausch und für die Aufstellung von Szenarien zur nachhaltigen Entwicklung der Wattenmeerregion zum Ziel. Dabei sollen auch Umsetzungskonzepte erarbeitet werden, die der 10. Trilateralen Wattenmeer-Regierungskonferenz vorgelegt werden (Beitrag zur Weiterentwicklung und zu möglichen Änderungen der trilateralen Politik und des Managements sowie der trilateralen Projekte des Wattenmeerplans).

Schleswig-Holsteinischer Partner: Landesamt für den Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer

Gesamtbudget: € 2.069.882 (Anteil INTERREG III B: € 1.034.941).

¹²¹ Internet: www.interregnorthsea.org

„ICTs for SMEs – Regional Strategies and Solutions to Enhance ICT-Access and Use for SMEs“:

Hauptziel des Projektes ist die Förderung von KMU (kleineren und mittleren Unternehmen) durch eine bessere Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien; dabei sollen auch besonders die ländlichen Regionen als zu entwickelnder wirtschaftlicher Standort unterstützt werden.

Schleswig-Holsteinische Partner: Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein; itai Informationstechnologie GmbH, Gesellschaft für Technologieförderung Itzehoe mbH, IZET Innovationszentrum Itzehoe.

Gesamtbudget: € 4.308.275 (Anteil INTERREG III B: € 2.152.637).

„CO 2- The North Sea Cycle Route 2“:

Das Projekt hat die Weiterentwicklung des internationalen Nordseeküstenradweges (bereits INTERREG II C-Projekt) zu einer touristischen Einrichtung zum Ziel. Erreicht werden soll die Überführung dieses internationalen Radweges in ein zukunftssträchtiges und gut vermarktetes, qualitativ hochwertiges „Fahrraderlebnis“-Projekt in einer natürlichen und kulturell vielfältigen Landschaft verspricht. Dafür sollen Organisationsstrukturen, Vermarktung, Monitoring und Evaluation verfestigt werden.

Schleswig-Holsteinischer Partner: Nordseebäderverband Schleswig-Holstein e.V.

Gesamtbudget: € 2.051.280 (Anteil INTERREG III B: € 1.025.640).

„BurVal – Ancient groundwater reservoirs in buried valleys – sustainable water resources for the future“:

Schwerpunkt des Projektes ist es, das Wissen über quartären Rinnen als Grundwasserleiter zu verbessern, um eine zukunftsfähige und nachhaltige Bewirtschaftung dieser Grundwasserressourcen grenzüberschreitend innerhalb der Nordseeregion sicherzustellen. Dabei soll auch dargestellt werden, wie stark die Grundwasservorkommen in quartären Rinnen die Raumplanung beeinflussen können.

Schleswig-Holsteinischer Partner: Landesamt für Natur und Umwelt.

Gesamtbudget: € 2.708.053 (Anteil INTERREG III B: € 1.354.026).

„MOPARK – Mobility and National Parks“:

Das Projekt zielt auf die Entwicklung von verkehrlichen Vernetzungs- und Vermarktungskonzepten innerhalb der Insel- und Halligwelt im Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer und außerhalb zu den Partnern in den internationalen Nationalparkregionen ab. Durch intelligente Vernetzung/Vertaktung verschiedener Verkehrsträger soll eine effektive Auslastung der Bahn-, Schiffs- und Busverkehre

erreicht werden. Mit der Stärkung des Fahrrad-Tourismus können zusätzliche Angebote im umweltfreundlichen Tourismus etabliert werden.

Schleswig-Holsteinische Partner: Insel- und Halligkonferenz e.V., Region Uthlande, Wyk auf Föhr.

Gesamtbudget: € 5.658.200 (Anteil INTERREG III B: € 2.829.100).

„ProBioEnergy – Promotion of Bio-Energy by Marketing, Implementation and Trading in the North Sea Region“:

Projektziel ist, die Realisierung von Biomasseprojekten zu fördern, um eine stärkere Nutzung von Biomasse als Energielieferant zu forcieren. Durch Informations- und Beratungskampagnen soll der Aufbau eines Marktes für Biomasse in der Nordsee-region sowie von regionalen Netzwerken erreicht werden.

Schleswig-Holsteinischer Partner: Energiestiftung Schleswig-Holstein.

Gesamtbudget: € 2.039.680 (Anteil INTERREG III B: € 1.019.840).

„LANCEWADPLAN – Integrated Landscape and Cultural Heritage Management and Development Plan for the Wadden Sea Region“:

Aktualisierung und Aufarbeitung der vorhandenen kulturhistorischen Daten der Wattenmeerregion in Anknüpfung an das INTERREG II C Projekt LANCEWAD zu einem umfassenden Management- und Entwicklungs- sowie Aktionsplan im Zusammenwirken der beteiligten staatlichen und anderen Organisationen.

Schleswig-Holsteinischer Partner: Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein

Gesamtbudget: € 2.546.130 (Anteil INTERREG III B: € 1.273.065).

„POWER – Pushing Offshore Wind Energy Regions“:

Förderung eines Kompetenznetzwerkes von Offshore-Windenergie-Industrien der Nordseeanrainer mit breiter Beteiligung in den 5 Mitgliedstaaten sowohl des öffentlichen Bereiches wie auch des privaten Sektors. Es werden in vier Arbeitspaketen die Themen Planung von OFFSHORE-Windparks, Fertigung und Erstellung von Offshore-Windenergieanlagen, Qualifizierung von Arbeitskräften für den Windenergiesektor sowie Öffentlichkeitsarbeit und Verbreitung der Projektergebnisse behandelt.

Schleswig-Holsteinischer Partner: Wirtschaftsförderungsgesellschaft Nordfriesland

Gesamtbudget: € 3.493.682 (Anteil INTERREG III B: € 1.746.841).

„NTN/NTN II - Nordic Transport Political Network / Transport Corridors project of Nordic Transpolitical Network“:

Zielsetzung des Projektes ist der Ausbau von Transportkorridoren von Südnorwegen und Westschweden durch Jütland, DK, und Norddeutschland bis in die Mitte Euro-

pas. Es soll damit ein Netzwerk zur besseren Einbindung der nordeuropäischen Projektbeteiligten in den europäischen Markt geschaffen werden.

Kooperationspartner: Ohne direkte Finanzierungsbeitrag sind die schleswig-holsteinischen Kreise Dithmarschen, Nordfriesland und Steinburg auf der Basis eines Kooperationsmemorandums fachlich beteiligt.

Gesamtbudget: € 909.000 (Anteil INTERREG III B: € 454.500).

Anlage 8

Übersicht über Ostseeakteure in Schleswig-Holstein

Die nachstehende Auflistung von Ostsee-Akteuren in Schleswig-Holstein basiert auf einer freiwilligen Zulieferung der jeweiligen Organisationen und Institutionen. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Repräsentativität. Aber sie bietet einen Überblick, der stellvertretend steht für das Engagement Schleswig-Holsteins im Ostseeraum.

Mit Blick auf die Ost-Erweiterung der EU haben die schleswig-holsteinischen **Industrie- und Handelskammern (IHK's)**¹²² einen Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auf die Beitrittsländer Estland, Lettland, Litauen und Polen gelegt. In zahlreichen Informationsveranstaltungen, Seminaren, Sprechtagen, Messebeteiligungen und Unternehmerreisen – zum Teil in Zusammenarbeit mit der Landesregierung und der (WSH) – konnten sich Unternehmen umfassend über Chancen Ihrer Produkte und Dienstleistungen in den Märkten der Beitrittsländer unterrichten. Eine besondere Rolle spielten dabei die Kooperationsbörsen, bei denen Geschäftskontakte direkt von Unternehmer zu Unternehmer angebahnt wurden.

Besonders nachdrücklich setzten sich die IHK's für die im März 2004 gegründete Deutsch-Baltische Außenhandelskammer ein, die mit Büros in Tallinn, Riga und Vilnius die erste Anlaufadresse für deutsche Unternehmen ist. Für die Erschließung des polnischen Marktes wurde das enge Netzwerk der guten Kontakte zu verschiedenen Institutionen (Wirtschaftsförderungsgesellschaften, lokale Kammern, Deutsch-Polnische Handelskammer, Botschaften und Konsulate) genutzt.

Im September 2003 richteten die IHK's in St. Petersburg ein schleswig-holsteinisches Firmengemeinschaftsbüro ein. Es bildet in der Nordwestregion der Russischen Föderation einen natürlichen Brückenkopf, um schleswig-holsteinischen Unternehmen den großen russischen Markt mit 160 Millionen Konsumenten zu erschließen. Im Gegenzug beabsichtigt die Verwaltung von St. Petersburg, ihre Region im Herbst 2004 in Schleswig-Holstein zu präsentieren und neue Wirtschaftskontakte zu knüpfen. Weitere Aktivitäten der IHK's – darunter auch in Kaliningrad – erstreckten sich auf die Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften in der russischen Wirtschaft, Verwaltung und Kammerorganisation.

¹²² Internet: www.flensburg.ihk24.de, www.ihk-kiel.de und www.ihk-luebeck.de

Ungeachtet dieser Schwerpunkte in der südlichen Ostsee wurden jedoch auch die in Jahrzehnten gewachsenen Kontakte in die skandinavischen Länder nicht vernachlässigt: Die IHK Flensburg setzt Akzente in Norwegen und Dänemark, die IHK Kiel arbeitet sehr eng mit Schweden zusammen und die IHK Lübeck engagiert sich traditionell besonders stark in Finnland. Im Rahmen des EU-Programms INTERREG III A führen darüber hinaus alle drei IHK's Projekte der grenzüberschreitenden deutsch-dänischen Zusammenarbeit durch.

Die ohnehin enge Zusammenarbeit in der **Baltic Sea Chambers of Commerce Association (BCCA)**¹²³ wurde durch die Einführung einer Service-Card (Baltic Sea Chamber Card) und die Einrichtung von Studios zur Durchführung von Videokonferenzen entscheidend gestärkt. Diese Angebote erleichtern den Unternehmen die Anbahnung von Geschäftskontakten rund um die Ostsee zu vertretbaren Kosten.

Die **Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein (WSH)**¹²⁴ – eine Gesellschaft des Landes Schleswig-Holstein und der drei schleswig-holsteinischen Industrie- und Handelskammern – wirbt für die Ansiedlung in- und ausländischer Unternehmen in Schleswig-Holstein, berät diese bei der Suche nach dem besten Standort und begleitet die ansiedlungsinteressierten Unternehmen in allen standortrelevanten Fragen. Zugleich fördert die WSH die außenwirtschaftlichen Aktivitäten der mittelständischen Wirtschaft. Bei beiden Aufgaben hat die Ostseeregion eine maßgebliche Bedeutung; dies zeigt sich auch darin, dass die WSH in allen Ostseeanrainern partnerschaftliche Kontakte zu vergleichbaren Einrichtungen hält.

Die **Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein (WAK)**¹²⁵ - das Zentrum für berufliche Weiterbildung der Industrie- und Handelskammern Flensburg, Kiel und Lübeck - ist seit vielen Jahren aktiv an der Bildungs- bzw. Projektdurchführung im Ostseeraum beteiligt. Dank eines gut funktionierenden Netzes von Kooperationspartnern in allen Ostseeanrainerstaaten ist die Wirtschaftsakademie an verschiedenen EU-Förderprogrammen wie z. B. INTERREG, LEONARDO, PHARE UND TACIS in der Projektdurchführung beteiligt bzw. als Lead-Partner tätig.

Neben vielen verschiedenen Regionen rund um die Ostsee wird die WAK auch in Zukunft ein besonderes Augenmerk auf die Region Kaliningrad legen. Dieses russische Tor zur Ostsee wird in wenigen Jahren als Tor zur EU fungieren. Deshalb erhält diese Region einen besonders hohen Stellenwert bei der zukünftigen Projekt-

¹²³ Internet: www.bcca.ws

¹²⁴ Internet: www.wsh.de

¹²⁵ Internet: www.wak-sh.de

und Bildungsplanung. Parallel sollen die drei baltischen Staaten zu einem künftigen Markt der WAK entwickelt werden.

Der internationale Arbeitsmarkt ist für die Wirtschaftsakademie ein weiterer Schwerpunkt ihrer Ostseeaktivitäten. Insbesondere der skandinavische Arbeitsmarkt ist hier im Zentrum des Interesses. Sowohl im Bereich der Qualifizierung von Jugendlichen in der Erstausbildung, als auch bei bereits ausgebildeten Fach- und Führungskräften hat die Wirtschaftsakademie in den letzten Jahren beachtliche Erfolge erzielt und will diese Aktivitäten auch in Zukunft intensiv voran treiben. Diese große Palette an Aktivitäten und Erfolgen war und ist auch in Zukunft nur in Zusammenarbeit und Kooperation mit der EU, dem Bund und dem Land Schleswig-Holstein möglich.

Der **DGB-Bezirk Nord**¹²⁶ hat in den Jahren 2003 und 2004 seine bestehenden Netzwerkstrukturen im Ostseeraum weiter entwickelt und die Kontakte vertieft. Mit Blick auf die EU-Erweiterung wurde 2002/2003 ein Schwerpunkt auf die Baltische Staaten gesetzt. Im Rahmen des von der EU geförderten Projekts „ESEBA II“ fanden mehrere Workshops und Expertengespräche zu den Themen Arbeitsmarktpolitik und EU-Strukturfonds statt. Gewerkschaftsvertreter aus Estland, Lettland und Litauen informierten sich in Schleswig-Holstein auf Einladung des DGB Nord über beschäftigungspolitische Maßnahmen und über die Auswirkungen der veränderten Arbeitsmarktpolitik in Deutschland durch die Neuausrichtung der Bundesagentur für Arbeit. Zusammen mit finnischen und polnischen Gewerkschaftsvertretern fanden dann Expertengespräche in Tallinn, Riga und Vilnius statt, in denen es um Aufbau, Zielsetzung und Funktion der EU-Strukturfonds ging.

Die Zusammenarbeit der Interregionalen Gewerkschaftsräte (IGR) Sønderjylland / Schleswig sowie Pomerania wurden weiter ausgebaut. Die Hans-Böckler-Stiftung führt für den DGB Bezirk Nord ein Projekt Szczecin/Stettin durch, in dem untersucht wird, ob und unter welchen Voraussetzungen sich Stettin zu einem Wachstumspol im Ostseeraum entwickeln kann. Da Polen das größte Beitrittsland im Zuge der EU-Erweiterung ist, wird den Kontakten zu Solidarnoszcz ein besonderer Stellenwert zugemessen: Der DGB Bezirk Nord und die IG Metall Küste führen Tagungen und Workshops mit Betriebsräten und Arbeitnehmer/innen deutscher und polnischer Werften durch, um Zukunftschancen für die Werften im Ostseeraum angesichts der globalen Wettbewerbssituation (Korea und China) zu sichern und gemeinsame Strategien für um hochqualifizierte Arbeitsplätze an der Ostseeküste zu entwickeln.

¹²⁶ Internet: www.nord.dgb.de

Der DGB Bezirk Nord beteiligt sich am gewerkschaftlichen **Netzwerk Baltic Sea Trade Union Network (BASTUN)**¹²⁷, um gemeinsame Position zum sozialen Dialog zu finden, die EU-Osterweiterung politisch zu begleiten, eine Vision 2010 für den Ostseeraum zu entwickeln ("For employment, social democracy and a common development perspective for the people in the Baltic Sea Area") und eine gemeinsame Position gegenüber Russland zu beraten. Zielsetzung von BASTUN ist, gegenüber den politischen Entscheidungsträger in der Gesamtregion die gewerkschaftlichen Auffassungen zur Geltung zu bringen und von der Politik als aktiver Partner in der Ostseepolitik wahrgenommen zu werden.

Die **Handwerkskammern** konzentrieren sich auf eine umfassende Information ihrer Mitgliedsunternehmen über wirtschaftliche Entwicklungen im Ostseeraum, insbesondere über die Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung. Im Jahr 2003 hat die Handwerkskammer Lübeck¹²⁸ eine enge Kooperation mit den Handwerkskammern Szczecin und Slupsk (Polen) aufgebaut. Höhepunkt war eine Kooperationsbörse im Februar 2004 in den Räumen der Handwerkskammer Lübeck, an der 40 polnische Handwerksbetriebe - überwiegend aus dem Bezirk der Handwerkskammer Slupsk - und etwa 200 Mitgliedsbetriebe der Handwerkskammer teilnahmen; die hier in direkten Gesprächen ausgeloteten Kooperationsmöglichkeiten wurden bei einem Gegenbesuch im April 2004 vertieft.

Ein weiterer Schwerpunkt der Handwerkskammern ist die Mitwirkung im **Hanse-Parlament**¹²⁹. In dieser 1994 in Hamburg gegründeten Organisation arbeiten rund 30 Handwerkskammern und andere Organisationen der mittelständischen Wirtschaft aus allen Ostseeanrainerländern zusammen. Zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Handwerks im Ostseeraum werden u.a. ein intensiver Informations- und Erfahrungsaustausch, gemeinsame Maßnahmen im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung, der Austausch von jungen Handwerkern sowie gemeinsame Entwicklungsprojekte durchgeführt. Zur Überwindung der Sprachbarrieren wurde ein spezifisches Sprachbuch für Handwerker in deutscher, polnischer, russischer und englischer Sprache herausgegeben.

Ein Schwerpunkt der Arbeiten des Hanse-Parlamentes ist die Förderung grenzüberschreitender Zusammenarbeit auf Unternehmensebene. Nachdem Fördermaßnahmen wie Kontaktbörsen, Delegationsreisen und spezifische Informationsveranstaltungen zuletzt nur begrenzt von einzelnen Handwerksunternehmen angenommen

¹²⁷ Internet: www.bastun.nu

¹²⁸ Internet: www.hwk-luebeck.de

¹²⁹ Internet: www.hanseparlament.de

worden waren, hat das Hanse-Parlament ein umfassendes Projekt im Rahmen von INTERREG III B (Ostsee) entwickelt und beantragt. Zentrales Anliegen ist, die wirtschaftliche Zusammenarbeit über die Vermittlung von Best-Practice-Beispielen, einzelbetrieblicher Hilfen und Informationen zu fördern. Bestehenden Barrieren wie Sprachprobleme oder unterschiedliche rechtliche Regelungen und Normen in den einzelnen Ländern sollen mit zwei- bzw. mehrsprachigen Internet-Leitfäden begegnet werden. An der Vorbereitung des Projektes sind die Handwerkskammern Flensburg und Lübeck sowie der Baugewerbeverband Schleswig-Holstein beteiligt.

Die **HSH Nordbank AG**¹³⁰ ist im Juni 2003 aus der Fusion der Hamburgischen Landesbank mit der Landesbank Schleswig-Holstein (LB Kiel) entstanden; sie hat ihren Doppelsitz in Hamburg und Kiel. Mit einer Konzern-Bilanzsumme von rund 175 Mrd € und weltweit ca. 4.500 Mitarbeitern gehört die fusionierte Bank zu den führenden Kreditinstituten in Deutschland und – ausgehend von der starken Stellung der Bank in Schleswig-Holstein – in Nordeuropa.

Die HSH Nordbank ist heute in den Hauptstädten der vier nordischen Staaten (Kopenhagen, Helsinki, Stockholm und Oslo), aber auch im Baltikum in Riga und Tallinn sowie in Polen (Warschau) präsent. Die HSH Nordbank ist eine der führenden Auslandsbanken in der Region. In Dänemark zählt die HSH Nordbank zu den vier größten Banken. Dabei dient die Copenhagen Branch als Drehscheibe für die Aktivitäten der HSH Nordbank in der Region sowie als Regional Management Centre für den nordischen Raum.

Der Tätigkeitsschwerpunkt der Copenhagen Branch liegt auf großen Firmen- und institutionellen Kunden, denen sie eine Vielzahl spezialisierter Produkte anbietet. Dabei gewährt die HSH Nordbank ihren Kunden Zugang zu einem weltweiten Netz von Niederlassungen und Repräsentanzen. Das Firmenkundengeschäft ist seit jeher die Hauptstütze der Bankaktivitäten im nordischen Raum. Zur Zeit zählt die HSH Nordbank in den nordischen Märkten rund 200 Firmenkunden. Im Hinblick sowohl auf die Kundenzahl als auch auf die Umsätze ist Schweden der größte Markt. Der gesamte Zielmarkt umfasst rund 500 Unternehmen.

Die HSH Nordbank versteht sich über ihr Engagement als Unternehmen hinaus auch als Förderer dieses bedeutenden Wirtschaftsraums. In diesem Zusammenhang unterstützt die Bank verschiedene Maßnahmen zur Netzwerkbildung, Mitgliedschaften

¹³⁰ Internet: www.hsh-nordbank.com

in Wirtschaftsforen und Sponsoring-Maßnahmen mit dem Ziel, die Positionierung des Ostseeraums als dynamische Wachstumsregion zu stärken.

Die **Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB)**¹³¹ – seit Juni 2003 eine eigenständige öffentlich-rechtliche Anstalt – ist zentrales Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein. Sie nimmt grenzübergreifend im Ostseeraum wichtige Förderaktivitäten wahr: Im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG III trägt die IB als Verwaltungsbehörde und als Zahlstelle die Gesamtverantwortung für die Umsetzung der INTERREG-Programme „III B Ostseeraum“ und „III C Nord“, die ergänzt wurden durch neue Nachbarschaftsinitiativen für Russland und Weißrussland (INTERREG III A). Die Projektberatung und die operative Aufgabenerfüllung erfolgt über das Joint Secretariat mit Büros in Rostock, Karlskrona/Schweden und Riga/Lettland. Über EU-Fördermöglichkeiten berät bei der IB in Kiel der Bereich „EU-Förderung/Euro-Info-Centre“, unterstützt durch das Verbindungsbüro der IB in Brüssel.

Das EU-Verbindungsbüro für Forschung und Technologie (Innovation Relay Centre, IRC) bei der **Technologie-Transfer-Zentrale Schleswig-Holstein (ttz SH)**¹³² berät kleine und mittlere Unternehmen und Forschungsinstitute in Fragen des Know-how-Transfers innerhalb Europas, vermittelt technologisch orientierte Partnerschaften und begleitet Kooperationsverhandlungen. 65 Prozent aller bislang vermittelten Technologietransfers wurden mit Partnern im Ostseeraum abgewickelt. Zu allen IRC-Trägerorganisationen dieser Region bestehen intensive Kontakte; darüber hinaus konnte ein Netzwerk von Technologie-Transfer-Kontakten auch außerhalb der IRC's aufgebaut werden.

Im Sektor Biotechnologie werden regelmäßig technologische Kooperationsbörsen mit den skandinavischen Partnern organisiert, die im Wechsel in Skandinavien (2002 Malmö, 2004 Kopenhagen) und Hannover (2001, 2003) statt finden, bzw. statt fanden. Im IT-Sektor wurde im Rahmen des „IRC Future Match“ auf der CeBIT 2003 eine Pilotaktion mit Estland zum Knüpfen von Geschäftskontakten per Videokonferenz realisiert; alle estnischen Teilnehmer der Kooperationsbörse konnten ihre Kooperationsgespräche „virtuell“ abhalten, ohne extra anreisen zu müssen. Beim „IRC Future Match“ auf der CeBIT 2004 nahmen Unternehmen aus allen Ostseeanrainerstaaten persönlich oder per Videokonferenz an einer Kooperationsbörse teil.

Im Sektor „Erneuerbare Energien & nachwachsende Rohstoffe“ bestehen vor allem nach Dänemark, Finnland und Litauen gute Beziehungen – die Themen Bioraffine-

¹³¹ Internet: www.ibank-sh.de

¹³² Internet: www.ttzsh.de

rie, Offshore-Windenergie und Bioenergie werden zur Zeit intensiv beim Aufbau grenzüberschreitender Kooperationen bearbeitet, eine entsprechende Kooperationsbörse befindet sich für 2004 in Planung. In Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Technologietransfer in Riga, Lettland, sind wechselseitige Delegationsreisen zur „Hannover Messe 2004“ und zur „RIGAFOOD 2004“ geplant. In Zusammenarbeit mit der Organisation „Sustainable Sweden“ (Kalmar) wurde ein langfristiger Austausch von Technologien und Erfahrungen im Sektor Umwelttechnik gestartet, der bereits wirtschaftliche Früchte trägt.

Der **Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins e.V.**¹³³ pflegt regelmäßige Kontakte zu Erwachsenenbildungseinrichtungen im Ostseeraum, insbesondere in den skandinavischen Raum. Im Berichtseitraum neu ist die Beteiligung an dem EU-geförderten Projekt „Politische Partizipation durch gesellschaftliche Kompetenz“ der Universität Flensburg. Der Landesverband der Volkshochschulen entwickelt in diesem Projekt gemeinsam mit der dänischen Partnerregion Module für die politische Grundbildung von Bildungsbenachteiligten. Die Højskole Østersøen in Åbenrå ist Mitglied im Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holstein....

Im Rahmen der kommunalen Städtepartnerschaften gibt es zahlreiche Kontakte **schleswig-holsteinischer Volkshochschulen** zu Bildungsstätten im Ostseeraum. Die Volkshochschule Flensburg ist z.B. Träger eines Projektes „Lernnetzwerk Schleswig/Sønderjylland“ im Rahmen des Bundesprogramms „Lernende Regionen“. Andere Volkshochschulen sind an mehreren INTERREG-Projekten beteiligt.

Das **Nordkolleg Rendsburg**¹³⁴ bietet in seinem Skandinavienzentrum Sprachkurse an und legt großen Wert auf die Vermittlung interkultureller Kompetenz. Neben den „großen“ skandinavischen Sprachen Dänisch, Finnisch, Norwegisch und Schwedisch konnte 2003 erstmals auch Isländisch angeboten werden. Englisch und Französischen gehören ebenso zum Programm.

Die **Europäische Akademie Schleswig-Holstein Sankelmark**¹³⁵ wirkt als Bildungszentrum im deutsch-dänischen Grenzraum mit ihren drei tragenden Säulen *Europa-Akademie*, *Europäische Rechtsakademie des Nordens* und *Europäische Akademie für Angelegenheiten der Minderheiten* weit in den Ostseeraum hinein:

- Die **Europa-Akademie** konzentriert sich mit ihren Bildungs- und Informationsveranstaltungen auf die Kultur, Wirtschaft, Politik und das Alltagsleben der Län-

¹³³ Internet: www.vhs-sh.de

¹³⁴ Internet: www.nordkolleg.de

¹³⁵ Internet: www.eash.de

der in Europa, insbesondere im Ostseeraum, und in Skandinavien und erreicht damit Interessenten aus Deutschland und dem Ostseeraum.

- Die **Europäische Rechtsakademie des Nordens** wendet sich an Entscheidungsträger und Multiplikatoren in Justiz, Verwaltungen und an Rechtsanwälte, um sie in Fortbildungsseminaren über das Europa- und Gemeinschaftsrecht und über das nationale Recht der Länder im Ostseeraum zu informieren. Einmal im Jahr stellt die Rechtsakademie in einem internationalen Symposium aktuelle rechtspolitische Entwicklungen zur Diskussion, um den Meinungs- und Erfahrungsaustausch der Entscheidungsträger über die Grenzen hinweg zu fördern.
- Die **Europäische Akademie für Angelegenheiten der Minderheiten** ist ein Forum für Entscheidungsträger in Minderheiten und Wissenschaftler, das über positive Lösungsansätze von Minderheitenproblemen in Europa zu informiert. Die Minderheiten-Akademie kooperiert dabei mit den Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland, der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen(FUEV) und dem European Centre for Minority Issues (ECMI).

Die Bildungsarbeit der **Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg**¹³⁶ ist durch die zentrale Lage zu den Ostsee-Anrainerstaaten und die Offenheit für Fragen und Lebenssituationen junger Menschen aus ganz Europa geprägt. Zu den regelmäßigen Höhepunkten im Jahresprogramm gehören die Deutsch-Skandinavische Musikwoche und das Deutsch-Skandinavische Folktreffen. Seit 1993 ist der Jugendhof Scheersberg Träger der Sommerakademie, ein Projekt der ästhetischen Erziehung für Jugendliche aus Deutschland und europäischen Partnerländern. Das Projekt ist modellbildend für polnische Partner geworden.

Die **“Academia Baltica - Baltic Academy - Akademie im Ostseeraum”**¹³⁷ (Lübeck) widmet sich der Verständigung und Partnerschaft im Netzwerk der Völker und Staaten Ostmittel- und Nordosteuropas und im Ostseeraum. Vor allem die Erweiterung der EU findet ihren Niederschlag im Programm der Academia Baltica.

Das **Ostseejugendbüro**¹³⁸ („Baltic Youth Office“) wurde 1990 gegründet und beim Landesjugendring Schleswig-Holstein angesiedelt. Seitdem stellt das Büro als nicht-kommerzielle Beratungs- und Informationsagentur Kontakte zu Jugendverbänden und –gruppen in den Ostseeanrainern her und gibt das zweisprachige Informationsheft „Ostsee-Jugendinformation“ heraus. Das Ostseejugendbüro organisiert internationale Jugendaustauschmaßnahmen mit Dänemark, Norwegen, Schweden, Finn-

¹³⁶ Internet: www.scheersberg.de

¹³⁷ Internet: www.academiabaltica.de

¹³⁸ Internet: www.ostseejugendbuero.de

land, St. Petersburg, Estland, Lettland, Litauen, Kaliningrad und Polen und führt eine jährliche multilaterale Ostsee-Jugendkonferenz durch.

Für das Jahr 2004 übernimmt das Ostseejugendbüro noch zusätzlich die Sekretariatsaufgaben des Ostsee-Jugendforums, die Arbeitsgemeinschaft der nationalen Jugendringe in der gesamten Ostseeregion. Zusammen mit dem Landesjugendring Schleswig-Holstein ist das Ostseejugendbüro an der Konzeptentwicklung und Umsetzung einer Ostsee-Jugendstiftung beteiligt. Die Ostsee-Jugendstiftung, die von der Stiftung Jugendarbeit Schleswig-Holstein verwaltet werden soll, wird voraussichtlich im Jahr 2004 eingerichtet werden.

Seit März 1999 ist ebenfalls das **Ostsee-Sekretariat für Jugendangelegenheiten**¹³⁹ beim Landesjugendring Schleswig-Holstein angesiedelt. Nach einer ersten Projektphase (1999-2002), wurde Anfang 2002 ein neues Mandat des Sekretariats 2002-2004 verabschiedet. Die Finanzierung wird seit 2002 ca. zur Hälfte von der Bundesregierung (BMFSFJ) und anteilig von den für Jugend zuständigen Ministerien aus Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Russland, Dänemark, Schweden und Polen getragen. Die Arbeit des Sekretariats basiert auf den Aktionsplänen der Jugendministerkonferenzen von Visby (1998) und Vilnius (2002).

Das Ostsee-Sekretariat für Jugendangelegenheiten dient als Informationsknotenpunkt sowie der Koordination zwischen Strukturen der Jugendpolitik, zwischen öffentlichen und freien Trägern der Jugendarbeit sowie zwischen verschiedenen Projekten. Wichtige Themenbereiche der Arbeit sind Jugendbeteiligung und Jugendinformation. Die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen im Ostseeraum wie dem Ostseerat (CBSS), der Konferenz der Subregionen im Ostseeraum (BSSSC), der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) und der Union of Baltic Cities (UBC) wurde verstetigt und z.T. auch institutionalisiert. Das Sekretariat erarbeitet u.a. Informationsbroschüren zu unterschiedlichen Themen, z.B. zu Finanzierungsmöglichkeiten für Jugendorganisationen oder zu Studien- und Arbeitsmöglichkeiten im Ostseeraum.

Die **Europa-Union Schleswig-Holstein** und die **Europäische Bewegung Schleswig-Holstein** machen in den Jahren 2004 und 2005 die Europäische Verfassung und die Erweiterung der Europäischen Union zu Schwerpunkten ihrer Informations- und Bildungsarbeit. Beide Organisationen vertieften ihre Zusammenarbeit mit den europäischen Bewegungen im Ostseeraum. Mit ihrer Mithilfe konnte auch eine Eu-

¹³⁹ Internet: www.balticsea-youth.org

europäische Bewegung in Kaliningrad gegründet werden. Ausdruck der engen Verbindungen waren 2003 die Ausrichtung der „35. Nordeuropäischen Gespräche“ im Kieler Landtag in Zusammenarbeit mit der dänischen europäischen Bewegung und der Europa-Union Mecklenburg-Vorpommern, an denen Delegationen aus allen Ostseeanrainerstaaten teilnahmen. Die Folgeveranstaltung 2004 findet in Riga zum Thema „Zusammenhalt in der erweiterten Union“ statt.

Europa-Union und Europäische Bewegung haben für zahlreiche Veranstaltungen, die in Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern (darunter: Landesregierung, Landtag oder Landeszentrale für politische Bildung) durchgeführt wurden, die Federführung übernommen. Schwerpunkt der Arbeit bis Juni 2004 war die Begleitung der Europawahl. Aus Anlass der EU-Erweiterung im Mai 2004 wurde eine öffentliche Veranstaltung durchgeführt, an der Vertreter aus Beitrittsländern, der Vertretung der Europäischen Kommission, der Landesregierung sowie des Landtages teilnahmen.

Der **Förderverein für Jugendbildung und Wirtschaftsbeziehungen Norddeutschland-Kaliningrad (JuWiNoKa)**¹⁴⁰, 1991 mit Sitz in Lübeck gegründet, hat sich die Förderung der wirtschaftlichen Situation und der Ausbildung von Jugendlichen in Kaliningrad zum Ziel gesetzt. So wurden mit Unterstützung des Vereins Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften in Kaliningrad gegründet, jährlich zweimonatige Betriebspraktika für Jugendliche aus Kaliningrad in Lübecker Betrieben organisiert oder soziale Einrichtungen in Kaliningrad gezielt unterstützt. Zur praktischen Unterstützung vor Ort unterhält der Verein das „Hanse-Büro“ in Kaliningrad, das zugleich als „Schleswig-Holstein-Informationsbüro in Kaliningrad“ fungiert und in dieser Funktion von der Landesregierung getragen wird.

¹⁴⁰ Internet: www.fuer-kaliningrad.de